Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk im Spiegel der Wiener Presse

DISSERTATION
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Hansischen Universität Hamburg

vorgelegt von
HEINRICH KOCK
aus Hamburg

Hamburg 1937

Gutachter: Prof. Dr. E. Zechlin
Mitgutachter: Dr. O. Vehse

Mündliche Prüfung: 6. Februar 1937

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Buchdruckerei Hermann Paustian, Bergedorf, Brunnenstraße 20

Inhalt.

Seite

I. Vorwort 1

II. Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk 4

A) Die weitere Vorgeschichte des Friedensvertrages . . . 5

1. Die militärische Lage in den Jahren 1916 und 1917 . 5

2. Die Friedensfrage 6

3. Die besetzten Gebiete im Osten 10

a) Polen 10

b) Litauen und Kurland 12

4. Die russische Revolution 13

5. Die russischen Fremdvölker und ihr Kampf um die Selbstbestimmung 16

a) Die Ukrainer 16

b) Die Finnen 17

B) Die Friedensverhandlungen 17

1. Die unmittelbare Vorgeschichte 17

2. Die Waffenstillstandsverhandlungen 23

3. Der erste Abschnitt der Friedensverhandlungen . . . 27

4. Die Unterbrechung der Friedensverhandlungen . . . 37

5. Der zweite Abschnitt der Friedensverhandlungen und ihr Abbruch 41

6. Die Entwicklung nach Abbruch der Verhandlungen . 56

7. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages 62

C) Die Auswirkungen der Friedensverhandlungen und des Friedensvertrages 64

1. Die weitere Entwicklung im Osten nach Abschluß des Vertrages . . . . . , 64

2. Die Frage des allgemeinen Friedens in den Reden der Staatsmänner 68

III. Die Stellungnahme der Wiener Presse zu den Verhandlungen 70

A) Die Wiener Presse 71

B) Staat und Presse im Weltkrieg 75

C) Die Stellungnahme der Wiener Presse 78

1. Die Stellungnahme während der Vorgeschichte der Verhandlungen 78

2. Die Stellungnahme zu den Waffenstillstandsverhandlungen 86

3. Die Stellungnahme zum ersten Abschnitt der Friedensverhandlungen 91

4. Die Stellungnahme während der Unterbrechung der Friedensverhandlungen 96

5. Die Stellungnahme zum zweiten Abschnitt der Friedensverhandlungen 105

6. Die Stellungnahme nach dem Abbruch der Friedensverhandlungen 117

7. Die Stellungnahme zur Unterzeichnung des Friedensvertrages 123

8. Schlußbetrachtung 124

I.

Vorwort.

Diese Arbeit ist hervorgegangen aus Vorlesungen, Seminarübungen und privaten Studien der politischen Probleme des Weltkrieges. Ihre Aufgabe ist festzustellen, welche Haltung die Wiener Presse zu den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk und der Friedensfrage im allgemeinen vom November 1917 bis zum März 1918 eingenommen hat. Sie zerfällt in zwei Abschnitte: 1. eine Darstellung der Verhandlungen von Brest-Litowsk und 2. eine Darstellung der Haltung der Wiener Presse.

Zur Quellenfrage des ersten Teiles ist zu bemerken, daß die Akten der beteiligten Staaten bisher nicht veröffentlicht sind. Dieser Mangel konnte bei der Bearbeitung des Themas dadurch ausgeglichen werden, daß die Verhandlungen selbst vor der Öffentlichkeit der Welt stattfanden, sodaß die umfangreichen Berichte in der Presse und den Geschichtskalendern ein reichhaltiges und brauchbares Material boten. Schwieriger war es, die Unterredungen, Vorschläge und Anregungen außerhalb der offiziellen Verhandlungen, die Berichte der Delegationen an die Heimatbehörden und die Beratungen in der Heimat in ihrem Wortlaut oder doch wenigstens in ihrem Inhalt festzulegen. Als Quelle dafür dienten die Memoiren der Beteiligten und der Zeitgenossen, die in großer Zahl vorliegen. Auch Ludendorffs „Urkunden der O. H. L." sowie die Anlagen zu den Gutachten der Sachverständigen vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages konnten gelegentlich benutzt werden.

Die Beschaffung des Quellenmaterials für den zweiten Teil bereitete keine besonderen Schwierigkeiten. In großer Anzahl und fast lückenlos stand dem Bearbeiter die Wiener Presse in der Weltkriegsbücherei in Stuttgart zur Verfügung. Eine Einschränkung erwies sich als notwendig. Es wurden daher nur diejenigen Blätter bearbeitet, die durch ihr Ansehen und ihre Größe unter den übrigen hervorragten. Die offizielle und offiziöse Presse schied von vornhinein aus, da sie keine unabhängige Stellung einnahm und keine neuen Gesichtspunkte liefern konnte, die sich nicht aus der Regierungspolitik selbst ergaben.

Bezüglich der Verhandlungen von Brest-Litowsk wird man sich über die enge Verknüpfung aller militärischen und politischen Fragen klar sein müssen. Eine genaue Abgrenzung stößt auf Schwierigkeiten. Obwohl der Rahmen dieser Arbeit nicht gesprengt werden darf, wird es nötig sein, in einer Einleitung auf jene Fragen einzugehen, die im Zusammenhang mit den Brester Verhandlungen stehen und zu ihnen hinführen, bevor in eine ausführliche Darstellung der Verhandlungen selbst eingetreten werden kann. Der Schluß des ersten Teiles wird sich wieder damit befassen, die Einwirkung der Verhandlungen auf die internationale Lage zu beleuchten.

Der zweite Teil der Arbeit wird dann der Stellungnahme der Wiener Presse zu den Verhandlungen von Brest-Litowsk und der Frage des allgemeinen Friedens gewidmet sein. Es bedarf wohl nur eines

kurzen Hinweises, über den Wert der Presse als historische Quelle überhaupt. Solange die große Politik eine Angelegenheit der Kabinette war, hatte die öffentliche Meinung keine Bedeutung. In unserem Zeitalter jedoch ist sie zu einem entscheidenden politischen Faktor geworden. Es taucht nun die Frage auf, ob die Presse ein Ausdrucksmittel der Stimmung des Volkes ist oder ob sie ein Mittel gewisser Gruppen ist, die oft unbekannt sind, auf die Politik des Staates einzuwirken. Daraus ergibt sich zunächst die Aufgabe, die politische Stellung im allgemeinen zu klären, soweit dieses möglich ist. Ein zweites Kapitel wird dann das Verhältnis von Staat und Presse im Weltkriege zum Gegenstand haben um zu zeigen, ob und in welchem Maße der Staat durch die durch den Krieg gegebenen besonderen Verhältnisse versucht hat, auf die nichtoffiziellen und nichtoffiziösen Organe einzuwirken. Der Hauptteil der Arbeit wird schließlich die Stellung der Presse zu den einzelnen Fragen, die in Brest-Litowsk aufgeworfen wurden, untersuchen. Innerhalb der einzelnen Kapitel, die denen im 1. Teil entsprechen, ist die Einteilung entweder nach Sachgebieten oder nach dem chronologischen Prinzip vorgenommen worden, wobei zunächst die sogen. „unabhängigen" Organe und dann die Parteipresse behandelt wurden. Ein angefügtes achtes Kapitel dieses Hauptteils wird das vorliegende Material zu bewerten und zu beurteilen versuchen.

Das Hauptinteresse wendet sich natürlich der Frage zu: Ist die Presse mitverantwortlich am Verlust des Krieges? Bei aller Vorsicht, die durch die zeitliche Nähe des Weltkrieges geboten ist, werden wir diese Frage an einem Beispiel beantworten können. Es soll darüber hinaus das Bestreben der Arbeit sein, der Wahrheit zu dienen, denn nur auf diese Weise kommen wir der Erkenntnis über unsere furchtbare Niederlage näher. Daß aber diese Erkenntnis notwendig ist, braucht nicht erst betont zu werden. Aus ihr schöpfen wir die Kraft, um Versailles und St. Germain gänzlich zu überwinden, wozu heute erst der Anfang, wenn auch der entscheidende, gemacht ist.

Abkürzungen.

O. H. L.	Die Oberste Heeresleitung.
A. O. K.	Das Armeeoberkommando.
W. U.	Das Werk des Untersuchungsausschusses des Reichstages.
K. E.	Ludendorffs „Kriegserinnerungen".
K. P.	Ludendorffs „Kriegführung und Politik".
N. Fr. Pr.	Neue Freie Presse.
N. W. Tg.	Neues Wiener Tagblatt.
N. W. J.	Neues Wiener Journal.
A. Z.	Arbeiterzeitung.
R. P.	Reichspost.
Dt. V. B.	Deutsches Volksblatt.
O. R.	Ostdeutsche Rundschau.
M.	Morgenausgabe.
N.	Nachmittagsausgabe.
A.	Abendausgabe.

II.

Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk.

A) Die weitere Vorgeschichte des Friedensvertrages.

1. Die militärische Lage in den Jahren 1916 und 1917.

Nach den ersten Stellungskämpfen im Westen und den schweren Abwehrschlachten im Osten hatte das Jahr 1915 für die Mittelmächte trotz des Eintrittes Italiens in den Krieg glänzende Erfolge gebracht. Russisch-Polen war im Laufe des Frühjahres und des Sommers vollständig in die Hand der Mittelmächte gefallen, im Herbst konnte Serbien niedergeworfen werden, während an der Westfront alle Durchbruchsversuche der Engländer und Franzosen scheiterten. Das Jahr 1916 jedoch führte zu schweren Mißerfolgen. Die verbündeten Generalstabschefs Falkenhayn und Conrad konnten sich nicht über den Ansatzpunkt einer neuen Offensive einigen. Beide gingen getrennt vor. Falkenhayn unternahm Ende Februar mit starken Streitkräften einen Angriff auf Verdun. Im Juni war die deutsche Kraft erschöpft, die Franzosen gewannen den verlorenen Boden allmählich wieder zurück. Indessen hatte Conrad im Laufe des Mai versucht, in die oberitalienische Tiefebene vorzudringen. Da setzten im Juni die Russen zum Stoß auf die österreichisch-ungarische Ostfront an, die bald vollkommen ins Wanken geriet (die Katastrophe von Luck). Die Offensive in Italien mußte aufgegeben und alle verfügbaren Truppen den Russen entgegengeworfen werden, aber erst mit deutscher Hilfe gelang es, dem russischen Vordringen halt zu gebieten.

Zugleich versuchten die Engländer Anfang Juli, an der Somme in einer Materialschlacht von bis dahin unbekannten Ausmaßen die Deutschen zu zermürben. Die Angriffe hielten bis zum November an und schwächten die Kampfkraft des deutschen Heeres in bedenklicher Weise. Dazu war Rumänien Ende August in den Krieg eingetreten. Die Krise erreichte ihren Höhepunkt. Falkenhayn wurde entlassen und durch Hindenburg und Ludendorff ersetzt, die sofort eine gänzliche Umgestaltung der Kriegführung einleiteten. Der Plan der neuen O. H. L., die „Heimatfront" durch die Einführung der Hilfsdienstpflicht und durch verstärkte Heranziehung der Industrie für Kriegszwecke mehr als bisher der Kriegführung dienstbar zu machen, fand den Widerstand des Reichstages und konnte nur in beschränktem Umfange zur Ausführung gelangen. Umso mehr wirkten sich die ersten militärischen Maßnahmen aus. Rumänien wurde in raschem Siegeslauf niedergeworfen, am 6. Dezember fiel Bukarest. Dann setzte im Januar 1917 die O. H. L. den uneingeschränkten U-Boot-Krieg durch und nahm Mitte März im Westen die deutsche Front in die Siegfriedstellung zurück, um einen feindlichen Angriff zu parieren. Dieser Angriff erfolgte im April von den Franzosen und lief sich bald an der neuen „beweglichen Verteidigung" der Deutschen fest. Auch der Stoß der Engländer bei Arras kam ins Stocken. Die Folge waren schwere innere Krisen bei den Westmächten. Im französischen Heer brachen Meutereien aus, während in England Friedensgedanken auf der Basis der Verständigung aufkamen, nachdem die erste Wirkung des U-Boot-Krieges sich eingestellt und die russische Angriffskraft durch die Revolution eine starke Verminderung erfahren hatte. Doch diese Krise war nur von kurzer Dauer. Die politischen Vorgänge in Deutschland und das Friedensangebot des Kaiser Karls belebten den gesunkenen Kriegswillen aufs Neue. Endlich gelang es den Engländern nun auch,

der U-Boot-Gefahr immer wirksamer zu begegnen. So setzten sie dann im Juli 1917 erneut zur Offensive an, um den deutschen U-Bootsstützpunkt Zeebrügge zu gewinnen, unterstützt von den Fransosen am Chemin des Dames und der Laffaux-Ecke. Alle diese Angriffe dauerten bis in den November 1917 hinein und fanden ihren Abschluß in der Tankschlacht von Cambrai. Weder der Durchbruch der deutschen Front noch die Eroberung Zeebrügges wurden erreicht. Im Gegenteil, im Oktober 1917 gelang es sogar den vereinigten deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen, die Italiener in glänzendem Siegeslauf bis an die Piave zurückzuwerfen (Durchbruch von Flitsch und Tolmein).

Im Osten hatte dagegen verhältnismäßige Ruhe geherrscht. Die Russen hatten im Juli noch einmal eine Offensive unternommen, wurden jedoch bald im Gegenangriff von den Deutschen geworfen. Am 3. September fiel Riga, und im Oktober wurden unter Mitwirkung der Flotte die baltischen Inseln erobert.

So ergab die militärische Lage im November 1917 eine fühlbare Entlastung. Weder im Westen noch im Südwesten war in nächster Zeit mit feindlichen Angriffen zu rechnen. Im Osten brach Anfang November die zweite russische Revolution des Jahres 1917 aus. Die völlige Umgestaltung der Kriegslage zugunsten der Mittelmächte schien sich damit anzubahnen und ein Friede im Osten in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Diesen Frieden möglichst schnell zu erreichen, war das Ziel der O. H. L. Dann konnte im Frühjahr 1918, vielleicht bevor das amerikanische Heer in Frankreich erschien, mit kleiner Übermacht dem Feinde zur Entscheidung gegenübergetreten werden.

2. Die Friedensfrage.

Eines der Hauptprobleme der politischen Geschichte des Weltkrieges bildet die Friedensfrage. Sie muß in engem Zusammenhang mit der militärischen Lage gebracht werden. Beide Parteien erstrebten naturgemäß zunächst den Siegfrieden, d. h. die Beendigung des Krieges durch den Gegner gewaltsam auferlegte Bedingungen. Doch diese Grundlage erfuhr während der langen Dauer des Krieges eine Veränderung, und der Gedanke eines Friedens, der auf freiwilliger Übereinkunft beruhte, kam auf.

Die ersten 18 Kriegsmonate sind in diesem Zusammenhang im wesentlichen bedeutungslos. Im Sommer 1916 kam es zu wiederholten Friedensfühlern Rußlands, auf welche die Mittelmächte bereitwillig eingingen. Aber diese Bemühungen verliefen ergebnislos, als die kriegsfreundlichen liberalen Parteien Rußlands davon erfuhren und als sich zeigte, daß die politische und wirtschaftliche Verknüpfung mit der Entente doch zu eng war. Dennoch erwog auch der russische Ministerpräsident Stürmer fernerhin noch eine Trennung von den Alliierten, um der inneren Gärung in Rußland wirksam entgegentreten zu können. Erst die Polen-Proklamation vom 5. November 1916 brachte Rußland in das Fahrwasser der Entente zurück. Kurz vor dem Sturz des Zaren ist im Februar 1917 noch ein letzter Versuch unternommen worden, doch kam er schon zu spät, um noch Erfolg zu haben.

Die ernste Lage der Mittelmächte im Frühherbst 1916 ließ auch bei ihnen den Gedanken aufkommen, Friedensschritte zu unternehmen. Die Anregung dazu kam vom k. u. k. Außenminister Burian. Reichskanzler Bethmann-Hollweg ging zunächst darauf nur zögernd ein, da er nach der Wiederwahl Wilsons zum Präsidenten der USA von diesem einen Schritt in der Friedensfrage erwartete. Als jedoch dieser Schritt nicht erfolgte, gab er dem Drängen Burians nach. Die O. H. L. äußerte keine grundsätzlichen Bedenken. Sie trat für ein selbständiges Vorgehen ein, sobald sich die militärische Lage gebessert hatte, da ihr eine Vermittlung Wilsons angesichts seiner offenen Parteinahme für die Entente in der U-Bootfrage nicht erwünscht war.

Das Angebot erfolgte am 12. Dezember 1916 nach der Einnahme von Bukarest und erfuhr durch die Entente am 5. Januar 1917 eine scharfe Ablehnung; eine Anregung ohne Bedingungen für die Eröffnung von Verhandlungen sei kein Friedensangebot. Der entschlossene Wille der Feinde zum Sieg war das entscheidende Moment, das auch durch die eine Woche nach dem deutschen Vorschlag am 21. Dezember 1916 erfolgte Vermittlung Wilsons seine Bestätigung erfuhr. Nach langem Zögern hatte sich der Präsident zu diesem Schritt entschlossen und fragte nun die beiden feindlichen Lager nach den Friedensbedingungen. Deutschland erklärte sich unter Hinweis auf seine Note vom 12. Dezember zu Verhandlungen bereit, ohne Kriegsziele bekannt zu geben. Die Entente-Mächte antworteten am 12. Januar 1917 und äußerten maßlose Bedingungen, die zwar rein formell der Aufforderung nach Bekanntgabe genügten, aber für die Mittelmächte durchaus unannehmbar waren. Dagegen erklärte Wilson am 22. Januar 1917 in einer Botschaft an den Senat, die Antwort bilde eine geeignete Grundlage. Indessen glaubte der deutsche Botschafter in Washington noch an einen zweiten Schritt Wilsons und versuchte den Reichskanzler zu einer neuen Erklärung zu veranlassen. In seinem Telegramm vom 29. Januar 1917 gab Bethmann-Hollweg dem Botschafter vertrauliche Anweisungen, die den amerikanischen Wünschen weit entgegenkamen. Die Lage hatte sich jedoch durch die ablehnende Haltung der Entente und die neuerliche Parteinahme Wilsons für diese schon so weit geändert, daß nun die O. H. L. den uneingeschränkten U-Bootkrieg verlangte und ihn beim Reichskanzler durchsetzen konnte. Am 31. Januar wurde in einer Note an die Neutralen der uneingeschränkte U-Bootkrieg für den 1. Februar angekündigt und damit einer neuen Vermittlung des Präsidenten Wilsons jede Möglichkeit genommen, die nach Lage der Dinge für Deutschland ungelegen sein mußte. Die Hoffnung, daß die Vereinigten Staaten es nur zu einem Abbruch der Beziehungen kommen lassen würden, erfüllte sich nicht, diese erklärten am 5. April 1917 Deutschland den Krieg. Damit war von dieser Seite kein neuer Vermittlungsvorschlag mehr zu erwarten.

Dennoch konnte deutscherseits im Frühsommer 1917 in manchen Kreisen der Feinde infolge der mißglückten Offensive der Franzosen, der Wirkung des uneingeschränkten U-Bootkrieges und der russischen Revolution Friedensgeneigtheit festgestellt werden. Jedoch auch aufseiten der Mittelmächte nahm die Friedensbewegung nicht ab. Im November 1916 war in Österreich-Ungarn an die Stelle des verstorbenen Kaiser Franz

Joseph sein Nachfolger Karl getreten, der zusammen mit seinem neuen Minister des Äußeren, dem Grafen Czernin, den Verständigungsfrieden anstrebte und den aufkeimenden Friedensbewegungen der Feindseite entgegenzukommen trachtete. Czernin nahm seine Arbeit in zwei Richtungen auf. Die führenden Staatsmänner und Militärs Deutschlands sowie diejenigen der Entente sollten von der Notwendigkeit des Friedens aufgrund des status quo überzeugt werden. Am 23. März 1917 gelang es ihm, den Reichskanzler auf ein Minimal-Programm des status quo und auf ein Maximal-Programm mit Ostkompensationen für Deutschland und Balkankompensationen für Österreich-Ungarn festzulegen. Kurze Zeit später, am 3. April 1917 machte er in Homburg den Vorschlag, Deutschland solle auf Elsaß-Lothringen verzichten und dafür Polen, mit Galizien vereinigt, erhalten. Doch die O. H. L. lehnte ab. Als sich dann im Laufe des April und des Mai die militärische Lage der Mittelmächte besserte, konnte die O. H. L. am 17. und 18. Mai 1917 in Kreuznach sogar ein positives Kriegsziel-Programm aufstellen, welches das Maximal-Programm vom 23. März bestätigte. Czernin mußte die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen sehen.

Zur selben Zeit nahm er Beziehungen zu den Staatsmännern der Entente über den Schwager des Kaisers, den Prinzen Sixtus von Bourbon, auf, der als belgischer Offizier im Felde gegen die Mittelmächte stand. Der Prinz weilte im März und Mai zweimal in Wien und fand die Unterstützung der Staatsmänner der Entente, die hier eine Gelegenheit sahen, Österreich-Ungarn von Deutschland zu trennen. Darauf ging Czernin zwar nicht ein, doch der Kaiser, bewogen durch Einflüsse seiner Umgebung, erklärte, ohne Wissen seines Ministers, in einem Schreiben an seinen Schwager, daß er sich bei Deutschland für die „gerechten" Ansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen einsetzen werde und ließ seine Geneigtheit zu einem Sonderfrieden erkennen. Dennoch verliefen die Bemühungen erfolglos, als sich herausstellte, daß Österreich-Ungarn selbst nur zu geringen Konzessionen bereit war, die weit entfernt waren von dem, was die Entente anstrebte. Besonders Italien beharrte auf Ausführung des Londoner Paktes von 1915, in welchem es seinen Beitritt zum Kriege erklärte und dafür Tirol, Triest und die dalmatinische Küste erhalten sollte, eine Forderung, die ohne die Vernichtung Österreich-Ungarns als Großmacht nicht zu verwirklichen war.

Czernin gab damit seine Versuche nicht auf. Im Juni 1917 trat er mit Vertretern der Linksparteien des Reichstages in Verbindung, um auf diese im Sinne des Verständigungsfriedens einzuwirken, indem er ihnen die furchtbare Lage der Donau-Monarchie darstellte. Der Zentrumsabgeordnete Erzberger hatte schon seit längerer Zeit Bemühungen in der Richtung des Verständigungsfriedens unternommen, die sich nun mit denen Czernins begegneten und zur Friedensresolution des deutschen Reichstages am 19. Juli 1917 führten. Der Reichstag trat darin für einen „Frieden ohne erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen" ein. In den Verhandlungen, die zu dieser Resolution führten, hatte der Reichskanzler seine öffentliche Zustimmung versagt und den heraufziehenden Sturm durch die Gewährung des allgemeinen Wahlrechtes in Preußen zu beschwören

versucht. Doch die Reichstagsmehrheit arbeitete nun auf seinen Sturz hin, da sie in ihm ein Friedenshindernis sah. Auch die O. H. L. kam, aus gänzlich anderen Motiven, zur Anschauung, daß sie mit dem Kanzler nicht mehr zusammenarbeiten könne, der die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hände des Reichstags gleiten ließ. Am 13. Juli entließ der Kaiser Bethmann-Hollweg, und seinem Nachfolger Michaelis fiel die schwere Aufgabe zu, die Friedensresolution mit den Wünschen der O. H. L. zu vereinen, was durch die bekannte Formulierung „die Resolution, wie ich sie auffasse" geschehen sollte.

Schon am 12. April 1917 hatte Czernin seinem Kaiser in einer Denkschrift die schwere innere Lage der Donau-Monarchie auseinandergesetzt und die Versicherung abgegeben, daß man nur noch kurze Zeit werde durchhalten können. Der Kaiser hatte diese Denkschrift an Kaiser Wilhelm weitergeleitet, die dann auch in die Hände des Reichskanzlers kam, der am 17. Mai Czernin antwortete und die Situation im Hinblick auf die militärische Lage als günstig bezeichnete. Damit schien die Angelegenheit erledigt. Ende Juli jedoch tauchte die Denkschrift, deren Inhalt als streng vertraulich anzusehen war, in einer öffentlichen Sitzung des Reichsausschusses der Zentrums-Fraktion wieder auf, wo der Abgeordnete Erzberger sie verlas, der in Wien gewesen war und sie vom Kaiser Karl erhalten hatte. Die Wirkung auf die Entente war eine sehr gefährliche, sie vernichtete die letzte Friedensmöglichkeit. Das Verhalten des Kaisers aber konnte als mit den Bündnispflichten Österreich-Ungarns gegenüber Deutschland nicht vereinbar bezeichnet werden.

Zur selben Zeit war auch von neutraler Seite, vom Papst, eine Friedensaktion ins Werk gesetzt worden. Noch im Juni hatte Bethmann-Hollweg, als dieser bemüht war, den Gerüchten über eine englische Friedensgeneigtheit auf den Grund zu gehen, eine Unterredung mit dem Nuntius Pacelli gehabt, der in ganz bestimmten Wendungen den Reichskanzler nach den Kriegszielen fragte und eine Erklärung über Belgien erwartete. Ende August und Anfang September erfolgte ein neuer Schritt des Nuntius, angeblich aufgrund eines englischen Fühlers beim Vatikan. Michaelis antwortete am 24. September ausweichend, nachdem im Kronrat vom 11. September die O. H. L. ihren Standpunkt, eine Erklärung über Belgien nicht abgeben zu können, solange die Entente ihre Antwort an Wilson vom 12. Januar 1917 als geeignete Grundlage ansehe, durchsetzen konnte. Dennoch wurde Staatssekretär v. Kühlmann beauftragt, dem englischen Fühler mit Hilfe eines spanischen Diplomaten auf den Grund zu gehen. Seine Schritte führten zu keinem Erfolg. Wenn England oder eine der anderen Entente-Mächte überhaupt in diesem Sommer an einen Verständigungsfrieden gedacht hatten, dann waren sie zu dieser Zeit nach den Erfahrungen in der Sixtus-Angelegenheit, der Friedensresolution, der Denkschrift Czernins und der geglückten Abwehr der U-Boote wieder zu den alten Plänen zurückgekehrt. So kam der öffentliche Appell des Papstes vom 1. August 1917 zu spät, um noch bei der Entente eine günstige Aufnahme zu finden. Erst als die Stellungnahme der Westmächte feststand, antwortete Deutschland in entgegenkommender, aber unbestimmter Weise.

Noch im August hatte Czernin indessen einen neuen Friedensschritt der Mittelmächte angeregt, doch lehnte Michaelis in einem Brief vom 17. August an den österreichisch-ungarischen Minister des Äußeren einen solchen ab. Im Kronrat am 11. September befürwortete er wirtschaftliche Kompensationen für Deutschland im Westen und im Osten und sprach sich sogar für gewisse politische Sicherungen in Belgien aus. Die O. H. L. forderte gute strategische Ostgrenzen, Anerkennung des deutschen Einflusses in den Randstaaten, Annexionen von Longwy, Briey, Luxemburg und Sicherungen in Belgien, evtl. Inbesitznahme Lüttichs.

Czernin fand nicht den Ausgleich zwischen den deutschen und den alliierten Bedingungen. Er sah sich im Kreise herumgeführt. Die Unvereinbarkeit der Standpunkte der Entente und des Deutschen Reiches waren im Laufe des Jahres 1917 deutlich geworden, sollte jedoch noch schärfer hervortreten, als beide Seiten durch das russische Friedensangebot zu neuer Stellungnahme gezwungen wurden.

3. Die besetzten Gebiete im Osten.

a) Polen.

Der siegreiche Ostfeldzug der Mittelmächte im Jahre 1915 hatte die polnische Frage erneut aufgeworfen, nachdem durch ein Jahrhundert hindurch das Schicksal der polnischen Nation endgültig durch die Teilung entschieden zu sein schien. Bethmann-Hollweg verkündete am 14. August 1915 im Reichstag, daß die augenblickliche Aktion der Mittelmächte Polen vom russischen Joch befreit habe und das Land einer glücklichen Zukunft entgegenführen werde. Am 5. April 1916 erklärte derselbe: Das Schicksal der Schlachten habe die polnische Frage aufgerollt, die nun der Lösung harre. Den status quo kenne die Geschichte nach so ungeheuerlichen Ereignissen nicht.

Sowohl Rußland als auch Deutschland und Österreich-Ungarn bemühten sich, die Polen unter dem Versprechen nationaler Freiheit für sich zu gewinnen, wobei Rußland den Vorteil hatte, den Polen die Vereinigung der drei polnischen Teilungsgebiete versprechen zu können, während die Mittelmächte den Vorteil des augenblicklichen militärischen Sieges für sich hatten, der die Polen veranlaßte, sich diesen zuzuwenden. Auf den diplomatischen Druck der Westmächte und den militärischen der Mittelmächte erklärte sich Rußland bald zu Zugeständnissen bereit. Ebenso zielten auch die Mittelmächte auf die Gewährung einer Autonomie in begrenztem Umfang ab. Die Polen selbst erstrebten völlige Unabhängigkeit bei möglichst großer Ausdehnung ihres Staates.

Seit 1915 hatten die Mittelmächte untereinander beraten, in welcher Form der neu zu schaffende polnische Staat an diese anzugliedern sei. Die Österreicher erstrebten den engen Anschluß Polens an Österreich-Ungarn, wobei Galizien aus dem österreichischen Staatsverband ausscheiden und mit Polen vereinigt werden sollte. Die ganze österreichisch-ungarische Monarchie hätte damit ihren dualistischen Charakter aufgegeben zugunsten eines trialistischen. Den Deutschen sollten gewisse Grenzberichtigungen und wirtschaftliche Rechte zugestanden werden. Dieser Plan fand die Unterstützung vieler polnischer Kreise, die mit

ihren Sympathien aufseiten Österreich-Ungarns standen und denen noch dazu die Vereinigung mit Galizien versprochen worden war. Reichskanzler Bethmann-Hollweg hatte sich noch 1915 für diese sogenannte „austro-polnische" Lösung unter gewissen Bedingungen, wie z. B. wirtschaftliche Sicherungen bereitgefunden, später aber machte er Einwände geltend. Er wünschte zwar keine Ostannexionen Deutschlands, da er Befürchtungen hinsichtlich des Zuwachses polnischer Bevölkerung hegte, wollte aber auch nicht auf den österreichischen Plan eingehen, weil das neue Polen sich in den deutschen Provinzen des Ostens eine Irredenta schaffen konnte, ferner Österreich-Ungarn-Polen dann den deutschen Osten umklammert hätte, und zugleich durch den zunehmenden Einfluß der Slawen eine deutsch-feindliche Politik dieses neuen trialistischen Staates in Richtung der Abkehr vom Bündnis zu erwarten war. Außerdem war zu bedenken, daß Deutschland aufgrund seiner Kriegserfolge im Osten dort nicht leer ausgehen durfte. Bethmann-Hollweg erstrebte vielmehr einen engen Anschluß Polens an das Reich, die sogenannte germano-polnische Lösung. Auch die O. H. L. trat für diesen Plan ein, mit dem die Österreicher sich nicht einverstanden erklären wollten, da sie schwere innere Folgen für Österreich-Ungarn von dieser Regelung befürchteten. Die polnische Frage wurde ebenso wie die Friedensfrage zum Prüfstein der deutsch-österreichisch-ungarischen Beziehungen und belastete das Bündnis schwer, da es zu keiner Einigung über die Angliederung kam.

Indessen verlangten die Polen selbst die Gewährung der Unabhängigkeit. Der deutsche Generalgouverneur Beseler begünstigte diese Pläne und stellte ein polnisches Heer, welches an der Seite der Verbündeten kämpfen würde, in Aussicht. Diesen Gedanken griff die O.H.L. auf. Sie drängte, den polnischen Staat baldmöglichst zu proklamieren. Die Staatsmänner ließen sich von dem Gedanken leiten. daß man Rußland zuvorkommen müsse. In einer Besprechung in Wien am 12. August 1916 zwischen Bethmann-Hollweg und Burian wurde die Verkündung der Unabhängigkeit beschlossen, die dann am 5. November erfolgte und den Polen ein an die Mittelmächte angelehntes Königreich versprach. Damit war die Möglichkeit einer Annäherung Rußlands an die Mittelmächte ausgeschlossen, jedoch bot sich jetzt die Aussicht auf ein polnisches Heer. Andererseits mußten die Mittelmächte nun daran gehen, den Polen Verfassungseinrichtungen zu gewähren. Die russische Revolution im März 1917 hatte bei ihnen weitergehende Hoffnungen erweckt. Ihre Forderungen erhöhten sich. Der schon bestehende provisorische Staatsrat trat bald zurück, als die Mittelmächte die Internierung der den Eid verweigernden polnischen Legionäre verfügten. Daraufhin wurde am 12. September 1917 ein Regentschaftsrat eingesetzt und schließlich von diesem die Bildung einer polnischen Regierung vollzogen. Je mehr polnische Behörden aber im Entstehen begriffen waren, umso dringender mußte die Lösung des Verhältnisses zu den Mittelmächten werden. Die O. H. L. hatte im Laufe des Jahres 1917 die Forderung nach allgemeinen Gebietserweiterungen geltend gemacht, die sich auch auf Polen bezogen, nachdem sich die polnische Armee immer mehr als eine Enttäuschung herausgestellt hatte. Sie hatte ihre Zustimmung zur Errichtung

des polnischen Staates nur gegeben, weil sie die polnische Armee brauchen konnte. Nun, nachdem diese Vorbedingung gefallen war, verlangte sie größere Teile Polens und erklärte gleichzeitig, sie habe nichts gegen die austro-polnische Lösung. Doch Czernin glaubte, diese unter derartigen Umständen nicht annehmen zu können, da sie einer neuerlichen Teilung Polens gleich kam. Er versuchte, die Grenzberichtigungen auf ein geringes Maß zu beschränken, ähnlich wie der Reichskanzler, doch dazu wollte die O. H. L. sich nicht bereit erklären. Bethmann-Hollweg verfolgte die germano-polnische Lösung weiter und konnte Czernin vorübergehend sogar für diese gewinnen, nachdem er den Österreichern freie Hand in Rumänien versprochen hatte (Wien, 23. März 1917). Czernin aber glaubte, nachgeben zu müssen, da sich in Ungarn Stimmen bemerkbar machten, die sich gegen eine Veränderung des Staatsgefüges der österreichisch-ungarischen Monarchie wandten und den Einfluß Ungarns in der Monarchie bedroht sahen. Doch noch ein anderer Grund hatte ihn veranlaßt, den Deutschen Polen zu überlassen. Zur selben Zeit machte er seine Friedensversuche und glaubte, durch den Anschluß Polens mit Galizien an Deutschland werde dieses sich zur Abtretung Elsaß-Lothringens bereit erklären (Homburg, 3. April 1917).

Im Sommer 1917 kam Czernin dann wieder auf die austro-polnische Lösung zurück, stieß jedoch abermals auf den heftigsten Widerstand der O. H. L., die größere Teile Polens annektieren wollte und in der Kriegszielbesprechung am 9. August den Reichskanzler Michaelis für sich gewinnen konnte. Czernin hatte indessen den Plan erwogen, Polen in Form des sogen. Subdualismus Österreich-Ungarn anzuschließen, um die ungarische Opposition zu beschwichtigen. Zu einer Einigung mit der O. H. L. gelangte er nicht mehr, obwohl Anfang November 1917 die politische Leitung des Reiches unter dem neuen Reichskanzler Graf Hertling sich im Hinblick auf das künftige Verhältnis Deutschlands zu Österreich-Ungarn, für welches Polen eine Lebensfrage zu sein schien, für die austro-polnische Lösung entschloß.

b) Litauen und Kurland.

War die polnische Frage Gegenstand dauernder Reibungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, so gehörten die baltischen Gebiete unzweifelhaft zur Interessensphäre des Deutschen Reiches. Dennoch kam es auch hier zu Konflikten, die sich einerseits aus der verschiedenen Stellungnahme der Reichsregierung und der O. H. L. ergaben, andererseits aber ihren Ursprung hatten in den Unabhängigkeitsbestrebungen besonders der Litauer, denen das Reich nicht ohne weiteres nachgeben wollte. Nach Abschluß der Operationen im Jahre 1915 wurden in den baltischen Ländern nicht wie in Belgien und Polen Zivilbehörden eingesetzt sondern Militärverwaltungen, die ihre Hauptaufgabe darin sahen, die beiden Länder der deutschen Kriegführung dienstbar zu machen. Die Deutschen waren beim Einmarsch von der Bevölkerung freudig begrüßt worden, doch wurde das Verhältnis allmählich kühler, als sich zeigte, daß sie den Unabhängigkeitsbestrebungen nicht weit genug entgegenkamen. Deutscherseits wurde ein enger An-

schluß Litauens und Kurlands an das Reich gefordert, bei dem die beiden Länder nur eine beschränkte Autonomie genießen und in Personalunion mit dem Deutschen Reich gebracht werden sollten.

Im September 1917 wurde ein litauischer Nationalrat gegründet, der sich am 11. Dezember 1917 als einzige bevollmächtigte Vertretung des litauischen Staates erklärte und bald darauf die Einberufung einer konstituierenden Versammlung forderte. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der deutschen Militärverwaltung wurde nicht erzielt.

Dagegen kam der kurländische Landesrat dank der Vorherrschaft der Deutsch-Balten in diesem den deutschen Forderungen weit entgegen und erbat im September 1917 den Schutz des Deutschen Reiches. Unter dem neuen Reichskanzler Graf Hertling kam die Frage der Randstaaten dann wieder ins Stocken.

4. Die russische Revolution.

Von entscheidender Bedeutung für den Kriegsausgang mußte für alle Kriegführenden die Stellung zu den überall vorhandenen Oppositionsgruppen sein. In Rußland war es der Regierung zu Beginn des Krieges gelungen, die allgemein herrschende Unzufriedenheit in eine Kriegsbegeisterung zu verwandeln. Doch je mehr die Kriegführung die Mängel der Armee offenbarte, die russischen Heere vor den Mittelmächten zurückwichen, Teuerung und Geldentwertung sich einstellten, wuchs die Mißstimmung wieder an, die sich in den Forderungen nach innerpolitischen Reformen Luft zu schaffen versuchte. Die Regierung aber sah keinen anderen Ausweg aus den Schwierigkeiten mehr als den Separatfrieden mit den Mittelmächten. Gerade dieser Gedanke jedoch stieß auf den heftigsten Widerstand der Kadetten-Partei, der Wortführerin des Liberalismus in Rußland, die in den Westmächten die Verkörperung der Demokratie sah und an deren Seite weiterfechten wollte. Der innenpolitische Kampf nahm scharfe Formen an, bis es den Kadetten im November 1916 gelang, den friedensfreundlichen Ministerpräsidenten Stürmer durch Trepow zu ersetzen, der sogleich seine Kriegsbereitschaft betonte und die alten Kriegsziele wieder aufstellte. Die Ermordung des geheimnisvollen und einflußreichen Mönches Rasputin folgte, den man allgemein als das Haupt der reaktionären Deutschenfreunde ansah. Doch weder Trepow noch sein Nachfolger Golyzin konnten die Friedensbestrebungen der Reaktionäre mit ihrem nunmehrigen Führer, dem Innenminister Protopopow, verhindern trotz wiederholter Mahnungen und Drohungen der Entente, die jetzt zusammen mit der Kadettenpartei den Sturz des Zaren und dessen Regierung anstrebte. Die Gelegenheit bot sich, als Ende Februar die Duma einberufen wurde. Große Straßendemonstrationen setzten ein, die in wenigen Tagen zum Bürgerkrieg führten. Ein Duma-Ausschuß bildete sich, der die Gewalt an sich riß und alle Parteien der Linksbürgerlichen umfaßte. Seine erste Aufgabe war die Entscheidung für oder gegen den Zaren. Am 14. März wurden die Romanows des Thrones für verlustig erklärt.

Neben dem Duma-Ausschuß hatte sich indessen aus sozialistischen Gruppen ein Arbeiter- und Soldatenrat konstituiert, der ein Exekutiv-Komitee zur „Überwachung" der aus dem Duma-Ausschuß entstehen-

den ersten provisorischen Regierung Lwow, die bis auf eine Ausnahme (Kerenski) bürgerlichen Ursprungs war, entsandte. Diese geriet nun immer mehr unter den Druck des Komitees, das bald mit Hilfe der Straße zum eigentlichen Herrscher Rußlands wurde. Die Gegensätze wurden offenbar, als die Regierung nur geringes Interesse an der Durchführung der Reformen zeigte, die besonders den Sozialrevolutionären und Sozialisten nahe lagen, wie z. B. die Agrarfrage. Sie mußte auch ihre ganzen Bemühungen darauf richten, der umsich greifenden Anarchie des Heeres Herr zu werden. Aber gerade hier stieß sie auf den Widerstand des Exekutivausschusses, der von sich aus die Einsetzung besonderer Truppen-Komitees mit Machtbefugnissen in politischen Fragen anordnete und auch sonst durch seine Kommissare das Chaos verstärkte. Die Todesstrafe wurde beseitigt, die Grußpflicht der Mannschaften aufgehoben, den Deserteuren bei Rückkehr zur Front Straffreiheit zugesichert und die Rede-, Wort- und Pressefreiheit verkündet. Aufrufe der Regierung und des Exekutivausschusses, freiwillige Disziplin zu üben, verfehlten ihren Zweck. Daraufhin legte der Kriegsminister Gutschkov sein Amt nieder.

Aber erst recht die Friedensfrage sollte zum Anlaß dauernder Reibungen zwischen Exekutiv-Komitee und Regierung werden. Die Linksbürgerlichen der Regierung, deren Führer der Außenminister Miljukow war, erklärten sich für die Fortsetzung des Krieges bis zum siegreichen Ende. Am 20. März versprach Miljukow die strikte Einhaltung der Bündnisverträge, worauf die Entente das neue Rußland anerkannte. Am 4. April legte er als Friedensprogramm vor: Die Zerstörung Österreich-Ungarns und der Erwerb Konstantinopels und Armeniens. Ein großer Teil des Exekutiv-Ausschusses, die rechten Sozialrevolutionäre und die Sozialdemokraten verfolgten indessen den Plan des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, den sie nach Verständigung mit den Alliierten durchsetzen wollten. Sie zwangen Miljukow bald zu einer neuen Erklärung, daß Rußland nicht für Eroberungsziele kämpfe.

Ganz andere Ansichten äußerten die linken Sozialrevolutionäre und die zahlenmäßig noch bedeutungslosen Bolschewisten, die den Standpunkt der Zimmerwald-Kientaler Sozialisten-Konferenz (April 1916) vertraten, der Krieg müsse in einen Krieg der Klassen umgewandelt werden und auf dem Wege über das Proletariat der Friede erreicht werden.

Aber erst das Eintreffen der bolschewistischen Führer Lenin, Trotzki, Radek und Sinojew im April 1917 stellte die Frage des Friedens in den Mittelpunkt der Revolution. Die Bolschewisten leiteten eine verstärkte Friedensagitation ein und verschärften den Gegensatz zu den kriegsfreundlichen Rechtsgruppen des Exekutiv-Ausschusses, die nun ihrerseits Anlehnung an die bürgerlichen Parteien suchten. Es kam zum Koalitionskabinett Lwow mit Tereschtschenko (Äußeres), Kerenski (Krieg und Marine) und Tschernow (Landwirtschaft). Aber erst recht diese Regierung stand unter dem Druck des Exekutivausschusses, die bürgerlichen Mitglieder spielten keine entscheidende Rolle mehr.

In der Agrar- und der Arbeiterfrage kam man trotz der Persönlichkeit Tschernows nicht weiter. Die Initiative ging im Gegenteil immer mehr zu den Bolschewisten über, die die Bauern zu selbständigen Ent-

eignungen und die Arbeiter zu Streiks aufforderten. In der Friedensfrage entwickelte die Regierung allerdings eine bemerkenswerte Aktivität. So verlangte sie am 13. Juni von den Alliierten eine Revision der Kriegsziele, die diese mit einem verstärkten Druck auf Rußland im Sinne einer offensiven Kriegführung beantworteten. Im Heer ging indessen der Prozeß der Demokratisierung weiter, ganze Armeen wurden zu Diskussionsklubs, pazifistische Strömungen verbreiteten sich, vergeblich beschworen durch den neuen Kriegsminister Kerenski, der ausgedehnte Frontreisen unternahm.

Die Mittelmächte zogen aus der Entwicklung der Dinge in Rußland zunächst nur Vorteile. Sie sparten Truppen und Munition und konnten diese dafür im Westen verwenden. Von ihrer Seite setzte nun eine starke Propaganda unter den russischen Soldaten für den Frieden ein. Den bolschewistischen Führern wurde bei ihrer Reise von der Schweiz nach Rußland die Durchreiseerlaubnis durch Deutschland erteilt. Der Plan, Rußland durch eine Offensive den Todesstoß zu versetzen, wurde wieder aufgegeben, da das Auswärtige Amt zunächst mit seiner Friedensgeneigtheit rechnete. Als sich jedoch diese Hoffnung als trügerisch erwies, und ein Durchbruch bolschewistischer Friedensgedanken vorerst nicht anzunehmen war, tauchte der Plan einer Offensive in Galizien und im Baltikum erneut auf. Doch die Russen kamen zuvor. Die Westmächte erzwangen einen russischen Angriff, der am 1. Juli einsetzte, aber in wenigen Tagen völlig scheiterte. Darauf entschloß sich die deutsche Heeresleitung, den so offen zutage getretenen Zersetzungsprozeß nicht zu stören, sondern im Gegenteil darauf zu achten, daß er nicht auf das deutsche Heer übergreife. So hatten auch die Einnahme Rigas und die Eroberung der baltischen Inseln nur den einen Zweck, ein Friedenspfand mehr in die Hand zu bekommen, waren aber nicht als Durchbruchsoffensiven größeren Stils gedacht worden.

Das Mißlingen der russischen Offensive hatte die Macht der Bolschewisten über die revolutionären Arbeiter, Bauern und Soldaten so gesteigert, daß sie die Zeit für einen Aufstand für gekommen hielten. Anfang Juli brach der Umsturz aus, scheiterte jedoch an der Regierungstreue der in die Hauptstadt berufenen Truppen und der geschickten Propaganda der Regierung, die die Bolschewisten als deutsche Söldlinge kennzeichnete. Zur selben Zeit verkleinerte sich die Basis der Regierung durch den Austritt der kadettischen Minister wegen Differenzen in der ukrainischen Frage. Das Rumpfkabinett unter Führung Kerenskis war jetzt rein sozialistisch und konnte auf eine Mehrheit im Exekutivausschuß rechnen, als es sich am 21. Juli zu einem sozialistischen Programm bekannte und versprach, nochmals an die Verbündeten wegen Erörterung der Kriegsziele heranzutreten. Da jedoch trotz des mißlungenen Umsturzes die Bolschewisten noch mehr Einfluß auf die Massen gewannen, wurde Kerenski gezwungen, sich wieder nach Bundesgenossen bei den Bürgerlichen umzusehen, die in der Friedensfrage jede Konzession an die Linke verweigerten. Sie traten dennoch wieder in das Kabinett ein und nahmen an der Moskauer Staatskonferenz teil, welche von Kerenski als beratendes vorläufiges Parlament gedacht war und in welches Vertreter aller Organisationen und Körperschaften entsandt wurden. Die

Forderungen nach Disziplin, Wiederherstellung der Ordnung und einer starken Regierungsgewalt, besonders von den Generälen erhoben, scheiterten an dem lärmenden Widerspruch der Bolschewisten.

Da fiel am 3. September Riga in die Hand der Deutschen. Nun richtete der Oberbefehlshaber Kornilow an Kerenski ein Ultimatum und forderte die Übergabe der Macht an ihn. Die bürgerlichen Parteien aber wagten es nicht, sich hinter Kornilow zu stellen, und so erlangte Kerenski die Vollmacht, schärfstens gegen ihn vorzugehen. Er wurde in den Anklagezustand versetzt, während ihm seine Truppen unter den Händen wegliefen. Kerenski erklärte sich zum Diktator, schaltete vorübergehend die Bürgerlichen wieder aus, nahm sie aber einige Zeit später wieder auf, nachdem er abermals erkannt hatte, daß er ohne diese nichts gegen die Linksopposition ausrichten konnte. Indessen war die Frage der „Konstruktion der Regierungsgewalt" durch die vielen Regierungskrisen akut geworden, die von der demokratischen Konferenz am 27. September in Angriff genommen werden sollte. Das einzige Ergebnis neben der Feststellung, daß die Mitarbeit der Bürgerlichen notwendig sei, war die Einberufung eines „Vorparlaments" aus repräsentativen Vertretern der demokratischen Konferenz, das die Aufgabe der Stellungnahme zu der Regierung und deren Maßnahmen hatte.

Die Bolschewisten erhoben sofort scharfen Protest gegen die Teilnahme der Bürgerlichen. Sie forderten die Übergabe der Macht an die Räte, in denen sie seit kurzer Zeit zusammen mit den linken Sozialrevolutionären die absolute Majorität innehatten. Als ihre Forderung nicht bewilligt wurde, verließen sie das Vorparlament und organisierten offen einen neuen Umsturz. Die Regierung zeigte sich wenig entschlossen, dem bolschewistischen Treiben ein Ende zu bereiten, selbst als das Vorparlament sie für den bevorstehenden Aufstand verantwortlich machte. Am 6. November fiel Petersburg in die Hand der bewaffneten Bolschewisten. Die Regierung wurde im Winterpalais eingeschlossen und das Vorparlament auseinandergejagt. Ein aus ihm gebildetes „Antibolschewistisches Komitee" konnte nicht mehr zusammentreten.

Die Bolschewisten erkannten als erste, daß Kriegführung und Revolution einander ausschlossen. Darin lag ihr Erfolg begründet. Es entstand jetzt die Frage, ob sie, an die Macht gekommen, auch dieser Tatsache Rechnung tragen würden.

3. Die russischen Fremdvölker und ihr Kampf um die Selbstbestimmung.

a) Die Ukrainer.

Die Politik der Mittelmächte den russischen Fremdvölkern gegenüber war seit der Polenproklamation den Weg gegangen, den Völkern nationale Freiheit in einem System deutscher Ordnung zuzusichern. Gegenüber den Völkern der nichteroberten russischen Gebiete mußten sich die Mittelmächte auf die Propaganda beschränken, die hauptsächlich unter den ukrainischen Kriegsgefangenen betrieben wurde. In der Ukraine selbst fand die Freiheitsbewegung mächtigen Auftrieb durch die März-Revolution. Es bildete sich in Kiew eine „Rada", ein Parla-

ment, das mit der russischen Regierung in Verhandlungen eintrat. Die Forderungen der Ukrainer erstreckten sich auf Gewährung der Autonomie im Rahmen eines föderativen Rußlands, eigene Vertretung bei der Friedenskonferenz, eigenem Schulwesen und eigenem Heer. Als Kerenski, der zu Verhandlungen nach Kiew gekommen war, diesem Verlangen nicht sogleich nachkam, verkündete die Rada von sich aus die Autonomie (23. Juni 1917), bildete eine Regierung, das Generalsekretariat, und griff damit der Entscheidung der russischen konstituierenden Versammlung vor. Kerenski sah sich zum Nachgeben gezwungen, worauf die kadettischen Minister seine Regierung verließen. Indessen kam es nicht zum endgültigen Bruch. Die allgemeinen politischen Anschauungen der Ukrainer deckten sich mit denen der Kerenski-Regierung, beide bekannten sich zur revolutionären Demokratie. Auch standen die Ukrainer mit ihren Sympathien aufseiten der Westmächte. Der Umsturz des 6. November jedoch, der die Bolschewisten mit ihren ganz anderen Anschauungen, auch in der Friedensfrage, an die Macht brachte, rief den Konflikt erneut hervor.

b) Die Finnen.

Auch in Finnland setzten sofort nach der März-Revolution Bestrebungen ein zur Wiederherstellung der alten verfassungsmäßigen Rechte, die faktisch durch die Zarenregierung beseitigt worden waren. Die Finnen stellten sich auf den Standpunkt, daß sie nach dem Sturz des Zaren vollkommen frei von rechtlichen Bindungen gegenüber Rußland seien, während die russische Regierung der Ansicht war, daß die Rechte und Pflichten des Zaren an sie übergegangen seien, und daher die Finnen die Autonomie aus der Hand der russischen Regierung empfangen müßten. Klar wurde die rechtliche Stellung Finnlands zu Rußland nicht, einstweilen nahm der finnische Landtag, ohne daß die russische Regierung ihn daran hindern konnte, die Autonomie von sich aus in Anspruch und versuchte, eine internationale Behandlung der finnischen Frage sicherzustellen.

Deutscherseits war in den Kriegszielbesprechungen vom 9. September 1917 eine Fühlungnahme mit Finnland in Aussicht genommen, um einem evtl. englischen Einfluß vorzubeugen.

B) Die Friedensverhandlungen.

1. Die unmittelbare Vorgeschichte.

Der Umsturz des 6. November brachte die entscheidende Wendung in der Friedensfrage. Seit dem Frühjahr 1917 hatten die Bolschewisten diese in den Mittelpunkt ihrer Agitation gestellt. Sie rechneten dabei mit der großen Kriegsmüdigkeit des russischen Volkes und waren sich bewußt, daß sie ihre Macht nur behaupten bezw. über ganz Rußland ausdehnen konnten, wenn sie die Friedensfrage erfolgreich lösen würden. Damit ergab sich für sie der Zwang zum baldigen Abschluß des Friedens. Ihre Absichten gingen jedoch dahin, die Weltrevolution zu entfesseln. So sollten auch die einzuleitenden allgemeinen Friedensverhandlungen dem Zwecke dienen, in Rede und Gegenrede den Umsturz in allen

Ländern der Welt vorzubereiten, da der Plan, die Sozialisten der Welt gegen die Herrschaft des Kapitals aufzurufen, daran scheiterte, daß keines der kriegführenden Länder reif zur Revolution war. „Und wirklich waren viele Leute damals so naiv zu glauben, die Bolschewisten seien Pazifisten! Internationaler Friede war für Trotzki nur ein Mittel, um ein größeres Ziel zu erreichen", bekennt Price (p. 228), ein sowjetfreundlicher englischer Journalist, der zur Zeit des Umsturzes in Rußland weilte. Auch der elsässische Sozialistenführer Grumbach, der sich während des Krieges in der Schweiz aufhielt, stellte in einer Unterredung mit Lenin Anfang 1917 fest, daß dieser die Weltrevolution als sicher ansah und darauf seine ganze Politik gründen würde (vgl. Grumbach p. 12).

Die Friedensfrage kam ins Rollen, als am 7. November der 3. Allrussische Sowjetkongreß eröffnet wurde, der sogleich eine Aufforderung an die neugeschaffene Regierung der Volkskommissare mit Lenin als Präsidenten und Trotzki als Kommissar für Auswärtiges richtete, sie solle den Regierungen der Kriegführenden vorschlagen, unverzüglich in Besprechungen über einen demokratischen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen einzutreten. Die Geheimdiplomatie müsse abgeschafft werden und an den Verhandlungen Vertreter aller, auch der unterdrückten Nationen teilnehmen können (vgl. Krieg 1917/II, p. 1089).

Damit hatte die Regierung die Richtlinien ihres weiteren Handelns erhalten. Zunächst galt es allerdings, die Macht im Innern in die Hand zu bekommen, bevor es möglich war, Schritte bei den Verbündeten und den Gegnern zu unternehmen. Kerenski war am 7. November der Verhaftung entgangen, hatte Truppen sammeln können und marschierte auf die Hauptstadt zu. Die Stellung der Bolschewisten wurde dadurch sehr gefährdet, doch gelang es ihnen, am 12. November bei Zarskoe Zelo eine militärische Entscheidung zu ihren Gunsten zu erzwingen. Mit der Niederlage Kerenskis waren die gegenrevolutionären Kräfte noch nicht endgültig vernichtet, doch gab sie den Bolschewisten genügend Zeit, um die ersten Schritte in der Friedensfrage zu tun. Es ging jetzt darum, die Entente für den Friedensplan zu gewinnen. Bei den Arbeitern des Westens mußte der Eindruck erweckt werden, daß Rußland den deutschen Imperialisten nicht durch den Bruch des Londoner Vertrages zu Hilfe kommen würde. Gelang es der Regierung, die Entente von der Notwendigkeit des Friedens zu überzeugen, konnte der offene Bruch des Londoner Vertrages vom 5. September 1914 vermieden werden. Dann kam es zu allgemeinen Friedensverhandlungen, die eine Etappe auf dem Wege zur Weltrevolution werden sollten. Andernfalls ließ sich ein Separatfrieden mit den Mittelmächten wegen der inneren Lage Rußlands nicht umgehen, der den Russen deshalb ungelegen sein mußte, weil er die Weltrevolution evtl. unmöglich machen konnte. „Sans aucun doute les bolcheviks savaient parfaitement que leur proposition d'une paix générale ne pouvait rencontrer l'assentiment des Alliés; mais ils comprenaient également que leur pouvoir etaît lié à leur promesse de paix . . . ." (Mirkine-Guetzévitch, p. 13). Die Westmächte waren sich einig, daß eine Beteiligung an den Friedensverhandlungen für sie nicht in Frage käme. Sie hatten zwei Möglichkeiten, dennoch auf evtl. Separat-

verhandlungen ihren Einfluß auszuüben. Es bestand die Aussicht, daß die Herrschaft der Bolschewisten nur von kurzer Dauer sein werde und daß man diese durch Unterstützung friedensfeindlicher Kreise und durch offene Drohung, evtl. Durchführung von Strafmaßnahmen, ihrer Macht entkleiden könne. Andererseits konnte die Entente-Diplomatie auf friedlichem Wege versuchen, Einfluß auf die russische Politik zu gewinnen. Beide Wege sind gleichzeitig beschritten worden. Am 8. November beschloß eine Konferenz der Botschafter der Alliierten in Petersburg, die Sowjet-Regierung nicht anzuerkennen und zunächst auch keine inoffiziellen Verbindungen mit ihr aufzunehmen. Dennoch sahen sich die Bolschewisten veranlaßt, an die Entente heranzutreten, um auch die geringste Möglichkeit, einen Separatfrieden zu umgehen, auszunutzen und um die ententistischen Regierungen vor ihren Völkern zu kompromittieren.

Die Versuche Trotzkis, mit dem englischen Botschafter Sir George Buchanan in Verbindung zu treten, verliefen zunächst erfolglos. Da entschloß er sich am 20. November zu einer Note an die Verbündeten, um sie auf diese Weise zur offiziellen Stellungnahme zu zwingen. Am 8. November, so hieß es in dieser Note, habe sich eine neue Regierung konstituiert, der vom Kongreß der A.- und S.-Räte Vorschläge für einen sofortigen Waffenstillstand und einen demokratischen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen gemacht worden seien, die die russische Regierung nunmehr hiermit als offizielles Angebot den verbündeten Regierungen vorlege (vgl. Krieg 1917/II, p. 1098).

Am 23. November erfolgte die Antwort der Alliierten in Form eines Briefes ihrer Militärvertreter an den russischen Oberbefehlshaber General Duchonin: „Die unterzeichneten Chefs der beim russischen Generalstab accreditierten Militärmissionen der Alliierten haben die Ehre, gemäß bestimmter Instruktionen seitens der bevollmächtigten Vertreter in Petersburg zu erklären, daß sie beim russischen Oberkommando ganz entschieden gegen alle Verletzungen der Bestimmungen des Vertrages vom 5. September 1914 protestieren, in dem sich die Alliierten einschließlich Rußlands feierlich verpflichtet haben, nicht für sich allein einen Waffenstillstand zu schließen oder die militärischen Operationen einzustellen. Die unterzeichneten Chefs der Militärmissionen der Alliierten betrachten es als ihre Pflicht, den Generalstab darauf aufmerksam zu machen, daß jede Verletzung der Verträge durch Rußland die ernstesten Folgen haben wird". (Kraus, p. 58/59).

Zugleich drohte die englische Regierung mit Abbruch der Beziehungen, wenn die Bolschewisten, wie sie angekündigt hatten, die Geheimdokumente der Zarenregierung veröffentlichen würden.

Dieser Politik der Drohung stellte sich diejenige zur Seite, gewisse Beziehungen mit den Bolschewisten aufrecht zu erhalten. Sir George Buchanan schrieb am 20. November in sein Tagebuch: „My allied colleagues . . . all agree that we cannot recognize the new Government officially but differ as to whether we should or should not enter into unofficial relations". (p. 220). Der Grund, warum inoffizielle Beziehungen aufgenommen werden sollten, war klar. Wenn man selbst schon aus der Lage nichts herausholen konnte, so sollte doch wenigstens

Deutschland daran gehindert werden, sein Spiel mit Rußland zu treiben. Eine offizielle Anerkennung lehnte die englische Regierung in einer Rede Lord Robert Cecils am 23. November ab: „The action just taken by the extremists in Petrograd . . . would of course be a direct breach of the agreement of Sept. 5, 1914. . . . . There is no intention of recognizing such a government" (Magnes, p. 14), während Sir George Buchanan am selben Tage erklärte: „The Allied Governments thus find themselves in the presence of a fait accompli on a subject concerning which they have not been consulted. It is furthermore impossible for the Embassy to reply to the notes of the Government . . ." (Magnes, p. 14). Am 27. November telegraphierte der Botschafter jedoch an das Foreign Office, die Situation sei so verzweifelt, daß man sich die einzunehmende Haltung nochmals überlegen müsse. (must reconsider our attitude). Seine erste Sorge sei stets gewesen, Rußland in kriegsfähigem Zustand zu erhalten, aber man könne dem erschöpften Volk nicht den Krieg gegen seinen Willen aufzwingen. „Every day that we keep Russia in the war against her will does embitter the people against us". England müsse Rußland von der Verpflichtung, keinen Sonderfrieden zu schließen, frei machen. Ein Friede mit Deutschland werde sowieso durch seine schweren Bedingungen nicht von langer Dauer sein. Er wolle nicht die Anerkennung der Bolschewisten vorschlagen, doch müsse man ihnen den Wind aus den Segeln nehmen (vgl. Muriel Buchanan, p. 262). Am selben Tage schreibt er in sein Tagebuch: „I have come to the conclusion that the only thing for us to do is to faire bonne mine à mauvais jeu" (p. 226). Dennoch zeigte die Zukunft, daß die Verbands-Diplomatie auch weiterhin versuchte, Einfluß auf die russische Politik zu gewinnen.

Schon Anfang Dezember wurde von anderer alliierter Seite der Versuch einer Annäherung gemacht. Am 1. Dezember erschien der amerikanische Militärvertreter General Johnson bei Trotzki und erklärte ihm, die Zeit der Proteste sei jetzt vorbei. Zwar sei er nicht gekommen, die russische Regierung im Namen der amerikanischen anzuerkennen, doch wolle er anfragen, ob erstere bereit sei, gemeinsam mit den Verbündeten das Ende des Krieges anzustreben. Trotzki antwortete, daß die Verhandlungen auf jeden Fall beginnen würden, und die Alliierten dann noch jederzeit die Möglichkeit hätten, diesen beizutreten (vgl. Magnes, p. 20). „Aber bekanntlich macht eine Schwalbe, selbst im Rang eines Generals, noch keinen Sommer" (Trotzki, Mein Leben, p. 331).

Inzwischen hatte auch die innenpolitische Lage Rußlands eine erneute Verschärfung erfahren. Am selben Tage, an dem Trotzki die Noten an die Alliierten gerichtet hatte, erging ein Befehl Lenins an den General Duchonin. sofort mit dem Feinde, in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten (vgl. Krieg 1917/II, p. 1099). Das Hauptquartier, zugleich der Sitz der alliierten Militärmissionen, wurde nun zum Zentrum der Gegenrevolution. General Duchonin erklärte, ohne vorherige Vereinbarung mit den Verbündeten könne er keine Verhandlungen einleiten (vgl. Krieg 1917/II, p. 1100). Er wurde daraufhin für abgesetzt erklärt und der Fähnrich Krylenko zum Oberbefehlshaber der russischen Armeen ernannt, der sich jedoch zunächst nicht durchsetzen konnte und mit einer roten Matrosenabteilung nach Mohilew, dem Hauptquartier,

marschierte, um die Macht gewaltsam an sich zu reißen. General Duchonin stellte sich ihm entgegen und wurde getötet. Die Führer der Sozialrevolutionäre und die alliierten Militärmissionen, die noch einige Tage vorher jene Drohung bezgl. der Folgen des Bruches des Londoner Vertrages an General Duchonin gerichtet hatten, flohen in die Ukraine.

Es war nun deutlich geworden, daß die Entente sich nicht an Friedensverhandlungen beteiligen werde. Lenin und Trotzki hatten, als sie die Aufforderung an General Duchonin richteten, Verhandlungen einzuleiten, ihre Entschlossenheit, notfalls zum Separatfrieden zu gelangen, betont und am 23. November die Geheimdokumente der Zarenregierung veröffentlicht. Dennoch wurde die recht geringe Möglichkeit, allgemeine Friedensverhandlungen zustandezubringen, zunächst von ihnen nicht aufgegeben und dauernd Versuche gemacht, sich die Alliierten zu nähern, ebenso wie diese auch ihre Bemühungen nicht aufgaben, Rußland wieder in die Front gegen die Mittelmächte einzureihen.

Bisher waren diese letzteren noch zu keiner Stellungnahme gezwungen worden. Der Kampf hatte sich ausschließlich im Lager der Verbündeten abgespielt. Da erließ die russische Regierung am 28. November einen „Aufruf an Alle", der eine offizielle Antwort der Mittelmächte erforderte. „Jetzt werden alle Regierungen, alle Klassen, alle Parteien aller kriegführenden Länder aufgefordert, kategorisch die Frage zu beantworten, ob sie zusammen mit uns an die Verhandlungen über sofortigen Waffenstillstand und den allgemeinen Frieden heranzutreten, einverstanden sind oder nicht. . . . Der Friede, den wir beantragt haben, soll ein Völkerfriede sein. Er soll ein Ehrenfriede sein, der einem jeden Volk die Freiheit der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung sichert. . . . . Wir beantragen mit allen Völkern öffentlich einen neuen Vertrag auf der Grundlage des Einverständnisses und der Zusammenarbeit zu schließen. . . ." (Kraus, p. 59).

Über die Haltung der Mittelmächte hatte ein russischer Vertrauensmann von Vertretern des deutschen Spartakusbundes in Stockholm erfahren, daß die O. H. L. eine de facto-Anerkennung der russischen Regierung vermeiden und sich die Gelegenheit zur Ostexpansion zunutze machen wolle, wobei er auf die stillschweigende Duldung der Entente rechne (vgl. Price, p. 219). Auch Trotzki bemerkt, in Rußland hätten viele nicht mit einer deutschen Anerkennung gerechnet (vgl. Trotzki, Oktoberrevolution, p. 97).

In der Tat stand die O. H. L. einem bolschewistischen Friedensbegehren skeptisch gegenüber, obwohl Ludendorff im Laufe des Sommers bereits Waffenstillstandsbedingungen entworfen hatte (vgl. Ludendorff, K. E., p. 408). Die Russen hatten einen allgemeinen Frieden vorgeschlagen Sollten Verhandlungen über einen solchen zustandekommen, womit als einer, wenn auch geringen Möglichkeit gerechnet werden mußte, so konnte ihr Ergebnis nicht das sein, was die O. H. L. noch am 11. September gefordert hatte, nämlich die Sicherung des deutschen Lebensraumes. Dazu mußten die Gegner getrennt an den Verhandlungstisch gebracht werden. Aber auch gegen einen russischen Separatfrieden machten sich im Augenblick schwerwiegende Bedenken geltend, ob die

Regierungsgewalt der Bolschewisten nämlich ausreichen werde, um im Namen des russischen Volkes Friedensverhandlungen zu führen. Kam es jedoch dazu, dann bestand die Möglichkeit, daß die Bolschewisten gerade durch diese in den Sattel gehoben wurden und ihre Herrschaft befestigen konnten. Ein bolschewistisches Rußland aber konnte für Deutschland gefährlich werden. Der Friedenswille des russischen Volkes stand über jedem Zweifel, und wahrscheinlich hätte er sich auch gegen die Bolschewisten durchgesetzt. Diese Bedenken äußerte Ludendorff gegenüber dem General Hoffmann, Chef des Stabes Oberost, der darauf antwortete, daß man verhandeln müsse, weil man die Truppen im Westen zur Entscheidungsschlacht brauche (vgl. Hoffmann, Aufzeichnungen, p. 319). Das war das entscheidende Moment, und alle Zweifel mußten dahinter zurücktreten.

Die deutsche politische Leitung griff das Waffenstillstands-Angebot sofort auf. Am 29. November führte Hertling im Reichstag aus: „Ich stehe nicht an zu erklären, daß in den bisher bekannt gewordenen Vorschlägen der russischen Regierung diskutable Grundlagen für die Aufnahme von Verhandlungen erblickt werden können und daß ich bereit bin, in solche einzutreten" (Krieg 1917/II, p. [3]), während Kühlmann am nächsten Tage erklärte: „Die Prinzipien, die der Welt angekündigt wurden durch die gegenwärtigen Herrscher in Petersburg, scheinen im Ganzen annehmbar als eine Basis für die Wiederherstellung der Verhältnisse im Osten" (Krieg 1917/II, p. [4]).

Auch die k. u. k. Regierung versagte nicht ihre Zustimmung. Schon seit Beginn der bolschewistischen Revolution hatte man in Österreich-Ungarn auf einen Schritt der neuen Regierung gewartet. Besonders die Sozialdemokraten entfalteten eine rührige Agitation. Eine große Friedenskundgebung der Arbeiter am 11. November in Wien forderte von der Regierung, daß sie der russischen in der Friedensfrage entgegenkomme. Am 23. November fragte die sozialdemokratische Fraktion im Abgeordnetenhaus an, bis zu welcher Entwicklung die Friedensfrage gediehen sei, worauf der Ministerpräsident Seidler antwortete, daß bis zur Stunde noch kein Waffenstillstandsangebot erfolgt sei. Wenn aber ein solches ergehen werde, werde die k. u. k. Regierung es im Einvernehmen mit den Bundesgenossen einer wohlwollenden Prüfung unterziehen. „Akzeptable Propositionen" würden angenommen werden (vgl. Krieg 1917/II, p. 1125). Nach Czernin (p. 298) gab es drei Richtungen im österreichisch-ungarischen Kabinett. Die erste nahm Lenin nicht ernst und glaubte, die bolschewistische Revolution sei nur eine vorübergehende Phase. Die zweite glaubte an den Bestand der Revolution, äußerte aber die Ansicht, daß man sich mit ihr aus moralischen Gründen nicht einlassen dürfe. Die Dritte, von Czernin vertreten, wollte auf jeden Fall verhandeln. Dieser Meinung schlossen sich auch die beiden Ministerpräsidenten Seidler und Wekerle an.

Als am 28. November das russische Angebot erfolgte, erklärte Seidler im Abgeordnetenhaus: „Die k. u. k. Regierung ist im Sinne ihres wiederholt bekanntgegebenen Standpunktes entschlossen, die einzuleitenden Verhandlungen im Geiste der Versöhnlichkeit zu führen. Für diese werde der Grundsatz „ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewalti-

gungen" gelten. Österreich-Ungarn werde sich jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer Staaten enthalten, verlange aber auch, daß jede Einmengung in seine eigene staatliche Organisation unterbleibe (vgl. Krieg 1917/II, p. [4]). Zugleich ging eine offizielle Antwort nach Petersburg ab. „Die von der russischen Regierung bekanntgegebenen Richtlinien für den abzuschließenden Waffenstillstand und Friedensvertrag, hinsichtlich welcher die Regierung der russischen Republik Gegenvorschlägen entgegensieht, bilden nach Ansicht der österreichisch-ungarischen Regierung geeignete Grundlagen für die Einleitung dieser Verhandlungen. Die Regierung Österreich-Ungarns erklärt sich bereit, in die von der russischen Regierung vorgeschlagenen Verhandlungen über einen sofortigen Waffenstillstand und über den allgemeinen Frieden einzutreten" (Kraus, p. 61–62).

Gegen die Erklärung des Ministerpräsidenten nahm am 1. Dezember die slavische Opposition im österreichischen Abgeordnetenhaus Stellung. Der tschechische Verband, der südslavische Klub und die ukrainische Parlamentsvereinigung veröffentlichten ein Communiqué, in dem es hieß: Das Friedensangebot der gegenwärtigen russischen Regierung beruhe nicht nur auf dem Prinzip „ohne Annexionen und Kontributionen", sondern auch auf dem des Selbstbestimmungsrechtes aller Nationen, „was von unserer Regierung verschwiegen wird". „Wir stellen fest, daß die Basis, worauf die österreichische Regierung nach der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler in Friedensverhandlungen einzutreten bereit ist, in diesem wesentlichen Punkt in direktem Widerspruch zu den Bedingungen des Friedensmanifestes der gegenwärtigen russischen Regierung an alle Völker der Kriegführenden steht (Krieg 1917/II, p. 1222). Graf Czernin hob dagegen in seiner Rede vor den ungarischen Delegationen am 7. Dezember den Standpunkt der k. u. k. Regierung nochmals hervor: „Die Friedensbedingungen, unter denen wir heute zu verhandeln bereit sind, sind vollständig bekannt. Sie sind die, daß wir weder Annexionen noch Kompensationen fordern, daß wir auf dem Standpunkt stehen, daß ebenso wie Rußland auch wir das souveräne Recht der Regierung in Anspruch nehmen, unsere inneren Angelegenheiten selbständig zu regeln" (Krieg 1917/II, p. 1237).

2. Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Durch die Zustimmung der Mittelmächte war der Weg frei geworden für Waffenstillstandsverhandlungen an der Ostfront. Schon im Laufe des November war an verschiedenen Stellen örtliche Waffenruhe vereinbart worden, die sich seit dem 26. November auf größere Teile der Front erstreckte, nachdem der neue russische Oberbefehlshaber Krylenko sein Amt angetreten und den Truppen befohlen hatte, jede Kampfhandlung einzustellen (vgl. Magnes, p. 15). Am 29. November wurde zwischen den deutschen und russischen Parlamentären der 2. Dezember als Tag des Beginnes der Waffenstillstandsverhandlungen vereinbart (Krieg 1917/II, p. [11]). Zugleich informierte Trotzki die alliierten Botschafter über die bevorstehende Eröffnung und forderte nochmals zur Teilnahme auf (vgl. Magnes, p. 17). Am 30. November erklärte er hinsichtlich der Stellung Rußlands zu den Verhandlungen, daß die Bolsche-

wisten keine falsche Auslegung ihrer Vorschläge dulden würden. Jedes Wort, das während der Verhandlungen gesprochen werde, sollte drahtlos an alle Nationen übermittelt werden (vgl. Magnes, p. 17).

Am 3. Dezember 1917 nahmen die Waffenstillstandsverhandlungen in Brest-Litowsk ihren Anfang. Deutscherseits wurden sie vom General Hoffmann geführt, dem ein Vertreter des Auswärtigen Amtes beigegeben war. Die bereits von Ludendorff entworfenen Waffenstillstandsbedingungen entsprachen (nach Hoffmann, Krieg, p. 190) dem Wunsche, unbedingt an einer Front zu Ende zu kommen und enthielten für die Russen nichts Unbilliges oder Kränkendes. Die Parteien sollten ihre Stellungen behalten. Zunächst einigte man sich auf eine Waffenruhe an der ganzen Front für 48 Stunden bis zum 5. Dezember (vgl. Magnes, p. 20). Darauf verlangte der russische Delegationsführer Joffe Öffentlichkeit der Verhandlungen. Hoffmann äußerte keine Bedenken, schlug aber vor, um Mißbräuche zu verhindern, daß die Verhandlungsprotokolle gemeinsam zu billigen seien (vgl. Hoffmann, Krieg, p. 191). Der Versuch der russischen Delegation, die Diskussion über einen Waffenstillstand zwischen den Mittelmächten und Rußland auf eine solche über einen Waffenstillstand an allen Fronten zu übertragen, konnte zu keinem praktischen Ergebnis führen, nachdem sich auf eine Anfrage Hoffmanns herausstellte, daß die russische Delegation nicht die Vollmacht hatte, im Namen ihrer Verbündeten zu sprechen. Helfferich schreibt über das Verhalten der Bolschewisten: „Schon die erste Besprechung ließ den Verdacht aufkommen, daß es den Russen mindestens ebensosehr auf eine Propaganda für ihre revolutionäre Weltanschauung wie auf die Erzielung eines unmittelbar praktischen Ergebnisses im Sinne des Friedens ankam" (Helfferich, Weltkrieg/III, p. 249).

Am nächsten Tage machte die russische Delegation ihre Vorschläge, die sich im wesentlichen auf 4 Punkte erstreckten. Sie verlangten zunächst die Räumung Rigas und der Inseln des Moonsundes. Nach Lage der Dinge lehnte Hoffmann diese Forderung ab, die er als „unglaubliche Dreistigkeit" empfand (vgl. Hoffmann, Krieg, p. 192). Als nächstes schlugen die Russen vor, daß während der Dauer des Waffenstillstandes keine Truppenverschiebungen an der Front vorgenommen werden sollten, um eine Offensive der Mittelmächte im Westen mit Truppen aus dem Osten unmöglich zu machen. Nicht ihre Bündnistreue gegenüber der Entente, sondern ihre Besorgnis, ein Sieg der Mittelmächte könne die von ihnen erhoffte Weltrevolution verzögern, bewog sie zu diesem Antrag. Die beiden anderen Forderungen der Russen gingen dahin, 1. dem Waffenstillstand eine Dauer von 6 Monaten zu verleihen, wohingegen die Deutschen diesen auf 28 Tage begrenzen wollten, und 2. den ungehinderten Verkehr zwischen den Fronten zu gestatten. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Inzwischen war die zweitägige Waffenruhe abgelaufen und ein neues Provisorium mit Gültigkeit bis zum 15. Dezember mußte daher in Kraft gesetzt werden (vgl. Krieg 1917/II, p. [13]).

Am 5. Dezember verlangte Joffe eine Unterbrechung der Verhandlungen, um sich, wie er sagte (vgl. Hoffmann, p. 193), Vollmachten zum endgültigen Abschluß aus Petersburg zu holen. So wurden diese dann auf eine Woche vertagt.

Diese Zwischenpause in den Verhandlungen diente den Russen zur verstärkten revolutionären Propaganda unter den Arbeitern und Soldaten der kriegführenden Mächte, die aufgefordert wurden, der Sowjetregierung im Kampf für Frieden und Sozialismus beizustehen. „Soldaten! Brüder! Das leuchtende Beispiel, das euch euer Führer Liebknecht gegeben hat, der Kampf, den ihr in den Versammlungen und in der Presse führt, endlich die revolutionären Ereignisse in der deutschen Flotte, geben uns die Gewißheit, daß die Arbeiterbataillone bereit sind zum Frieden". (Brest-Litowsk, p. 14). Aber nicht nur auf die Arbeiter der Mittelmächte, sondern auch auf die der russischen Verbündeten erstreckte sich die revolutionäre Propaganda, indem versucht wurde, die Verantwortung für den Abschluß eines Sonderwaffenstillstandes auf diejenigen Regierungen abzuschieben, die sich geweigert hatten, an den Verhandlungen teilzunehmen. Die arbeitenden Klassen der mit Rußland verbündeten Länder, so hieß es in einem Funkspruch, seien jetzt vor der Geschichte berufen, ihre ganze Kraft in die Wagschale zu werfen, um die Teilnahme an den Friedensverhandlungen zu erwirken (vgl. Helffe-rich, Weltkrieg, III, p. 251).

Am 13. Dezember wurden die Waffenstillstandsverhandlungen wieder aufgenommen und versucht, die schwebenden Differenzen auf dem Verhandlungswege auszugleichen. Einig wurde man sich, daß sofort nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes in Brest-Litowsk die Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden beginnen sollten, ebenso ließen sich die Mittelmächte dazu herbei, einen Verkehr zwischen den Fronten an manchen Stellen zu gestatten. Hoffmann konnte sich diesem Verkehr nicht ganz widersetzen, da er tatsächlich schon stattfand. Durch die Beschränkung auf gewisse Stellen sollte eine Kontrolle ausgeübt werden. Ludendorff schreibt (K. E., p. 409), die Absicht der Propaganda sei klar erkannt worden, aber der Befehlshaber Oberost sei überzeugt gewesen, daß er eine Wirkung werde verhindern können. In der Frage der Truppenverschiebung kam es zu einem scheinbaren Kompromiß. Es wurde vereinbart, daß keine operativen Truppenverschiebungen stattfinden sollten, es sei denn, daß diese bei Unterzeichnung des Waffenstillstandes schon eingeleitet worden seien. Da der Abtransport eines großen Teiles der Truppen bereits erfolgt bezw. vorbereitet war, stellte diese Formulierung keine nennenswerte Einschränkung des deutschen Standpunktes dar. Die Räumung Rigas und der Inseln des Moonsundes wurde von den Mittelmächten abermals abgelehnt, worauf die Russen nachgaben. Als Demarkationslinie wurden die gegenwärtigen Stellungen bestimmt. In der Frage der Dauer des Waffenstillstandes setzte sich die deutsche Auffassung durch, indem diese auf 28 Tage begrenzt wurde bei 7-tägiger Kündigung und automatischer Verlängerung beim Ausbleiben der Kündigung. Von besonderer Bedeutung war der Zusatzvertrag, der als eine Überleitung zu den Friedensverhandlungen gedacht war und schon wesentliche Punkte in Angriff nahm, die eigentlich erst Gegenstand der Friedensverhandlungen waren. Sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes sollten in Petersburg gemischte Kommissionen aller Beteiligten zusammentreten, die den Austausch der Zivilinternierten und der kriegsuntauglichen Kriegsgefangenen zu regeln,

ferner Maßnahmen zur Wiederherstellung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen wie die Wiederaufnahme des Post- und Handelsverkehrs zu treffen hatten (vgl. Urkunden der O. H. L., p. 448 – 451, Ludendorff).

Am 15. Dezemßer konnte der Vertrag unterzeichnet werden, nachdem bereis am 9. Dezember zu Focsani ein Waffenstillstandsvertrag für die russisch-rumänischen Truppen abgeschlossen worden war (vgl. Krieg 1917/II, p. [14]). An der Ostfront der Mittelmächte war damit vorläufig Ruhe eingetreten.

Der Abschluß des Waffenstillstandes stieß naturgemäß in Rußland selbst auf Widerstand in denjenigen Kreisen, die auf Fortsetzung des Krieges an der Seite der Entente drängten. So hatte im Schwarzmeer-Gebiet der General Kaledin eine neue Armee sammeln können und bedrohte die Machtstellung der Bolschewisten vom Süden her, nachdem es zunächst nach der Niederlage des Generals Duchonin geschienen hatte, als ob die gegenrevolutionären Kräfte einen vernichtenden Schlag erlitten hätten. Eine noch größere Gefahr für den Bestand der bolschewistischen Herrschaft bildete die ukrainische Republik, die nach Ausbruch der November-Revolution ein Herd der gegenrevolutionären Propaganda wurde. Solange Groß-Rußland noch auf Seiten der Entente stand, war eine selbständige Ukraine der letzteren unerwünscht. Nach dem Umsturz jedoch setzte die Entente alle Hoffnungen auf die demokratisch gebliebene Ukraine, die „Oasis in der russischen Anarchie" (Borschak, p. 55). Die französische Militärmission, die nach dem Eintreffen Krylenkos im Hauptquartier geflohen war, begab sich nach Kiew und versuchte, die Rada auf die Seite der Entente zu ziehen. Am 20. November 1917 erklärte diese sich durch ihr „Drittes Universal" zum alleinigen Inhaber der Staatsgewalt und schloß Ende November mit den Alliierten ein Abkommen, in dem sie sich verpflichtete, den Krieg weiterzuführen und dafür die Anerkennung der Unabhängigkeit seitens der Entente erhalten sollte. Doch die Hoffnungen der Alliierten erfüllten sich nicht. Das Friedensbedürfnis war auch in der Ukraine während der Waffenstillstandsverhandlungen der Bolschewisten mit den Mittelmächten erneut angewachsen. Außerdem kam es zu einem Konflikt der bolschewistischen Regierung mit der Rada, als erstere den Durchzug roter Truppenabteilungen durch die Ukraine verlangte, um die Kosaken des Generals Kaledin im Dongebiet bekämpfen zu können, sodaß die ukrainische Volksrepublik in einem Radio-Telegramm vom 11. Dezember 1917 an die Kriegführenden und Neutralen erklärte, auch sie sei zum Frieden bereit. Die Entente gab indessen ihre Bemühungen, die Ukraine für sich zu gewinnen, nicht endgültig auf. Ebenso setzte sie alles daran, die bolschewistische Regierung noch im letzten Augenblick vom Friedenschluß zurückzuhalten. Die Tendenz, sich gegen jeden Frieden zu sträuben, fand ihren sichtbarsten Ausdruck in der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Österreich-Ungarn am 7. Dezember. Zugleich tagte in Paris die Konferenz der Alliierten, die, nach einem Telegramm Balfours an Sir George Buchanan (p. 233), beschloß, über die Kriegsziele zu beraten, sobald in Rußland eine Regierung bestehe, die im ganzen Lande anerkannt sei. Am 10. Dezember empfing der Botschafter daraufhin die

russischen Pressevertreter und erklärte ihnen, daß die Entente nicht irgendwelche Zwangsmaßnahmen in Erwägung ziehe, falls Rußland einen Sonderfrieden schließen werde, obwohl sie natürlich den Bruch des Londoner Vertrages sehr bedaure. Sobald sich aber eine feste russische Regierung gebildet habe, würden die Alliierten bereit sein, die Bedingungen eines gerechten und dauerhaften Friedens zu prüfen. Auch die Rede Lloyd Georges am 14. Dezember war ein Versuch, die Russen zurückzugewinnen. „By her (Rußlands) retirement she strengthens the Hohenzollerns and weakens the forces of democracy. Her action will not lead, as she imagines, to universal peace" (vgl. Magnes, p. 25–26).

Trotzki informierte am 6. Dezember die Alliierten in einer Note über den Stand der Verhandlungen (vgl. Magnes, p. 23–24) und erklärte am 12. Dezember, ein Separat-Waffenstillstand bedeute noch keinen Separat-Frieden, aber die Gefahr eines solchen (vgl. Magnes, p. 25). Wenige Tage darauf kam es auf Initiative des französischen Botschafters Noulens zu einer Unterredung mit Trotzki (vgl. Trotzki, Mein Leben, p. 332). Eine Verständigung schien sich anzubahnen. Doch alle Bemühungen blieben erfolglos, als sich schließlich endgültig herausstellte, daß Rußland nicht auf Friedensverhandlungen verzichten würde, noch die Westmächte bereit waren, in der Friedensfrage nachzugeben. Ihr ganzes Verhalten hatte sich als bloßes taktisches Manöver erwiesen.

3. Der erste Abschnitt der Friedensverhandlungen.

Die beiden Kanzlerkrisen des Jahres 1917 und die mangelnde Übereinstimmung hinsichtlich der Kriegsziele zwischen Regierung und O. H. L. hatten bisher jede Vorbereitung der Friedensverhandlungen verhindert, obwohl seit längerer Zeit mit dem russischen Friedensangebot zu rechnen gewesen war. Anfang Dezember sah sich der neue Reichskanzler Graf Hertling vor die Notwendigkeit gestellt, eine Einigung mit der O. H. L. herbeizuführen. Ende November hatte er eine Besprechung mit dem fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Victor Naumann gehabt, über welche dieser dem bayerischen Ministerpräsidenten Dandl schrieb, der Reichskanzler wolle den Bolschewisten entgegenkommen und ihnen eine „goldene Brücke bauen", um im Osten zum Schluß gelangen zu können. „Graf Hertling war auch ganz meiner Ansicht, daß wir womöglich garkeine Annexionen machen und Litauen und Kurland ohne Personalunion zu autonomen Staaten werden ließen, in denen wir dann die wirtschaftliche Führung haben werden und die in einem Zollbündnis mit uns stehen würden" (Naumann, p. 298). Ähnlich schreibt Graf Hertlings Sohn über die Ostpolitik seines Vaters, dieser habe das Selbstbestimmungsrecht loyal angewandt wissen wollen, wie er es in seiner ersten Rede vor dem Reichstag am 29. November betont habe. Zuerst solle in den von den Bolschewisten befreiten Ländern Ruhe und Ordnung wiedereinkehren. Später könne man dann, wenn diese Länder die Rückkehr zu Rußland nicht wünschen sollten, gütliche Vereinbarungen mit ihnen treffen, die die wirtschaftlichen Rechte Deutschlands sichern würden, ohne indessen die Form einer Annexion anzunehmen. Damals habe der Kanzler die Ostfragen noch nicht für spruchreif gehalten (vgl. Hertling, p. 80 u. 81). Die Lösung aller Ostfra-

gen sollte, wenn möglich, im Einvernehmen mit Rußland geschehen und eine Einflußnahme der Entente ausgeschaltet werden. Der Kanzler glaubte nicht, daß man von vornhinein die Bolschewisten auf Separat-Friedensverhandlungen festlegen könne, und daher zunächst auf ihre Forderung, allgemeine Friedensverhandlungen zu eröffnen, eingehen müsse. Die Westmächte würden, so rechnete er, wahrscheinlich doch nicht kommen. „Daß die Vertreter der Entente, die von der russischen Regierung aufgefordert war, sich den Verhandlungen anzuschließen, nicht erschienen, wurde von der deutschen Regierung nicht unangenehm empfunden" (Hertling, p. 51).

Deutlich tritt hier der provisorische Charakter hervor, den der Reichskanzler den Verhandlungen mit Rußland beilegen wollte, solange im Osten keine Beruhigung eingetreten war. Da seine Regierung unter Mitwirkung der Parteien gebildet worden war, konnte er nur schwerlich eine andere Politik als die der Reichstagsmehrheit führen, mußte aber auch auf die Forderungen der O. H. L. Rücksicht nehmen und suchte nach einem Mittelweg. Im Laufe des Jahres 1918 erst hat er dann erfolgreich versucht, sich von der Politik der Friedensresolution zu lösen, als der Reichstag nun demgegenüber untätig blieb.

Staatssekretär v. Kühlmann hatte keine Möglichkeit, eine eigene Politik zu treiben. Seine Aufgabe war es, die Richtlinien, die ihm der Reichskanzler gab, auszuführen. Als dieser sich jedoch immer mehr der O. H. L. näherte, trat ein Gegensatz zwischen beiden hervor, da der Staatssekretär vollkommen auf dem Boden der Reichstagsmehrheit stand und den Verständigungsfrieden anstrebte.

Ganz andere Ziele verfolgte die O. H. L. Ihr Leitgedanke war, daß die Friedensverhandlungen einen zwingenden Einfluß auf die militärischen Entscheidungen haben und daher schnell geführt werden müßten, um die Westoffensive zu ermöglichen. Allgemeine Friedensverhandlungen waren der O. H. L. nicht erwünscht. Die Gegner sollten zu Separatfriedensverhandlungen gezwungen werden. Die Lösung der Ostfragen hatte in einer Weise zu geschehen, die den Interessen Deutschlands entsprach, d. h. den wirtschaftlichen und politischen Bedürfnissen des Reiches als Großmacht konnte nur durch gewisse Annexionen Rechnung getragen werden. Ferner mußten die Friedensbedingungen so gestaltet sein, daß die Russen bei einer ungünstiger werdenden Kriegslage der Mittelmächte nicht imstande waren, erneut als Feind aufzutreten (vgl. Ludendorff, K. E., p. 436, K. P., p. 282).

Am 18. Dezember 1917 fand in Kreuznach ein Kronrat statt, auf dem die Ostfragen zur Erörterung standen. Bezüglich Polens forderte die O. H. L. abermals einen breiten Grenzstreifen für Deutschland. Der Rest sollte sich selbst überlassen werden. Da Polen auf alle Fälle deutschfeindlich war, mußte seinen Ansprüchen auf Westpreußen und Posen jede machtpolitische Basis entzogen werden. Über die Festlegung der Grenzen kam es zu keiner genaueren Bestimmung, da Hertling und Kühlmann Einwände gegen einen großen Zuwachs polnischer Bevölkerung geltend machten und nur einen kleinen Streifen annektieren wollten. Hinsichtlich der Zukunft Litauens und Kurlands wurde vereinbart, daß beide Länder durch Personalunion an das Deutsche Reich angegliedert

werden sollten. Der Kanzler stimmte vorbehaltlich der Einwilligung der deutschen Bundesfürsten zu. Ferner forderte die O. H. L. die Ausdehnung der deutschen Interessensphäre auf Estland und Livland, wogegen der Reichskanzler und Kühlmann im Hinblick auf das künftige Verhältnis zu Rußland Bedenken erhoben (vgl. W. U. 4/2/12 I Anl., p. 215–216 und Ludendorff K. P., p. 287). Über den Charakter der Besprechungen schreibt Ludendorff (K. P., p. 283): „Ihr Ergebnis war für den Reichskanzler bindend". Das Verhalten Hertlings und Kühlmanns weist jedoch darauf hin, daß sie die Besprechung als unverbindlich angesehen haben und sich darauf beschränkten, Einwände gegen die Pläne der O. H. L. vorzubringen, ohne eine Entscheidung anzustreben. „Man hat scheinbar abwarten wollen". (Sachverständiger Dr. Bredt in seinem Gutachten „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" W. U. 4/2/8, p. 218–219).

Auf welche Weise die politische Leitung die Loslösung der Randstaaten von Rußland verfolgte, gab Kühlmann am 20. Dezember in einer Unterredung den Parteiführern zu verstehen: Es sei der russischen Regierung bekannt, daß Polen, Litauen und Kurland sich kraft des Rechtes der Selbstbestimmung bereits von Rußland gelöst hätten. Die Loslösung anderer russischer Gebietsteile werde das Reich nur anerkennen, wenn Rußland ebenfalls dasselbe freiwillig tun werde (vgl. Erzberger, p. 240).

Während die deutsche politische Leitung wenig Widerstand gegen die Forderungen der O. H. L. erhob, erstrebte Graf Czernin den Frieden nicht durch Bedingungen unmöglich zu machen. Er glaubte damals zwar nicht, daß ein allgemeiner Friede zustandekommen werde, doch wollte er auf jeden Fall die Grundlagen eines solchen schaffen. Erklärten sich die Gegner zu einem Frieden ohne Annexionen bereit, so verlor das Londoner Protokoll seine Gültigkeit. Andernfalls kam es zu einem Separatfrieden mit Rußland, der deshalb keine Schwierigkeiten machen mußte, weil Österreich-Ungarn nichts von Rußland forderte.

Vor Beginn der Verhandlungen hatte Czernin den Vorschlag für einen Präliminarfrieden entworfen, der in sechs Punkten die wesentlichsten Bedingungen zusammenfaßte und auf der Grundlage „Keine Annexionen und Entschädigungen" beruhte. Während die deutsche politische Leitung das Selbstbestimmungsrecht als bereits von den russischen Randvölkern ausgeübt hinstellte, forderte Czernin, daß die Randvölker neuerlich über ihr Schicksal selbst entscheiden sollten (vgl. Czernin, Protokoll, p. 407), wobei er, eventuell im Zusammengehen mit Rußland (vgl. Helfferich, Weltkrieg III, p. 256), den Anschluß Polens an Österreich-Ungarn zu verwirklichen hoffte, eine Absicht, auf die die O. H. L. nicht eingehen wollte. Czernins Pläne litten allerdings unter dem Zwang für Österreich-Ungarn, unbedingt zum Frieden kommen zu müssen. Er war überzeugt, daß es sonst zusammenbrechen werde und wollte den Frieden auf jeden Fall, Deutschland nur unter gewissen Bedingungen.

Zu einer Einigung zwischen den beiden Zentralmächten und ihren übrigen Verbündeten kam es nicht. Im Gegenteil, ohne gemeinsames Programm traten sie in die Friedensverhandlungen ein.

Erschwerend kam noch hinzu, daß das Reich in seiner Vertretung in Brest-Litowsk durch die Entsendung des Generals Hoffmann einen Dualismus aufwies. Dieser stand zwar, wie Ludendorff ausdrücklich her-

vorhebt (K. E., p. 408), unter und nicht neben dem Bevollmächtigten des Reichskanzlers (Kühlmann), hatte aber die Aufgabe, die Wünsche und Bedenken der O. H. L. zur Sprache zu bringen und machte von diesem Recht häufig Gebrauch.

Welche Absichten die Bolschewisten bezüglich der Friedensverhandlungen hatten, geht aus einem Ausspruch des russischen Delegierten Kamenew zu Beginn der Verhandlungen hervor: Man werfe den Bolschewisten vor, daß sie mit den deutschen Generälen verhandeln wollten, doch sie hofften, daß die Friedenskunde über die Köpfe der Generäle hinweg die Soldaten, Arbeiter und Bauern Deutschlands erreichen werde, und diese ebenfalls über die Köpfe der Generäle hinweg ihnen die Hand reichen würden. „Wir werden alle zwingen, sich mit uns an einen Tisch zu setzen, und dieser Tisch wird zur Anklagebank für die alten Regierungen werden" (Hurwicz, Revolution, p. 139).

Seit Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen waren derartige Pläne den Staatsmännern Deutschlands und Österreich-Ungarns genauer bekannt geworden. Die ersten privaten Unterredungen des k. u. k. Außenministers mit dem russischen Delegationsführer Joffe bestärkten diesen Eindruck, als dieser jenem ganz offen erzählte, er hoffe doch, daß es den Bolschewisten gelingen werde, auch bei den Mittelmächten die Revolution zu entfesseln (vgl. Czernin, p. 305).

Am 22. Dezember 1917 wurden in Brest-Litowsk die Verhandlungen über den allgemeinen Frieden eröffnet. Kühlmann legte in einer kurzen Erklärung dar, daß es sich nicht darum handeln könne, ein bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitetes Friedensinstrument herzustellen. Ihm schwebe die Festsetzung der wichtigsten Grundsätze und Bedingungen vor. Die Verhandlungen müßten erfüllt sein vom Geiste der Menschenfreundlichkeit und der gegenseitigen Achtung, sie müßten einerseits Rechnung tragen dem historisch Gegebenen und Gewordenen, andererseits aber auch getragen sein von den großen und neuen Leitgedanken (vgl. Krieg 1917/II, p. [22]).

Auf Einladung Kühlmanns entwickelte dann Joffe das russische Friedensprogramm:

1. Es wird keine gewaltsame Angliederung von während des Krieges eroberten Gebieten zugelassen. Die Truppen in den besetzten Gebieten werden diese alsbald räumen.
2. Unverletzte Wiederherstellung der politischen Unabhängigkeit der Völker, denen sie im gegenwärtigen Kriege genommen worden ist.
3. Den verschiedenen Nationalitäten, die vor dem Kriege nicht politisch unabhängig waren, wird die Möglichkeit gewährleistet, über die Wege ihrer Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Staat frei zu bestimmen oder durch eine Abstimmung über die nationale Unabhängigkeit zu entscheiden. Die Volksabstimmung muß unter vollständiger Freiheit aller Einwohner der betr. Gebiete, darunter der geflüchteten Auswanderer, vor sich gehen.
4. In Gebieten, die von verschiedenen Nationalitäten bewohnt werden, werden die Rechte der Minderheiten durch Sonderrechte gewährleistet, die nationale Unabhängigkeit der Kultur und autonome Verwaltung gewähren.

5. Kein kriegführendes Land zahlt eine Kriegsentschädigung. Was die bereits gezahlten angeblichen Kriegskosten betrifft, so werden sie zurückerstattet. Was die Entschädigung von Privatpersonen betrifft, so werden besondere Summen durch propositionale Zahlungen aller kriegführenden Länder aufgebracht werden.

6. Die kolonialen Fragen werden gelöst werden, indem man dabei die Punkte 1–4 anwendet.

Hinsichtlich der Küsten der sich Bekämpfenden hält es die russische Delegation für unerträglich, daß die Freiheit der kleinen Nationen durch eine starke Nation vergewaltigt wird durch wirtschaftlichen Boykott und durch die Unterwerfung eines Landes durch ein anderes, das Auferlegen von Handelsverträgen und Sonderzollverträgen (Kraus, p. 63–64).

Jetzt waren die Mittelmächte in der Zwangslage, sich in kürzester Frist zu einigen. Es rächte sich bitter, daß es nicht gelungen war, innerhalb der Mittelmächte eine klare Linie herauszuarbeiten und mit einem fest umrissenen Friedensprogramm vor die Welt zu treten. Die Antwort konnte nur eine Abwandlung des russischen Vorschlages sein. Die Mittelmächte durften nicht den Makel auf sich nehmen, der mit der Verleugnung so erhabener Grundsätze verbunden war. Hätten sie die Grundforderungen der Bolschewisten abgelehnt, so hätten sie sich die Mißbilligung der ganzen Welt zugezogen und beraubten sich der Möglichkeit, überhaupt Verhandlungen mit den Russen anzuknüpfen. Die Schwierigkeit lag also darin, in der Antwort der Ausgleich zwischen den Forderungen der praktischen Politik, wie die O. H. L. sie vertrat, und den erhabenen Grundsätzen der Völkerversöhnung, wie die Bolschewisten sie verkündeten, zu finden. Sie mußte grundsätzlich zustimmend sein, jedoch allen Eventualitäten Raum lassen. Kühlmann vertrat daher in den vertraulichen Besprechungen der Mittelmächte am 23. Dezember den Standpunkt, daß die Antwort nur Gültigkeit behalten dürfe, wenn die Entente sich an den Verhandlungen beteilige (vgl. Hoffmann, Krieg, p. 198). Sie müßte ferner die Auslegung zulassen, daß die Randstaaten bereits ihre Loslösung von Rußland beschlossen hätten und diese nicht in das Gebiet der Annexionen falle. Auch sei eine Räumung der besetzten Gebiete vor Kriegsende unmöglich. Hoffmann (vgl. Hoffmann, Krieg, p. 199) dagegen wollte sich ganz offen auf den Boden der Tatsachen stellen und jede Verhandlung über einen allgemeinen Frieden ablehnen, da die Russen keine „Legitimation" für ihre Verbündeten vorweisen könnten. Er stellte jedoch seine Bedenken wieder zurück, da er annehmen mußte, die O. H. L. habe sich darüber mit der politischen Leitung in Kreuznach ausgesprochen. Czernin versuchte, dem russischen Standpunkt gerecht zu werden und der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes weitgehende Bürgschaften zuzusichern, allerdings durfte sich die Anwendung dieses Rechtes nicht auf Österreich-Ungarn beziehen. Im übrigen wollte er vollkommen auf Annexionen verzichten. Doch konnte er mit seinem Standpunkt nicht durchdringen, wenn Kühlmann sich auch bereit erklärte, die deutsche Haltung nicht so stark durchscheinen zu lassen (vgl. Czernin, Protokoll, p. 408).

Schwierigkeiten kamen noch vonseiten der Bulgaren und Türken, die beide nicht auf Annexionen glaubten verzichten zu können (vgl. Czernin, p. 306, 307). Letztere forderten Räumung der besetzten türkischen Gebiete durch die russischen Truppen, eine Forderung, der die beiden Zentralmächte nicht nachgeben wollten, da die Russen dann dasselbe hinsichtlich der Randstaaten verlangen konnten. Unter Hinweis auf diese Schwierigkeit gaben die Türken bald nach. Wesentlich hartnäckiger zeigten sich die Bulgaren (vgl. Hoffmann, Krieg, p. 200), die erklärten, sie seien in den Krieg eingetreten wegen der Annexion der Dobrudscha und gewisser serbischer Gebiete und könnten nicht darauf verzichten. Der Einwand Kühlmanns, die Entente komme ja doch nicht zu den Verhandlungen, und das Programm werde damit hinfällig, blieb unbeachtet, und erst ein Befehl des Zaren zwang den bulgarischen Delegationsführer zur Unterschrift.

Am nächsten Tage (25. Dezember) gab Graf Czernin dann folgende Erklärung im Namen des Vierbundes ab: Die Leitsätze des russischen Vierbundes seien mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietserwerbungen und Kriegsentschädigungen einverstanden. „Es muß aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müssen, wenn die Voraussetzungen der russischen Delegation erfüllt sein sollten. Denn es würde nicht angehen, daß die jetzt mit Rußland verhandelnden Mächte sich einseitig auf die Bedingungen festlegen, ohne die Gewähr dafür zu besitzen, daß Rußlands Bundesgenossen diese Bedingungen ehrlich und rückhaltlos auch dem Vierbund gegenüber anerkennen und durchführen". Im einzelnen hätten die Mittelmächte zu dem russischen Vorschlag zu bemerken:

ad 1) Eine gewaltsame Aneignung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind, liegt nicht in den Absichten der verbündeten Regierungen. Über die Truppen in den z. Zt. besetzten Gebieten wird im Friedensvertrag Bestimmung getroffen, soweit nicht über die Zurückziehung an einigen Stellen vorher Einigkeit erzielt wird.

ad 2) Es liegt nicht in der Absicht der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Kriege ihre politische Selbständigkeit verloren haben, dieser Selbständigkeit zu berauben.

ad 3) Die Frage der staatlichen Zugehörigkeit nationaler Gruppen, die keine staatliche Selbständigkeit besitzen, kann nach dem Standpunkt der Vierbund-Mächte nicht zwischenstaatlich geregelt werden. Sie ist im gegebenen Fall von jedem Staat mit seinen Völkern selbständig auf verfassungsmäßigem Wege zu lösen.

ad 4) Desgleichen bildet nach Erklärungen von Staatsmännern des Vierbundes der Schutz des Rechtes der nationalen Minderheiten einen wesentlichen Bestandteil des verfassungsmäßigen Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Auch die Regierungen der Verbündeten verschaffen diesem Grundsatz, soweit er praktisch durchführbar erscheint, überall Geltung.

ad 5) Die verbündeten Mächte haben mehrfach die Möglichkeit betont, daß nicht nur auf den Ersatz der Kriegskosten, sondern auch auf den Ersatz der Kriegsschäden wechselseitig verzichtet werden könnte. Hiernach würden von jeder kriegführenden Macht nur die Aufwendungen für ihre in Kriegsgefangenschaft geratenen Angehörigen, sowie die im eigenen Gebiet durch völkerrechtswidrige Gewaltakte den Zivilangehörigen des Gegners zugefügten Schäden zu ersetzen sein. Die von der russischen Regierung vorgeschlagene Schaffung eines besonderen Fonds für diese Zwecke könnte erst dann zur Erwägung gestellt werden, wenn die anderen Kriegführenden innerhalb einer angemessenen Frist sich den Friedensverhandlungen anschließen.

ad 6) Von den vier verbündeten Mächten verfügt nur Deutschland über Kolonien. Seitens der deutschen Delegation wird hierzu in voller Übereinstimmung mit den russischen Vorschlägen folgendes erklärt: Die Rückgabe der während des Krieges gewaltsam in Besitz genommenen Kolonialgebiete ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Forderungen, von denen unter keinen Umständen abgegangen werden kann. Ebenso entspricht die russische Forderung der alsbaldigen Räumung solcher vom Feinde besetzten Gebiete den deutschen Absichten.

Bei der Natur der deutschen Kolonialgebiete scheint, von den früher erörterten grundsätzlichen Erwägungen abgesehen, die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in den von der russischen Delegation vorgeschlagenen Formen z. Zt. nicht durchführbar. Der Umstand, daß in den deutschen Kolonien die Eingeborenen trotz der größten Beschwerden und trotz der geringen Aussichten eines Kampfes gegen den um das Vielfache überlegenen, über unbeschränkten überseeischen Nachschub verfügenden Gegner in Not und Tod treu zu ihren deutschen Freunden gehalten haben, ist ein Beweis ihrer Anhänglichkeit und ihres Entschlusses, unter allen Umständen bei Deutschland zu bleiben, ein Beweis, der an Ernst und Gewicht jede mögliche Willenskundgebung durch Abstimmung weit übertrifft". (Krieg 1917/II, p. [23–25]).

Joffe erklärte daraufhin, er konstatiere mit Genugtuung, daß die Vierbundmächte das Programm des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen angenommen hätten, wenn die russische Delegation auch bemerken müsse, daß die Antwort in Punkt 3 eine wesentliche Beschränkung aufweise. Sie erkläre ihre Befriedigung besonders über Punkt 5, mache jedoch Vorbehalte hinsichtlich der Entschädigung für den Unterhalt der Kriegsgefangenen und sie lege Gewicht darauf, daß Privatpersonen, die unter Kriegsaktionen gelitten hätten, aus einem internationalen Fonds entschädigt werden würden. Im allgemeinen sei jedoch zu bemerken, daß die Antwort die Möglichkeit biete, sofort in Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden unter allen kriegführenden Staaten zu schreiten. Mit Rücksicht darauf schlage die russische Delegation eine Unterbrechung auf 10 Tage vor, damit allen Völkern die Gelegen-

heit gegeben werde, sich den Verhandlungen anzuschließen. Auf jeden Fall würden die Verhandlungen nach Ablauf der Frist fortgesetzt werden (vgl. Krieg 1917/II, p. [25–26]).

Czernin schlug darauf vor, unverzüglich in Besprechungen über jene Fragen einzutreten, die Gegenstand spezieller Erörterungen zwischen Rußland und den Mittelmächten wären. Dieser Vorschlag wurde angenommen, und in den nächsten Tagen eine Einigung erzielt über die Wiederherstellung des Verkehrs, des durch den Krieg unterbrochenen Vertragszustandes, der diplomatischen Beziehungen und über die Freilassung und Heimbeförderung der Kriegsgefangenen (vgl. Krieg 1917/II, p. [27]).

Wie die Russen die Antwort der Mittelmächte vom 25. Dezember auffaßten, geht aus der Erklärung Joffes hervor und den Aufrufen, die die russische Regierung noch am selben Tage an die Völker und Regierungen der verbündeten Länder erließ: Es sei durch die zehntägige Unterbrechung den Verbündeten die letzte Gelegenheit gegeben, den Verhandlungen beizutreten. Die Mittelmächte hätten auf alle Annexionen verzichtet und würden die besetzten Gebiete räumen. Die Alliierten müßten nun ihr Friedensprogramm bekanntgeben, Rußland werde sonst einen Separatfrieden schließen (Brest-Litowsk, p. 19–22). Trotzki selbst behauptet allerdings: „Uns war klar, daß es eine pure Heuchelei war... Der Umstand allein, daß der deutsche Imperialismus es für nötig gehalten hat, den Prinzipien der Demokratie diesen Tribut zu entrichten, bezeugte unserer Meinung nach, daß die Lage im Innern Deutschlands ziemlich ernst sei" (Trotzki, Oktoberrevolution, p. 100).

Mit der Erklärung vom 25. Dezember war ein Schleier um die wahren Absichten Deutschlands gelegt worden, der fallen mußte, sobald die Entente den Beitritt ablehnte oder sobald man in Besprechungen über konkrete Einzelfragen eintreten würde. Mit diesen letzteren sollte nach dem Vorschlag Czernins sofort begonnen werden. Zunächst protestierte die O. H. L. in scharfen Telegrammen gegen die Erklärung des 25. Dezember. „Das Selbstbestimmungsrecht erhielt eine Nutzanwendung, die den deutschen Interessen nicht entsprach" (Ludendorff, K. E., p. 437). Es war zweifelhaft, ob Deutschland Grenzen erhalten würde, die für seinen Bestand als Großmacht notwendig waren. Die O. H. L. sah das ganze Ergebnis der Kreuznacher Verhandlungen in Frage gestellt (vgl. Ludendorff, K, P., p. 285).

Inzwischen hatte auch General Hoffmann von den Russen erfahren, letztere erwarteten aufgrund der Erklärung der Mittelmächte die Zurückziehung der Truppen hinter die Grenzen von 1914. Er erklärte Joffe in einer Unterredung am 26. Dezember, er habe den Eindruck, die russische Delegation fasse den Frieden anders als die Mittelmächte auf. Diese ständen auf dem Standpunkt, daß es keine Annexionen seien, wenn sich Teile des russischen Reiches loslösen und an Deutschland anschließen würden. Die Randstaaten hätten durch ihre gesetzlichen Vertreter diese Loslösung bereits beschlossen (vgl. Hoffmann, Krieg, p. 200–201).

Noch bevor also in Spezialverhandlungen eingetreten worden war, hatte sich der Gegensatz zwischen der deutschen und der russischen Auffassung offenbart.

Kühlmann hatte der Erklärung Hoffmanns keinen Widerstand entgegengesetzt, obwohl doch gerade diese das Aufgeben seiner „Schachzug"-Politik bedeutete und vorzeitig, bevor die Entente abgelehnt hatte, den Bolschewisten und der Welt die eigentlichen Absichten der Deutschen enthüllte. Wahrscheinlich hat er durch dieses Entgegenkommen der O. H. L. gegenüber seine am 25. Dezember ins Wanken geratene Stellung wieder befestigen wollen. Er konnte auch tatsächlich das Mißtrauen der O. H. L. vorübergehend abschwächen. Czernin will allerdings die Sicherung der Stellung Kühlmanns auf seine Drohung, Österreich-Ungarn werde einen Separatfrieden schließen, wenn die O. H. L. weiterhin glatte Annexionen verlange, zurückführen (vgl. Czernin, Protokoll, p. 408). Wie jedoch gerade die O. H. L. diese Drohung ansah, beweist ein Ausspruch Hoffmanns dem k. u. k. Militärbevollmächtigten Feldmarschalleutnant Cziczericz gegenüber: Die Idee vom Abfall Österreich-Ungarns sei glänzend. Deutschland bekäme eine Flanke frei und 25 Divisionen dazu, die jetzt das k. u. k. Heer stützten (vgl. Hoffmann, Krieg, p. 202).

In der Tat brauchte die O. H. L. eine Separatfriedensdrohung Czernins nicht ernst zu nehmen. Österreich-Ungarn war auf Gedeih und Verderb mit Deutschland verbunden. Es konnte keinen Sonderfrieden schließen, wenn es nicht wenigstens seine Stellung als Großmacht verlieren wollte. Es darf daher als fast sicher gelten, daß nicht diese, sondern Kühlmanns Nachgeben der Preis für die Zurückhaltung der O. H. L. diesem gegenüber in den folgenden Tagen war.

In den offiziellen Sitzungen, die am nächsten Tage einsetzten, kamen nun ebenfalls die Meinungsverschiedenheiten zur Sprache. Die Russen erklärten, der Bevölkerung der ehemals russischen Gebiete müsse die Möglichkeit gegeben werden, binnen kürzester Frist vollkommen frei über ihre zukünftige Stellung zu entscheiden. Die Anwesenheit fremder Truppen sei dabei unzulässig. Bis zur Abstimmung liege die Verwaltung dieser Gebiete in der Hand demokratischer Körperschaften aus Vertretern der Bevölkerung (Krieg 1917/II, p. [27–28]).

Czernin sah nun das Mißlingen seiner Politik. Weder die Deutschen noch die Russen waren für eine unbeeinflußte Abstimmung zu haben. „Beide Teile fürchten den Terror der Gegenseite und beide wollen ihn selbst ausüben", so schreibt er. (Czernin, Weltkrieg, p. 309). Sein Plan, durch Hinzuziehung neutraler Truppen eine unbeeinflußte Abstimmung zu sichern, verfiel daher der Ablehnung. Er konzentrierte fortan seine Bemühungen darauf, die Deutschen zu einer Konzession im Sinne einer nochmaligen Abstimmung zu bewegen. Seine Vorschläge gingen dahin, daß bis zum Ende des Krieges die betreffenden Gebiete von den Mittelmächten besetzt bleiben sollten und erst nach Friedensschluß eine Abstimmung stattfinden sollte (vgl. Czernin, Weltkrieg, p. 311), wobei er mit der Meinung Kühlmanns rechnete, daß diesem nur an einer vorübergehenden Besetzung während der Dauer des Krieges gelegen sei. Diese seine Rechnung erwies sich als nicht ganz grundlos. Am 27. Dezember fand Kühlmann sich zu einer Konzession bereit. Die Randgebiete sollten zwar noch besetzt bleiben, doch erklärte er sich damit einverstanden, eine Abstimmung zuzulassen mit der Einschränkung, daß

diese als „Bekräftigung" des bereits vorliegenden Volksvotums zu gelten habe, was Rußland zur Kenntnis nehmen werde. Er schlug den Russen folgende Formulierung des Artikels 1 und 2 des Friedensvertrages vor:

1. Rußland und Deutschland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Deutschland würde bereit sein, sobald der Friede mit Rußland geschlossen und die Demobilisierung der russischen Streitkräfte durchgeführt ist, die besetzten russischen Gebiete zu räumen, soweit sich nicht ein anderes aus 2) ergibt.
2. Nachdem die russische Regierung für alle im Verband des russischen Reiches lebenden Völker ein bis zur völligen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert hat, nimmt sie Kenntnis von den Beschlüssen, worin der Volkswille ausgedrückt ist, für Polen, sowie für Litauen, Kurland, Teile von Estland und Livland die volle staatliche Selbständigkeit in Anspruch zu nehmen und aus dem russischen Reichsverbande auszuscheiden. Da in diesen Gebieten die Räumung nicht gemäß den Bestimmungen unter 1) vorgenommen werden kann, so werden Zeitpunkt und Modalitäten der nach russischer Auffassung nötigen Bekräftigung der schon vorliegenden Lostrennungs-Erklärungen durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage, bei dem irgend ein militärischer Druck in jeder Weise auszuschalten ist, der Beratung und Festsetzung durch eine besondere Kommission vorbehalten. (Helfferich, Weltkrieg III, p. 268–269).

Ungelöst blieb nach diesem Vorschlag die Frage, ob die Abstimmung vor oder nach der Räumung, vor oder nach dem allgemeinen Frieden stattfinden solle, da die Formel, daß ein militärischer Druck in jeder Weise auszuschalten sei, die Möglichkeit offen ließ, daß die „Bekräftigung" dennoch unter deutscher Besetzung vor sich gehen könne, wenn man sich die Auffassung zu eigen machte, die Truppen würden keinen Druck ausüben.

Die russische Delegation stellte sich dagegen auf den Standpunkt, daß als Ausdruck des tatsächlichen Volkswillens nur eine solche Willenserklärung betrachtet werden könne, die als das Ergebnis einer vollkommen freien Abstimmung ohne die Anwesenheit fremder Truppen erscheine. Sie schlug eine genauere Formulierung der deutschen Vorschläge betr. Artikel 1 und 2 des künftigen Friedensvertrages vor. Mit der Einsetzung einer Kommission erklärte sie sich einverstanden (vgl. Krieg 1917/II, p. [28]).

Am 28. Dezember fand die letzte Plenarsitzung statt, in der von allen Delegierten der Erwartung Ausdruck gegeben wurde, daß die Konferenz zu einem guten Ende führen möge. Die Erklärungen erweckten den Eindruck, als ob der Friede auf dem Marsche sei.

Wie die Bolschewisten aber tatsächlich das Verhalten der Mittelmächte beurteilen, beweist folgender Ausspruch Trotzkis: „Wenn wir uns im allgemeinen über den Demokratismus der Herren Kühlmann und Czernin keine Illusionen machten . . . ., so muß man doch zugeben, daß wir jenen Abgrund nicht für möglich hielten, der, wie sich einige Tage später herausstellte, die tatsächlichen Friedensbedingungen des

deutschen Imperialismus von denjenigen Formeln trennte, die von Herrn v. Kühlmann als Plagiat der russischen Revolution am 25. Dezember aufgestellt worden waren. Auf eine derartige Schamlosigkeit waren wir allerdings nicht gefaßt" (Brest-Litowsk, p. 4–5).

4. Die Unterbrechung der Friedensverhandlungen.

Die Delegationen kehrten nun in ihre Heimat zurück, um die zehntägige Frist, die der Entente gegeben war, abzuwarten und ihren Regierungen Bericht zu erstatten. Hoffmann wurde am 1. Januar vom Kaiser zum Vortrag empfangen und nach seiner Meinung in der polnischen Frage befragt. Er hatte schon immer einen von der O. H. L. abweichenden Standpunkt vertreten und machte auch jetzt aus dieser seiner Meinung kein Geheimnis. Es seien nur geringfügige Annexionen nötig, um Oberschlesien und die Stadt Thorn zu schützen. 2 Millionen Polen mehr könnten dem Reiche nur innere Schwierigkeiten verursachen (vgl. Hoffmann, Krieg, p. 204). Der Kaiser ließ sich überzeugen, entschied sich für Hoffmann und damit gleichzeitig für die politische Leitung.

Am nächsten Tage kamen die Ostfragen im Kronrat zur Behandlung. Ludendorff trat im Hinblick auf die Offensive im Westen für eine Beschleunigung der Verhandlungen ein, (vgl. Ludendorff, K. E., p. 438), ferner verlangte er, daß Polen bis nahe an Warschau heran an Deutschland fallen müsse. Der Kaiser erklärte, er sähe sich veranlaßt, seine Zustimmung zum Projekt der O. H. L. bezüglich Polens zurückzuziehen. Ludendorff widersprach und bat um nochmalige Anhörung. Endgültige Klarheit über die Ostpolitik wurde nicht erzielt. Kühlmann erhielt zwar den Auftrag, im selben Sinne wie bisher weiterzuarbeiten, d. h. die Trennung der Randstaaten von Rußland auf dem Wege des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu erreichen, womit eine vollständige Annexion weiter Gebiete Polens unmöglich gemacht worden war, die O.H.L. blieb jedoch bei ihrer alten Forderung beharren, die unvereinbar war mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Die Folge war, daß der Konflikt zwischen Reichsleitung und O.H.L. erneut zu ungeahnter Schärfe entbrannte. Ludendorff wollte sich dem Kaiser zur Verfügung stellen, da er glaubte, er besitze nicht mehr das Vertrauen seines obersten Kriegsherrn (vgl. Ludendorff, K. E., p. 439). Hindenburg übernahm es indessen, die Angelegenheit wieder in Ordnung zu bringen. Er drückte in einem Schreiben an den Kaiser vom 7. Januar seine Beunruhigung über den Gang der Friedensverhandlungen aus. Die O. H. L. sei überrascht gewesen durch die Brester Abmachungen, welche die Stimmung in der Armee ungünstig beeinflussen würden. Ein schärferes Auftreten sei daher erforderlich. Der austro-polnischen Lösung könne die O. H. L. nur zustimmen, wenn große Grenzberichtigungen vorgenommen werden würden (vgl. Ludendorff, Urkunden, p. 453–454). Der Reichskanzler schrieb am selben Tage an Hindenburg, daß Kühlmann angewiesen worden sei, mit Czernin einstweilen nicht über die polnische Frage zu sprechen. Gegenüber den Bolschewisten werde nun eine festere Haltung eingenommen werden (vgl. W. U. 4/1/2 Anl., p. 128–129). Hindenburg bat daraufhin den Kanzler, in der polnischen Frage die „Willensmeinung" des Kaisers herbeizuführen, da er glaube, daß der

Kaiser nicht so denke, wie er am 2. Januar entschieden habe (vgl. W. U. 4/1/2 Anl., p. 134). Kühlmann äußerte sich von Brest-Litowsk aus in einer ausführlichen Denkschrift über den Konflikt. Die O. H. L. habe nur das Recht, rein militärische Erwägungen zur Geltung zu bringen. In der polnischen Frage müsse beachtet werden, daß die angestrebten Annexionen nicht allein auf militärischen Erwägungen beruhten, sondern auch auf politischen, sodaß gerade hier wegen der engen Verknüpfung militärischer und politischer Gesichtspunkte dem Kaiser die Entscheidung zufalle. Durch eine zu weitgehende Annexion würde die ganze deutsche Politik aus der Bahn geworfen und das Verhältnis Deutschlands zu Österreich-Ungarn kompliziert werden. „Das Verhältnis zu Österreich-Ungarn ist das Pivot der gesamten deutschen Politik". Es bedürfe daher einer solchen Lösung, die mit den Lebensinteressen Österreich-Ungarns vereinbar sei. Außerdem müsse man bedenken, daß es zwecklos sei, über die Breite des Grenzstreifens zu diskutieren, solange nicht sicher sei, ob die beabsichtigten Annexionen überhaupt Aussicht hätten, die Billigung des Reichstages zu erlangen. Er verstehe nicht die Haltung der O. H. L., da das Vorgehen der Unterhändler in Brest-Litowsk nach den Weisungen des Kaisers vor sich gehe und der Vertreter der O. H. L. bei allen Beschlüssen mitgearbeitet habe (vgl. W. U. 4/1/2 Anl., p. 130–134).

Hindenburg lenkte in seinem Schreiben vom 14. Januar an den Reichskanzler ein. Er betonte, die O. H. L. fühle sich vor dem ganzen Volke, der Geschichte und dem eigenem Gewissen verantwortlich, doch anerkenne sie die staatsrechtliche Verantwortung des Reichskanzlers (vgl. Ludendorff, Urkunden, p. 456). Hertling griff diesen Gedanken auf, und in Anlehnung an die Denkschrift Kühlmanns formulierte er folgende Erklärung:

1. Die staatsrechtliche Verantwortung liege allein beim Reichskanzler.
2. Die O. H. L. habe das Recht beratend mitzuwirken, soweit die Friedensverhandlungen militärische Interessen berührten. Ihre Forderungen seien aus eigener Initiative vorzubringen. Der Reichskanzler werde bei seinen Entscheidungen darauf Bedacht nehmen, daß diese Forderungen vor anderen den Vorrang hätten.
3. Ließe sich dennoch eine Einigung nicht erzielen, habe der Kaiser die Entscheidung zu fällen.

Zu den Verhandlungen von Brest-Litowsk und der polnischen Frage erklärte der Kanzler, die Bedeutung gesicherter Grenzen sei von ihm niemals verkannt worden, doch müsse man beachten, daß jeder Zuwachs fremdstämmiger Bevölkerung schädlich sei. Die polnische Frage sei nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische. Annexionen müßten daher auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Das Verhältnis Deutschlands zu Österreich-Ungarn dürfe nicht durch die Polenfrage gestört werden. Um mit Rußland zu guten Beziehungen zu gelangen, sei es notwendig, ohne glatte Annexionen mit Hilfe des Selbstbestimmungsrechtes die betreffenden Gebiete von Rußland loszulösen. Rußland habe am 25. Dezember erst einmal zu einem Separatfrieden gezwungen werden müssen. Die Auslegung dieser Erklärung am 27. Dezember habe die Angelegenheit zu Deutschlands Gunsten erledigt. Die Richtigkeit der Berechnung Kühlmanns habe sich erwiesen. Die Entente sei nicht ge-

kommen, doch sei Rußland zu einem Sonderfrieden bereit (vgl. Ludendorff, Urkunden, p. 458–465).

Damit fand der Konflikt seine vorläufige Erledigung.

Während in Deutschland sich schwere Reibungen zwischen politischer und militärischer Führung entwickelten, wurden sich die Westmächte endgültig über ihre Haltung bezüglich der Vorschläge Rußlands und der Mittelmächte klar. Schon seit dem russischen Umsturz hatte die Entente ihre ablehnende Stellungnahme gegenüber den russischen Friedenswünschen kundgegeben, besonders England hatte sich mit aller Kraft widersetzt. Nun sprach sich am 27. Dezember auch der französische Außenminister Pichon gegen jede Beteiligung der Entente an den Friedensverhandlungen aus, da das Friedensstreben der Mittelmächte nicht ehrlich sei. „Entweder werden die Verhandlungen mit Rußland zum Ziele führen, was die Kapitulation Rußlands bedeuten würde, oder sie werden scheitern. Für uns wird in beiden Fällen der Krieg weiterdauern" (Krieg 1917/II, p. 1259). Am 4. Januar 1918 lief die Frist ab, und am nächsten Tage hielt Lloyd George eine große Rede vor den englischen Gewerkschaftsvertretern, die zwar „in merklicher Dämpfung des Tones" (Helfferich, Weltkrieg III, p. 364) dennoch ein Bekenntnis zu den alten Kriegszielen wurde: Die Vernichtung der sogenannten Militärherrschaft in Deutschland, die Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens, der besetzten Teile Frankreichs, Serbiens, Montenegros, Rumäniens, Abtretung Elsaß-Lothringens und die Entscheidung über die deutschen Kolonien durch eine Konferenz. Bezüglich der Friedensverhandlungen bemerkte Lloyd George, die Erklärungen der Mittelmächte vom 25. Dezember seien „deplorably vague". „The rest of the so-called offer of the Central-Powers is almost entirely a refusal of all concessions". Die Prinzipien der Selbstbestimmung „vanish into thin air". Auf solchen Versicherungen könne kein dauerhafter Friede aufgebaut werden und daher könne die Entente nicht an den Verhandlungen teilnehmen (vgl. War Aims, p. 127–128).

Auch Wilson sah sich veranlaßt, in einer groß angelegten Rede am 8. Januar seine ablehnende Stellung zu den Verhandlungen darzulegen und zugleich als Antwort auf das russische Programm einen eigenen Plan der Weltverbesserung aufzustellen, der in den 14 Punkten zusammengefaßt ist, wobei er den Russen gegenüber nicht mit einem Lob zurückhielt, während den Mittelmächten Heuchelei vorgeworfen wurde. „That programm (der Mittelmächte) proposed no concessions at all, neither to the sovereignety of Russia nor to the preferences of the populations with whose fortunes it dealt, but meant, in a word, that the Central-Empires were to keep every foot of territory their armed forces had occupied . . . as a permanent addition to their territories and their power. . . . To whom have we been listening? To those, who speak the spirit and intention of the resolutions of the German Reichstag of the 9th of July last, . . . or to those who resist and defy that spirit and intention and insist upon conquest and subjugation?" Bezüglich des russischen Programms sagte Wilson: „The Russian representatives presented not only a perfectly definite statement of the principles upon which they would be willing to conclude peace but also an equally definite pro-

gramm for the concrete application of those terms. . . . The Russian representatives have insisted, very justly, very wisely, and in the true spirit of modern democracy that the conferences they have been holding with the Teutonic and Turkish statesmen should be held with open, not closed doors. . . . They (das russische Volk) will not yield neither in principle nor in action. Their conception of what is right, of what is human and honorable for them to accept has been stated with frankness, a largeness of view, a generosity of spirit, and a universal human sympathy which must challenge the admiration of every friend of mankind". (Magnes, p. 50–55).

Die bolschewistische Regierung hatte indessen noch Versuche gemacht, Einfluß auf die arbeitenden Massen der Kriegführenden zu gewinnen. Ein Funkspruch bezeichnete als Zweck der Verhandlungen, „durch alle zur Verfügung stehenden Mittel die Arbeiterklassen aller Länder dazu anzuhalten, daß sie die Macht des Kapitals stürzen und sich die politische Gewalt aneignen". (Brest-Litowsk, p. 24). Bei den Westmächten blieben diese Bemühungen ohne Erfolg, nachdem ihre Staatsmänner jetzt die Ablehnung der Teilnahme an den Verhandlungen mit den „unaufrichtigen" Bedingungen der Mittelmächte begründen konnten und nicht mehr das russische Angebot an sich als verwerflich hinstellen brauchten. Umsomehr erstreckte sich die russische Propaganda fortan auf die Mittelmächte. Am 29. Dezember wurde ein Funkspruch verbreitet, der in scharfen Worten die Deutschen eines illoyalen Vorgehens während der Verhandlungen in Brest-Litowsk beschuldigte und einen angeblichen Protest Joffes gegen die deutschen Forderungen reproduzierte (vgl. Helfferich, Weltkrieg/III, p. 270). Zugleich wurde anstelle Joffes Trotzki zum ersten Delegierten bei den Friedensverhandlungen ernannt. „Für die Verschleppung der Verhandlungen ist ein Verschlepper nötig", erklärte Lenin gegenüber Trotzki (Trotzki, Mein Leben, p. 348).

Am 1. Januar kamen die Verhandlungen auf der Sitzung des Zentral-Exekutiv-Ausschusses zur Sprache, wo sich eine Opposition gegen die Verhandlungen bemerkbar machte (vgl. Hurwicz, Revolution, p. 141). Der Ausschuß brandmarkte die Vorschläge der Mittelmächte und verlangte die Verlegung der Konferenz nach einem neutralen Lande, um „den Arbeitern der Welt zu beweisen, daß die Bolschewisten nichts unversucht ließen, um die preußischen Generäle zum Spiel mit offenen Karten zu zwingen". (Price, p. 247–248).

Am 2. Januar erging durch ein Telegramm an die Mittelmächte der Vorschlag um Verlegung der Konferenz nach Stockholm (Brest-Litowsk, p. 33). Zwei Tage später lehnte der Reichskanzler Graf Hertling im Hauptausschuß des Reichstages das Verlangen ab. Die Mittelmächte seien nicht in der Lage, sich den Verhandlungsort vorschreiben zu lassen. Neben den technischen Schwierigkeiten, die mit einer Verlegung nach Stockholm verbunden seien, würde auch die Gefahr von Machenschaften der Entente auftauchen (vgl. Krieg 1917/II, p. [32]). In diesem Sinne wurde ein Telegramm an die Russen abgesandt, die daraufhin antworteten, die russische Delegation werde in der Hoffnung nach Brest-Litowsk abreisen, daß eine Verständigung über die Verlegung der Konferenz keine Schwierigkeiten bereiten werde (Brest-Litowsk, p. 33).

Die Mittelmächte glaubten der weiteren Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegensehen zu können. Die Russen brauchten den Frieden und würden schon kommen. So erklärte Hertling am 4. Januar im Hauptausschuß, daß die Verhandlungen auf jeden Fall in Brest-Litowsk fortgesetzt würden, denn inzwischen hätten sich dort die Ukrainer eingefunden, mit denen man vorerst verhandeln würde, falls die Russen nicht kämen.

Die Rada hatte nun endgültig dem Friedenswunsche des ukrainischen Volkes nachgegeben und die Entsendung einer eigenen Delegation zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk beschlossen, obwohl noch am 4. Januar die Entente durch die Anerkennung der Ukraine vergeblich versucht hatte, diese auf ihre Seite zu ziehen.

Auch von polnischer Seite wurden Anstrengungen gemacht, um an den Verhandlungen teilnehmen zu können. Schon am 18. Dezember 1917 hatte der Ministerpräsident Kurchazewski eine Beteiligung polnischer Delegierter an den Verhandlungen vorgeschlagen. Am 24. Dezember antwortete Kühlmann, daß die Reichsregierung volles Verständnis für dieses Verlangen habe, doch lehne die russische Regierung eine Beteiligung ab, da sie weder die Selbständigkeit des polnischen Staates noch die Rechtskraft des Regentschaftsrates anerkennen wolle (vgl. Roth, Entwicklung, p. 96). Eine Entscheidung wurde vor Beginn der Verhandlungen nicht erzielt.

5. Der zweite Abschnitt der Friedensverhandlungen und ihr Abbruch.

Am 9. Januar wurden die Verhandlungen in Brest-Litowsk wieder eröffnet. Kühlmann erklärte sogleich, daß das Programm der Mittelmächte vom 25. Dezember hinfällig geworden sei, da die Entente nicht ihren Beitritt erklärt habe (vgl. Krieg 1917/II, p. [36]), während Trotzki am 10. Januar feststellte, „daß die von uns aufgestellten Prinzipien eines demokratischen Friedens, welche wir auch künftighin vertreten wollen, weder durch eine zehntägige Frist noch durch eine andere Frist verjähren können . . . .“ (Krieg 1917/II, p. [47]). In der Frage der Verlegung der Konferenz gab Czernin noch einmal die Gründe an, die dazu geführt hätten, diese Verlegung abzulehnen, worauf Trotzki bemerkte, für die russische Delegation schaffe der Aufenthalt in der Festung Brest-Litowsk, dem Hauptquartier der feindlichen Armeen, alle Nachteile einer künstlichen Isolierung, die in die öffentliche Meinung Rußlands Unruhe trage, doch sei die russische Delegation entschlossen, das Ultimatum der Mittelmächte anzunehmen, um diesen nicht die Möglichkeit zu geben, die Verhandlungen abzubrechen (vgl. Krieg 1917/II, p. [45–46]).

Noch ein anderer Konfliktstoff war während der Verhandlungspause aufgetaucht. General Hoffmann sah sich am 9. Januar veranlaßt, Einspruch gegen die hetzerischen Aufrufe der Petersburger Telegraphen-Agentur zu erheben, die eine Beschimpfung der deutschen Heereseinrichtungen darstellten und den Geist des Waffenstillstandvertrages verletzten. So habe die Petersburger Telegraphen-Agentur ein Telegramm veröffentlicht, das von einem scharfen Protest des russischen Delegationsführers Joffe gegen das Programm der Mittelmächte in Brest-Litowsk berichte,

eine Äußerung, wie sie niemals getan worden sei (vgl. Krieg 1917/II, p. [38]). Trotzki konnte nur feststellen, daß es sich hier um ein Mißverständnis handeln müsse, welches er bedaure (vgl. Krieg 1917/II, p. [44]).

An der Plenarsitzung des 10. Januar hatte auch zum ersten Male der ukrainische Vertreter Holubowitsch teilgenommen, der ein Friedensprogramm entwickelte, das auf der Basis „Keine Annexionen und Entschädigungen" beruhte (vgl. Krieg 1917/II, p. [41]). Die Mittelmächte hatten damit die Möglichkeit, sich des Selbstbestimmungsrechtes zu bedienen, um die Ukrainer gegen die Bolschewisten auszuspielen. Am 12. Januar anerkannte Graf Czernin im Namen der Mittelmächte die ukrainische Delegation als bevollmächtigte Vertretung der ukrainischen Republik, ohne indessen diese selbst schon als unabhängigen Staat anzuerkennen (vgl. Krieg 1917/II, p. [46]). Auch Trotzki sah sich genötigt, der ukrainischen Delegation die Berechtigung zuzusprechen, an den Verhandlungen teilzunehmen, obwohl der Konflikt zwischen der bolschewistischen Regierung und der Rada noch keine Erledigung gefunden hatte. Aber die Aussicht, die Macht der Rada in kurzer Zeit doch beseitigen und dann eine weitere Teilnahme an den Verhandlungen verhindern zu können, veranlaßte ihn zu dieser Konzession im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes. „In Anbetracht dessen, daß es in der Ukraine keine Okkupationstruppen gibt, daß das politische Leben dort frei verläuft, daß es dort weder mittelalterliche Standesorgane gibt, die das Land repräsentieren wollen, noch von oben aufgrund der Machtstellung ernannte Scheinministerien, die innerhalb der Grenzen handeln, die ihnen von oben eingeräumt werden, in Betracht ziehend, daß auf dem Territorium der Ukraine überall freigewählte Sowjets der Arbeiter-, Soldaten und Bauerndeputierten existieren und daß bei einer Wahl aller Organe der Selbstverwaltung das Prinzip des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes angewandt wird, gibt es und kann es keinen Zweifel geben, daß der Prozeß der Selbstbestimmung in der Ukraine in den geographischen Grenzen und in den staatlichen Formen, die dem Willen des ukrainischen Volkes entsprechen, seine Vollendung finden wird". Darum sehe die russische Delegation keinerlei Hindernisse für die selbständige Teilnahme der ukrainischen Delegation an den Verhandlungen (Krieg 1917/II, p. [47]).

Am 11. Januar wurden die Sitzungen der Kommission für politische und territoriale Fragen aufgenommen, deren Einsetzung am 27. Dezember beschlossen war. Zunächst sollten die ersten Punkte des Art. 1 erledigt werden, die nach dem Vorschlag der Mittelmächte die Erklärung der Beendigung des Kriegszustandes zum Gegenstand hatten. Trotzki lehnte die Formel „fortan in Frieden und Freundschaft" zu leben mit dem Hinweis ab, daß diese nicht die Beziehungen kennzeichne, die künftig zwischen den Vertragsschließenden herrschen würden (vgl. Krieg 1917/II, p. [48]). Im Anschluß daran entwickelte sich eine Diskussion über die Räumung und die Selbstbestimmung. Deutscherseits wurde eine sofortige Räumung abgelehnt. Diejenigen Gebiete, die bei Rußland verbleiben würden, sollten nach Beendigung der russischen Demobilisation geräumt werden, während in den anderen Gebieten diese Frage kraft des Selbstbestimmungsrechtes von den betreffenden Völkern im

Einvernehmen mit den Mittelmächten zu lösen sei. Trotzki erklärte sich nicht mit der Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes einverstanden, da die Körperschaften, die die Loslösung von Rußland beschlossen hätten, nicht den wahren Volkswillen ausdrückten. Zunächst müsse die Räumung der besetzten Gebiete erfolgen. Darauf müsse ein Referendum stattfinden und die Bildung neuer demokratischer Vertretungskörper vollzogen werden. Dann könne man evtl. die Äußerung von Landtagen, Stadtvertretungen und dgl. zur Beurteilung mit heranziehen. Wenn die Mittelmächte die neuen Staaten als schon bestehend erklärten, so frage er, warum man nicht Vertreter dieser Staaten nach Brest-Litowsk einlade? (vgl. Krieg 1917/II, p. [48–52]). Diese Frage fand zunächst keine Erledigung. Am 12. Januar, in der Sitzung der Territorial-Kommission, ergriff der russische Delegierte Kamenew das Wort zu einer grundsätzlichen Rede, um den russischen Standpunkt in präziser Form darzulegen. Die russische Delegation schlage zunächst eine Änderung der Arbeitsmethode vor. Beide Parteien müßten ihre Anschauungen schriftlich darlegen. Die russische Delegation anerkenne nicht die Erklärungen gewisser Institutionen und Gruppen der besetzten Gebiete, da diese Erklärungen unter dem Regime der Besetzung erfolgt seien und ihr Mandat nicht aus einer Volkswahl ableiten könnten. Ferner erkläre die russische Delegation:

1. Die russische Regierung ziehe aus der Tatsache der Zugehörigkeit der okkupierten Gebiete zum ehemaligen russischen Reich keine Schlüsse, die der Bevölkerung dieser Gebiete irgendwelche staatsrechtliche Verpflichtung auferlege gegenüber der russischen Republik.
2. Ihre Hauptaufgabe sehe die russische Republik nicht darin, das gewaltsame Verbleiben der genannten Völker im Rahmen des russischen Reiches zu verfechten, sondern darin, diesen Völkern eine wirkliche Freiheit zu sichern.
3. Diese Aufgabe setze die Verständigung in 4 Hauptpunkten voraus:
   a) **Über den Umfang des Territoriums, dessen Bevölkerung zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes berufen sei.** Die russische Delegation stehe auf dem Standpunkt, daß das Selbstbestimmungsrecht ganzen Nationen und nicht den in der Okkupationszone gelegenen Teilen zustehe.
   b) **Über die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter denen die Entscheidung der Fragen einer künftigen Staatseinrichtung der entsprechenden Territorien geschehen soll.** Diese Entscheidung müsse bei völliger politischer Freiheit und bei Abwesenheit jedes äußeren Druckes geschehen, d. h. **nach** Entfernung der fremdländischen Heere und **nach** der Rückkehr der Flüchtlinge und Ausgewiesenen. Der Termin der Räumung werde einer besonderen Kommission vorbehalten bleiben. Die Wahrung der Ordnung und der Rechte der Selbstbestimmung liege bei einer nationalen Armee und einer lokalen Miliz.
   c) **Über das zeitweilige Übergangsregime bis zur endgültigen staatsrechtlichen Konstituierung.** In dieser Periode solle die Verwaltung in den Händen eines zeitweiligen Organes liegen, welches auf dem Wege einer Einigung der politischen Parteien gebildet werde.

d) **Über die Mittel und Formen, mit und in welchen die Bevölkerung dieser Gebiete ihren Willen ausdrücken soll.** Die endgültige Entscheidung über die staatliche Lage dieser Gebiete sowie die Form ihrer staatlichen Einrichtung werde durch ein Referendum des gesamten Volkes bestimmt (Krieg 1917/II, p. [52–54]).

Nachdem der russische Delegierte geendet hatte, erhob sich General Hoffmann zu einer Rede, die weniger als Antwort gedacht war als vielmehr den Zweck hatte, die Verhandlungen auf den Boden der Tatsachen zurückzuführen (vgl. Hoffmann, Krieg, p. 208). Es war schon vorher von Kühlmann, Czernin und Hoffmann vereinbart worden, das letzterer bei Gelegenheit das Wort erhalten sollte, obwohl Kühlmann und Czernin auch fernerhin noch hofften, durch Liebenswürdigkeit und diplomatische Gewandtheit zum Ziel zu kommen. Hoffmann setzte den Russen auseinander, wie die Lage tatsächlich war. Die russische Delegation spräche so, als wenn die russische Armee siegreich in Deutschland stehe und Bedingungen zu stellen habe. Sie fordere die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes, wie die russische Regierung es im eigenen Lande nicht durchführe. Sowohl der weißrussische Kongreß in Minsk sei mit Maschinengewehren auseinandergejagt als auch der Versuch unternommen worden, die ukrainische Selbständigkeit mit Waffengewalt zu vernichten. Die Völker der besetzten Gebiete hätten bereits klar ihren Wunsch nach Trennung von Rußland bekundet, wie aus den Erklärungen des kurländischen und des litauischen Landesrates, des Stadtrates von Riga und der Ritterorden der baltischen Inseln hervorgehe. Die deutsche O. H. L. müsse eine Räumung der besetzten Gebiete ablehnen, da keines eine eigene Verwaltung, Justiz, Eisenbahn, Post und Telegrapheneinrichtungen besitze (vgl. Krieg 1917/II, p. [54–55]).

Die Rede beleuchtete scharf die vorhandenen Gegensätze, hatte jedoch wenig Erfolg, wie Hoffmann selbst zugibt (Hoffmann, Krieg, p. 209). Czernin befürchtete von ihr eine ungünstige Wirkung auf das Hinterland (vgl. Weltkrieg, p. 322), die sich auch einige Tage später in den zahlreichen Protesten der Linkspresse der Mittelmächte einstellte. „Unter diesen Umständen hätte Trotzki ein Narr sein müssen, wenn er nachgab" (Ludendorff, K. E., p. 443). Mit der Rede Hoffmanns erreichte der Konflikt seinen Höhepunkt. Kühlmann versuchte am übernächsten Tage, die Verhandlungen wieder in eine ruhigere Bahn zu leiten, indem er auf die Methode, die gegenseitigen Anschauungen schriftlich niederzulegen, einging trotz der damit verbundenen offensichtlichen Versuche der russischen Delegation, die Verhandlungen hinauszuzögern. Die Frage, was mit den z. Zt. von den Verbündeten besetzten Gebieten zu geschehen habe, sei nach Ansicht der deutschen Delegation zeitlich in 4 Stadien zu gliedern.

1. Der Zeitpunkt zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und der Beendigung der russischen Demobilisation.
2. Der Zeitpunkt zwischen dem russischen und dem allgemeinen Frieden.
3. Der Zeitpunkt des Übergangsstadiums für die neuen Völker.
4. Der Zeitpunkt, in dem die neuen Staaten die volle Ausgestaltung ihrer Staatsorganisation durchführen.

Es müsse dabei darauf hingewiesen werden, daß bei Abschluß des Friedens mit Rußland der Krieg für die Mittelmächte noch nicht beendet sei.

Die verbündeten Delegationen erklärten, daß die verfassungsmäßig zuständigen Organe in den neuen Staatsgebilden befugt seien, den Willen breiter Kreise der Bevölkerung auszudrücken. Die Delegationen nähmen ferner Kenntnis von der Erklärung der russischen Delegation, daß sie aus der früheren Zugehörigkeit der Gebiete zur russischen Monarchie keine Schlüsse ziehe, die bindend für die betreffende Bevölkerung seien, doch sei die Frage aufzuwerfen, aus welchem Recht überhaupt die russische Delegation ihre Berechtigung und Verpflichtung ableite, für die Sicherheit der Selbstbestimmung bis zum Äußersten zu kämpfen. Stelle man sich jedoch auf den Standpunkt, daß die russische Regierung dieses Recht habe, so müsse in der Tat zunächst über die 4 von der russischen Delegation genannten Punkte Einigkeit erzielt werden. Zu a): Die Delegationen des Vierbundes stünden nicht auf dem Standpunkt, daß nur der gesamten Nation das Selbstbestimmungsrecht zukomme, sondern auch Teile einer Nation könnten dies tun. Zu b): Eine Zurückziehung der Heere der Mittelmächte sei, solange der Weltkrieg noch andaure, unmöglich, doch könne eine Verminderung der Truppen, soweit militärische Umstände es gestatteten, angestrebt werden. Die Bildung einer nationalen Gendarmerie könne erfolgen, ebenso könne in der Frage der Rückkehr der Ausgewiesenen und Flüchtlingen eine wohlwollende Prüfung zugesagt werden. Zu c): Der russische Vorschlag sei nicht klar, doch sei es möglich, bei fortschreitender Annäherung des allgemeinen Friedens die Bevölkerung des Landes immer mehr an den Verwaltungsaufgaben zu beteiligen. Zu d): Die verbündeten Delegationen erklärten sich bereit, daß ein Volksvotum auf breiter Grundlage die Beschlüsse über die staatliche Zugehörigkeit sanktionieren solle. Eine einseitige Festlegung auf ein Referendum sei jedoch unpraktisch. Ein Votum der auf breiter Grundlage gewählten und ergänzten repräsentativen Körperschaften würde genügen, wie es auch in Finnland und in der Ukraine geschehen sei (vgl. Krieg 1917/II, p. [56–59]).

Trotzki wandte sich in seiner Antwort zunächst gegen die Rede Hoffmanns. Es freue ihn, daß Hoffmann sich über die inneren Zustände Rußlands ausgesprochen habe, doch verstehe er nicht seine Entrüstung. Die russische Regierung verhafte nicht die Streikenden, sondern die Kapitalisten. Sie sei der Ansicht, daß die Gewalt, die sie anwende, eine Gewalt sei, die von den Arbeitern, Bauern und Soldaten diktiert werde. Der weißrussische Kongreß in Minsk habe aus Großagrariern bestanden und sei von den weißrussischen Arbeitern bekämpft worden. Auch der Konflikt mit der Rada beschränke keineswegs das Recht der Ukraine auf Selbstbestimmung. Im übrigen stelle er die Divergenz der Anschauungen Hoffmanns und Kühlmanns fest. Ersterer habe behauptet, in den besetzten Gebieten bestünden keine Regierungs- und Verwaltungs-Organe, und darum müsse die Okkupation weiter andauern, während Kühlmann solche Organe als schon bestehend hinstelle (vgl. Krieg 1917/II, p. [59–60]).

Am 15. Januar, dem folgenden Tage, wurden die Beratungen dann fortgesetzt, wobei Trotzki zunächst die Frage der Zulassung von Vertretern der Randstaaten wieder aufnahm. Die russische Delegation könne jedoch nur solche Vertreter anerkennen, die tatsächlich einen Auftrag

der gesamten Bevölkerung vorzuweisen hätten. Kühlmann lehnte dagegen diese Forderung ab, da die russische Regierung nicht einmal präsumptiv die Staatwerdung dieser Gebiete anerkannt habe. Sei dieses geschehen, so sei er bereit, Vertreter der betreffenden Gebiete einzuladen (vgl. Krieg 1917/II, p. [62]). In der Nachmittags-Sitzung trat man dann in die Beratung der 4 Punkte ein. Frage 1) (nach dem Umfang der Gebiete) wurde zunächst zurückgestellt. Bezüglich der Frage 2) (nach den politischen Voraussetzungen) hielt Kühlmann eine gewisse Anzahl von disziplinierten Truppen für notwendig, doch war er zu einer Konzession bereit. Es sollte diesen ausdrücklich die Ausübung jeder politischen Tätigkeit untersagt werden. Eine vollständige Räumung hielt er für unmöglich. Trotzki stellte fest, daß die Anwesenheit von Truppen die Wahl stark beeinträchtige. Auch sei die Antwort der Mittelmächte bezüglich der Rückkehr der Ausgewiesenen und Flüchtlinge (wohlwollende Prüfung) nicht ausreichend, worauf Kühlmann erwiderte, diese sollten prinzipiell zurückkehren, doch müßten die Verwaltungsbehörden Ausnahmen machen dürfen (vgl. Krieg 1917/II, p. [63]).

Am 18. Januar kam es zu einer Einigung, als Trotzki dem Vorschlag Kühlmanns zustimmte, die russische Regierung solle den zurückkehrenden Flüchtlingen Bescheinigungen ausstellen, daß sie vor dem Kriege in den jetzt besetzten Gebieten gewohnt hätten. Bezüglich Punkt 4 (Form der Willenskundgebung) schlug die deutsche Delegation vor, daß die bestehenden Repräsentativkörperschaften durch Wahlen auf breiter Basis ergänzt würden, was Trotzki mit dem Hinweis ablehnte, die russische Delegation habe eine andere Auffassung von der Intelligenz der betreffenden Bevölkerung. Sie müsse daher ein Referendum fordern. Auch in Punkt 1 (Gebietsumfang) und Punkt 3 (Übergangsregime) gelangte man nicht zu einer Übereinstimmung (vgl. Krieg 1917/II, p. [67–68]).

Daraufhin wurden die Verhandlungen unterbrochen, um den Delegationen Gelegenheit zu geben, mit ihren Heimatbehörden die Fühlung wiederaufzunehmen.

Die Bolschewisten hatten Anfang Januar, wie Helfferich (Weltkrieg/III, p. 295) feststellt, von den unabhängigen Sozialdemokraten die Meldung erhalten, daß sich die Entwicklung in Deutschland im revolutionären Sinne vollziehe und die Verhandlungen daher verschleppt werden müßten. „Zu diesem Zwecke war ich ja eigentlich nach Brest gefahren" bemerkt der russische Delegationsführer. (Trotzki, Mein Leben, p. 354). So hatten sich die Bolschewisten bemüht, durch lange, in theoretischem Rahmen geführte Diskussionen Zeit zu gewinnen und Anhänger unter den Arbeitern und Soldaten der kriegführenden Staaten zu werben. Sie wollten ihre Grundsätze von weither sichtbarer Plattform der ganzen Welt verkünden. Ihre Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht hatte General Hoffmann deutlich genug als eine schamlose Unterdrückung jeder anderen Willensmeinung zugunsten einer schrankenlosen Willkürherrschaft gekennzeichnet. In seiner Antwort hatte Trotzki selbst derartige Methoden zugegeben und sie geschickt mit seinen agitatorischen Absichten verknüpft. In der Denkschrift des Reichskanzlers zum Friedensvertrag vom 17. März 1918 an den Reichstag heißt es: „Der Verlauf der Verhandlungen mit der russischen Delegation ergab . . . . . ., daß es

dieser nicht auf einen Frieden der Verständigung nach den in dem russischen Friedensangebot enthaltenen Grundsätzen, sondern auf den Sieg ihrer politischen und sozialen Dogmen auch in den anderen Staaten ankam und daß sie nur einen Frieden zu schließen bereit war, der ihr freie Hand für gewaltsame Unterdrückung der politischen Gegner in den Randstaaten des russischen Gebietes und für eine Revolutionierung der Bevölkerung im Gebiet der feindlichen Mächte gewährte" (Busemann, Der Friedensvertrag mit Rußland, p. 73–74).

Kühlmann und Czernin hatten gegenüber solchen Plänen einen schweren Stand, um so mehr, als auf der anderen Seite die O. H. L. immer ungeduldiger den baldigen Abschluß der Beratungen forderte. „Ich saß in Kreuznach wie auf Kohlen und drängte General Hoffmann, die Verhandlungen zu beschleunigen". (Ludendorff, K. E., p. 443).

Die Deutschen hatten in wesentlichen Punkten nachgegeben. Die Flüchtlingsfrage war im russischen Sinne geregelt, in der Räumungsfrage eine weitgehende Verminderung der Truppen zugesagt, ferner das Zugeständnis einer „Bekräftigung" der bereits vorliegenden Abtrennungserklärungen der Randgebiete durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage aufrecht erhalten worden. Jede weitere Konzession war unmöglich, denn das Selbstbestimmungsrecht mußte in Einklang mit den deutschen Interessen gebracht werden. Die Bolschewisten durften nicht zu Nachbarn der Mittelmächte werden, die ihrerseits versuchen mußten, von ihnen maßgebend beeinflußte Pufferstaaten zwischen sich und Rußland zu legen.

Czernins Stellung erfuhr noch dadurch eine besondere Erschwerung, daß sich seit dem 15. Januar in Wien Anzeichen bevorstehender schwerer innerer Konflikte bemerkbar machten, die ihren Ausgangspunkt zunächst in der erneuten Kürzung der Mehlquote nahmen, aber bald unter dem Einfluß der Verhandlungen von Brest-Litowsk auf das außenpolitische Gebiet übergriffen und am 17. Januar zu einem großen Streik der Arbeiterschaft Wiens und der Industriebezirke Niederösterreichs führten. Das erste Ergebnis der russischen Verschleppungstaktik stellte sich ein. Am selben Tage versuchte der Ministerpräsident Seidler die Streikbewegung einzudämmen, indem er im Budget-Ausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses erklärte, das ganze Streben der Monarchie gehe dahin, zu einer Verständigung, welche auf dem Programm des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen basiere, zu gelangen. Der Minister des Äußeren blicke der weiteren Entwicklung mit Vertrauen entgegen und zweifle nicht, daß die Verhandlungen einen befriedigenden Abschluß finden würden.

Dennoch dehnte sich der Streik zunächst weiter aus, sodaß eine Neubildung der Regierung, die vorwiegend militärischen Charakter tragen sollte, vom Kaiser ins Auge gefaßt wurde (vgl. Krauß, p. 281). Einige Tage später gelang es jedoch, eine Einigung zu erzielen, durch welche die Forderungen der Streikenden berücksichtigt wurden. Im Mittelpunkt stand die Friedensfrage, in welcher ein Eingehen auf die russischen Vorschläge verlangt wurde. Der Ministerpräsident erklärte einer Delegation der sozialdemokratischen Partei nochmals, daß die k. u. k. Regierung keine territorialen Eroberungen auf Kosten Rußlands

anstrebe. Der Minister des Äußeren habe ihm aus Brest-Litowsk telegraphiert, daß er kein Wort von dem zurücknehme, was er als das Friedensprogramm der Monarchie aufgestellt habe. Die übrigen Bedingungen der Streikenden erstreckten sich auf die Besserung der Lebensmittelversorgung, die Entmilitarisierung der Betriebe und die Erweiterung des Wahlrechtes. In allen diesen Fragen sagte die Regierung eine Besserung zu, sodaß der Streik von der Sozialdemokratischen Partei für beendigt erklärt wurde. Die Wirkung mußte jedoch außerordentlich groß sein. Es war zu erwarten, daß die Bolschewisten in Zukunft die Verhandlungen noch schleppender gestalten würden, um die weitere Entwicklung im Innern Deutschlands und Österreich-Ungarns abzuwarten. Czernin hatte bisher seine Bemühungen darauf gerichtet gehabt, durch Kompromiß-Vorschläge die Bolschewisten und die Deutschen zusammenzuführen (vgl. Czernin, Protokoll, p. 409). Schon im Dezember war eine österreichisch-ungarische Separatfriedensdrohung erfolglos geblieben. Jetzt, unter dem Eindruck der Krise in Österreich, als Czernin die Deutschen um Getreideaushilfe bitten mußte, war sie vollkommen ausgeschlossen.

Bezüglich der Ukraine hatte Hoffmann geglaubt, daß ein Separatfriede mit dieser für die Bolschewisten schwere Folgen haben müsse, und daß durch die Verhandlungen mit den Ukrainern ein Druck auf die Russen ausgeübt werden könne (vgl. Hoffmann, Krieg, p. 210). Er hatte Czernin daher nahegelegt, mit den Ukrainern zu verhandeln, die zwei Forderungen aufstellten: Die Zuteilung des Cholmerlandes und eine Abstimmung in Ostgalizien und der ruthenischen Teile Ungarns über die Zugehörigkeit zu Österreich-Ungarn oder zur Ukraine oder die Autonomie der ruthenischen Gebiete Österreich-Ungarns (vgl. Helfferich, Weltkrieg III, p. 281). Eine Hinzuziehung polnischer Vertreter lehnten sie ab (vgl. Czernin, Protokoll, p. 409). Czernin wehrte sich gegen diese Einmischung in die inneren Verhältnisse Österreich-Ungarns, konnte sich auch mit Rücksicht auf die Polen vorerst nicht dazu entschließen, Cholm abzutreten. In diesem Verhandlungsstadium gelangten die Nachrichten von den Ernährungsschwierigkeiten in Österreich nach Brest-Litowsk. Czernin, der vor allen Dingen die Getreidevorräte der Ukraine für Österreich-Ungarn sicherstellen wollte, wurde daher auch den Ukrainern gegenüber in die Defensive gedrängt, da diese ihre Zusicherung der Getreidelieferung möglichst vorteilhaft gegen territoriale Kompensationen eintauschen wollten.

Kühlmann und Czernin waren inzwischen in ihre Heimat zurückgekehrt, um in den Parlamenten Rede und Antwort zu stehen, Czernin aber auch, um sich vom österreichisch-ungarischen Kronrat weitere Richtlinien für sein Verhalten den Ukrainern gegenüber zu holen.

Der Reichskanzler Graf Hertling ergriff am 24. Januar im Hauptausschuß des Reichstages das Wort, um auf die Botschaft des Präsidenten Wilson eine Antwort zu erteilen. Bezüglich der Friedensverhandlungen erklärte er, daß man trotz der erheblichen Zweifel in die ehrlichen Absichten der russischen Delegation hoffen könne, in naher Zukunft zu einem günstigen Ende zu kommen (vgl. Krieg 1918/I, p. 33–39). Kühlmann befaßte sich vor demselben Forum am nächsten Tage mit den Verhandlungen. Die beiden Erklärungen der Mittelmächte vom 25. und

27. Dezember wiesen keine Verschiedenheit auf. Beide Schriftstücke seien aus einem Geiste heraus geschaffen worden. In der letzten Phase der Verhandlungen hätten sich Differenzen hinsichtlich der Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes ergeben, doch glaube er nicht, daß daran die Verhandlungen scheitern würden (vgl. Krieg 1917/II, p. [81–89]).

Am 23. Januar hatte Ludendorff Kühlmann erneut um Beschleunigung der Verhandlungen gebeten, da die O. H. L. Klarheit brauche. Falls die Russen weitere Verschleppungsversuche machen würden, müssten die Verhandlungen abgebrochen werden. Die bolschewistische Regierung würde dann zu Fall kommen, jede andere aber sofort Frieden schließen. Vor allen Dingen befürchtete die O. H. L., daß durch die Art der Führung der Verhandlungen seitens der Mittelmächte die Entente eine Stärkung ihrer Entschlußkraft gewinnen könnte. „Deutschland lief hinter den Leuten her. Wie nötig mußte es also den Frieden haben!" (Ludendorff, K. E., p. 443–444).

Czernin war indessen nach Wien gefahren, wo am 22. Januar im Kronrat über das weitere Vorgehen in Brest-Litowsk entschieden werden sollte. Die ukrainische Frage stand im Vordergrund der Beratungen. Der Minister des Äußeren berichtete, daß die Ukrainer neben der Zuweisung des Cholmer Gebietes eine Abstimmung in Ostgalizien verlangt hätten, sich jedoch auch mit der Schaffung eines autonomen Kronlandes aus Ostgalizien und der Bukowina zufrieden geben würden. Als Gegenleistung seien sie zu umfangreichen Getreidelieferungen bereit. Ohne ein Nachgeben sei der Friede nicht zu erreichen, doch müsse er die schweren Folgen inbezug auf die Polen hervorheben. Er vermöge von sich aus keine Entscheidung treffen, die nur das Gesamtministerium fällen könne.

In der anschließenden Debatte sprach sich auch der österreichische Ministerpräsident für die Schaffung eines ukrainischen Kronlandes aus. Er hoffte, trotz der zu erwartenden Opposition der Polen eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu finden. Der ungarische Ministerpräsident Wekerle begrüßte es, daß hinsichtlich der ungarischen Ruthenen keine Konzessionen in Aussicht genommen seien, doch warnte er davor, der Ukraine eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Österreichs zu gestatten. Auch der gemeinsame Finanzminister Burian äußerte Bedenken. Eine Umformung der Monarchie dürfe nicht von außen kommen. Ließe sich dennoch kein anderer Ausweg finden, so solle außer der Abtretung des Cholmer Gebietes an die Ukraine die Zweiteilung Galiziens in einem geheimen Annex zugesagt werden, um die schweren Folgen, die durch die Opposition der Polen zu erwarten wären, abzuschwächen. Czernin erhielt nun durch den Kronrat die Ermächtigung, auf dieser Basis den Frieden mit der Ukraine anzustreben. Ebenso stimmte der Kronrat der Politik des Minister des Äußern gegenüber Rußland zu. Der Gedanke eines Separatfriedens wurde bejaht, da die Verhältnisse im Hinterland der Monarchie keine andere Lösung zuzulassen schienen. Es blieb nur die Frage, ob damit auf Deutschland ein Druck auszuüben war, nachdem die bisherigen Separatfriedensdrohungen angesichts der Abhängigkeit der Monarchie von Deutschland in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung sich als erfolglos erwiesen hatten (vgl. Czernin, Weltkrieg, p. 327–331 und Protokoll, p. 411).

Am nächsten Tage hatte Czernin eine Unterredung mit General Landwehr, dem Präsidenten des gemeinsamen Ernährungsausschusses, der mit allem Nachdruck auf die schlechte Lebensmittellage hinwies und erklärte, die Monarchie habe nur noch für 4 Wochen Vorräte. Eine Verständigung mit der Ukraine schien ihm unbedingt notwendig. (Landwehr, p. 157).

In den Delegationen hielt Czernin am 24. Januar eine große Rede, die hauptsächlich als Antwort auf die Botschaft Wilsons an den Senat vom 8. Januar gedacht war, aber in der er auch in Einzelheiten auf die Brester Verhandlungen und ihre Schwierigkeiten einging. Die Basis, auf der Österreich-Ungarn verhandele, sei die ohne Annexionen und Kompensationen. Auf dieser hätten sich alle geeinigt und daher sei kein Grund vorhanden zu glauben, daß der Friede nicht zustande kommen werde. Die Schwierigkeiten, die aufgetaucht seien, beruhten einmal darauf, daß die Mittelmächte nicht mit einer russischen Regierung zu verhandeln hätten, sondern mit mehreren, nämlich mit der Rußlands selbst, dann der Ukraine und Finnlands. Die Verhandlungen mit der Ukraine hätten dadurch eine Erschwerung erfahren, daß die ukrainische Delegation völlig autonom verhandeln wolle, während die russische Delegation diese Unabhängigkeit jetzt nicht mehr anerkenne. So habe er ein Zirkularschreiben der russischen Delegation an die Delegationen der Vierbundmächte erhalten, in dem erstere erkläre, die ukrainische Sowjetregierung habe beschlossen, 2 Vertreter als ergänzende Bestandteile der russischen Delegation nach Brest zu senden. Sie könne die Rada nicht anerkennen, da diese nicht mehr im Namen des ukrainischen Volkes spreche. Die zweite Schwierigkeit sei die, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen den Deutschen und Russen aufgetaucht seien in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes. In beiden Fragen müsse ein Mittelweg gefunden werden, da die Schwierigkeiten nicht groß genug seien, um ein Scheitern der Verhandlungen zu rechtfertigen. Nach einer eingehenden Behandlung der 14 Punkte Wilsons kam der Minister des Äußeren dann nochmals auf die Verhandlungen von Brest-Litowsk zu sprechen. Der Friede mit Petersburg ändere an der Lage nichts, da keine k. u. k. Truppen gegen Rußland stünden, doch nichtsdestoweniger sei er erwünscht, da er den allgemeinen Frieden näherbringe. Der Friede mit der Ukraine habe vor allem die Aufgabe, die Nahrungssorgen zu beheben. Czernin schloß mit einem Appell an die Öffentlichkeit, seine Aufgabe in Brest-Litowsk nicht durch Reden, Resolutionen, Streiks und Demonstrationen zu erschweren. Es sei ein großer Irrtum zu glauben, daß dadurch eine Beschleunigung der Friedensarbeit herbeigeführt werden könne (vgl. Czernin, Weltkrieg, Anhang, p. 396–405).

Trotzki, auf dessen Verlangen die Verhandlungen unterbrochen worden waren, kehrte nach Petersburg zurück, um sich zu überzeugen, wieweit die Befestigung der bolschewistischen Herrschaft gediehen war. Das zu wissen, war für die Verhandlungen notwendig. Er ließ sich ferner von folgenden Gedanken leiten: Die Unmöglichkeit, den Krieg fortzusetzen, war offensichtlich. Um festzustellen, ob die Stoßkraft der Mittelmächte, die durch die Wiener Streiks eine Verminderung erfahren hatte, noch ausreichen werde, gegen die Bolschewisten zu marschieren,

schien es ihm nötig zu sein, „den Arbeitern Zeit zu lassen, die Tatsache der Sowjet-Revolution und deren Friedenspolitik in richtiger Weise aufzunehmen." Er wollte, falls sich ein Separatfriede doch als unumgänglich erweisen sollte, „den Arbeitern Europas wenigstens einen grellen und eindeutigen Beweis der Todfeindschaft zwischen uns und dem regierenden Deutschland geben." Er kam daher auf den Gedanken, die Verhandlungen durch eine politische Demonstration abzuschließen, den Krieg für beendet zu erklären, die Armee zu demobilisieren, aber keinen Friedensvertrag zu unterschreiben. Falls die Deutschen nicht in der Lage wären zu marschieren, würde dies einen großen Sieg der Bolschewisten bedeuten, würden sie dennoch dazu in der Lage sein, würde man noch immer Zeit finden, vor der offenen Gewalt zu kapitulieren (vgl. Trotzki, Mein Leben, p. 366).

Am 21. Januar kam es auf einer Versammlung der Parteiarbeiter zur Beratung dieses Planes. Lenin trat für die weitere Hinauszögerung bis zu einem deutschen Ultimatum ein, um dann bedingungslos nachzugeben, ohne erst die Gewaltanwendung der Deutschen abzuwarten. Trotzki blieb bei seinem Standpunkt, während eine dritte Richtung der Bolschewisten den Krieg gegen die Deutschen forderte (vgl. Trotzki, Mein Leben, p. 368). Auch in der Sitzung des Zentral-Exekutiv-Ausschusses am nächsten Tage verfocht Trotzki seine Meinung, im Falle eines Ultimatums den Krieg für beendet zu erklären, ohne einen Frieden zu unterschreiben, dann den weiteren Umständen entsprechend zu handeln (vgl. Trotzki, Mein Leben, p. 369), und erhielt am 27. Januar vom 3. Allrussischen Sowjet-Kongreß die Billigung seiner Politik (vgl. Magnes, p. 102–104).

Die Hoffnungen der Bolschewisten, daß der Zusammenbruch der Mittelmächte im Innern nahe sei, erfüllte sich vorläufig nicht, wenn auch gerade in dieser Verhandlungspause, durch den Erfolg der Wiener Streiks angeregt, eine Flut von Funksprüchen an die Arbeiter der Mittelmächte gerichtet wurde, die scharfe Proteste gegen das Verhalten der Delegierten der Mittelmächte in Brest-Litowsk in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes enthielten. Dem deutschen Imperialismus sei jetzt der Schleier genommen, behauptete ein Funkspruch, und die grausame Wirklichkeit der Annexionisten und Kapitalisten habe sich offenbart (vgl. Magnes, p. 97). Am 23. Januar veröffentlichte die russische Regierung einen Aufruf an die Arbeiter der Welt, in dem es hieß, die österreichische Regierung versuche, die österreichischen Arbeiter über ihre friedlichen Absichten zu beruhigen. Diese Erklärungen müßten in Rußland größtes Erstaunen hervorrufen. Die Friedensbedingungen seien in Wirklichkeit ungeheure Annexionen. „Und indem diese Staatsmänner ein solches Programm verkünden, haben sie die Frechheit, von einem demokratischen Frieden zu reden". „Das Spiel, das die Regierungen der Zentralmächte ihren Völkern gegenüber spielen, ist ganz unglaublich". (Brest-Litowsk, p. 56–57). Am 28. Januar verkündete die russische Regierung in einem offiziellen Telegramm, ein gebrechlicher Greis (Hertling) sei im Reichstag aufgestanden und habe behauptet, das deutsche Volk zum Frieden führen zu wollen, während dieses stumm bleibe. Der Reichskanzler sei ein Jesuit von 70 Jahren, ein Freund der Junker und Pfaffen. „Er wagt es,

an der Friedensliebe der Vertreter des russischen Proletariats zu zweifeln, und darin offenbart er seine ganze Heuchelei". (Brest-Litowsk, p. 58). Auch der 3. Allrussische Sowjet-Kongreß versuchte am 27. Januar in seiner Entschließung, die Arbeiter aufzuputschen. „In dem machtvollen Protest der Arbeiter Wiens, Niederösterreichs und Ungarns gegen den Annexionsfrieden, in dem Erwachen der revolutionären Bewegung des deutschen Proletariats erblickt der allrussische Kongreß die beste Garantie gegen den imperialistischen, auf Versklavung, Vergewaltigung und maskierte Kontributionen begründeten Frieden." (Hurwicz, Revolution, p. 144).

Die Wirkung war, daß am 28. Januar in Berlin ein Streik ausbrach, der sich über viele Teile des Reiches ausdehnte, die Vorbereitung der Westoffensive sehr erschwerte und eine wesentliche Etappe zur Revolutionierung Deutschlands darstellte. Die russischen Einflüsse waren unverkennbar und äußerten sich vor allem in der Hauptforderung, die Friedensverhandlungen auf der Grundlage des russischen Programms zu führen. Ferner wurden die Reorganisation des Ernährungswesens, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Entlassung der politischen Gefangenen und die Einführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechtes für alle Personen über 20 Jahren verlangt (vgl. Magnes, p. 104). Der Streik, an dem 700 000 Arbeiter teilnahmen, scheiterte am 4. Februar an der Festigkeit der deutschen Behörden.

Auch in Österreich-Ungarn erfuhr die innenpolitische Lage eine ernste Verschärfung. Die Sozialdemokraten machten der Regierung Schwierigkeiten in der Bewilligung des Budgets. Der Ministerpräsident Seidler sah sich daher veranlaßt, beim Kaiser um seinen Rücktritt nachzusuchen, der jedoch vom letzteren nicht genehmigt wurde.

Im Innern Rußlands kam es indessen ebenfalls zu Konflikten. Am 18. Januar trat die Konstituante im Taurischen Palais in Petersburg zusammen. Da die bolschewistische Regierung in ihr nicht auf eine Mehrheit rechnen konnte, stellte sie ein Ultimatum anzuerkennen, daß alle Gewalt bei den Sowjets läge. Diese Forderung wurde abgelehnt. Als jedoch am nächsten Tage die Regierung mit Gewaltanwendung drohte, löste sich die Versammlung auf.

Die Sprengung der Konstituante mußte eine Schwächung der diplomatischen Stellung der Bolschewisten gegenüber den Mittelmächten in Brest-Litowsk zur Folge haben, da sie abermals eine Vergewaltigung des Volkswillens bedeutete, den zu verteidigen die Bolschewisten gerade in Brest-Litowsk vorgaben.

Schwieriger für die Mittelmächte war es, das Verhältnis Rußlands zur Ukraine zu beurteilen. Die Kämpfe zwischen den Bolschewisten und der Rada lebten wieder auf. Der Vormarsch der roten Garde in der Ukraine veranlaßte nun die Bolschewisten, sich gegen die weitere Beteiligung der Rada, die am 24. Januar ihre völlige Unabhängigkeit proklamiert hatte, an den Verhandlungen auszusprechen, da diese angeblich nicht mehr die Mehrheit des Volkes hinter sich habe. In einem Telegramm an die Delegationen der Vierbundmächte (vgl. Krieg 1918/I, p. 89), von dem auch Czernin in seiner Rede vom 24. Januar berichtete, teilte die russische Regierung diesen mit, daß sie zwei Mitglieder der sowjet-ukrainischen Gegenregierung in Charkow in ihre Delegation aufgenommen habe.

Für die Mittelmächte gab es keine andere Möglichkeit, mit der Rada auch weiterhin zu verhandeln und sie als einzige befugte Vertretung des ukrainischen Volkes anzusehen, um nicht der politischen Vorteile einer solchen Trennung der Ukrainer und der Russen verlustig zu gehen. Bei der zu erwartenden weiteren Schwächung der Kiewer Rada mußte eine Stützungsaktion in Aussicht genommen werden, die auch die Stellung der Rada-Delegation gegenüber den Mittelmächten bei den Brest-Litowsker Verhandlungen zugunsten der letzteren verändern und zugleich jeden Einfluß der Entente ausschalten konnte.

Als die Delegierten am 30. Januar wieder in Brest-Litowsk zusammentrafen, führte Trotzki sogleich in der ersten Sitzung zwei ukrainische Sowjet-Delegierte ein. Er berichtete, die ukrainischen Sowjets lägen im Kampf mit der Rada, die dauernd an Macht verliere. Ein Friede mit ihr könne von Rußland nicht anerkannt werden, da der 3. Allrussische Sowjet-Kongreß, an dem auch Vertreter der Ukraine teilgenommen hätten, die Zugehörigkeit dieses Gebietes zum föderativen Rußland festgestellt habe. Kühlmann versprach eine Prüfung der Frage, welche der 2 konkurrierenden Körperschaften das Recht habe, die ukrainische Volksrepublik international zu vertreten, worauf Trotzki erwiderte, diese Frage werde allein durch das Ergebnis des Kampfes entschieden werden (vgl. Krieg 1917/II, p. [90–92]). Am 1. Februar kam es dann zum Zusammenstoß zwischen den beiden ukrainischen Delegationen. Der Führer der Rada-Delegation schlug die Anerkennung der Ukraine als unabhängigen Staat vor, während der Charkower Sowjet-Delegierte erklärte, das ukrainische Volk lehne es ab, Verträge, die die Kiewer Rada abgeschlossen hätte, anzuerkennen. Trotzki wies erneut hin auf den Beschluß des 3. Allrussischen Sowjet-Kongresses über die Stellung der Ukraine innerhalb einer gesamtrussischen Republik. Solange die Rada die Macht in Händen gehalten habe, habe er nichts gegen die Teilnahme ihrer Delegation an den Verhandlungen gehabt, doch jetzt müsse er wiederholen, daß nur solche Verträge der Rada-Delegation Gültigkeit erlangen könnten, die die Billigung der russischen Delegation erhalten würden. Der Rada-Delegierte Lubinski erhob daraufhin scharfen Protest gegen die Rede Trotzkis und bezeichnete die lauten Erklärungen der Bolschewisten über die Freiheit der russischen Völker als „demagogische Experimente". Sie hätten das Selbstbestimmungsrecht nur verkündet, um es in seiner praktischen Anwendung zu bekämpfen. Die Rada stütze sich auf die Bauern, Arbeiter und Soldaten der Ukraine und sei die erste sozialistische Regierung Rußlands gewesen. Nichtukrainische Soldaten hätten in einigen Städten des Landes Sowjets gebildet. Die Wahlen zur russischen Nationalversammlung wären zu einem Sieg der Rada geworden, die über 75% der Stimmen erhalten habe. Aus dieser Wahl leite die Rada ihr Mandat ab, im Namen des Volkes zu sprechen. Die bolschewistische Regierung in Petersburg aber entsende unorganisierte Banden der Roten Garde in die Ukraine, um die Charkower Sowjet-Regierung zu stützen (vgl. Krieg 1917/II, p. [95–102]).

Die Mittelmächte entschlossen sich daraufhin, die Ukraine als selbständigen Staat anzuerkennen, um den Frieden mit ihr sicherzustellen. Czernin erklärte: „Wir haben keinen Grund, die Anerkennung

der ukrainischen Delegation als einer unabhängigen Delegation und einer bevollmächtigten Körperschaft der ukrainischen Volksrepublik zurückzuziehen, welche in der Plenarsitzung am 12. Januar aufgestellt wurde. Im Gegenteil, wir anerkennen die ukrainische Volksrepublik als unabhängigen Staat, welcher in der Lage ist, internationale Verträge zu schließen". (Krieg 1917/II, p. [102]).

Einige Tage später, am 7. Februar, kam es zu einem ähnlichen Zwischenfall. Zwei sowjetrussische Delegierte, ein Pole, Budinski, und ein Jude aus Galizien, Radek, erhoben als Vertreter des polnischen Volkes Anspruch auf Anerkennung. Ließen sich die Mittelmächte darauf ein, dann gaben sie den Bolschewisten die Möglichkeit, die ganzen Randgebiete in ihre Hand zu bekommen. Kühlmann sah sich daher veranlaßt in einer energischen Rede ein solches Verlangen abzulehnen und zu betonen, daß die Geduld der Mittelmächte durch derartige Machenschaften auf eine harte Probe gestellt werde (vgl. Krieg 1917/II, p. [109]).

Schon am 3. Februar, einige Tage nach Wiederbeginn der Verhandlungen, hatten Kühlmann und Czernin erklärt, sie müßten nach Berlin. Am 4. und 5. Februar fanden dort mit der O. H. L. Besprechungen über den Rußland und der Ukraine gegenüber einzuschlagenden Weg statt. Die Österreicher, Czernin und Landwehr, rieten, im Hinblick auf die Verpflegungslage zum sofortigen Abschluß mit der Ukraine. In der Frage des Friedens mit Rußland drängte Ludendorff erneut, die Entscheidung zu treffen, und erreichte, daß Kühlmann versprach, 24 Stunden nach Abschluß des ukrainischen Vertrages mit Trotzki zu brechen. Einen weiteren Gegenstand der Verhandlungen in Berlin bildete die Klarstellung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses, das gerade durch die Ereignisse in Brest-Litowsk und die Ermächtigung Czernins durch den österreichisch-ungarischen Kronrat, evtl. einen Separatfrieden zu schließen, einen Stoß erlitten hatte. Czernin wollte sich nur verpflichten, für den territorialen status quo des Partners weiterzukämpfen. Helfferich betonte, der status quo bedeute auch die wirtschaftliche Zukunftstellung, während Ludendorff erklärte, das sei unannehmbar und Annexionen notwendig. Eine Klarheit wurde nicht erreicht. Auch die Erörterungen in der polnischen Frage hatten kein Ergebnis, da die deutschen Staatssekretäre sich gegen die austro-polnische Lösung aus wirtschaftlichen Gründen wandten, und Czernin diese hartnäckiger denn je verteidigte. Ludendorff blieb diesmal „Zuhörer" (vgl. W. U. 4/2/12 I, Anl., p. 217 – 223, Ludendorff, K. E., p. 445, Urkunden der O. H. L., p. 468 und Landwehr, p. 162).

Bei der Rückkehr nach Brest-Litowsk bemühte sich Czernin abermals, durch Vermittlungsvorschläge den Abbruch zu verhindern. Er versuchte die Russen dazu zu veranlassen, die von Deutschland in den Vordergrund geschobenen Körperschaften in den Randstaaten als den Ausdruck eines T e i l e s des Volkswillens anzuerkennen, während Deutschland sich verpflichten sollte, die Körperschaften durch Elemente, die aus freier Wahl hervorgegangen seien, zu ergänzen (vgl. Czernin, Protokoll, p. 411). Dieser Plan fand die Zustimmung Kühlmanns, doch Trotzki lehnte ab. In einem anderen Vorschlag ging Czernin von dem richtigen Gedanken aus, daß es sich hierbei nur noch um einen Streit

der Worte handle, da Kühlmann nicht entschlossen war, noch weiter nachzugeben und die betreffenden Gebiete bereits in der Hand der Mittelmächte waren. Er schlug daher vor, die territorialen Veränderungen, die im Friedensvertrag aufzuzählen wären, als solche zu konstatieren, ohne sie, wie die Russen es wollten, als „Annexionen" noch nach den deutschen Wünschen als „Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes" zu bezeichnen. Doch Trotzki lehnte abermals ab. Er forderte das Verbleiben der Inseln des Moonsundes und Rigas bei Rußland und die Versicherung, daß die Mittelmächte keinen Frieden mit der Ukraine schließen würden (vgl. Czernin, Protokoll, p. 411–412).

Die Ukrainer erkannten die Zwangslage der Mittelmächte, die den Frieden mit ihnen aus Mangel an Lebensmitteln haben mußten, aber auch keinen anderen Ausweg mehr sahen, als durch seinen Druck, Trotzki zur Annahme ihrer Bedingungen zu zwingen. Zwar war auch die Stellung der Rada nicht günstig. Ihre Macht war erheblich gesunken, und die Rote Garde machte große Fortschritte, aber es gelang den Ukrainern die wahre Lage vor den Mittelmächten einstweilen zu verschleiern. So setzten sie ihre Forderungen größtenteils durch. Das Cholmer Land fiel in ihre Hände. Die genaue Grenzlinie sollte durch eine Kommission gemäß den etnographischen Verhältnissen festgestellt werden. Sie verzichteten auf territoriale Ansprüche an Österreich-Ungarn, erlangten aber in einem geheimen Zusatzvertrag die Autonomie Ostgaliziens. Als Gegenleistung verpflichteten sie sich, bis zum 1. August 1918 eine Million Tonnen Getreide an die Mittelmächte zu liefern (vgl. Czernin, Protokoll, p. 410 und Nouveau Recueil de Traités). So konnte in der Nacht vom 8. zum 9. Februar 1918 der Friede unterzeichnet werden. Czernin, der mit der Ablehnung des Selbstbestimmungsrechtes für Österreich-Ungarn nach Brest-Litowsk gekommen war, hatte gerade in dieser Frage nachgeben müssen und noch dazu die Feindschaft der Polen auf sich gezogen. Hätten die Mittelmächte nur noch einen Tag gewartet, so wäre der Friede ohne jede Konzession zu erlangen gewesen. Am 9. Februar kam die Nachricht von der Besetzung Kiews durch die Rote Garde nach Brest-Litowsk.

Indessen gingen die Aufrufe der Bolschewisten „An Alle" weiter. Neben Beschimpfungen der Herrscher der Mittelmächte und ihrer Heereseinrichtungen wurden die Soldaten zum Ungehorsam und zur Ermordung der Offiziere aufgefordert (vgl. Hoffmann, Krieg, p. 213). Die O. H. L. stellte daher beim Kaiser den Antrag, Kühlmann anzuweisen, den Bolschewisten ein Ultimatum zur Annahme der Bedingungen zu stellen und dazu noch die Räumung Livlands und Estlands zu verlangen (vgl. Ludendorff, K. E., p. 446). Kühlmann bat in seiner Antwort darum, den Auftrag nicht ausführen zu müssen, sonst sehe er sich gezwungen zurückzutreten, da er gerade in diesem Augenblick eine Friedensmöglichkeit zu sehen glaubte. Er bot Trotzki Riga und die baltischen Inseln an, wenn dieser Frieden schließen wolle (vgl. Hoffmann, Krieg, p. 214). Doch Trotzki hatte sich indessen unter dem Eindruck des ukrainischen Friedens für den Abbruch entschieden. Am 9. Februar schrieb er an Lenin von seinem Plan, die Verhandlungen abzubrechen, ohne den Frieden der Deutschen anzunehmen und die offene Gewaltanwendung abzuwarten (vgl. Trotzki, Mein Leben, p. 367).

Am 10. Februar erklärte er in der Plenarsitzung, daß Rußland keinen Frieden unterschreibe, da es die Bedingungen der Mittelmächte nicht annehmen könne, aber den Krieg beende. Die russische Delegation kehre jetzt in die Heimat zurück und die Armee werde demobilisiert werden. Für die Zukunft bestünde die Möglichkeit, über die Kommissionen in Petersburg zu verhandeln. Die Versammlung war sprachlos. Nur Kühlmann erfaßte sogleich die Situation wieder und stellte fest, daß der Vierbund sich noch im Kriege mit Rußland befinde und daß nach Ablauf des Waffenstillstandes der Krieg erneut beginnen würde (vgl. Krieg 1917/II, p. [136–137]).

In der anschließenden Beratung der Vertreter des Vierbundes stellten sich alle Delegierten außer dem General Hoffmann auf den Standpunkt, daß der Friede via facti erreicht sei und der durch Trotzki geschaffene Zustand angenommen werde müsse (vgl. Czernin, Protokoll, p. 412). Hoffmann erklärte, daß Trotzki durch seine Rede den Waffenstillstand gekündigt habe und daß daher nach Ablauf der Kündigungsfrist die Feindseligkeiten erneut aufzunehmen seien. Auch müsse der Ukraine militärische Hilfe gewährt werden. Es gelang ihm jedoch nicht, die Diplomaten zu überzeugen (vgl. Hoffmann, Krieg, p. 215).

6. Die Entwicklung nach Abbruch der Verhandlungen.

Der Friedensschluß mit der Ukraine und der Abbruch der Verhandlungen durch die Bolschewisten stellte die Mittelmächte vor neue schwierige Entscheidungen. Obwohl die schwer notleidende Bevölkerung der Städte den Frieden gut aufgenommen hatte, da er die Aussicht auf verstärkte Lebensmittelzufuhr verbesserte, erfuhr die innerpolitische Lage der Donaumonarchie erneut eine Verschärfung durch die Opposition der Polen, die bis dahin durch ihre Staatstreue eine wesentliche Stütze des Völkerstaates gewesen waren. Jetzt erhoben sie in scharfen Manifesten, Straßendemonstrationen und Streiks Einspruch gegen die Zuteilung des Cholmer Landes an die Ukraine. Das polnische Ministerium Kurchazewski trat zurück, der k. u. k. Generalgouverneur des von Österreich-Ungarn besetzten polnischen Gebietes, Graf Szeptycki, ein Pole aus Galizien, legte sein Amt nieder und die polnische Legion versuchte, zum Feinde überzutreten. Der Wiener Polenklub wandte sich in schärfsten Ausdrücken gegen Deutschland an die Polen in Österreich. Das Cholmer Land sei im Interesse einer deutsch-ukrainischen Freundschaft der deutschen Ausbeutung und Unterdrückung ausgeliefert worden (vgl. Krieg 1918/I, p. 295). Auch der polnische Regentschaftsrat protestierte am 14. Februar gegen den Brester Frieden, bei dem es zu einer neuen Teilung Polens gekommen sei (vgl. Krieg 1918/I, p. 381).

Die österreichische Regierung sah sich gezwungen, bei den Ukrainern um eine Revision des Vertrages vom 9. Februar nachzusuchen, um die Polen einigermaßen zu beruhigen. Die inzwischen erfolgte weitere Verschlechterung der Lage der Rada kam ihr dabei zustatten. War die ukrainische Delegation noch am 8. Februar imstande gewesen, die Mittelmächte über die Machtstellung der Rada zu täuschen, um bessere Bedingungen zu erlangen, so war dies eine Woche später unmöglich. Am 17. Februar mußte die ukrainische Regierung in Berlin um militärische

Hilfe gegen die Sowjetbanden nachsuchen (vgl. Krieg 1917/II, p. [146–147]). Es gelang den Österreichern am nächsten Tage mit den Ukrainern zu einer Nachtragskonvention zu kommen, in welcher in Abänderung des Artikels II des Friedensvertrages vom 9. Februar (Zuteilung des Cholmer Landes an die Ukraine) bestimmt wurde, daß der Kommission zur genauen Festsetzung der Grenzlinie gestattet sein sollte, auch weiter östlich der angegebenen Linie die Grenze gemäß den etnographischen Verhältnissen und den Wünschen der Bevölkerung zu ziehen (vgl. Krieg 1917/II, p. [158–161]). Doch die Erregung der Polen legte sich trotz dieses Entgegenkommens nicht. Der bisher austrophile Polenführer Bilinski erklärte im österreichischen Herrenhause, daß alle Sympathien der Polen für Österreich zerstört seien (vgl. Plener, p. 471), während im Abgeordnetenhaus der polnische Sozialdemokrat Daszynski am 20. Februar den Friedensvertrag mit der Ukraine mit folgenden scharfen Worten kritisierte: „Wir sind dankbar dafür, daß die Zentralmächte das Lug- und Truggewebe, das sie vor unseren Augen gewebt haben, jäh zerrissen haben und daß unsere Augen sehend wurden". „Selbstbestimmungsrecht, das ist die Losung der Revolution, die im Munde eines Ministers des Kaiser Wilhelm zu einer Unwahrheit und einer Heuchelei wird". Die Polen zögen zwei Lehren aus dem Vertrag, „daß in der Zukunft die Sache der Völker niemals an die Interessen einer Dynastie zu binden ist und daß am 9. Februar der Stern der Habsburger am polnischen Himmel erloschen ist" (vgl. Grumbach, p. 117–126).

Die deutsche Delegation war indessen in die Heimat zurückgekehrt, um mit der Reichsregierung und der O. H. L. die geschaffene Lage zu besprechen. In Homburg kam es am 13. Februar zur Beratung. Kühlmann vertrat den Standpunkt, den er schon in Brest-Litowsk bei der Beratung der Vierbundmächte eingenommen hatte, daß man den geschaffenen Zustand annehmen und mit Rußland weiter zu verhandeln versuchen müsse. Er äußerte seine Besorgnis über die innenpolitischen Folgen und die Wirkung auf Österreich-Ungarn bei einer Wiederaufnahme des Krieges im Osten. Der Reichskanzler und der Vizekanzler Payer schlossen sich zunächst dieser Auffassung an. „Mich bedrückte ... vor allem die Besorgnis, ob nicht, wenn erst einmal der neue Krieg ... wieder aufgenommen sei, militärische Rücksichten oder das soldatische Temperament einzelner Truppenführer uns weiter führen würden als notwendig war ..." (Payer, p. 63). Der Kaiser sprach sich in längeren Ausführungen für eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen aus. Ludendorff verlangte die Schaffung einer klaren Lage. Die Mittelmächte müßten aus folgenden Gründen handeln: 1. um baldigst starke Kräfte im Osten für die Westoffensive freimachen zu können, 2. um den Frieden mit der Ukraine zu sichern und somit die Aussichten auf vermehrte Rohstoff- und Lebensmittelzufuhr zu verbessern, 3. um zu verhindern, daß die russische Regierung ihre hetzerische Propaganda auch weiterhin gegen Volk und Heer der Mittelmächte richten könne, 4. um Finnland, Estland und Livland weder dem sowjetrussischen noch dem englischen Einfluß preiszugeben und die Stellung eines englischen Heeres an der Murmanküste zu bedrohen, 5. um die Stellung der Mittelmächte in den eroberten Randgebieten Rußlands mehr zu festigen, 6. um der Entente

keinen Anlaß zu geben, neuen Mut aus der Inaktivität der Mittelmächte zu schöpfen (vgl. Ludendorff, Urkunden, p. 471 – 472, K. E., p. 447 – 449 und Payer, p. 62–64).

Der Reichskanzler und Payer ließen sich dann, wie Ludendorff (vgl. K. E., p. 449) schreibt, „im Hinblick auf die Verpflegungslage" umstimmen, während Hertlings Sohn diesen Wechsel in den Anschauungen beider darauf zurückführt, daß die O. H. L. sich nicht für eine umfangreiche Operation ausgesprochen habe, sondern nur für eine Frontverkürzung und für die Eroberung Dünaburgs. „So schien aus den anfänglich großen Plänen der O. H. L. eine verhältnismäßig bescheidene Unternehmung geworden zu sein, der mein Vater sowie auch Herr v. Payer ihre Zustimmung nicht versagen zu können glaubten". (Hertling, p. 74). Auch Payer (p. 64) selber begründet sein Nachgeben mit der Versicherung der O. H. L., daß die militärischen Operationen keine große Ausdehnung annehmen sollten. Ludendorff sagt, ihm habe eine neue militärische Kraftentfaltung ferngelegen. „Um die Bildung einer neuen Ostfront durch den Bolschewismus selbst zu verhindern, mußte seinen uns gegenüberstehenden Truppen ein kurzer, starker Schlag versetzt werden. . . . Eine weitere Operation kam zunächst nicht in Frage" (Ludendorff, K. E., p. 447).

Es wurde beschlossen, die militärischen Operationen in beschränktem Umfange nach Ablauf der Kündigungsfrist des Waffenstillstandes wiederaufzunehmen. Kühlmann verweigerte seine Zustimmung, zog jedoch nicht daraus die Konsequenz und blieb auf seinem Posten (vgl. Hertling, p. 75).

Am 15. Dezember verließen die Kommissionen zur Regelung des Austausches der Zivilgefangenen und zur Wiederherstellung des Wirtschaftsverkehrs Petersburg. Am nächsten Tage veröffentlichte das Wolffsche Telegraphenbüro eine halbamtliche deutsche Erklärung: Durch die einseitige Erklärung Trotzkis sei der Kriegszustand nicht beseitigt. Vielmehr habe sie die Herstellung des Friedens unmöglich gemacht. Der Waffenstillstand sei aber zur Herbeiführung des Friedens geschlossen worden. Der Verzicht auf den Frieden sei deshalb der Kündigung des Waffenstillstandes gleich zu achten. Die deutsche Regierung müsse sich daher nach Ablauf der siebentägigen Frist freie Hand vorbehalten (vgl. Krieg 1917/II, p. [146]). Damit war die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gegenüber der russischen Republik angekündigt worden.

Der Einmarsch in die Ukraine erhielt dadurch seine Rechtfertigung, daß am 17. Februar die Rada eine Deklaration an das deutsche Volk richtete, in der es hieß, daß am 9. Februar zwar ein Friede unterzeichnet worden sei, der Kampf jedoch weitergehe. Die Bolschewisten hätten einen Krieg gegen die Sozialisten der Ukraine ins Werk gesetzt. Sie behaupteten fälschlicherweise, daß die Bevölkerung der Ukraine sich selbst gegen ihre Regierung erhoben habe. Das ukrainische Volk sei aber überzeugt, daß das deutsche Volk demgegenüber nicht gleichgültig bleiben könne. Die deutsche Armee besitze die Macht, durch eine Intervention die nördlichen Grenzen des Landes zu schützen (vgl. Krieg 1917/II, p. [146–147]).

Am 18. Februar wurden die Feindseligkeiten wieder aufgenommen. In 2 Heeresgruppen (Linsingen und Eichhorn) marschierten die Deutschen auf der ganzen Front nach Osten vor und fanden keinen oder nur geringen Widerstand. Noch am selben Tage fiel Dünaburg.

Die österreichische Regierung glaubte zunächst aus innenpolitischen Gründen sich dem Vorgehen Deutschlands nicht anschließen zu können. Czernin hatte sich, ebenso wie Kühlmann, bereits in Brest-Litowsk gegen den Wiederbeginn des Krieges ausgesprochen. Auch Kaiser Karl und der Ministerpräsident Seidler waren gegen eine militärische Aktion, da die Regierung infolge der Opposition der Polen auf die Unterstützung der Sozialdemokraten in der Genehmigung des Budgetprovisoriums angewiesen war, diese aber nicht ohne das Versprechen, daß der Krieg nicht erneut ausbrechen werde, erlangt werden konnte. Es ergab sich damit das eigenartige Bild, daß die Österreicher, die in Brest-Litowsk zum Frieden gedrängt hatten, ihn jetzt nicht mit sichern wollten.

Doch die Homburger Beratungen führten zu einem Stellungswechsel der österreichisch-ungarischen Regierung. Am 14. Februar erschien in der Presse eine Mitteilung „von unterrichteter Seite": Die k. u. k. Regierung befinde sich mit Rußland noch immer im Kriegszustand, doch sehe sie keinen Anlaß, den Waffenstillstand zu kündigen. Sie würde dies erst tun, wenn Rußland den Verkehr mit der Ukraine störe. Andererseits stehe es ihr frei, ebenfalls die Beendigung des Kriegszustandes zu erklären. Bezüglich der Ukraine sei festzustellen, welche technische und Transporthilfe Österreich-Ungarn zu leisten habe. Es werde unter Umständen auch zu erwägen sein, ob eine militärische Unterstützung notwendig sei. Am nächsten Tage folgte dann eine amtliche Erklärung: Die Beratungen im deutschen Hauptquartier hätten zu der Feststellung geführt, daß durch die einseitige Erklärung Trotzkis Deutschlands volle militärische Handlungsfähigkeit nicht berührt sei. Die Stellungnahme Österreichs-Ungarns erfolge in vollem Einvernehmen mit seinen Verbündeten und werde in dieser Frage nicht beeinflußt werden, selbst wenn es zur Wiederaufnahme militärischer Operationen kommen würde, da Österreich-Ungarn keine Truppen mehr gegen Rußland stehen habe.

Damit war die Möglichkeit eines Einmarsches von k. u. k. Truppen in die Ukraine offengelassen. Czernin bat Arz, Truppen bereitzustellen, da er als Gegenleistung eine Änderung der Grenzführung im Cholmer Gebiet von den Ukrainern zu errreichen hoffte (vgl. Arz, p. 234). In der Tat kam jetzt ein derartiger Vertrag zustande, der die Grenzführung im Cholmer Gebiet einer Revision unterzog (s. p. 57). Indessen setzten die Sozialdemokraten ihre Bemühungen fort, um eine militärische Aktion Österreich-Ungarns zu verhindern. Seidler mußte am 22. Februar den Rückzug antreten und sich zu der Erklärung bereitfinden, daß eine solche nicht beabsichtigt sei.

Auf die Dauer war ein derartiger Zustand nicht tragbar. Deutschland setzte ohne große Hindernisse seinen Vormarsch fort. Österreich-Ungarn geriet in die Gefahr, bei der Verteilung der Getreidevorräte benachteiligt zu werden. Die Bevölkerung sah die Hoffnung auf Behebung der Lebensmittelnot dahinschwinden, während die Entente frohlockend die mangelnde Einheit zwischen den Verbündeten in der ukrainischen

Frage feststellte. Da ließ am 27. Februar der Gouverneur der Österreich benachbarten westukrainischen Provinz Podolien einen offiziellen Hilferuf nach Wien gelangen. Sie wurde der Anlaß, daß der Kaiser in raschem Entschluß sich über alle Hindernisse hinwegsetzte und am 28. Februar den Einmarsch österreichisch-ungarischer Truppen in die Ukraine anordnete.

Die Deutschen hatten am 24. Februar Shitomir genommen, am 1. März erreichten sie Kiew und stießen zwischen dem 5. und dem 14. März auf den Widerstand tschechischer Truppen bei Bachmatsch und Charkow, während die Österreicher am 14. März vor Odessa standen.

Ebenso ging der deutsche Vormarsch in Großrußland und im Baltikum sehr schnell vor sich. Livland und Estland waren in wenigen Tagen von den bolschewistischen Banden befreit, die das Land verwüsteten und die Bewohner, besonders den deutsch-baltischen Adel, terrorisierten.

Trotzki war am 11. Februar nach Petersburg zurückgekehrt und hatte am nächsten Tage eine Unterredung mit Lenin gehabt, in welcher dieser sich für die Unterzeichnung des Friedens ausgesprochen hatte, während Trotzki für ein weiteres Abwarten eingetreten war, bevor man nicht wisse, ob die Deutschen wirklich marschieren würden (vgl. Trotzki, Mein Leben, p. 373). Denselben Standpunkt hatte er am 14. Februar vor dem Zentral-Exekutivausschuß der Sowjets eingenommen. Die bolschewistische Regierung könne einen Frieden, wie ihn die Deutschen wollten, nicht freiwillig unterzeichnen. Die Stellung des deutschen Militarismus werde durch eine solche Haltung sehr erschwert (vgl. Brest-Litowsk, p. 66). Zugleich hatte die bolschewistische Regierung in scharfen Telegrammen gegen die deutschen Forderungen protestiert. „Die russische Revolution, die auf ihrem Banner unter anderem das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker trägt, kann nicht einen Frieden, der dieses Recht schmählich mit Füßen tritt, unterzeichnen". Das russische Volk vertraue darauf, daß jeder Schritt Deutschlands durch das deutsche Proletariat verhindert werde (vgl. Brest-Litowsk, p. 67).

Doch diese Erwartung erfüllte sich nicht. Der deutsche Vormarsch wurde am 18. Februar aufgenommen. Auch Trotzki wollte jetzt den Frieden annehmen. „Von Widerstand konnte beinahe keine Rede sein. . . . . Das einzige Hindernis auf dem Wege des deutschen Vormarsches war der Raum" (vgl. Trotzki, Oktoberrevolution, p. 114). Damit war Trotzkis Ziel, die Deutschen zum Vormarsch zu veranlassen, erreicht. „Jetzt konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß die Tatsache des deutschen Angriffes der Welt bekannt werden würde" (vgl. Trotzki, Mein Leben, p. 373). Um die bolschewistische Bereitwilligkeit zur Unterwerfung zu unterstreichen, trat Trotzki von seinem Amt als Volkskommissar für Äußeres zurück und wurde durch Tschitscherin ersetzt.

In der Sitzung des Zentral-Exekutivausschusses am 23. Februar kam es dennoch zu scharfen Debatten, ob man die zu erwartenden schweren Bedingungen der Deutschen annehmen sollte. Radek erklärte sich gegen den Abschluß des Friedens, bezeichnete es als unzulässig für eine revolutionäre Macht, ein Abkommen mit Imperialisten zu schließen und stellte die Parole des revolutionären Krieges auf (vgl. Trotzki, Oktoberrevolution, p. 115), während Lenin das Moment der Erhaltung

der Sowjetunion in den Vordergrund schob und erwiderte, daß ein Krieg gegen Deutschland unmöglich sei. Man müsse daher den deutschen Forderungen nachgeben. Die deutsche Revolution sei noch nicht reif, Rußland aber brauche eine Atempause. „Hüten wir uns, Sklaven unserer eigenen Phrasen zu werden". (Price, p. 312–313). Daraufhin erklärte sich die Versammlung mit 112 : 84 Stimmen für die Annahme des Friedens.

Schon am 19. Februar, einen Tag nach Beginn des deutschen Vormarsches hatte der Rat der Volkskommissare ein Telegramm an die Deutschen abgesandt und sich, zugleich protestierend, zur Unterzeichnung der deutschen Bedingungen bereiterklärt (vgl. Magnes, p. 150). Hoffmann antwortete, er könne ein Radiotelegramm nicht als authentisch ansehen, und er bitte um eine schriftliche Mitteilung (vgl. Magnes, p. 151). Daraufhin wurde ein russischer Kurier nach Dünaburg entsandt, dem Hoffmann am 24. Februar die verschärften Bedingungen überreichte, die vollkommen den Forderungen der O. H. L. entsprachen. Deutschland sei bereit, unter folgenden Bedingungen mit Rußland Frieden zu schließen:

1. Beide Staaten erklären die Beendigung des Kriegszustandes.
2. Die Gebiete, die westlich der den russischen Vertretern in Brest-Litowsk mitgeteilten Linie liegen und zum russischen Reich gehört haben, werden der territorialen Hoheit Rußlands nicht mehr unterstehen. Auch der östlich dieser Linie gelegene Teil Kurlands wird miteinbezogen. Deutschland und Österreich-Ungarn werden das Schicksal dieser Gebiete im Einvernehmen mit der Bevölkerung bestimmen. Deutschland räumt, sobald die russische Demobilisierung durchgeführt und allgemeiner Friede geschlossen ist.
3. Livland und Estland werden von deutscher Polizeimacht besetzt.
4. Rußland schließt Frieden mit der Ukraine.
5. Rußland räumt baldmöglichst die ostanatolischen Provinzen der Türkei.
6. Die Demobilisierung des russischen Heeres ist schleunigst durchzuführen.
7. Der deutsch-russische Handelsvertrag von 1904 tritt wieder in Kraft.
8. Die rechtspolitischen Angelegenheiten werden durch die deutsch-russische Rechtskommission geregelt werden.
9. Rußland verpflichtet sich, jede Propaganda gegen Deutschland zu unterlassen.
10. Vorstehende Bedingungen sind binnen 48 Stunden anzunehmen. Der Friede ist in 3 Tagen zu unterzeichnen und in 14 Tagen zu ratifizieren (vgl. Krieg 1917/II, p. [172]).

Am selben Tage noch setzte der Rat der Volkskommissare die Regierungen der Mittelmächte von der Annahme der Bedingungen in Kenntnis (vgl. Kraus, p. 74). Drei Tage später erklärte Hoffmann, daß der deutsche Vormarsch erst bei Unterzeichnung des Vertrages sein Ende finden würde (vgl. Magnes, p. 161).

Der Reichskanzler erblickte in der weiteren Ausdehnung des deutschen Vormarsches Verschleppungsversuche der O. H. L. und glaubte diese in Widerspruch stehend zu den Vereinbarungen von Homburg, doch schien es ihm nicht zweckmäßig, der O. H. L. in den Arm zu fallen (vgl. Hertling, p. 78). Auch der Vizekanzler Payer war überrascht über das Ausmaß der militärischen Operationen (vgl. Payer, p. 66).

7. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Die russische Delegation reiste am 28. Februar nach Brest-Litowsk unter der Führung Sokolnikovs ab, traf jedoch erst 2 Tage später dort ein. Am 3. März legten die Mittelmächte den Bolschewisten den Vertrag vor, der in 14 Artikeln die Bedingungen enthielt. Beide Parteien erklärten die Beendigung des Kriegszustandes und ihre Entschlossenheit, fortan in Frieden und Freundschaft zu leben. Jede Propaganda gegen den anderen Vertragspartner wurde untersagt. Die territorialen und politischen Bestimmungen waren verschärft worden. Rußland verzichtete auf seine Staatshoheit in Polen, Litauen und Kurland. Die Mittelmächte versprachen das künftige Schicksal dieser Gebiete im Einvernehmen mit der Bevölkerung zu lösen. Rußland sollte die besetzten Gebiete der Mittelmächte räumen, ferner die kaukasischen Bezirke Erdehan, Kars und Batum, deren künftiges Schicksal die Türkei mit der dortigen Bevölkerung zu entscheiden hatte, ferner Finnland, gegen das jede Propaganda zu unterlassen war, und die Ukraine, mit welcher Rußland einen Frieden zu schließen hatte. Der Friede der Ukraine mit den Mittelmächten war von Rußland anzuerkennen. Estland und Livland sollten bis zur Sicherung eigener Landeseinrichtungen von deutscher Polizeimacht besetzt bleiben, ohne daß diese Gebiete definitiv von Rußland losgelöst wurden. Rußland verpflichtete sich ferner zur sofortigen Demobilisation, während die Mittelmächte das bei Unterzeichnung des Vertrages besetzte russische Gebiet erst bei Abschluß eines allgemeinen Friedens zu räumen hatten.

Diese scharfen territorialen Bestimmungen gingen weit über das hinaus, was während der Januar-Verhandlungen als Basis gegolten hatte besonders im Hinblick auf die Ukraine, Estland, Livland, Finnland und die kaukasischen Bezirke. Auch in der Räumungsfrage wurden Rußland harte Bedingungen auferlegt. In den anderen Fragen hatten sich die Mittelmächte selbst Mäßigung geboten. Die beiderseitigen Kriegsgefangenen sollten sofort in die Heimat entlassen werden. Beide Vertragsteile verzichteten auf Ersatz der Kriegskosten, auch auf die Privatpersonen zugefügten Schädigungen. In wirtschaftlicher Beziehung wurde der Handelsvertrag von 1904 wieder in Kraft gesetzt (vgl. Nouveau recueil général de traités).

Der deutsche Vertreter Gesandter v. Rosenberg schlug nach Verlesung des Entwurfes Durchberatung der einzelnen Paragraphen vor, doch Sokolnikov erwiderte, er wolle von jeder Diskussion absehen und habe nur eine Erklärung abzugeben. Die russische Regierung sei zur Unterschrift durch das deutsche Ultimatum vom 24. Februar gezwungen worden. Der Vertrag sei ein Diktatfriede. Die neuerlichen Annexionen könnten nur den Zweck haben, eine Invasion vorzubereiten. Das wirkliche Ziel der Mittelmächte sei die Verteidigung der kapitalistischen Interessen gegen die Revolution der Arbeiter und Bauern. Die russische Regierung habe nicht die nötige Kraft, dem deutschen Militarismus zu widerstehen, dessen Sieg jedoch nur ein augenscheinlicher sein werde. Sie erkläre vor dem Angesicht der ganzen ausgebeuteten Welt, daß sie gezwungen sei, den Frieden anzunehmen. (Krieg 1917/II, p. [174]).

Mit dieser Erklärung war der Welt demonstriert worden, daß Rußland zwar den Frieden erdulden, ihn aber niemals anerkennen werde. Die Bolschewisten hofften, daß ihnen nun endlich von den Arbeitern der Welt Hilfe kommen würde.

Damit fanden die Verhandlungen ihren Abschluß. Am 4. März stellten die Deutschen den Vormarsch ein. Am 16. März hielt Lenin vor dem 4. Allrussischen Sowjetkongreß eine Rede und bezeichnete den Frieden als einen zweiten Frieden von Tilsit, der gerade als solcher zum Wendepunkt einer neuen Entwicklung und zum Markstein auf dem Wege zur internationalen Revolution werden könne (vgl. Magnes, p. 174–177). Mit großer Mehrheit ratifizierte der Kongreß den Frieden. Der Krieg im Osten schien beendet.

Es bleibt jetzt nur noch kurz darzulegen, welche Bedeutung der Abschluß des Vertrages für die deutsche Politik gehabt hat.

Der Vertrag vom 3. März war seinen äußeren Bedingungen nach ein Werk der O. H. L. Diese hatte sich von dem Gedanken leiten lassen, daß im Osten Frieden werden müsse, damit die Westoffensive beginnen könne. Zu diesem Zweck mußten die Bolschewisten erheblich zurückgeworfen oder ganz vernichtet werden. Von hier aus gesehen bildete der Friede einen Augenblickserfolg. Der große Angriff in Frankreich konnte daher am 21. März einsetzen. Die Reichsleitung hatte fast ohne Widerspruch dem Verlangen der O. H. L. nachgegeben, weil auch sie trotz der scheinbar strengen Bestimmungen des Vertrages die Möglichkeit sah, **ihre** Politik durchzuführen. Auch ihr kam es auf die Fernhaltung der Bolschewisten von den Randstaaten an, wie wir gesehen haben. Dieses Ziel war erreicht. Im übrigen sollte der Vertrag nur ein Provisorium bilden, ein Übergangsstadium zu einer neuen Entwicklung. Solange die Lage im Westen, wo die Entscheidung lag, ungeklärt blieb, solange die Verhältnisse im Osten sich noch nicht konsolidiert hatten, konnte keine endgültige Lösung gefunden werden. Vorläufig mußten die Randgebiete in deutschem Besitz als Pfand für künftige Friedensverhandlungen bleiben, als Rohstoffquelle für die Weiterführung des Krieges und als Glacis gegen die Herrschaft der Bolschewisten. Aber ob es möglich sein werde, diesen Besitz auch auf die Dauer zu halten, hing von der Entscheidung im Westen ab. Noch war es außerdem unsicher, ob die Bolschewisten ihre Macht behaupten konnten. Sollte dies nicht eintreten und eine andere russische Regierung ans Ruder kommen, war das Glacis wenigstens zum Teil überflüssig, ja vielleicht war es sogar wünschenswert, die Randgebiete zurückzugeben, um in Rußland eine Rückendeckung gegen die Entente zu finden.

So gab der Vertrag trotz der entscheidenden Mitwirkung der O. H. L. bei seinem Zustandekommen der deutschen politischen Leitung die Möglichkeit, die endgültige Entscheidung über die Gestaltung der Verhältnisse im Osten hinauszuschieben.

C) Die Auswirkungen der Friedensverhandlungen und des Friedensvertrages.

1. Die weitere Entwicklung im Osten nach Abschluß des Vertrages.

Die deutsche Ostpolitik des Sommers 1918 ist im wesentlichen von der Reichsregierung bestimmt worden. Die große Offensive nahm die volle Aufmerksamkeit der O. H. L. in Anspruch. Alle ihre Bemühungen konzentrierten sich auf die Niederzwingung des Gegners im Westen, während die politische Leitung die Initiative im Osten wieder an sich riß. Ihr fiel damit die Aufgabe zu, den provisorischen Zustand, wie er durch den Brester Vertrag geschaffen worden war, bis Kriegsende zu halten. Bald aber zeigte sich, daß im Osten vorläufig keine Ruhe eintreten werde. Die Reichsregierung entschloß sich daher, durch eine agressive Territorialpolitik den Gürtel zwischen den Mittelmächten und Rußland zu verbreitern, im übrigen aber alle Fragen auf freundschaftliche Weise zu regeln und die Herrschaft der Bolschewisten nicht anzutasten, um nicht der wenigen Vorteile des Friedens verlustig zu gehen. Sie glaubte, daß ein Umsturz in Rußland erneut zum Kriege führen würde. Sie wurde damit zum Bundesgenossen der Bolschewisten, die über ihre schwerste Krise im Innern hinweggeholfen wurden und, ohne von den Mittelmächten daran gehindert zu werden, die endgültige Abrechnung mit der Gegenrevolution einleiten konnten. Dieser gelang es trotz der Hilfe der Entente in den nächsten 3 Jahren nicht, die Macht in Rußland wiederzuerringen.

Doch die bolschewistenfreundliche Politik der Reichsregierung wirkte sich auch nach innen verderblich aus. Die diplomatischen Beziehungen wurden wieder aufgenommen: Joffe kam als Gesandter nach Berlin und konnte trotz des Verbotes durch den Brester Vertrag ungehindert an der Revolutionierung Deutschlands arbeiten. Die Heimatfront wurde somit den Angriffen des Bolschewismus ausgesetzt und der „Dolchstoß"-Politik die Möglichkeit zur Entfaltung gegeben.

Die O. H. L. kam bald zu der Ansicht, daß die Bolschewisten durch den Brester Vertrag nicht zur Aufgabe ihrer Politik gezwungen werden konnten und daß es außerdem unmöglich sein werde, die endgültige Festsetzung der Entente in Rußland zu verhindern, wenn nicht schärfere Maßnahmen ergriffen werden würden. Sie riet, einen Schlag gegen Petersburg und Moskau zu führen und Beziehungen zu den gegenrevolutionären Elementen aufzunehmen, vermochte sich aber infolge ihrer Gebundenheit im Westen nicht durchzusetzen, obwohl auch die deutsche Vertretung in Moskau unter dem Gesandten v. Mirbach eine Verständigung mit sowjetfeindlichen Kreisen empfehlen zu können glaubte. Die Situation war günstig. Im Juni bedrohten die Engländer von der Murmanküste her die Bolschewisten, die Tschechen warfen die Sowjettruppen im mittleren Wolgagebiet zurück. Kurze Zeit später brach in Jaroslawl ein gegenrevolutionärer Umsturz aus. Es bot sich die letzte Gelegenheit, die Vereinigung weißrussischer Kräfte mit der Entente zu verhindern. Doch die Reichsregierung verfolgte andere Ziele. Selbst als am 6. Juli Graf Mirbach ermordet wurde und die Sowjetregierung keine

ausreichenden Sühnemaßnahmen traf, gab Deutschland seine Bemühungen noch nicht auf. Im Laufe des Juli forderte der neue Gesandte Helfferich das Auswärtige Amt immer wieder auf, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen. Schließlich gelang es ihm, die Abberufung der deutschen Mission durchzusetzen, doch erklärte das Auswärtige Amt sogleich, daß die Abberufung nur aus Gründen persönlicher Sicherheit der Mitglieder der deutschen Mission erfolgt sei und daß man auch fernerhin Verbindungen aufrechterhalten würde. Am 27. August gelangte man mit den Russen zu einem Zusatzabkommen, in dem Deutschland sich verpflichtete, künftighin keine Einmischung mehr in die russischen Teilgebiete vorzunehmen und das Dongebiet, das im Verlaufe der ukrainischen Aktion mit besetzt worden war, zu räumen ebenso wie Teile Nordrußlands nach Eingang einer Entschädigung für die Sozialisierung des deutschen Eigentums in Rußland. Estland, Livland und Georgien wurden vollkommen von Rußland getrennt, wogegen Deutschland versprach, auf die Türkei einzuwirken, nicht Baku zu nehmen. Dieser Vertrag hatte eine Entrüstung der deutschen Bundesgenossen zur Folge, da er ohne ihre Mitwirkung geschlossen worden war, legte aber auch Rußland harte Bedingungen auf, insbesondere durch die endgültige Loslösung der nördlichen baltischen Gebiete, wodurch Rußland nunmehr an der Ostsee über keinen eisfreien Hafen verfügte.

Bis kurz vor dem Zusammenbruch des 9. November sind dann die Beziehungen noch weiter aufrecht erhalten worden, während der Bolschewismus seine Herrschaft in Rußland langsam, aber umso sicherer befestigen konnte.

In Finnland hatten sich indessen schwere Kämpfe der Finnen mit den bolschewistischen Banden entwickelt, obwohl die russische Regierung Finnland bereits als unabhängigen Staat anerkannt hatte. Um die Festsetzung der Bolschewisten zu verhindern und gleichzeitig den Engländern den Zugang zu Rußland zu versperren, entschloß sich der Kronrat am 17. März 1918 auf die Bitte der finnischen Regierung zu einem bewaffneten Eingreifen, nachdem am 7. März ein Friedensvertrag mit Finnland abgeschlossen worden war. Anfang April landeten deutsche Truppen in Hangö. Im Verein mit der deutschen Flotte gelang es am 13. April Helsingfors zu nehmen, kurze Zeit später die bolschewistischen Truppen unter Mitwirkung finnischer Freischaren bei Lahti einzuschließen und den Vormarsch auf Wiborg anzutreten, von wo aus jederzeit Petersburg und die Murmanbahn bedroht werden konnten.

Ähnlich war die Stellung in Estland und Livland. Der deutsche Vormarsch im Februar hatte das Gebiet vom bolschewistischen Terror befreit, doch lehnte Kühlmann noch im März eine Angliederung dieser Gebiete ab. Erst als Delegationen der betreffenden Länder beim Reichskanzler um den Schutz des Reiches baten und auch die O. H. L. drängte, entschloß sich die Reichsleitung, die beiden Länder mit Kurland zu vereinigen und in irgendeiner Form dem Reiche anzugliedern. Ohne Verletzung des Brester Vertrages war dies jedoch nicht möglich, sodaß Verhandlungen mit Rußland angeknüpft wurden, die dann im Zusatzvertrag vom 27. August zur endgültigen Loslösung dieser Gebiete von Rußland führten.

Litauen war indessen am 23. März von Deutschland anerkannt worden, während in Kurland der Landesrat am 8. März den Anschluß an das Reich und die Übernahme der Herzogswürde durch den deutschen Kaiser beschloß. Eine Delegation kam am 15. März nach Berlin und erhielt die Zusage des Kanzlers, der die Vereinigung Kurlands mit Estland und Livland jedoch vorerst noch ablehnte und sich erst nach Abschluß des Zusatzvertrages mit Rußland dazu verstehen konnte. In der Zwischenzeit wurden Pläne über die Angliederung Litauens und Kurlands ausgearbeitet. Von der Selbständigkeit der beiden Länder blieb nicht mehr viel übrig. Sie konnten weder nach außen als selbständige Staaten auftreten, noch erfreuten sie sich im Innern einer weitergehenden Autonomie. Über die Verfassungen wurde bestimmt, daß diese in beiden Ländern auf der Grundlage der konstitutionellen Monarchie ohne Parlamentarismus aufzubauen seien. Der Herzogstitel beider Länder sollte dem deutschen Kaiser zufallen. Doch die Litauer waren mit dieser Regelung nicht einverstanden. Sie wünschten einen im Lande residierenden Herrscher. Auf Vorschlag Erzbergers wählte der Landesrat den katholischen Herzog von Urach zum Landesfürsten, welcher jedoch nicht die Anerkennung des Reiches erhielt. Andere Schwierigkeiten kamen vonseiten der deutschen Bundesfürsten, welche die litauische Frage in diesem Sommer der schwersten militärischen Entscheidungen zu einem politischen Schachergeschäft benutzten und die Machterweiterung des deutschen Kaisers durch die Aufteilung Elsaß-Lothringens an die süddeutschen Bundesstaaten auszugleichen versuchten.

Auch die Frage nach der zukünftigen Stellung Polens zu den Mittelmächten fand keine befriedigende Lösung. Der Reichskanzler vermochte weder mit der O. H. L. noch mit dem neuen k. u. k. Außenminister Burian eine Einigung zu erzielen. Er sprach sich jetzt gegen die austro-polnische Lösung aus, Burian gab vorübergehend unter dem Eindruck der von Clemenceau veröffentlichten Sixtus-Briefe vom März 1917, die Kaiser Karl schwer belasteten, nach (Spa, 11. und 12. Mai 1918), kehrte jedoch am 11. Juni 1918 wieder zu seinem alten Plan der Angliederung Polens an die Monarchie zurück, während Hertling erklärte, Deutschland könne eine einseitige Vergrößerung Österreich-Ungarns nicht ertragen. Polen solle sich seinen Herrscher selbst wählen, doch müsse es an Deutschland angelehnt werden. Anfang September konnte der neue Staatssekretär Hintze eine Verständigung anbahnen. Es war jedoch schon zu spät. Indessen brach Bulgarien zusammen, für die Mittelmächte trat der Zwang in den Vordergrund, alsbald Frieden zu schließen.

Rumänien hatte nach dem Friedensschluß Rußlands nicht länger den Krieg fortsetzen können und bei den Mittelmächten um Unterhandlungen über einen Frieden nachgesucht. Die Meinungen der Verbündeten standen sich auch hier scharf gegenüber. Deutschland verlangte eine 5–6 jährige Besetzung, umfangreichen wirtschaftlichen Einfluß, dauernde Kontrolle der Finanzen und Entthronung des Königs. Die Ungarn forderten bedeutende Grenzberichtigungen, die Bulgaren die ganze Dobrudscha, während Czernin auf dem Standpunkt des annexions- und entschädigungslosen Friedens stand. Die Verhandlungen hatten manche Schwierigkeiten zu überwinden und zogen sich in die Länge, bis es end-

lich am 7. Mai gelang, den Vertrag zur Unterschrift zu bringen. Czernin hatte die Wünsche der Deutschen und der Ungarn auf ein geringes Maß beschränken können. Der König blieb, die wirtschaftlichen Bestimmungen wurden gemildert und zugunsten Ungarns nur geringe Grenzberichtigungen vorgenommen. Zur Abtretung der Dobrudscha konnte sich Rumänien erst entschließen, als ihm freier Zugang zum Meere und freie Hand in Bessarabien zugesichert wurde. Die Dobrudscha wurde nur zur Hälfte den Bulgaren zugesprochen, der nördliche Teil kam unter die gemeinsame Verwaltung des Vierbundes. Die Folge war eine schwere Verstimmung der Bulgaren.

Auch der Einmarsch in die Ukraine stellte die Mittelmächte vor neue, schwere Aufgaben. Ihre Truppen hatten in kurzer Zeit die ganze Republik und darüber hinaus das bei Rußland verbliebene Don-Gebiet besetzt. Das Land war von bolschewistischen Truppen befreit, ebenso waren die Tschechen ostwärts abgedrängt worden. Die Hauptaufgabe der Okkupation lag darin, die Getreide- und Rohstoffvorräte zu sichern. Politische Ziele wurden erst in zweiter Linie verfolgt. Eine Einheitlichkeit des Oberbefehls zwischen den Verbündeten wurde nicht erzielt, da Kaiser Karl ablehnte, sodaß die Ukraine in einem Vertrag vom 28. März in zwei Interessensphären zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn aufgeteilt werden mußte. Die Erfassung des Getreides in der Ukraine bereitete indessen große Schwierigkeiten. Man gelangte zunächst zu keiner Einigung über die Aufkauforganisationen. Es fehlte ferner an Transportmitteln, das Eisenbahnnetz reichte nicht aus, während der Schiffahrtsweg über das Schwarze Meer und die Donau noch nicht freigehalten werden konnte. Hinzu kam noch der passive Widerstand der Bevölkerung, die sich gegen jede Ausfuhr zur Wehr setzte. Auch die ukrainische Regierung versagte vollkommen, konnte ihre Verpflichtungen nicht innehalten und leistete alsbald den Forderungen der Mittelmächte eine Gegenwehr, sodaß man sich deutscherseits entschließen mußte, in die inneren Verhältnisse der Republik einzugreifen und eine bürgerliche Regierung unter dem Hetmann Skoropadski einzusetzen, die von den Mittelmächten vollkommen abhängig war. Die Getreidelieferungen konnten jedoch auch jetzt noch nicht gesteigert werden, ebenso gelang es nicht, die Bodenschätze des Donez-Gebietes für die Rohstoffversorgung in dem notwendigen Ausmaße sicherzustellen.

Im Kaukasus hatten sich ebenfalls Unabhängigkeitsbestrebungen bemerkbar gemacht, die von Deutschland unterstützt wurden, und im Zusatzvertrag vom 27. August 1918 zur Loslösung Georgiens von Rußland führten. Um den Bemühungen der Engländer, aber auch der Türken, dort Einfluß zu gewinnen, einen Riegel vorzuschieben, wurde der General von Kreß mit einer kleinen deutschen Abteilung nach Tiflis entsandt, doch blieb die Frage der kaukasischen Gebiete bis zum Kriegsende in der Schwebe.

Der Zusammenbruch des November 1918 vernichtete in wenigen Tagen die deutsche Machtstellung im Osten. Hinter den abziehenden deutschen Truppen erhob sich die bolschewistische Schreckensherrschaft. Die Ukraine und die Kaukasusgebiete verfielen ihr, während die anderen Randstaaten teils selbständig, teils mit Hilfe deutscher Freiwilligen-Formationen, teils mit alliierter Unterstützung ihre Todfeinde abwehren konnten.

2. Die Frage des allgemeinen Friedens in den Reden der Staatsmänner.

Seit Ausbruch der zweiten russischen Revolution und dem russischen Friedensangebot hatte die Frage des allgemeinen Friedens wieder eine bedeutende Rolle in der internationalen Politik gespielt. Schon am 30. November 1917 hatte der ehemalige englische Staatssekretär Lansdowne in einem Brief an die „Times" davor gewarnt, die Kriegsziele zu hoch zu spannen, da eine Weiterführung des Krieges den Untergang der Kulturwelt bedeuten würde. Doch die Ententestaatsmänner dachten nicht an den Frieden. Wilson antwortete am 7. Dezember mit der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Österreich-Ungarn und Lloyd George bezeichnete am 15. Dezember in einer Rede die „Preußen" als „Verbrecher und Banditen". Da erfolgte Weihnachten 1917 das Angebot Rußlands und der Mittelmächte an die Entente. Diese wurde damit zur Stellungnahme gezwungen. Zunächst ließ sie die ihr gewährte Frist zum Beitritt verstreichen, dann antwortete Lloyd George in einer großen Rede am 5. Januar 1918 und verkündete maßlose Kriegsziele. Auch Wilson wandte sich am 8. Januar 1918 an die Öffentlichkeit und stellte als Antwort auf den russischen Vorschlag vom 22. Dezember 1917 ein Weltfriedensprogramm auf: 1. Offene Friedensverhandlungen. 2. Freiheit der Meere. 3. Gleichheit der Handelsbedingungen. 4. Abrüstung. 5. Freie und offenherzige Regelung der kolonialen Fragen. 6. Räumung aller russischen Gebiete. 7. Wiederherstellung Belgiens. 8. Räumung der besetzten Gebiete Frankreichs und Elsaß-Lothringens. 9. Berichtigung der italienischen Grenzen nach den Grenzen der Nationalitäten. 10. Autonome Entwicklung der Völker Österreich-Ungarns. 11. Räumung Serbiens, Montenegros und Rumäniens und freier Zugang zum Meer für Serbien. 12. Autonome Entwicklung aller türkischen Gebietsteile. 13. Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates mit einem Zugang zum Meere. 14. Gründung eines Völkerbundes. Obwohl die Frist der Beteiligung der Entente an den Verhandlungen inzwischen abgelaufen war, entwickelte sich nun nach der grundsätzlichen Rede Wilsons eine Diskussion vor der Weltöffentlichkeit über die beiderseitigen Kriegsziele. Am 11. Januar erklärte Balfour, diese seien unvereinbar, während Reichskanzler Hertling am 24. Januar Wilson weit entgegenkam, die Punkte 1–4 seines Programms annahm und in den anderen eine Prüfung zusagte. Eine glatte Ablehnung erfolgte nur in jenen Punkten, die mit der Erhaltung der Integrität und der Souveränität des Reiches unvereinbar waren. Czernins Rede am selben Tage war noch weit versöhnlicher. Er sah in dem Vorschlag Wilsons eine bedeutende Annäherung an den Standpunkt Österreich-Ungarns. Im wesentlichen stimmte er zu, machte nur hinsichtlich der autonomen Entwicklung der Völker Österreichs-Ungarns Einschränkungen. Doch der Gedanke, daß die Vereinigten Staaten und Österreich-Ungarn diejenigen Mächte seien, die nur geringe Reibungsflächen hätten, so führte er aus, lege den Schluß nahe, daß eine Aussprache zwischen ihnen den Ausgangspunkt für eine solche zwischen allen Kriegführenden bilden könne.

Diese entgegenkommende Haltung fand aufseiten der Entente keinen großen Widerhall. Der Oberste Kriegsrat der Alliierten erklärte

am 2. Februar, er könne in den Reden der Staatsmänner der Mittelmächte keine Annäherung erblicken. Dieser Eindruck sei noch durch ihre Verhaltungsweise in Brest-Litowsk vertieft worden. Wilson antwortete am 11. Februar, ermunterte Czernin, sich mit ihm in Verbindung zu setzen, erklärte dann aber im zweiten Teil seiner Rede, Hertlings Antwort vom 24. Januar sei nicht brauchbar, da dieser Abmachungen von Staat zu Staat vorschlage und nicht die Wünsche und Bedürfnisse der Völker berücksichtige. „The method the German Chancellor proposes is the method of the Congress of Vienna".

Damit fand die Friedensdiskussion ihr Ende, die auf der gegnerischen Seite niemals mit Ernst geführt worden war. Am 18. Februar setzte der deutsche Vormarsch in Rußland ein, am 3. März wurde der Friede unterzeichnet und am 21. März begann im Westen die große Offensive des deutschen Heeres. Eine friedliche Verständigung hatte sich als unmöglich erwiesen, es blieb der Appell an die Waffen.

Die O. H. L. hatte in der Frage des Friedens eine folgerichtige Politik eingeschlagen. Seit dem 12. Dezember 1916 glaubte sie nicht mehr daran, daß die Entente mit den Mittelmächten zu einem maßvollen Frieden kommen wollte. Abgesehen von anderen Gründen, die für ein scharfes Auftreten in Brest-Litowsk gesprochen hatten, war daher für sie einer der wichtigsten gewesen, daß der Entente durch ein solches die Stärke und die Kraft Deutschlands zum Bewußtsein gebracht werden sollte, die allein den Frieden bringen konnten. Die Politiker der Mittelmächte dagegen, vor allem Czernin, glaubten an eine Verständigungsmöglichkeit mit den durch 3½ Jahren Krieg zermürbten Westmächten. Ihre Politik gegenüber Rußland wurde daher, solange sich noch irgendeine Aussicht auf eine Verständigung mit dem Westen bot, also vor Beginn der Frühjahrsoffensive 1918, durch die Mäßigung bestimmt.

Die Geschichte hat der O. H. L. recht gegeben. Niemals, auch nicht während der Brester Verhandlungen, vielleicht abgesehen von der Krise der Westmächte im Frühsommer 1917, haben die führenden Männer der Entente an einen Verständigungsfrieden gedacht. Ihre Reden boten zu keiner Zeit die Möglichkeit, ernsthafte Verhandlungen einzuleiten. Auch die zahlreichen geheimen Fühler der Jahre 1917 und 1918 (Lancken-Briand, Mensdorff-Smuts, Armand-Revertera und Lammasch-Herron) führten zu keinem Erfolg und scheiterten an dem blinden Zerstörungswillen der Entente.

Das einzige Ergebnis war, daß die Entente aus diesen Versuchen und der zu häufig öffentlich betonten Bereitwilligkeit der Mittelmächte zum Verständigungsfrieden den Schluß zog, daß diese durch ihre Schwäche dazu gezwungen wurden. Der Ruf nach der Verständigung hinderte die Verständigung. Die Folge war: Versailles.

III.

Die Stellungnahme der Wiener Presse zu den Verhandlungen.

A) Die Wiener Presse.

Die Besonderheit des österreichischen Zeitungswesens und seine Rolle im politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Donaumonarchie erfordern einen kurzen Blick auf seine Entwicklung.

Das älteste österreichische Presseorgan war die amtliche „Wiener Zeitung", deren Gründung im Jahre 1703 unter dem Namen „Wiener Diarium" erfolgt war. Es hatte die Aufgabe, eine bessere Verbindung zwischen Regierung und Untertanen herzustellen und die Gesetze und Verordnungen der Behörden zu veröffentlichen. Propagandistische Absichten wurden nicht verfolgt, sie lagen dem Absolutismus fern. Auch später, als bereits eine „öffentliche Meinung" entstanden war und von privater Seite eine Einflußnahme auf die Volksstimmung ausgeübt wurde, hat die Zeitung ihren Charakter als einem Gesetz- und Nachrichtenblatt beibehalten und keine eigene Stellung zu den Ereignissen genommen. Infolgedessen war die meinungsbildende Bedeutung der Zeitung sehr gering. Erst nach dem Kriege ist sie dazu übergegangen, die Regierungspolitik in Leitartikeln darzulegen und zu verteidigen. Dennoch konnte der Staat auch vor dem Kriege nicht darauf verzichten, sich Gehör in der Öffentlichkeit zu verschaffen. Bezeichnend für den Vorkriegsstaat war es, daß er persönliche Fühlungnahme und finanzielle Verbindungen mit bestehenden privaten Zeitungsunternehmen aufnahm und nicht durch den Ausbau der eigenen Organe oder die Gründung neuer systematisch und selbständig auf die „öffentliche Meinung" einzuwirken versuchte. Nur das Ministerium des Äußeren hat mit Hilfe des halbamtlichen „Fremdenblattes" seine Politik in der Öffentlichkeit vertreten, allerdings ohne nennenswerten Erfolg.

Die amtliche Presse konnte bereits im 18. Jahrhundert keineswegs dem mit dem emporkommenden Bürgertum steigenden Bedürfnis nach Teilnahme an den Ereignissen im In- und Ausland genügen, sodaß daneben private Zeitungsunternehmungen entstanden, die in ihren Organen vor allem den Nachrichtendienst pflegten. Nach den Freiheitskriegen, als die Zeitungen allmählich politischen Charakter annahmen, zunächst allerdings nur durch die politisch gefärbte Berichterstattung, erkannte der Staat die ihm von dieser Seite drohenden Gefahren und versuchte durch strenge Pressgesetze (Karlsbader Beschlüsse 1819) eine Einflußnahme auf die Bevölkerung zu verhindern. War den Zeitungen somit jede politische Betätigung untersagt, wandten sie in den zwanziger und dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts neben der Nachrichtenübermittlungen den kulturellen Angelegenheiten ihr Augenmerk zu. Das Feuilleton und die Kunstkritik erreichten in diesen Jahren eine hohe Stufe der Entwicklung.

Ein Umschwung trat erst ein, als in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts liberale Ideen auch im Staatsleben immer mehr Anwendung fanden, und Österreich-Ungarn sich in der Folge allmählich zu einem konstitutionellen Staat entwickelte. Zwar führten die wilden Obstruktionen der Völker häufig zur völligen Lahmlegung des parlamentarischen Lebens, doch die Meinungsfreiheit war gesichert. Die Privatinitiative konnte daher auch auf dem Gebiet der Beeinflussung der Volksstimmung frei schalten. Der Staat aber beteiligte sich in merk-

würdiger Unterschätzung seiner Aufgaben nicht oder nur in ungenügender Weise an der Bildung einer „öffentlichen Meinung". Es kam in diesen Jahren ohne organisatorischen Zusammenhang mit den deutsch-liberalen Parteien zu zahlreichen Gründungen liberaler Blätter, die sich teilweise bis in die neueste Zeit behaupteten und zur Weltpresse emporstiegen. Unter ihnen sind die N. Fr. Pr. und das N. W. Tg. die bekanntesten geworden und haben vornehmlich den Ruf Wiens als einer Zeitungsstadt ersten Ranges begründet. Sie waren in der Hand der Hochfinanz und der Industrie, des besitzenden Bürgertums, das mit der allmählichen Gewährung politischer Rechte das Staatsleben weitgehend beeinflußte und enge Beziehungen zu den leitenden Stellen des Staates unterhielt. Sie standen daher auch dem Staate positiv gegenüber, eine Kritik der Regierungspolitik war selten in ihren Spalten zu finden.

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts haben dann die deutsch-liberalen Parteien gegenüber den neu entstehenden politischen Gruppen in den Parlamenten bald erheblich an Bedeutung verloren. Die Erweiterung des Wahlrechtes, der dadurch immer mehr anwachsende Einfluß der minderbemittelten Schichten, hat die zahlenmäßige Unterlegenheit des gebildeten und besitzenden Bürgertums, das in den liberalen Parteien zu finden war, in den Parlamenten hervortreten lassen. Wenn trotzdem die liberalen Organe in Österreich ihre Einflußsphäre nicht verloren, sondern im Gegenteil noch erweitert haben, dann ist diese Tatsache darauf zurückzuführen, daß das Bürgertum kraft seines Besitzes immer wieder diese Organe auch finanziell stützen konnte, die nach Umfang, Inhalt und Vielseitigkeit alle anderen übertrafen, dem politisch nicht interessierten Leser – und dieser bildete die Hauptmasse der Bevölkerung – daher genug boten und auf diese Weise, nicht nur durch die Tagespolitik, das liberale Gedankengut zu verbreiten vermochten. Das nationale Moment war bei den liberalen Blättern in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege völlig verschwunden. Sie fühlten sich als die Vertreter der Gesamtmonarchie und schädigten die Lebensinteressen des deutschen Volkes in Österreich oft in verhängnisvoller Weise. Adolf Hitler schreibt über die Wiener Weltpresse, daß ihm zu Beginn seiner Wiener Zeit der Umfang des dem Leser Gebotenen und die Objektivität der Darstellung im einzelnen Achtung abgenötigt habe. Allmählich aber sei ihm das wahre Wesen aufgegangen, „die unwürdige Form, in der diese Presse den Hof umbuhlte", die Kritik am Deutschen Reich und seinem Kaiser, „der widerliche Kult, den die große Presse schon damals mit Frankreich trieb" (Adolf Hitler, Mein Kampf, p. 56–58 f.)

Linksliberale und demokratische Tendenzen verfolgten in Wien zwei Zeitungen, die sowohl in der Provinz als auch im Ausland bekannt geworden sind und von denen das erstere enge Beziehungen zu den linksgerichteten tschechischen Politikern und Führern um Masaryk unterhielt: Die „Zeit" und das N. W. J., die unter ihrer jüdischen Leitung um die Wende des Jahrhunderts zu Sprachrohren des Literatentums, wie es sich in der Hauptstadt nach und nach breitgemacht hatte, wurden. Sie konnten in allen jenen Bevölkerungskreisen keinen Fuß fassen, die volksbewußt waren, ebensowenig unter den regierungstreuen Schichten, da ihre Stellung gegenüber dem Staat weniger positiv als die der alten

rechtsliberalen Organe war. Sie übten oft eine scharfe und ätzende Kritik und forderten Reformen im Sinne einer Demokratisierung, setzten sich vor allem für die Einführung des Parlamentarismus ein. Beide Blätter unterschieden sich stark in ihrer Aufmachung. Während die Zeit ein nur wenig auffallendes Äußere hatte, legte das N. W. J. großes Gewicht auf marktschreierische Propaganda durch Besonderheiten des Druck und des Schreibstiles. Vor allem waren es Sensationsnachrichten, welche eine leichte Aufnahme in dieser Zeitung fanden, sodaß sie sich kaum noch von einem Boulevardblatt unterschied.

Diesen großen liberalen Organen, die allesamt keine parteipolitische Bindung hatten, daher fälschlicherweise häufig als „unabhängige" Zeitungen bezeichnet werden, wurden ergänzt durch eine Reihe von kleineren Blättern, die aber kaum eine über Wien hinausreichende Bedeutung erlangen konnten. Es seien hier nur die Montagszeitungen „Der Morgen" und „Wiener Sonn- und Montagszeitung" genannt, welche die Aufmerksamkeit vieler Kreise auf sich zogen, weil sie neben den großen liberalen Blättern den Antisemitismus scharf bekämpften.

Diesen parteilosen Zeitungen stellte sich eine Reihe von Blättern zur Seite, die mehr oder weniger eng mit den Parteien des Vorkriegsösterreich in Verbindung standen. Die sozialdemokratische Bewegung, die sich nach dem Hainfelder Parteitag 1888 unter der Führung Dr. Viktor Adlers zu einer glänzenden Organisation entwickelt hatte, hatte sich in der A. Z. ein schlagkräftiges Organ von hoher politischer Bedeutung geschaffen, das den gemäßigten Flügel der Partei vertrat. Während des Krieges, als die radikale Richtung, der „Austromarxismus", unter der Führung Dr. Bauers und Dr. Friedrich Adlers immer stärker hervortrat, schwenkte auch die A. Z. nach links um. Sie wurde vor allen Dingen von der Industriearbeiterschaft Wiens und Niederösterreichs gelesen, fand ihren Leserkreis aber auch in den übrigen deutschen Gebieten der Monarchie, die eine umfangreiche Industriebevölkerung hatten, wie z. B. Böhmen. Ihre Auflage sank trotz der Einziehung eines Teiles der männlichen Bevölkerung zum Heeresdienst nicht. Die ungeheure seelische und materielle Not, die besonders auf der Arbeiterschaft lastete und die in der zweiten Hälfte des Krieges durch häufige Lebensmittelkrisen verschärft wurde, führte dem Blatt, das ganz offen auf den Umsturz hinarbeitete, neue Anhänger zu.

Unter den übrigen Parteiblättern konnte noch die christlich-soziale R. P. eine hervorragende Rolle im öffentlichen Leben der Donaumonarchie spielen. 1894 gegründet, hat sie den beispiellosen Aufstieg der Partei unter Führung des 1. Wiener Bürgermeisters Luegers miterlebt und gefördert. Noch nach Luegers Tod (1910), als die Glanzzeit der Partei bereits vorüber war, hat sie ihren Einfluß ausdehnen können und durch den 1906 gegründeten Pius-Verein, der in weiten Kreisen Österreichs um finanzielle Unterstützung für die katholische Presse warb, eine wesentliche Hilfe erfahren. Ihrer Einstellung entsprechend hat die R. P. ausschließlich Verbreitung unter den Deutschen der Monarchie gefunden. Sie stützte sich vornehmlich auf die kleinbürgerlichen Bevölkerungskreise der Städte sowie auf das bodenständige Bauerntum. Der religiöse Antisemitismus, das Bekenntnis zum Staat und zum deutschen Volk sowie

zum katholischen Christentum, die Forderung nach einer sozialen Gesetzgebung, waren die Hauptpunkte christlich-sozialer Politik, wie die R. P. sie vertrat.

Während die sozialdemokratische und christlich-soziale Partei im wesentlichen fest begründete Einheiten waren, litten die deutsch-nationalen Gruppen unter starker Zersplitterung, was sich auch in ihrer Presse ausprägte, die, wenigstens in Wien, nach Aufmachung und Inhalt durchaus zweitrangig war. Eines dieser Rechtsorgane, das Dt. V. B., war kein Parteiblatt im engeren Sinne. Es unterstützte die Politik der Deutschnationalen, neigte jedoch gelegentlich auch zu den Christlich-Sozialen hinüber. Weiter rechts stand die O. R. Sie vertrat die alldeutsche Politik Schöneres mit ihrem rassischen Antisemitismus. Klarer und bewußter als die R. P. erkannte sie die ganze Brüchigkeit des habsburgischen Staates und zog daraus die weitgehende Folgerung, daß dieser nicht reformiert, sondern zerstört werden müsse und daß die deutschen Gebiete Österreichs ihr Heil im Anschluß an das Reich suchen müßten. Dieser seiner Haltung war es zuzuschreiben, daß das Blatt die Mißbilligung und Verfolgung offizieller Stellen der Monarchie auf sich zog. Trotz seiner nicht übermäßig großen Verbreitung ist es durch seine heftigen Angriffe, häufig unter Namensnennung der Gegner, bekannt geworden.

Ein anderes rechtsstehendes Blatt war die Wochenzeitung „Deutsche Arbeiterpresse", das Organ der „Deutschen Arbeiterpartei", einer Gruppe, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, unter der marxistischen Arbeiterschaft Wiens für den nationalen Gedanken zu werben, jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Partei und Zeitung verdienen nur deshalb einer Erwähnung, weil sie zu den Vorläufern der späteren nationalsozialistischen Bewegung in Deutschösterreich zu rechnen sind.

Eine besondere Stellung im Wiener Zeitungswesen nahmen die sogenannten Volksblätter ein. Es handelte sich hier um Organe, die für die breite Masse des Volkes geschrieben waren und deren geistiges Niveau sehr niedrig war. Sie müssen hier jedoch genannt werden, weil sie sich häufig zum Ausdrucksmittel der primitivsten Wünsche und Bedürfnisse der Wiener Vorstadtbevölkerung hergaben und auf diese Weise einen beträchtlichen politischen Einfluß ausüben konnten. Die allgemeine Ausstattung dieser Blätter blieb weiter unter dem Stande der Technik, wodurch im Zusammenwirken mit dem Massenabsatz ein sehr niedriger Preis erzielt werden konnte. Die wichtigsten dieser Blätter waren „Die Neue Zeitung" und die „Illustrierte Kronenzeitung".

Die amtliche Nachrichtenvermittlung in Österreich lag in den Händen des k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Büros. Es war 1860 als Abteilung des Finanzministeriums gegründet, dann später dem Handelsministerium angegliedert und 1881 direkt dem Ministerratspräsidium unterstellt worden. Anfangs beschränkte es seinen Nachrichtendienst allein auf den Balkan und den Orient, erweiterte aber nach und nach seinen Dienst, sodaß sich eine Gliederung in eine „politische" und „kommerzielle" Abteilung als notwendig erwies. 1902 wurde ihm Monopolstellung zugesichert. Es trat in ein Vertragsverhältnis zum Wolff-Büro und damit zu den großen Nachrichtenzentralen der Welt, die die Übermittlung von

Nachrichten aller Art sicherstellten. Der Krieg unterbrach jede Verbindung bis auf diejenige mit den Büros der Verbündeten, sodaß der Versorgungsbereich auf ein Minimum zusammenschrumpfte.

B) Staat und Presse im Weltkrieg.

In politisch bewegten Zeiten wie im Kriege gewinnt die Presse eine erhöhte Bedeutung für die Regierungen als einem Kampfmittel gegen den inneren Feind des Pessimismus und der Kleinmütigkeit, der in Perioden der Krise sich einschleicht und eine siegreiche Beendigung des Krieges in Frage stellt. Die Propaganda- und Pressetätigkeit stützt die Heimatfront, ohne die ein siegreiches Durchhalten nicht möglich ist. Sie kann die Massen zur letzten Hingabe mitreißen und ihnen trotz der augenblicklichen furchtbaren Notlage die Entschlossenheit zum restlosen Einsatz des Lebens mitgeben. Die Reichsregierung hatte diese Tatsache während des Weltkrieges nicht in dem erforderlichen Maße erkannt. Sie hat nur wenig Versuche gemacht, die Presse in die Hand zu bekommen und mit ihrer Hilfe einen einheitlichen und im Sinne der Kriegführung zweckdienlichen Einfluß auf die Volksstimmung auszuüben. Während das gesamte übrige öffentliche Leben einer Zwangswirtschaft unterworfen wurde, deren Berechtigung in Kriegszeiten nicht abzustreiten war, war die Beeinflussung und Bearbeitung der Stimmung der Bevölkerung jenen Händen überlassen, die im Kriege noch weniger als im Frieden dazu berufen waren, nämlich den Parteien sowie einzelnen privaten, aber einflußreichen Kreisen. Die Freiheit der öffentlichen Meinung blieb gewahrt. Die Folge war, daß damit der Opposition die Gelegenheit gegeben wurde, die innere Einheit des Volkes zu zerstören und die Schlagkraft nicht nur der Heimatfront, sondern auch des Heeres zu lähmen. Auch der Feind selbst hatte die Möglichkeit seine Propaganda durch die Presse der Mittelmächte wirken zu lassen.

Die O. H. L. hat gegen diese passive Haltung der Reichsregierung immer wieder angekämpft und ihre Bemühungen nicht aufgegeben, diese zu einer energischen Pressepolitik zu veranlassen und ein oberstes leitendes Amt, etwa in Form eines Propagandaministeriums, zu schaffen, das die Aufgabe haben sollte, durch Anleitungen und bindende Ratschläge einen positiven und einheitlichen Einfluß auf die Presse zu nehmen. Dieser sollte notfalls auch eine ernste Beurteilung der Lage gestattet sein, um den Vernichtungswillen der Feinde noch mehr hervorzuheben und die Kampfstimmung zu harter Entschlossenheit zu steigern. Aber immer wieder scheiterten die diesbezüglichen Bemühungen der O. H. L. an der geringen Einschätzung der Bedeutung der Presse durch die Kriegsreichskanzler oder deren vermeintlichen Hilflosigkeit ihr gegenüber.

In Österreich-Ungarn war die Presse weit mehr in der Hand der Regierung, als dies in Deutschland der Fall war. Zwar bestand ebenfalls keine einheitliche Leitung der Presse- und Propagandapolitik, und die zwangsmäßige Einwirkung beschränkte sich einzig auf die Zensur, doch folgte ein großer Teil der Zeitungen freiwillig der Regierungspolitik. Auch besaßen viele Organe noch aus der Vorkriegszeit enge Beziehungen zu amtlichen Stellen, die es diesen letzteren möglich machten,

einen bedeutenden Einfluß auf die Presse auszuüben, Anregungen zu geben, die zwar keineswegs verbindlich waren, jedoch dessenungeachtet nicht ohne große Wirkung blieben.

Ein anderer Teil der Presse, die Links- und Rechts-Opposition, aber konnte nur mit Hilfe der Zensur gelenkt werden, die in Österreich-Ungarn viel härter als in Deutschland zur Anwendung gebracht wurde. Über eine Tatsache mußte sich dabei die Regierung klar sein, wenn sie dieses Zwangsmittel recht häufig gegen die Oppositionspresse verfügte, daß es nämlich keinesfalls eine positive Anleitung ersetzen konnte. Niemand, auch die Presse selbst nicht, verschloß sich im Kriege der Notwendigkeit einer Zensur, die aber erst sinnvoll wirkte, wenn sie nur im äußersten Notfall verfügt wurde, nachdem jedes andere Mittel versagt hatte. Die Zensur bewirkte zwar, daß eine beanstandete Meinung unveröffentlicht blieb. Etwas Neues und Positives im Sinne der Regierungspolitik wurde aber damit nicht gegeben. Hinzu kam noch, daß der Leser, irregeführt durch die weißen Flecke, schließlich nicht mehr an die Unabhängigkeit der Presse glaubte. Aber gerade dieser Glaube mußte erhalten bleiben.

Ausgeübt wurde die Zensur in Österreich-Ungarn von den Staatsanwaltschaften und den lokalen politischen Behörden, denen jede Zeitung vor ihrem Erscheinen vorgelegt werden mußte.

Im Laufe des Krieges kam es zu schweren Reibungen zwischen Staat und Presse über die Anwendung der Zensur, wie eine Eingabe des Wiener Journalistenvereins „Concordia" an den Ministerpräsidenten Seidler Anfang Februar 1918 beweist, in der es heißt, nach wie vor gäbe es keine Einschränkung der Zensur auf den Stoffkreis, innerhalb der man sie als Kriegsnotwendigkeit tolerieren könnte, nämlich auf die militärischen und politischen Angelegenheiten. Nach wie vor seien alle Teile des öffentlichen Lebens einer „schrankenlosen Verbotsmanie" preisgegeben, die schon deshalb sich niemals genug tun könnte, weil der Zensurbeamte eher die Verantwortung für zehn Striche zu viel als für einen zu wenig tragen wolle. Die Wiener Journalistik erfülle die ihr durch den Krieg gestellten Aufgaben mit größter Gewissenhaftigkeit und lege sich freiwillig Takt auf, der in so schwerer Zeit geboten sei. Um so entschiedener müsse sie sich gegen das behördliche Bevormundungsrecht wenden, das tue, als ob man es hier mit einer geistig rückständigen und moralisch-minderwertigen Presse zu tun habe. Die Wiener Journalistik verdiene das gleiche Entgegenkommen, das die reichsdeutschen Kollegen bei den Ämtern in Deutschland fänden. „Wir nehmen für Wien dieselbe Meinungsfreiheit und dasselbe Recht der freien Kritik in Anspruch, wie sie in Berlin . . . . . für selbstverständlich gelten". Die Wiener Presse fordere vertrauensvollen Verkehr zwischen Amt und Presse und wolle nicht von subalternen Organen Verbote entgegennehmen, deren Grund und Zweck ihr unbekannt bleibe. („Zeit", 5. 2. 1918).

Diese Eingabe deckt schonungslos die Mängel der Zensur auf und beklagt sich insbesondere über die mangelnde Zusammenarbeit, geht aber von der falschen Voraussetzung aus, daß die Presse willig den ihr durch den Krieg auferlegten Pflichten nachkomme.

Die militärische Zensur lag in den Händen der A. O. K. und wurde sehr streng gehandhabt. Zu Beginn des Krieges wurde ein k. u. k. Kriegspressequartier geschaffen, daß alle Kriegsberichterstatter in sich vereinigte. Es versorgte die Presse mit Nachrichtenmaterial und widmete sich daneben kriegsgeschichtlichen Aufgaben.

Ein anschauliches Bild von der Arbeit der Kriegsberichterstatter gibt Karl Hans Strobl in seinem Buch. Die Pressevertreter saßen weit hinter der Front, erhielten kurze Meldungen über die Ereignisse und hatten nun die Aufgabe, diese für den Gebrauch der Leser zurechtzumachen, zu „verzieren", Stimmungen zu fälschen, Wahrheiten zu erfinden und phantastische Weisheiten vorzutäuschen. Frontreisen wurden wenig unternommen, sie unterblieben fast ganz, als bald die Kriegsberichterstatter weit von den Kriegsschauplätzen entfernt in Mährisch-Ostrau und im Herbst 1916 sogar in Rodaun bei Wien untergebracht wurden.

Bei einer derartigen Behandlung konnte ein Vertrauensverhältnis zwischen A. O. K. und Presse nicht zustande kommen. Die Kriegsberichterstattung blieb mangelhaft.

Versuche der deutschen O. H. L., auf die österreichisch-ungarische Presse Einfluß zu gewinnen, um diese der Kriegführung nutzbar zu machen, mißlangen. Der Widerstand der Regierung, die eine unberechtigte Einmischung befürchtete, zudem eine andere Politik als die O. H. L. verfolgte, und derjenige des A. O. K. verhinderten jede Vereinheitlichung des Pressewesens der Verbündeten im Kriege. Nur in einem einzigen Fall kam die O. H. L. zu einem scheinbaren Erfolg. Ihre wiederholten Beschwerden über das Verhalten der „Zeit" veranlaßte die Besitzer und Herausgeber, Dr. Kanner und Prof. Singer, im Dezember 1917 zum Verkauf des Blattes, um einem befürchteten aktiven Eingreifen der O. H. L. über die österreichisch-ungarische Regierung oder das A. O. K. zuvorzukommen. Eine Änderung in der politischen Haltung des Blattes trat jedoch nicht ein. Im wesentlichen mußte sich die Einwirkung der O. H. L. auf die Arbeit im verbündeten Kriegspressequartier (seit Februar 1917) beschränken. Von den in erster Linie berufenen politischen Stellen des Reiches, dem Auswärtigen Amt und den diplomatischen und konsularischen Missionen in Österreich-Ungarn bestand keine ausreichende Verbindung zur österreichischen Presse.

Im folgenden Teil soll nun versucht werden darzustellen, wie die Presse sich mit diesen soeben kurz skizzierten Verhältnissen abfand, was sie insbesondere aus dem ihr zur Verfügung stehenden Nachrichtenmaterial gemacht hat. Die entscheidende Frage wird letzten Endes die sein, welche Stellung die einzelnen Presseorgane während der Brester Verhandlungen zu Sieg- oder Verzichtfrieden eingenommen haben und diese dann im Hinblick auf die schon dargestellte, von der Regierung eingeschlagene Politik zu beurteilen ist.

C) Die Stellungnahme der Wiener Presse.

1. Die Stellungnahme während der Vorgeschichte der Verhandlungen.

Seit dem März 1917 hatten die Ereignisse in Rußland die steigende Beachtung der Presse der Mittelmächte gefunden, doch war es dieser in der Folgezeit nicht gelungen, der Öffentlichkeit ein klares Bild der verwickelten Zustände in Rußland zu geben. Das Nachrichtenmaterial, das der Presse zur Verfügung stand, war nur von geringem Wert. Die Meldungen der Kriegsberichterstatter und der militärischen Stellen der Front waren mit Vorsicht aufzunehmen. Sie ließen keine weiteren Schlüsse zu über die Vorgänge im Hinterland, da die Beobachtungen sich nur auf die russischen Gräben und die unmittelbar dahinterliegende Etappe erstrecken konnten. Im übrigen blieb die Presse auf die Berichte neutraler und feindlicher Zeitungen angewiesen. Sie sah sich daher gezwungen, soweit sie ihre Aufgabe ernst nahm, die Sensationsberichte, die bald zahlreich eintrafen, zurückhaltend zu kommentieren. Das Wesen der bolschewistischen Partei blieb ihr trotz der Bedeutung, die diese bald gewann, fast vollkommen verborgen. Nur ein kleiner Teil der Presse erkannte früh die Gefahren, die in den weltrevolutionären Absichten der Bolschewisten lagen, und warnte davor, die Linksorgane aber waren dank ihrer nahen geistigen Verwandtschaft vorzüglich orientiert.

Die Regierung hatte sich seit dem Amtsantritt Czernins in der Friedensfrage eine gute Presse zu schaffen gewußt. Das Ziel war der allgemeine Verständigungsfriede ohne gewaltsame Annexionen und Kontributionen, dem sich die liberalen Blätter anschlossen, ohne damit ihre Bewegungsfreiheit einzubüßen und gelegentlich auch gegen die Regierung Stellung zu nehmen. Besonders die linksliberalen Organe waren mit der amtlichen Friedenspolitik nicht immer einverstanden. Die R. P. als das Blatt der Christlich-Sozialen unterstützte die Regierung, während die A. Z. längst vom „Burgfrieden" abgegangen war und Opposition trieb. Die beiden Rechtsblätter, Dt. V. B. und O. R., verfolgten eine Politik des Siegfriedens und standen daher nicht mit der Regierung im Einklang. Ersteres Blatt verhielt sich jedoch in gemäßigter Opposition, während letzteres häufig wegen seiner scharfen Stellungnahme durch die Zensur gemaßregelt wurde.

Ein russisches Friedensangebot aber konnte bei allen Zeitungen auf eine günstige Aufnahme rechnen. Die liberale, christlich-soziale und sozialdemokratische Presse begrüßte es, weil sich noch einmal die Möglichkeit des allgemeinen Verständigungsfriedens bot, die Rechtspresse, weil sich andererseits auch ebensosehr die Aussicht auf einen Separatfrieden Rußlands eröffnete. Kam ein solcher zustande, so fiel die Ostfront der Mittelmächte fort und der Kampf konnte mit verstärkten Anstrengungen im Westen und Südwesten fortgesetzt werden.

Die Nachricht vom Umsturz in Petersburg kam am 9. November nach Wien und fand sogleich das stärkste Interesse der Organe, die spaltenlange Berichte über die Vorgänge in der Hauptstadt und anderen Orten des Landes brachten. Die Leitartikel befaßten sich täglich mit den russischen Ereignissen und bemühten sich, die Hintergründe zu klären.

Zunächst ging es in Rußland um den Kampf der Bolschewisten mit ihren Gegnern im Innern und ihren Verbündeten in der Friedensfrage. Die Mittelmächte waren, solange der Ausgang dieses Kampfes nicht entschieden war, mehr interessiert als unmittelbar beteiligt. Ihre Presse mußte sich daher größte Zurückhaltung auferlegen.

Die N. Fr. Pr. wertete den russischen Umsturz als einen Sieg des Friedensgedankens in Rußland und betonte, daß die Bolschewisten nur der Friedenssehnsucht des russischen Volkes ihre Macht verdankten (19116, 9. 11. M.). Ohne die Werbekraft des Friedens wäre ihnen sicherlich kein so rascher Erfolg beschieden gewesen. Diese Meinung äußerte die Zeitung auch in den nächsten Tagen. Sie schrieb am 11. November, es ergäbe sich für Lenin die Notwendigkeit, den Frieden herbeizuführen, wenn er an der Macht bleiben wolle. Die Friedenspolitik der russischen Bauern sei ernst zu nehmen (19118 M.). In diesem Friedenswillen des russischen Volkes sah das Blatt die Hauptursache des russischen Umsturzes, der sich gegen jeden Widerstand, auch einen etwaigen der Bolschewisten, durchsetzen werde. So schrieb der Berliner Universitätsprofessor Hoetzsch am 18. November (19125) in der N. Fr. Pr.: „Daran aber ist kein Zweifel, der sogen. 'jusqu'au boutisme', den zuletzt Kornilow verkörperte, ist zu Ende". Wenige Tage darauf (19130, 23. 11.) meinte die Zeitung redaktionell: „Ein Zurück in den Krieg wäre bei der reißenden Friedensströmung in Rußland unmöglich", und dann: „Der russische Friedenswunsch ist ein psychologischer Zustand, der sich politisch umschlägt". (19131, 24. 11.). Immer mehr kam nun die Zeitung zu der Ansicht, daß die Bolschewisten selbst, ob freiwillig oder gezwungen, den Frieden tatsächlich anstreben würden. „General Dukhonin wird das Angebot über den Frieden dauernd nicht hindern". (19134, 27. 11.). Auch das N. W. Tg. betonte am 10. November (309), daß Lenin nur dem Friedensbedürfnis des russischen Volkes seine Macht verdanke und jeden Tag erweisen müsse, ob er diesem Bedürfnis Rechnung tragen wolle. Das russische Volk werde sich nicht lange in die Irre führen lassen. Am 24. November (323) schrieb es über den Widerstand Dukhonins, die Soldaten würden das nicht lange hinnehmen.

Diese Stellungnahme der rechtsliberalen Organe zeigt die bemerkenswerte Anschauung, daß die Bolschewisten den Frieden haben müßten, um an der Macht zu bleiben, selbst wenn sie ihn nicht wünschen sollten. Anders urteilten die „Zeit" und das N. W. J. Beide Blätter verkannten das bolschewistische Streben vollkommen. Sie zweifelten nicht an dem ehrlichen und aufrichtigen Friedenswillen der neuen, in Rußland zur Herrschaft gekommenen Partei. So schrieb das erstgenannte Blatt, für die von den Bolschewisten angestrebte soziale Revolution bilde der Krieg ein Hindernis (5436, 11. 11.). Auch das N. W. J. beurteilte die Bolschewisten günstig. Es stellte es als sicher hin, daß sie den Frieden wollten, und folgerte daraus, daß ein Sieg Lenins im russischen Bürgerkrieg nur zu wünschen sei (8636, 14. 11.). Der Friede, der sich damit eröffne, sei ein „Triumph des radikalsten Sozialismus". Gerade der „Internationalist in Reinkultur", Lenin, sei dazu berufen, der Welt den Frieden zu bringen. Im Anschluß daran prophezeite das Blatt die Überschwemmung der Welt mit den Idealen der russischen Revolution, die es als demokratisch bezeichnete (8646, 24. 11).

Die Politik der Entente gegenüber Rußland fand in allen liberalen Organen die schärfste Verurteilung. Die N. Fr. Pr. schrieb am 26. November (19133 N.), Trotzki habe völlig recht, wenn er den Brief der Ententevertreter an General Duchonin als eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Rußlands bezeichne. Es sei eine „blanke Unmöglichkeit", von Rußland zu verlangen, es solle nur dann Frieden schließen, wenn die herrschenden Kriegsverlängerer in London es zuließen. Das N. W. Tg. nahm eine ähnliche Stellung ein. Am 28. November (327 A.) meinte es z. B., die Entente biete alles auf, um die Ernährungskrise in Rußland zu verschärfen. „Der Hunger soll den Frieden erschlagen". Auch die linksliberale „Zeit" wandte sich wiederholt in scharfen Worten gegen das Bestreben der Westmächte, Rußland vom Frieden fernzuhalten. Das N. W. J. kennzeichnete am 28. November (8650) die Politik der Entente als blutgierigen Imperialismus, gegen den Lenin sich aufgelehnt habe. Dieser wolle den Völkern des Westens durch die Veröffentlichung der Geheimdokumente die Augen öffnen über den beispiellosen Zynismus, mit dem die Entente über Länder und Völker verfüge.

Es war damit allen liberalen Organen klar, daß die Entente den Krieg bis zum äußersten fortsetzen wolle und nichts anderes beabsichtige als die Störung der Friedensverhandlungen. Trotzdem kam gelegentlich in manchen liberalen Blättern der Gedanke zum Vorschein, daß die Entente sich schließlich doch an Friedensverhandlungen beteiligen werde, wenn auch nur durch verschiedene Umstände gezwungen und nicht freiwillig. Die N. Fr. Pr. schrieb am 23. November (19130), man könne kaum glauben, daß die Entente sich von den Verhandlungen fernhalten würde, denn sie wolle die Zukunft Rußlands nicht von den Mittelmächten allein bestimmt wissen, während das N. W. J. bemerkte, England werde sich bei nüchterner Betrachtung doch sagen, welchen Zweck es noch habe weiterzukämpfen (8633, 11. 11.).

Diesen Meinungen gegenüber stellte sich die „Zeit" auf einen anderen Standpunkt. Sie glaubte nicht an ein Einlenken der Entente und machte sich keine Illusionen über den baldigen Durchbruch des Friedensgedankens in Westeuropa (5450, 25. 11.).

Die Beurteilung der Politik der Bolschewisten gegenüber der Entente und deren Verhalten ließ erkennen, wie die liberale Presse ein eventuelles russisches Friedensangebot aufnehmen würde. Es war der wohlwollenden Behandlung der liberalen Organe sicher. Trotzdem mußten diese in den ersten Tagen und Wochen des russischen Umsturzes eine gewisse Zurückhaltung über die von den Mittelmächten einzuschlagende Politik beobachten. Prof. Hoetzsch meinte am 18. November (19125) in der N. Fr. Pr., daß die Mittelmächte keine russische Anregung von vornhinein ablehnen würden. Sie müßten jedoch erst abwarten, ob die russische Regierung auf festen Füßen stehe. Das N. W. J. schrieb am 14. November (8636), wenn sich die russische Regierung stabilisiert habe, sei für die Mittelmächte der Augenblick gekommen, die zum Frieden gebotene Hand des russischen Volkes zu ergreifen.

In manchen liberalen Blättern war häufig eine Kritik der Friedensbedingungen im einzelnen, wie sie der 3. Allrussische Sowjetkongreß bekanntgegeben hatte, zu bemerken, ohne daß damit die grundsätzlich

freundliche Stellungnahme zu dem Vorschlag in seiner Gesamtheit aufgegeben wurde. Die Haltung des N. W. Tg. war dafür bezeichnend. Die Zeitung machte am 11. November (310) inhaltlich bedingte Einwände gegen die unbeschränkte Ausdehnung des Selbstbestimmungsrechtes auf die ganze Welt geltend. Eine solche Auslegung sei für die praktische Politik unannehmbar. Doch dann schrieb sie am 23. November (322): „Sie (die Mittelmächte) hätten unseres Erachtens die Pflicht, den russischen Vorschlag in jenem Geiste der Versöhnlichkeit und Billigkeit zu prüfen, den sie seit der Kundgebung am 12. Dezember 1916 ihrer Friedensbereitwilligkeit zugrundegelegt haben. Wer mit einem vernünftigen Angebot und ehrlichem Friedenswillen zu uns kommt, hat ein Recht, gehört zu werden". Auch die „Zeit" äußerte am 11. November (5436) Bedenken gegen das Selbstbestimmungsrecht, während das N. W. J. am selben Tage (8633) schrieb, die russischen Vorschläge seien im einzelnen noch zu kritisieren, im ganzen entsprächen sie jedoch den Absichten Czernins.

Die A. Z. war das einzige Blatt, welches keine Zurückhaltung beobachtete. Sie begrüßte den russischen Umsturz freudig und setzte sich in ihren Leitartikeln täglich für die Bolschewisten ein. Bei Betrachtung seiner Stellungnahme ist die mehr als große Bedeutung, die das Blatt dem russischen Umsturz von vornhinein zuerkannte, beachtenswert, indem es die Gefahren für alle Regierungen aufzeigte, wenn diese nicht auf die ihnen angebotenen Verhandlungen eingehen würden. Daraus geht hervor, daß der A. Z. die weltrevolutionären Pläne der Bolschewisten bekannt waren. Sie schrieb am 11. November (310): „Wehe der Regierung, die es wagen wollte, den billigen Frieden zurückzuweisen. Sie würde sich vor allen Völkern, vor dem Volke ihres eigenen Landes, mit unsühnbarer Blutschuld belasten. Ein solches Vergehen würde sich furchtbar rächen". Die Zeitung sah in den Bolschewisten die einzigen Träger des Friedensgedankens in Rußland, was die Mittelmächte veranlassen sollte, ihnen entgegenzukommen und sie zu stützen. „Die Ereignisse in Rußland entfesseln eine Kraft, die mächtig dem Frieden zudrängt". „Die Männer, die heute in Petersburg die Macht haben, sind die unversöhnlichsten Gegner des Imperialismus, die leidenschaftlichsten Kämpfer für den Frieden". Sie würden nie einen Frieden annehmen, der dem Selbstbestimmungsrecht widerspräche (309, 10. 11.). Dann forderte das Blatt am 23. November (322) Schritte der Mittelmächte. „Wir würden es für sehr nützlich halten, wenn die Regierungen schon heute erklärten, daß sie jederzeit bereit sind, einen ihnen angebotenen Waffenstillstand anzunehmen". Es fügte hinzu, man dürfe sich nicht durch das Argument beirren lassen, man könne nicht mit einer Regierung Verhandlungen führen, die noch nicht Herr im eigenen Lande geworden sei. Als am selben Tage eine österreichische Regierungserklärung in der Friedensfrage erfolgte, war sie der A. Z. zu „spröde" (323, 24. 11.). Die Regierungen müßten endlich begreifen, daß sie es in Rußland nicht mit Diplomaten, sondern mit dem Volke selbst zu tun hätten. Über das Verhalten der Entente meinte die Zeitung, dieses sei zwar heuchlerisch, aber Lenin und Trotzki würden ihr schon die Maske vom Gesicht reißen (327, 28. 11.).

Ganz andere Ansichten äußerte die R. P. Das russische Volk sei mit Friedensgedanken erfüllt und es werde in nächster Zeit wohl zu Friedensverhandlungen kommen, so schrieb sie am 9. November (519), doch noch sei es nicht sicher, ob die Bolschewisten selbst auch wirklich den Frieden wollten. Am 19. November (535) meinte sie: „Wie immer sich das Chaos gestalten mag — eines geht aus demselben jedenfalls gestärkt hervor: das Friedensstreben", und dann am nächsten Tage (537, 20. 11.): „Die Friedenssehnsucht Rußlands und die Abneigung seiner Völker gegen England ist das Echte, das Wirkliche, das Unsterbliche, das Mächtige, das Unüberwindliche". Die Friedensgeneigtheit Rußlands führte das Blatt auf die Friedenspolitik der Mittelmächte seit dem 12. Dezember 1916 zurück (542, 23. 11.). Es erkannte die Gefahr der Weltrevolution recht deutlich, indem es am selben Tage bemerkte, daß der Friede nicht zustandekommen werde, wenn Rußland die Rezepte, mit denen es seine eigenen Krankheiten behandle, anderen aufnötigen wolle. „Die Utopie, aus Rußland Revolutionen zu exportieren, darf in die Friedensverhandlungen nicht hineingemengt werden" (542, 23. 11.). Am 25. November (546) schrieb es: „Wenn die Friedensunterhändler Rußlands von Rußland reden werden und von russischen Interessen, dann kann der Friede für Rußland und seine Rettung nicht weit sein". Über die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens sprach die R. P. sich günstig aus, indem sie betonte, daß die Entente doch sicherlich einsehen werde, was ein Separatfriede für sie bedeute, bei welchem große Truppenmengen für die Mittelmächte frei würden. „Die Aufhebung der russischen Front wäre eine Kräfteverschiebung, die der Verband nicht mehr auszugleichen vermag". (542, 23. 11.). Die Wühlarbeit der Entente erkannte die Zeitung als solche, schrieb jedoch am 1. Dezember (557), diese könne sich nicht mehr dem Gange der Geschehnisse entgegenwerfen. Das russische Friedensangebot selbst fand bei der R. P. in seinen Einzelheiten eine scharfe Verurteilung. Sie bezeichnete es am 11. November (523) als ein Werk „blutiger Dilettanten", das bei seiner Ausführung die ganze Welt in einen Trümmerhaufen verwandeln werde. Wichtiger sei die Tatsache, daß ein Vorschlag überhaupt erfolgt sei.

Noch skeptischer in der Beurteilung der Bolschewisten verhielt sich die Rechtspresse. Für sie stand zwar auch der Friedenswille des russischen Volkes eindeutig fest, doch zweifelte sie, ob er sich durchsetzen werde. Das Dt. V. B. wertete den Umsturz am 9. November (10365) als einen Beweis für die russische Friedenssehnsucht, stellte es jedoch als absolut unsicher hin, ob die Bolschewisten den Frieden wollten. Noch am 24. November (10380) meinte es trotz des russischen Angebotes an die Alliierten vom 20. November, es sei keine Klärung in der Friedensfrage eingetreten. Man müsse sich weiter in Geduld üben. Alles weitere sei von dem russischen Friedenswillen zu erwarten. Fürs erste sei noch mit dem erheblichen Widerstand der Generäle und der Entente zu rechnen (10381, 25. 11.). Auch die O. R. erklärte am 10. November (257), sie stehe „Gewehr bei Fuß". Solange die Lage in Rußland noch nicht geklärt sei, sei keine Stellungnahme möglich. Wenn die Sozialdemokraten auch immer betonten, daß Lenin ein uneigennütziger Freiheitsheld sei, so müsse sie doch fragen, welche Gewähr denn ein Lenin den Kaiser-

mächten biete, um mit ihm einen dauerhaften Frieden zu schließen. Sie schrieb dann, die Sozialdemokraten wollten Lenin und Trotzki immer „um den Hals fallen", und kritisierte scharf die Haltung der Linken in der Friedensfrage. Auch die Stellungnahme der „Demokratenpresse" sei nichts anderes als „alberne Phrasendrescherei". Noch am 23. November (267) sah die Zeitung nur geringe Aussichten für den Frieden, wenn sie auch nicht an der tiefen Friedenssehnsucht des russischen Volkes und der Notwendigkeit des Friedens für Rußland zweifelte. Dann polemisierte sie wieder gegen die falschen Friedensfreunde im Innern, die jeden Frieden mit Rußland dadurch unmöglich machten, daß sie dauernd auf den im Augenblick unerreichbaren allgemeinen Frieden hinstrebten. Die O. R. sah einzig und allein im Separatfrieden das Ziel, der zu einer „Riesenpleite unserer Feinde" werden würde (268, 24. 11), und fügte hinzu: „Wie glühend wir auch den Frieden ersehnen, wie sehr wir auch Waffenstillstand und Sonderfrieden der Russen begrüßen würden – auch wenn alle diese Wünsche zu Wasser werden, wird Vater Hindenburgs Wort wahr bleiben: ‚Der kürzeste Weg zum Frieden ist der Sieg'." Das einzige erstrebenswerte Ziel sei für den Augenblick das Ausscheiden Rußlands als Kriegsmacht (269, 25. 11.).

Mit dem russischen Friedensaufruf „An Alle" vom 28. November trat die Friedensfrage in ein entscheidendes Stadium. Jetzt wurden die Mittelmächte unmittelbar in die Friedensdiskussion einbezogen und mußten zeigen, ob sie ihre seit dem 12. Dezember 1916 bekundete Friedensbereitschaft in die Tat umzusetzen bereit waren. Die liberale N. Fr. Pr. ging aus ihrer Reserve heraus und nahm eine aktive Haltung in der Friedensfrage ein. Am 30. November begrüßte die Zeitung den russischen Aufruf mit den Worten: „Die Stimme des Volkes ist zu vernehmen, eine große Nation wendet sich an die Nachbarvölker" (19137). Lenin habe schon dadurch einen großen Erfolg errungen, daß ihn die Mittelmächte als Willensträger gelten ließen. Trotz der sozialistischen Verkleidung erkenne man in dem Funkspruch der Bolschewisten die Sprache der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 wieder, die Sprache des Ehrenfriedens des Einverständnisses. Er sei eine meisterhafte Politik. Durch die Antwort der Mittelmächte seien Lenin und Trotzki zu europäischen Figuren geworden. Die leitenden Staatsmänner der Mittelmächte hätten in ihnen die Träger des russischen Friedenswillens erkannt (19137, 30. 11. M.). Ähnlich äußerte sich das N. W. Tg. am 30. November (329). Die ersten mächtigen Pfeiler seien nun gebaut. Der Friede habe in Rußland bei den Maximalisten (den Bolschewisten) seine entschlossensten Befürworter gefunden. Die verbündeten und die feindlichen Regierungen seien in „kraftvollen, von allen Schnörkeleien, von allen Einschränkungen und Behutsamkeiten freien Worten" aufgefordert worden zu sagen, was sie von Waffenstillstand und Frieden hielten. Auch diese Zeitung führte das Erreichte auf die Politik der Mittelmächte zurück. „Nicht ohne große und berechtigte Genugtuung gedenken wir heute der Wirkung, die unser stolzes und doch sich bescheidendes Angebot (vom 12. 12. 16) gehabt hat".

Aus diesen Darlegungen ergibt sich, daß die rechtsliberale Presse die Bolschewisten jetzt günstig beurteilte und ihre Friedensbereitschaft

unterstrich. Ihre Hauptargumente für das Zustandekommen dieser Friedensbereitschaft waren nicht mehr der chaotische Zustand Rußlands und die Kriegsmüdigkeit des russischen Volkes, sondern die Friedenspolitik der Mittelmächte seit dem 12. Dezember 1916, die Rußland als dem Unterlegenen dieses Krieges ein Einlenken leicht mache. Der Gedanke, daß Rußland Frieden schließen müßte, da es sonst zugrunde gehen werde, kam allerdings noch weniger in der linksliberalen Presse zur Geltung, die immer wieder behauptete, die Friedensbereitschaft der Bolschewisten ergäbe sich zwangsläufig aus dem von ihnen vertretenen „demokratischen" Programm. Diese Ansicht vertraten die „Zeit" und das N. W. J. z. B. in ihren Artikeln vom 4 Dezember (5459) bezw. vom 1. Dezember (8653).

Daß die Erklärungen der Mittelmächte zum russischen Angebot bei den liberalen Blättern allseitige Befriedigung auslösten, ist verständlich und braucht nicht näher dargelegt zu werden.

Recht bemerkenswert in dieser Periode ist die Stellungnahme der liberalen Organe gegenüber der Entente. Keines dieser Blätter zweifelte daran, daß diese ihre Bestrebungen, Rußland vom Frieden fernzuhalten, fortsetzen werde und daß sie sich freiwillig niemals an Verhandlungen beteiligen werde. Aber auch jetzt machte sich bei allen liberalen Blättern mit Einschluß der „Zeit" die Hoffnung geltend, die Entente könne gezwungen sein, den Verhandlungen beizutreten. Am deutlichsten trat diese Ansicht in dem linksliberalen N.W. J. hervor. Es glaubte, bemerken zu dürfen, der allgemeine Weltfriede sei „nach den Gesetzen der Dynamik" unaufhaltsam geworden. Die Entente habe nicht mehr die Überlegenheit der Masse für sich und werde daher einlenken (8652, 30. 11.).

Im wesentlichen wurden zwei Gründe von der liberalen Presse angeführt, die nach ihrer Ansicht für eine Beteiligung der Entente an den Friedensverhandlungen sprachen. Sie meinte, daß entweder die Völker des Westens ihre Regierungen zum Frieden zwingen könnten oder das letztere selbst die Folgen eines Wegfalles der Ostfront erkennen und daher die Teilnahme als für sie unumgänglich notwendig einsehen würden. Beide Gründe hielten einer ernsten Kritik nicht stand. Es wurde übersehen, daß die Ententestaatsmänner von einem entschiedenen Willen zum Siege beseelt waren, der nur durch die vollendete Niederlage gebrochen werden konnte. Sie wollten nicht einen Frieden auf der Grundlage der freiwilligen Übereinkunft, sondern wollten ihn diktieren. So war es auch jetzt sicher, daß sie jede Friedensbewegung in den eigenen Ländern unterdrücken würden. Auch die von der liberalen Presse geäußerte Ansicht, die Ententestaatsmänner würden doch sicherlich einsehen, was ein Ausfall der Ostfront für sie bedeute und sich daher zu Verhandlungen bereiterklären, war irrig. Ein Separatfriede Rußlands das seit dem Sommer 1917 nur noch Truppen der Mittelmächte band und zu keiner Offensive mehr fähig war, schien ihnen ohne weiteres ausgeglichen zu sein durch die amerikanische Hilfe. Sicherlich war es ein Spiel mit Möglichkeiten, dessen Aussichten sich schwer abschätzen ließen, aber der Siegeswille entschied für das weitere Durchhalten.

Wenn schon die liberalen Organe sich Hoffnungen auf den Friedenswillen der Völker des Westens machten, so kamen diese noch bedeutend mehr in der A. Z. zum Ausdruck. Ihre Ansicht ging dahin, daß die Mittelmächte das Friedenshindernis seien, weil sie eine „imperialistische Politik" verfolgten, welche das Mißtrauen der Ententevölker hervorgerufen habe. Letztere würden aber sofort ihren Regierungen, an deren imperialistischen Zielen die A. Z. nicht zweifelte, das Vertrauen entziehen und sie stürzen, was in diesen Ländern infolge der herrschenden Demokratie nicht sehr schwierig sei, wenn die Mittelmächte ein maßvolles Programm bekanntgeben würden. Die Bereiterklärung der Staatsmänner der Mittelmächte zu Friedensverhandlungen genügte der A. Z. offenbar nicht. Sie forderte die Staatsmänner auf, eine verstärkte Friedensagitation einzuleiten, um die Völker der Entente für die Verhandlungen zu gewinnen. Nur versöhnliche Bedingungen könnten den Friedenswillen der Entente stärken (330, 1. 12.).

Diese Stellungnahme der A. Z. ging weit über die Art und Weise hinaus, wie die Regierung den Verständigungsfrieden zu verwirklichen hoffte. Wenn seine Verfolgung an sich schon als Schwächebekenntnis gelten konnte, so mußte das Verhalten der A. Z. umso mehr als ein solches erscheinen. Vor allem aber hoffte die Zeitung, auf diese Weise die Politik der Bolschewisten eine Stütze zu verschaffen, deren Stellung im Innern Rußlands zu festigen und somit die Weltrevolution zu ermöglichen. Sie verlangte von den Mittelmächten am 30. November (329) ein aktives Eingreifen zugunsten der Bolschewisten um zu verhindern, daß „die Kornilow und Kaledin, die Miljukow und Gutschkow" wieder zur Macht kämen. Dann wäre alle Hoffnung auf baldigen Frieden entschwunden. Am selben Tage forderte die Zeitung noch aus einem anderen Grunde maßvolle Bedingungen der Mittelmächte. Man dürfe sich nämlich nicht die Freundschaft Rußlands verscherzen, daß in wenigen Jahrzehnten stark sein werde.

Die Haltung der R. P. war weniger deutlich. Immer wieder machte sie darauf aufmerksam, daß sich die Machthaber in Rußland nur halten könnten, wenn sie den Frieden bringen würden. Daneben sah sie aber auch hinter dem bolschewistischen Streben nicht nur den Zwang, sondern ebensosehr die freiwillige Bereitschaft. Sie schrieb, der russische Friedensschritt sei das Ergebnis der Politik der Mittelmächte seit dem 12. Dezember 1916. Letztere hätten den Gedanken der internationalen Verständigung zuerst in den Vordergrund zu rücken gewußt. Über das Verhältnis Rußlands zu seinen Verbündeten meinte das Blatt, dieses entbehre noch der notwendigen Klarheit, und fügte hinzu: „Diese Vogel-Strauß-Taktik ihres (der Entente) Hochmutes dürfte den gleichen negativen Erfolg ernten wie das Hohngelächter vor Jahresfrist, als die Mittelmächte ihr Angebot machten". (553, 29. 11.).

Die Rechtspresse führte den Friedensschritt der russischen Regierung auf die allgemein herrschende Friedenssehnsucht des russischen Volkes zurück, welche den Herrschern Rußlands ihr Handeln vorschreibe. Die eingetretene Wendung in der Friedensfrage war nach ihrer Ansicht einzig und allein den Heeren der Mittelmächte zu danken, die durch ihre Siege über die russische Armee das Emporkommen des Friedens-

gedankens begünstigt hätten. Die Stellungnahme der Regierungen der Mittelmächte wurde nicht kritisiert und kaum noch Zweifel in die Festigkeit der Bolschewistenherrschaft gesetzt. Im übrigen zielten die Rechtsorgane auf den Separatfrieden mit Rußland ab und hielten den Gedanken, daß die Entente, wenn auch gezwungen, sich an Verhandlnngen beteiligen könnte, für absurd. Immer wieder wiesen sie auf die Politik der Entente in Rußland hin, deren wahre Ziele und Absichten eben erst durch die Veröffentlichung der Geheimdokumente der Zarenregierung vonseiten der Bolschewisten enthüllt worden waren. Sie übten heftige Kritik an dem Verhalten der A. Z., die dauernd Versuche machte, die österreichisch-ungarische Regierung zu zurückhaltenden Kriegszielen zu bewegen. Am bemerkenswertesten war jedoch ein Artikel des Dt. V. B. am 2. Dezember (10388) über die oppositionelle Haltung der slawischen Parteien: „Wenn man sich die Deklaration vor Augen hält, wenn man weiß, wer diejenigen sind, die eine derartige Auslegung des russischen Friedensangebotes wünschen, dann wird man nicht einen Augenblick darüber im Unklaren sein, daß die slawischen Parteien zu dem vielen Unerhörten, dessen sie sich seit dem Beginn der Reichsratstagung schuldig gemacht haben, das Unerhörteste hinzugefügt haben".

2. Die Stellungnahme zu den Waffenstillstandsverhandlungen.

Die Entente hatte während des Monats November deutlich ihre ablehnende Stellungnahme gegenüber allgemeinen Friedensverhandlungen kundgegeben und sich mit allen Mitteln widersetzt. Bis auf die Rechtspresse hätten alle Wiener Zeitungen gerne die Beteiligung der Entente gewünscht, doch erkannten sie die störenden Absichten der Westmächte immer mehr. Die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Österreich-Ungarn, die Rede Buchanans vor der russischen Presse, diese Ereignisse galten als unumstößliche Beweise des feindlichen Kriegswillens. Die N. Fr. Pr. sah in der Rede Buchanans den Versuch, die Mittelmächte und Rußland zu verhetzen und in die laufenden Waffenstillstandsverhandlungen „dreinzureden". (19148, 12. 12. A.). Die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Österreich-Ungarn bezeichnete sie als eine Herausforderung Lenins. Auch das N. W. Tg. schrieb, die Entente werde alles aufbieten, um den russischen Unterhändlern die Sache schwer zu machen. Die Rede Buchanans sei ein erneuter Versuch, die Russen noch im letzten Augenblick vom Friedensschluß zurückzuhalten, aber Buchanan lasse doch ein „Maß von Selbstdemütigung" erkennen, das man nur daraus erklären könne, daß die Entente ihre Sache verloren gebe. (339, 11. 12. A.). Ähnlich schrieb das N. W. J., die Feinde müßten zähneknirschend der Entwicklung in der Friedensfrage zuschauen (8656, 1. 12.). Auch die „Zeit" sah die friedenstörende Arbeit der Entente. „Die Entente nähert sich dem Verhandlungstisch, nicht um mitzutun, aber genau zu erfahren, was dort vorgeht". Doch die russischen Staatsmänner hätten alle „Winkelzüge der Geheimdiplomatie mit kraftvoller und kraftbewußter Offenheit begegnet". (5467, 13. 12.).

Immer noch machte sich in der liberalen Presse das Bestreben geltend, die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens als gegeben anzu-

sehen, einen Frieden, den die Entente trotz der erwiesenen Wühlarbeit nicht aufhalten könne. Seien erst einmal Verhandlungen zwischen den Mittelmächten und Rußland im Gange, so werde die Entente, von ihren eigenen Völkern gedrängt, sich diesen anzuschließen. So schrieb die N. Fr. Pr. am 4. Dezember (19141 M.), Lloyd George und Clemenceau hätten ihr Spiel verloren, wenn es erst zu Verhandlungen käme. Das N.W. Tg. hob hervor, der Friedensgedanke sei stärker als alle Millionen Soldaten der Alliierten, und die geliehenen Milliarden würden noch ein übriges tun, um die Westentente zur Einsicht zu bekehren (339, 11. 12. A.). Das N. W. J. meinte am 18. Dezember (8669), es bedürfe höchster, aber wohl vergeblicher Anstrengungen der Ententestaatsmänner, die Völker niederzuhalten, während die „Zeit" bemerkte, alle Erschwerungen, die die Ententemächte den Verhandlungen noch bereiten würden, könnten nicht verhindern, daß auch die Westvölker die Wahrheit über das Friedensprogramm der Mittelmächte erfahren würden (5463, 8. 12.).

Anders sah jedoch die A. Z. die Sachlage an. Wie schon im November ging auch jetzt ihre Ansicht dahin, daß die Entente dann zu einem Frieden der Verständigung bereit sein werde, wenn die Mittelmächte nicht imperialistische Ziele verfolgten. Im Augenblick wagten die Regierungen des Westens diesen Schritt vor ihren Völkern noch nicht. Am 7. Dezember (336) schrieb sie, die Haltung der Entente sei schwer zu verstehen, man könne glauben, sie wolle den Krieg wegen des Vergnügens fortsetzen, doch der wahre Grund sei der, daß man glaube, Deutschland wolle im Osten nur Frieden schließen, um den Kampf im Westen verstärkt wieder aufzunehmen. Aus der kriegerischen Sprache der Ententestaatsmänner dürfe man nicht schließen, daß sie den Verständigungsfrieden nicht wollten. „Man muß vielmehr verstehen, daß die kriegerische Sprache nur dem Zwecke dient, die Mittelmächte von imperialistischen Gelüsten abzulenken". Trotz der wiederholt bekundeten Friedensgeneigtheit der Mittelmächte, der Czernin eben erst in den Delegationen Ausdruck gegeben hatte, und trotz der bekannten maßlosen Kriegsziele der Entente, die seit der Veröffentlichung der Geheimdokumente der Zarenregierung durch die Bolschewisten neuerlich bestätigt worden waren, bezeichnete diese Zeitung die Mittelmächte als ein Friedenshindernis. Die Haltung der A. Z. überrascht keineswegs, doch bemerkenswert bleibt, daß die österreichisch-ungarische Regierung nicht mit Hilfe der Zensur einschritt. Diese Passivität gegenüber dem sozialdemokratischen Organ wirft ein bezeichnendes Licht auf ihre Friedenspolitik.

Die R. P. sah in diesem Abschnitt die Aussichten für einen allgemeinen Frieden deshalb als günstig an, weil die Mittelmächte jetzt Truppen für den Westen freibekämen und die Entente einsehen werde, daß sie nicht mehr weiterkäme. „Wie sollte sich der Krieg, einmal im Abbau, noch lange halten können". (580, 16. 12.).

Für die Rechtspresse stand es fest, daß die friedenstörende Arbeit der Entente in Rußland nicht zum Erfolge führen werde, da dieses reif zum Frieden sei, daß jedoch ein allgemeiner Friede, der diesen Zeitungen im Augenblick nicht erwünscht war, nicht zustandekommen werde. (Dt. V. B. 10396, 11. 12. und O. R. 282, 12. 12.).

Im Innern Rußlands schien indessen in der ersten Dezemberhälfte eine weitere Erstarkung des Friedensgedankens eingetreten zu sein. Auch hatten sich die Bolschewisten zu Waffenstillstandsverhandlungen bereit erklärt, sodaß die N. Fr. Pr. am 12. Dezember (19148) schrieb, der Friedenswille der Bolschewisten sei unbestreitbar. „Lenin will den Frieden und wird nicht vom Wege abweichen". Ebenso hob die „Zeit" am 15. Dezember (5469) den entschiedenen Friedenswillen der russischen Regierung hervor. Die übrige liberale Presse äußerte sich in ähnlichen Wendungen über die Bolschewisten. Die zweifelnden Ansichten, die zunächst im November bei der N. Fr. Pr. und dem N. W. Tg. hervorgetreten waren, waren jetzt ganz verschwunden. Von der hinter der Regierung stehenden Presse war sich nur die R. P. noch nicht ganz sicher: „Die Bolschewistenpartei würde, wenn auch sie die Friedenssehnsucht der Bevölkerung Rußlands enttäuschte, voraussichtlich von einer noch viel gründlicheren Katastrophe ereilt werden als ihre Vorgängerin, die Partei der Kerenski-Sozialisten". (575, 13. 12.).

Die Waffenstillstandsverhandlungen selbst fanden trotz der Öffentlichkeit, in der sie stattfanden, und der dadurch bedingten Reichhaltigkeit des Materials zunächst keine große Anteilnahme der Presse. Auch die Hetzarbeit der Bolschewisten blieb ihr verborgen. Gerade die Verhandlungstage wären der rechte Zeitpunkt gewesen, nicht nur das Friedensbedürfnis der Bolschewisten, sondern ihre zumindest ebensogroßen Absichten bezüglich der Weltrevolution hervorzuheben, um keinen ungerechtfertigten Optimismus aufkommen zu lassen. Einzig die R. P. hatte im November auf die bolschewistischen Ziele hingewiesen, jetzt jedoch schwieg auch sie. Die dreisten Forderungen der Bolschewisten fanden keine entsprechende Verurteilung, die Presse sah nur den Frieden in greifbare Nähe gerückt und wertete den Abschluß des Waffenstillstandes nach allen Richtungen hin. Unstreitig kam dieser einem entscheidenden militärischen Erfolg gleich. Die Ostfront war frei. Nach menschlichem Ermessen würde der Krieg dort nicht wieder aufleben. Die Aussicht auf den Sieg im Westen war damit erheblich verbessert. Besonders der Zusatzvertrag erwies, welcher Erfolg auch in allgemein politischer und wirtschaftlicher Beziehung errungen worden war. Die Aussicht, die Hungerblockade baldmöglichst zu sprengen, tauchte auf. Diese Gesichtspunkte hob die liberale Presse deutlich in ihren Kommentaren hervor, als am 17. Dezember der Abschluß des Vertrages bekannt wurde (N. Fr. Pr. 19153; N. W. Tg. 345; „Zeit" 5471). Darüber hinaus legte die Presse aber dem Vertrag eine Bedeutung bei, die weit das übertraf, was er eigentlich war. Noch einmal machte sich die Ansicht geltend, die Entente werde jetzt vielleicht einlenken. Von besonderer Gefahr jedoch waren die Äußerungen, die den Geist des soeben abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrages beleuchteten. Ein Blick in die Verhandlungsprotokolle hätte erwiesen, daß das Nachgeben der Russen nicht ein Beweis ihres guten Willens war, sondern lediglich erfolgt war, weil ihnen jede Macht fehlte, ihre Forderungen durchzusetzen. Die N. Fr. Pr. aber schrieb am 18. Dezember (19154 M.), die Bestimmungen seien „erfüllt von Ehrlichkeit und vom Geiste freundschaftlicher Gesinnung" und „durchwärmt von den Strahlen der aufgehenden Friedenssonne". Das Verlangen der

Russen, keine Truppen zu verschieben, wertete die Zeitung lediglich als einen „platonischen Ausdruck der Zugehörigkeit Rußlands zu der Entente". In der Erlaubnis des Verkehrs zwischen den Truppen sah das Blatt den Beweis, daß es beiden Teilen auf die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen ankomme. Am 19. Dezember nannte es den Waffenstillstandsvertrag eine „Kundgebung des Friedenswillens" (19155 M.). Auch die übrigen liberalen Organe erkannten nicht die wahren Absichten der Bolschewisten. Das N. W. Tg. schrieb am 17. Dezember (345): „Rußland und die Zentralstaaten sind von heute ab eigentlich keine Feinde mehr, ihre Vertreter sitzen am Beratungstisch beisammen und sind durch einen beide Parteien gemeinsamen Willen geeint, sie wollen Frieden machen". „Ein Gefühl der Erleichterung schwellt die Brust". Die „Zeit" meinte am 19. Dezember (5473), es sei ein neuer Geist eingezogen.

Den großen Erfolg, den die liberale Presse im Waffenstillstand sah, führte sie auf die Friedensarbeit des Grafen Czernin zurück. Als Beleg dafür mag ein Artikel der N. Fr. Pr. vom 4. Dezember (19141 M.) dienen, als der Vertrag zwar noch nicht abgeschlossen war, an seinem Zustandekommen jedoch nicht mehr gezweifelt wurde. Der Waffenstillstand sei ein Waffenerfolg, doch den größten Erfolg könne Graf Czernin für sich buchen, der in der Angelegenheit des Friedens „viele Körner in die Furchen gestreut" habe.

So war die skeptische Haltung, die die liberale Presse teilweise im November eingenommen hatte, allmählich einer Begeisterung gewichen. Es wurde beinahe nicht mehr am Zustandekommen des Friedens gezweifelt. Auch die Kritik am russischen Friedensprogramm war fast vollständig verstummt. Nur das N. W. Tg. nahm am 8. Dezember (337) den Faden noch einmal auf, um das Selbstbestimmungsrecht so zu interpretieren, wie es einzig und allein für Österreich-Ungarn möglich war. „Das Selbstbestimmungsrecht einer Nation im richtigen Sinne ist deren Freiheit, jenes Verhältnis zum eigenen Staat anzustreben, das dem Volke das Höchstmaß politischer Macht und kultureller Wohlfahrt sichert". Eine internationale Regelung würde zur Anarchie führen. Es gäbe neben dem nationalen Prinzip auch noch andere staatsbildende Kräfte, z. B. das religiöse. Gründe schwerwiegendster Art bezeugten die Notwendigkeit auch national gemischter Staaten.

Auch die A. Z. bezeichnete am 17. Dezember (345) den Waffenstillstandsvertrag als die „erste volle Bürgschaft einer Friedensmöglichkeit" und führte am nächsten Tag (346) diesen Erfolg auf die Arbeit Lenins und Trotzkis zurück. Einzig den Bolschewisten sei das Zustandekommen des Waffenstillstandes zu danken. Noch hielt die Zeitung die Aussichten eines allgemeinen Friedens für nicht günstig. Die Entscheidung liege bei den Staatsmännern der Mittelmächte. Seien ihre Bedingungen so, daß die Bolschewisten sie annehmen würden, so könne man sicher sein, daß sie auch für die anderen Völker annehmbar seien, und der Friede werde zustande kommen. Einen Separatfrieden aber würden Lenin und Trotzki nicht schließen. Die Mittelmächte müßten ihre Truppen aus den Randgebieten zurückziehen, diese jedoch nicht an andere Fronten verschieben und den Völkern der Randgebiete die Lösung ihrer staatlichen Verhältnisse selbst überlassen. Czernin und Hertling müßten

endlich verstehen, „daß die Männer, mit denen sie diesmal verhandeln sollen, nicht die Interessen einer Herrenklasse kühl rechnend vertreten, sondern die Ideale einer gläubigen Volksmasse zu verfechten haben". „Die Lenin und Trotzki haben gezeigt, daß sie lieber untergehen, als ein Titelchen von dem preisgeben, was sie für recht halten". (346, 18. 12.).

Mit diesen Ausführungen stellte sich die A. Z. ganz auf die Seite der Bolschewisten und beschuldigte die Mittelmächte, unlautere Absichten zu hegen. Die bemerkenswerte Ansicht, daß Lenin und Trotzki keinesfalls nachgeben würden, konnte das Blatt nur äußern in der Gewißheit, daß den Bolschewisten Hilfe von den Arbeitern der Mittelmächte selbst kommen würde. Es lag der Versuch vor, ihnen auf diese Weise eine Rückendeckung zu verschaffen. Die Räumung der besetzten Gebiete hätte außerdem dem sofortigen Einfall der Bolschewisten zur Folge gehabt, die dem Selbstbestimmungsrecht nach ihrer Art Genüge tun, d. h. mit Gewalt jede Freiheitsregung unterdrücken würden.

Die R. P. wertete ähnlich wie die liberale Presse den Waffenstillstand als einen großen Erfolg (581, 17. 12.) und schrieb am 19. Dezember (584), der Krieg im Osten werde so leicht nicht wieder aufleben.

Das Dt. V. B. hatte am 7. Dezember (10393) den Beginn der Verhandlungen zum Anlaß genommen, um nochmals zu betonen, wie notwendig Rußland den Frieden brauche. Die Bolschewisten müßten Frieden schließen, sonst würden sie von den russischen Bauern im Stich gelassen werden. Im Gegensatz zur liberalen Presse glaubte es nicht ohne weiteres an den aufrichtigen Friedenswillen der Bolschewisten, sondern meinte, sie hätten keine andere Wahl, als den Frieden anzustreben. Die schwache Stellung der Bolschewisten veranlaßte die Zeitung, die Unterhändler der Mittelmächte aufzufordern, sich diese zunutze zu machen und fest und energisch aufzutreten. Daher dürfe von den Delegierten der Mittelmächte nicht ein Friede ohne Annexionen und Kontributionen geschlossen werden, sondern Rußland müsse für alle Schäden Ersatz leisten, damit die Zentralstaaten in Zukunft vor weiteren Überfällen feindlicher Raubstaaten gesichert seien. Die Grenzen müßten verbessert, und im Interesse der wenigen mit Glücksgütern gesegneten Volksschichten könne nicht auf eine Kriegsentschädigung verzichtet werden. Am 18. Dezember (10403) schrieb das Blatt, der Waffenstillstand sei ein bedeutender Schritt nach vorwärts und die Verhandlungen mit Rußland würden glatt verlaufen.

Die O. R. sah im Waffenstillstand einen Erfolg der Waffen, ohne seine Bedeutung zu überschätzen, und wandte sich am 2. Januar 1918 (2) in einem Artikel des Grafen Erich Salm, der bis dahin von der Zensur zurückgehalten worden war, gegen die Anschauung, daß sein Zustandekommen ein Verdienst des Grafen Czernin sei. „Weder fremde noch einheimische Sozialdemokratie, noch am allerwenigsten die jenen hörige Diplomatie des Grafen Czernin haben daran auch nur das geringste Verdienst". Allein den Heerführern Hindenburg, Tirpitz, Conrad u. a. gebühre der Dank. Graf Czernin aber spräche so, als wären keine Siege gewesen.

Nach der Mitte des Monats lebte auch der innerpolitische Kampf erneut im Hinblick auf die sich vorbereitenden Friedensverhandlungen auf. Im Abgeordnetenhaus nahmen die Sozialdemokraten und die Slawen eine oppositionelle Haltung ein. Erstere forderten Schritte der Regierung in der Friedensfrage, letztere wandten sich abermals gegen die amtliche Interpretierung des Selbstbestimmungsrechtes. Die „Zeit" machte sich am 20. Dezember (5474) zum Fürsprecher dieser Opposition und durchkreuzte die Regierungspolitik auf gefährliche Weise. Sie meinte, die Parteien hätten das gute Recht, ihre politischen Ansichten auszusprechen. Die Parlamente wären nicht zum Ausschweigen da. Im Gegensatz dazu stellten sich R. P., Dt. V. B. und O. R. auf einen anderen Standpunkt und bezeichneten die Haltung der slawischen Parteien als friedenstörend. So nannte das Dt. V. B. sie beispielsweise am 19. Dezember (10404) „merkwürdige Friedensfreunde", und die O. R. schrieb am 20. Dezember (289), die slawischen Parteien hätten aus ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht und sorgten für den Zerfall Österreich-Ungarns und die Störung der Friedensverhandlungen. In ebenso scharfer Form wandten sich die bezeichneten Blätter gegen die Sozialdemokraten. Die R. P. bemerkte über die Meinung der A. Z., Lenin und Trotzki würden kein Titelchen ihrer Prinzipien preisgeben, Rußland brauche den Frieden und nicht die Durchsetzung der Ansichten der Bolschewisten (583, 18. 12.). Die O. R. kennzeichnete die Ansichten der Sozialdemokraten in der Friedensfrage folgendermaßen: „Wagt es nicht, etwa an einen Siegfrieden zu denken". Doch Czernin und Hertling seien nicht Beauftragte der roten Internationale. Immerhin schienen ihr diese Staatsmänner doch nicht ganz als die rechten Vertreter, denn sie fügte hinzu, auch die Heerführer hätten noch ein Wort mitzureden. „Nein, ihr roten Genossen, den Frieden im Osten bringen die siegreichen Waffen des Vater Hindenburg". (288, 19. 12.). Am 20. Dezember (289) bezeichnete sie die Forderung der A. Z., keine Truppen nach dem Westen zu verschieben, als die Sorge um das Wohlergehen der Feinde.

3. Die Stellungnahme zum ersten Abschnitt der Friedensverhandlungen.

Am 22. Dezember nahmen die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk ihren Anfang, von der österreichisch-ungarischen Presse lebhaft begrüßt. Die Frage des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen wurde jetzt auf die Tagesordnung gebracht. Bei seiner Vertretung konnte die Regierung sich auf die liberale Presse und die R. P. stützen. Die A. Z. hatte in den letzten Tagen vor Weihnachten angesichts der offenkundigen Friedensgeneigtheit der Regierung ihre Angriffe verringert, stand jedoch noch zweifelnd beiseite, ob die Regierung den von ihr verlangten Weg in der Friedenspolitik auch tatsächlich einschlagen werde. Auch das Dt. V. B. lehnte die Regierungspolitik nicht grundsätzlich ab, verhielt sich aber noch abwartend. Nur die O. R. bekundete eine scharfe oppositionelle Stellung, die ihr häufig Streichungen durch die Zensur eintrug.

Die ersten Nachrichten über die Brester Verhandlungen erschienen am 25. Dezember in der Wiener Presse, die diese in den Mittelpunkt ihrer Weihnachtsbetrachtungen stellten. Da die Mittelmächte bisher nicht

offiziell geantwortet hatten, unterblieb eine eigene Stellungnahme zu den russischen Vorschlägen in den liberalen Organen. Die N. Fr. Pr. beurteilte die Verhandlungen positiv und sah in der Tatsache, daß den Russen das erste Wort erteilt worden war, ein günstiges Zeichen für das Zustandekommen des Verständigungsfriedens (19161 M.). Ähnlich schrieb das N. W. Tg.: „Aber soweit sich noch immer der blutige Schauplatz des Krieges dehnt, so gewaltig die Anstrengungen unserer Feinde und so laut ihre Sprache, so kann alles dies an dem wichtigsten Ergebnis des Krieges, an dem Friedenswillen Rußlands nichts mehr ändern". „Aber wenn sich auch das Bild der nächsten Zukunft Rußlands unseren Blicken noch vorerst entzieht, so mag uns doch die Gewißheit sein, daß es uns als Feind nicht mehr entgegentreten kann" (353). Auch das N. W. J. glaubte, das Friedenswerk im Osten sei ganz nahe, Es sei schwer auszudenken, daß irgend ein böser Wille es noch durchkreuzen oder verhindern könne (8676, 25. 12.).

Aus diesen wenigen Äußerungen geht hervor, mit welchem Optimismus die liberale Presse seit dem Abschluß des Waffenstillstandes die Friedensfrage beurteilte. Die Antwort der Mittelmächte und der weitere günstige Verlauf der Verhandlungen am 25. Dezember schienen diesen Optimismus zu rechtfertigen, sodaß der Gedanke aufkam, der Friede sei gesichert. So ließen auch die Kommentare über die Vorschläge der Bolschewisten und der Mittelmächte am 27. und 28. Dezember erkennen, welche günstigen Aussichten die liberalen Organe für die Verhandlungen hegten. Die N. Fr. Pr. schrieb: „Wichtige Grundsätze des allgemeinen Friedens, von unserem Minister des Äußeren längst empfohlen, haben jetzt die Zustimmung aller Teilnehmer der Konferenz gefunden". (19162 M.). Auch die übrige liberale Presse sah in den Verhandlungen einen Erfolg. So meinte das N. W. Tg., die Verhandlungen würden auf beiden Seiten mit dem ehrlichen Vorhaben geführt, zu einem glücklichen Ergebnis zu gelangen. „Versöhnlichkeit beflügelt die Arbeit". (354, 27. 12.).

Ähnlich begeistert war die „Zeit". Sie nannte am 27. Dezember (5480) die Erklärungen der Mittelmächte und der Bolschewisten das „Weltfriedensprogramm". Die Einigung sei überraschend schnell gelungen. „Das Programm ist einfach, kurz und bündig". Für sie aber handelte es sich in Brest-Litowsk nicht wie bei den rechtsliberalen Organen um die Annahme von Grundsätzen, wie sie Graf Czernin seit langem empfohlen hatte, sondern sie schob den Bolschewisten die Initiative zu. Diese waren nach ihrer Ansicht diejenigen, welche die rechte Friedensformel gefunden hätten, und Czernin habe sie dann aufgegriffen, während die Zeitung von der Reichsregierung meinte, dieser sei die Zustimmung bei dem Widerstand einflußreicher Kreise nicht leicht gefallen. Am nächsten Tage (5481) kennzeichnete das Blatt die Verhandlungen folgendermaßen: „In Brest-Litowsk sind nicht Kompromißvorschläge für einen Flickfrieden zusammengeleimt worden, sondern eine große, neue, erlösende, menschenfreundliche Weltanschauung wurde dort als Grundlage nicht nur für die Beendigung dieser Weltkatastrophe, sondern für die Sicherung eines friedlichen und gedeihlichen Zusammenarbeitens von freien, sich gegenseitig achtenden und unterstützenden Völkern verkündet".

„Das neue Friedensprogramm kennt keine Vergewaltigung und keine Demütigung. Es kennt keine Besiegten und nur einen einzigen Sieger, den gesunden Menschenverstand". Das N. W. J. beschränkte sich auf die Wiedergabe von Äußerungen führender deutscher Parlamentarier zu dem Berliner Korrespondenten des Blattes, mit denen es sich identifizierte. Sie ließ die Abgeordneten Fischbek (Fortschrittler), Südekum (Sozialdemokrat) und Erzberger (Zentrum) zu Wort kommen, die sich alle drei für die Erklärung Czernins vom 25. Dezember aussprachen, die mit der Politik der Reichstagsmehrheit seit dem 19. Juli 1917 übereinstimme. Die Abgeordneten hielten es für sicher, daß wenigstens der Friede mit Rußland zustandekommen werde, Erzberger erklärte sogar, es gäbe nur noch „kleine" Differenzen zwischen den Mittelmächten und Rußland. (8678, 28. 12.).

Diese kurzen Auszüge beweisen den großen Optimismus, den die liberale Presse hinsichtlich der Brester Verhandlungen zur Schau trug. Die Schwierigkeiten, die in der Frage der Ausdehnung des Selbstbestimmungsrechtes auf die ganze Welt aufgetaucht waren, hielt sie für gering, da die Russen nicht wieder auf diese zurückkamen. Sie sprach sich gegen den bolschewistischen Standpunkt aus. So schrieb die N. Fr. Pr. am 27. Dezember (19162 M.): Graf Czernin habe die unbeschränkte Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes auf Österreich-Ungarn ablehnen müssen. Doch das Verhalten der russischen Delegierten haben bewiesen, daß sie darin kein Friedenshindernis erblickten. Die Politik der Mittelmächte baue sich auf dem Prinzip „keine territorialen und wirtschaftlichen Vergewaltigungen" auf, sie lehne die Einmischung in das innere Leben national gemischter, aus geschichtlicher Entwicklung hervorgegangener Staaten ab, bekenne sich aber zur strengen Achtung der Volkspersönlichkeit. Die „Zeit" hielt den Unterschied in den Auffassungen hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechtes ebenfalls nicht für ein Hindernis der Verhandlungen, da die russische Delegation nicht weiter auf ihrem Standpunkt beharre. Der Friedenswille der russischen Regierung lasse auch keinen Zweifel darüber, daß sie den praktischen Weg zum Frieden nicht durch theoretische Hindernisse verlegen werde. Die Anwendung des unbeschränkten Selbstbestimmungsrechtes sei für die praktische Politik unannehmbar (5482, 29. 12.).

Bald aber ergaben sich ernstere Differenzen, als in Verhandlungen über die Art der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in den russischen Randstaaten eingetreten wurde. Die liberale Presse befand sich zufolge des bisherigen günstigen Verlaufes der Verhandlungen in einer Hochstimmung und schenkte daher diesen aufgetauchten Schwierigkeiten nicht die genügende Beachtung. Sie nahm sich keine Mühe festzustellen, ob nach der grundsätzlichen Einigung auch eine solche in konkreten Einzelfragen erzielt war. Dieses ihr Verhalten wurde begünstigt durch die veröffentlichten Verhandlungsprotokolle, die immer wieder zum Ausdruck brachten, daß es zwar Schwierigkeiten gegeben habe, diese aber das Friedenswerk nicht nennenswert stören könnten. So nahm sie am 29. Dezember noch an, daß Rußland sich bereit erklärt habe, die Randstaaten freizugeben, die durch eine neuerliche Abstimmung ihr bereits in Anspruch genommenes Recht der Selbstbestimmung nochmals

bestätigen sollten (N. Fr. Pr. 19164 M.; N. W. Tg. 356; N. W. J. 8679). Die N. Fr. Pr. fügte hinzu, der Friede werde denkwürdig in der Geschichte des Völkerrechtes sein. Erst in der Abendausgabe desselben Tages bemerkte die Zeitung die Unterschiede in der Auffassung von der Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes, ohne auch jetzt freilich ihre große Bedeutung zu erkennen, war dieser Artikel doch mit dem Titel „Der Vorfriede von Brest-Litowsk" versehen und bezeichnete als das wesentlichste Ergebnis der bisherigen Verhandlungen die russische Erklärung über das Desinteressement an den Randstaaten. (19164, 29. 12. A.). Noch am 2. Januar (19168 A.) hielt sie die Meinungsverschiedenheiten für unbedeutend. „Die Hoffnung ist allgemein, daß es gelingen werde, eine Vereinbarung über den Vorfrieden von Brest-Litowsk zur Unterschrift zu bringen". Auch das N. W. Tg. schrieb trotz der ihm bekannten Differenzen in der Räumungs- und Abstimmungsfrage: „Wir können hoffen, aller Schwierigkeiten Herr zu werden". (356, 29. 12. A.), und bezeichnete am 30. Dezember (357) den ersten Abschnitt der Verhandlungen als einen glücklichen Erfolg. Nach den überaus wertvollen und wichtigen Ergebnissen in Brest-Litowsk sei erfreulicherweise anzunehmen, daß die Arbeiten für den Frieden einen guten Fortschritt nehmen und zu solchen Ergebnissen führen würden, wie sie die Völker ersehnten. Auch am 1. Januar 1918 (1) glaubte sie, der Gegensatz in den Anschauungen sei nicht groß. Die „Zeit" meinte am 30. Dezember (5483), die Schwierigkeiten seien rein formaler Natur, und fügte hinzu: „Die neue Weltordnung, mit der die neuen Männer Rußlands die Wohlfahrt ihres Volkes begründen wollen, und die neue Weltanschauung, die Graf Czernin verkündet hat, haben auf dem Wege zueinander alle Hindernisse weggeräumt". Das N. W. J. schrieb am 30. Dezember (8680), der Friede sei nicht mehr aufzuhalten.

Die A. Z. hatte ebenfalls in den Erklärungen der Mittelmächte einen großen Fortschritt auf dem Wege zum Frieden gesehen, da nun die Möglichkeit des allgemeinen Friedens gegeben sei (354, 27. 12.). In der entscheidenden Frage (keine Annexionen und Kontributionen) sei eine völlige Übereinstimmung zu verzeichnen. Über die Zustimmung der Mittelmächte meinte die Zeitung: „Das ist endlich eine offene Erklärung, die jede Hinterhältigkeit ausschließt, die Erklärung, deren Mangel den Staatsmännern der Entente seit einem Jahre den Vorwand zur Aufpeitschung der Kriegsleidenschaften, zur Fortführung des Krieges, bietet". Das Blatt sah nicht wie die liberale Presse in den Erklärungen Czernins die logische Fortsetzung einer gradlinigen Friedenspolitik. Es habe lange gedauert, so schrieb es, bis sich die Mittelmächte zu einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen bekannt hätten (355, 28. 12.). Die nun erzielte Einigung veranlaßte die Zeitung, die Meinungsverschiedenheiten über die nationale oder internationale Regelung des Selbstbestimmungsrechtes nicht für bedeutsam zu halten und den von Czernin vorgeschlagenen Weg für gangbar zu erklären (355, 28. 12.). Am 30. Dezember (357) kam die A. Z. dann auch auf die Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Räumung und der Abstimmung der russischen Gebiete zu sprechen und erklärte sich für den russischen Standpunkt. Nachdem Czernin für Österreich-Ungarn eine internationale Regelung abgelehnt habe, müsse dasselbe auch für Rußland gelten.

Ähnlich wie die liberale Presse äußerte sich auch die R. P. recht optimistisch über den Stand der Verhandlungen. Sie schrieb am 27. Dezember (595), die Schnelligkeit der Verhandlungen überrasche und zeige, wie nahe sich die früheren Gegner bereits gerückt seien. Die Grundsätze, die von beiden Seiten in Brest-Litowsk verkündet worden seien, seien keine anderen als die vom Grafen Czernin seit langem vertretenen Prinzipien des Friedens. Auch Deutschland habe sie ohne Hinterhalt angenommen. „Auf beiden Seiten ermöglichte ein echter Friedenswille dieses Ergebnis des ersten meritorischen Verhandlungstages . . . .". „In Brest-Litowsk ist ein Frieden vorgeschlagen, der ohne gewaltsame Annexionen und Kontributionen allen einen ehrenvollen Ausgang aus dem Völkergemetzel ermöglicht".

Die Rechtspresse vertrat dagegen einen Standpunkt, der sich weit davon entfernt hielt, die Verhandlungsergebnisse zu überschätzen. Zwar stand das Dt. V. B. auch unter dem Eindruck der scheinbaren Friedensgeneigtheit der Bolschewisten, als es am 30. Dezember (10414) schrieb, die Meinungsverschiedenheiten seien nicht so bedeutsam, daß die Verhandlungen nicht fortgesetzt würden, dann aber fügte es hinzu: „Es wäre allerdings eine Täuschung zu glauben, daß die Bolschewiki nicht den ernsten Willen hätten, ihr Reformprogramm auch dort zu verwirklichen, wo es über die Grenzen des russischen Lebens hinausreicht". Diesem Bestreben sei auch der Wunsch entsprungen, den Völkern der Entente nochmals die Möglichkeit des Anschlusses zu geben. Wenn die Vierbundmächte diesem Wunsche stattgegeben hätten, so sei das ein neuerliches Zugeständnis. Alle bisherigen Erörterungen hätten gezeigt, daß man durch theoretische Erklärungen von die ganze Welt umfassenden Grundsätzen nicht weiterkomme. Wirklicher Friedenswille könne sich nur an konkreten Vorschlägen erproben. Es müsse dringend davor gewarnt werden, die Ergebnisse von Brest-Litowsk zu überschätzen. Auch die O. R. nahm diesen berechtigten Standpunkt ein und versuchte, die Erklärungen des Grafen Czernins einer Kritik zu unterziehen. Sie nannte am 28. Dezember (294) den russischen Antrag auf Herbeiführung des Friedens das politisch bedeutsamste Ereignis der ersten Tage und meinte: „Eine weitere Abschwächung verträgt aber die Erklärung des Grafen Czernin wohl nicht". Am 30. Dezember (296) schrieb sie dann: „Es ist uns unter dem Zwang der Kriegszensur nicht möglich, über die Verhandlungen in Brest-Litowsk ein kritisches Wort zu schreiben. Wir müssen stumm ergeben hinnehmen, was Graf Czernin über uns beschließt".

So konnte eine Kritik, wie sie sich in der A. Z. häufig gezeigt hatte, in der Rechtspresse nur andeutungsweise zum Vorschein kommen. Scharf wurden gegen sie die Zensurbestimmungen angewandt. Erst Anfang Januar, als der schwere Konflikt zwischen O. H. L. und politischer Leitung in Deutschland offenbar wurde, als die Ablehnung der Entente feststand und als unter dem Eindruck der bolschewistischen Revolutionspropaganda und anderer Ereignisse die Meinungsverschiedenheiten zwischen Rußland und den Mittelmächten in ein neues Licht gerückt wurden, hob der Kampf um die Kriegsziele verschärft an, von der Zensur jetzt nur noch wenig gehemmt.

4. Die Stellungnahme während der Unterbrechung der Friedensverhandlungen.

Zunächst trat jetzt die Frage nach dem Verhalten der Entente gegenüber dem Angebot Rußlands und der Mittelmächte in den Vordergrund. Mit der Friedensgeneigtheit der Gegner war aber nach allen bisher gemachten Erfahrungen nicht zu rechnen. Die Wiener liberale Presse glaubte allerdings noch immer an die Möglichkeit, daß die Westmächte einlenken könnten. Einmütig hob sie in den ersten Tagen nach dem Weihnachtsfest hervor, daß den feindlichen Staatsmännern nun die letzte Gelegenheit geboten sei, auf der Grundlage des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen der Welt den so dringend benötigten Frieden zu geben.

Die N. F. Pr. schrieb am 27. Dezember: „Wenn die Entente sich jetzt noch weigern sollte, auf den allgemeinen Frieden einzugehen, so dürften die Engländer, Franzosen und Italiener schließlich begreifen, das ein Frevel an ihnen begangen wird". „Der Friede könnte ihr von unten aufgezwungen werden". (19162 M.). Jedenfalls stehe sie unter starkem Druck und ein Ausweichen werde bei derartigen Friedensbedingungen nicht leicht sein. Am nächsten Tage fragte sie: „Worauf hofft die Entente?" Amerika sei kein Ersatz für den Verlust Rußlands. „Wenn sie (die Entente) die Türe zuschlagen sollte, wird sie es bereuen". (19163, 28. 12. M.).

Das N. W. Tg. bemerkte, durch die Brester Weihnachtsverhandlungen sei nun die Behauptung widerlegt, die Mittelmächte verweigerten die Bekanntgabe ihrer Kriegsziele. „Die Regierungen der Ententemächte mögen es versuchen und sie werden sich, ebenso wie die russische, überzeugen, daß sie mit uns verhandeln können". (354, 27. 12.). Am selben Tage schrieb die Zeitung dann, sie wolle einstweilen noch mit ihren Vermutungen, daß die Entente durch den Mahnruf von Brest-Litowsk nicht wachgerüttelt werde, zurückhalten. „Alles Bessere im Menschen sträubt sich dagegen zu glauben, daß sie (die Entente) bedenkenlos genug sein könnte, ihre Völker noch weiter in den Vernichtungskampf zu jagen". (354, 27. 12. A.). Die „Zeit" erklärte, man wisse nicht, ob die Entente kommen werde. „Wir werden ja sehen, ob die Regierungen des Westens noch den frevelhaften Mut haben werden, sich heute noch zu stellen, als ob ein klares und uneigennütziges Friedensprogramm der Mittelmächte nicht vorliege". (5481, 28. 12.).

Das N. W. J. glaubte am 25. Dezember (8676) vielversprechende Symptome dafür entdecken zu können, daß der allgemeine Friede nahe sei. Die vielen Reden der Ententestaatsmänner könnten nur als Taktik angesehen werden. Im selben Artikel versuchte das Blatt dann ähnlich wie die A. Z., die Mittelmächte zu weiterem Entgegenkommen zu veranlassen. „Es handelt sich darum, die eigennützigen Interessen der Staatsmänner der Gegenseite, den Stolz der Feinde, ihre Gefühle mit der Forderung, deren Erfüllung sie als notwendig empfinden, zu versöhnen".

Mit Ausnahme des N. W. J. bekundete die liberale Presse jetzt eine abwartende Haltung und äußerte Zweifel an der Einsicht der Ententestaatsmänner. Zugleich aber machte sich wieder die Hoffnung geltend, daß die Völker ihre Regierungen zum Frieden zwingen könnten,

falls diese ihn nicht wollten. Diese Hoffnung der liberalen Presse verringerte sich beträchtlich, als der französische Außenminister Pichon am 27. Dezember in einer Rede jede Beteiligung der Entente an den Friedensverhandlungen ablehnte. Die N. Fr. Pr. schrieb am 29. Dezember (19164 A.), es sei zweifelhaft, ob das französische Volk ebenso denke wie der Minister. Das N. W. Tg. bekannte sich am selben Tage (356) zu der Anschauung, daß die Ententemächte den Krieg bis ins Unendliche fortzusetzen gedächten und bemerkte in der Abendausgabe, die eingeräumte Bedenkfrist werde ungenützt verstreichen. Pichon habe deutlich genug gesprochen. Am 31. Dezember (358) hob es hervor, daß die starre Ablehnung der Entente nicht umsonst bleiben werde. Bei den Westmächten würden sich immer mehr Gegner finden, die ihre Regierungen zur Einkehr mahnten. Am 1. Januar (1) meinte es dann, das Nein der Feinde überrasche nicht, die Allmacht des Staates sei bei ihnen noch so groß, daß sie vorerst jede Volksbewegung niederhalten könnten. Die „Zeit" glaubte, daß nach den bösen Reden der Ententestaatsmänner, die die Friedensarbeit begleitet hätten, die Hoffnung auf eine Umkehr gering sei (5483, 30. 12.). Doch der Geist der Völkerverständigung sei eine unwiderstehliche Friedenspropaganda gegen den Starrsinn eines Lloyd George und die Verbissenheit eines Clemenceau (5485, 1. 1.). Das N. W. J. knüpfte an seine bisherige Haltung an und stellte fest, der allgemeine Friede sei auf dem Marsche, obwohl einstweilen das Prinzip des Bösen in der Seele der Entente die Oberhand behalten habe (8680, 30. 12.).

Da tauchten am letzten Tage des Jahres 1917 plötzlich in mehreren Blättern Nachrichten über eine eventuelle Beteiligung der Entente an den Friedensverhandlungen auf. Sie waren der englischen Presse entnommen, die davon berichtet hatte, daß die englische Regierung die Friedensvorschläge der Mittelmächte einer ernsten Prüfung unterziehen wolle und eine wohlüberlegte Antwort erwäge. In Wirklichkeit handelte es sich um bloße Gerüchte, die ihren Ursprung in der Ankündigung einer Rede Lloyd Georges hatten, der unter einer Prüfung der Friedensvorschläge ihre Ablehnung verstand. Sofort aber stiegen die Erwartungen, und ein ungerechtfertigter Optimismus machte sich wieder bemerkbar. Das N. W. Tg. schrieb am 2. Januar (2), für die Glaubwürdigkeit dieser Nachricht spräche vieles. Die Vorgänge in Brest-Litowsk hätten in England eine starke Wirkung hervorgerufen. Die „Zeit" sah in der Meldung den Beweis, daß der Entente allmählich Angst vor ihren Völkern werde (5486, 2. 1.), während das N. W. J. bemerkte, noch sei nicht alle Hoffnung entschwunden (8682, 1. 1.). „Die Silvesterbotschaft aus London aber läßt nicht mehr als einen unerfüllbaren Wunsch erscheinen, daß der Friede, der im Osten geschlossen wird, in naher Zeit schon über die ganze Welt erstrahlen werde". Dann schrieb es am 2. Januar (8683): „Hier scheinen uns wahrhaftig die Keime des allgemeinen Friedens zu sprießen". Offenbar erwarte England ein direktes Friedensangebot der Mittelmächte, doch sei ein solches nicht notwendig, da diese häufig genug ihre Friedensbereitschaft bekundet hätten.

Einige Tage später, am 4. Januar aber war die Frist abgelaufen, innerhalb welcher den Westmächten die Gelegenheit gegeben war, den Verhandlungen beizutreten. Damit schwanden die letzten Hoffnungen

auf eine Beteiligung der Ententestaatsmänner an den im Augenblick stattfindenden Friedensverhandlungen, wenn auch die N. Fr. Pr. nochmals feststellte, daß trotz der Ablehnung der Vorschläge von Brest-Litowsk durch die Regierungen der Friedensgedanke bei den Völkern des Westens stark sei. Lloyd George und Clemenceau würden bald ihren Einfluß auf die Massen verlieren und dann werde sich der Friedensgedanke durchsetzen (19169 A.). Das N. W. Tg. aber meinte, es könne nun als sicher gelten, daß die Feinde nichts anderes anstrebten als die Fortsetzung des Krieges (4, 4. 1.). Selbst das N. W. J. (8685, 4. 1.) erkannte das Verhalten der Entente als „falsches Spiel". Es sei jetzt auch dem naivsten Beobachter allmählich klar geworden, daß sie keine Bereitwilligkeit erkennen lasse, sich den Verhandlungen anzuschließen.

Für die Erhaltung der Stimmung in der Heimat war es höchst bedauerlich, daß die liberale Presse erst jetzt, noch dazu nicht im erforderlichen Maße, die Haltung der Westmächte erkannte. Schon bald danach trat bei ihr wieder das Bestreben hervor, in den Reden und Handlungen der Ententestaatsmänner Friedensmöglichkeiten und Anknüpfungspunkte zu entdecken, obwohl diese, entsprechend der politischen Entwicklung im Osten, selbst für sie immer seltener wurden. Zunächst fand allerdings die Rede Lloyd Georges am 5. Januar die Ablehnung auch der linksliberalen Organe, aber schon Wilsons Botschaft an den Senat, drei Tage später, wurde wieder einer wohlwollenderen Kritik unterzogen. So glaubte die „Zeit", in dieser eine Milderung in der Tonart gegenüber derjenigen Lloyd Georges feststellen zu können. Es brauche nur einer zu kommen, der diese Mäßigung ein paar Grade weitertreibe, und dann werde vielleicht das Niveau der Bescheidenheit erreicht sein, das die Möglichkeit biete, sich auf Verhandlungen einzulassen (5494, 10. 1.). Das N.W.J. schrieb sogar, die Erfüllung des allgemeinen Teiles des Programms müsse von jedermann als wünschenswert bezeichnet werden (8691, 10. 1.).

Die A. Z. hatte bisher die Meinung vertreten, daß das Friedensbedürfnis in allen Ländern sehr stark sei, der Imperialismus der Regierungen aber, insbesondere der der Mittelmächte, jeden Frieden verhindere. Nach Abschluß der ersten Phase der Verhandlungen sah sie jedoch ein, daß die Mittelmächte das ihrige getan hätten. Die Entscheidung liege nun in London, Washington, Paris und Rom (355, 28. 12.). Das Friedensbedürfnis, welches in allen Ländern wachse, mache es den Ententeregierungen zur Pflicht, die ihnen von den Mittelmächten entgegengestreckte Hand zu ergreifen. Am 1. Januar (1) sah sie in der Meldung der englischen Presse, England wolle eine überlegte Antwort an die Regierungen geben, eine „ernste Wendung". „Man wird also, ohne sich einem verfrühten Optimismus hinzugeben, wohl sagen dürfen, daß die Erklärung der Mittelmächte, einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen zu schließen, ihre Wirkung auf die Entente auszuüben beginnt" (2, 2. 1.). Erst die Rede Lloyd Georges brachte die Zeitung wenigstens einigermaßen zur Besinnung. Es blieb ihr nichts anderes übrig als zuzugeben, daß vorläufig wenig Aussicht auf das Zustandekommen eines allgemeinen Frieden bestehe, sie glaubte aber, der Anknüpfungspunkt sei gegeben, wenn die Mittelmächte mit Rußland einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen schließen würden (8, 8. 1.).

Die R. P. konnte sich zunächst kein klares Bild über die Haltung der Entente machen. Am 27. Dezember (595) schrieb sie, die Entente könne nun nicht mehr behaupten, die Friedensvorschläge der Mittelmächte seien nicht ehrlich gewesen. England werde wahrscheinlich „klaren Deutungen" aus dem Wege gehen. Doch das englische Volk fordere eine Entscheidung. Lloyd George sei in ein Dilemma gebracht worden (596, 27. 12.). Nach der Rede Pichons erklärte sie dann: „Die heute noch leitenden Männer der Westmächte, die mit Pichon in der Ablehnung des Angebots von Brest-Litowsk wohl eines Sinnes sind, wollen den Frieden nicht" (600, 29. 12.). Der Ankündigung der englischen Presse, daß die Entente eine Antwort erwäge, meinte die R. P. keinen Glauben schenken zu dürfen. Es sei zu erwarten, daß sie ablehne (2,2.1.).

Auffallend wenig äußerte sich das Dt. V. B. über die Aussichten allgemeiner Friedensverhandlungen. Erst am 8. Januar (10423) ließ es bei der Besprechung der Rede Lloyd Georges, die mit heftigen Worten kritisiert wurde, erkennen, daß ihm die Weigerung der Entente, an den Verhandlungen teilzunehmen, nicht ungelegen kam. Die O. R. sprach sich dagegen schon am 1. Januar (1) über dieselbe Frage aus. Sie erklärte, der allgemeine Weltfriede werde nur das Werk der Waffen sein. Alle guten Worte an die Feinde seien nutzlos verschwendet. „Von der Vernunft dieser Gegner erwarten wir garnichts, von ihrer Furcht später alles"! Am 11. Januar (9) bezeichnete sie Wilsons Botschaft als den „Chimborasso der Heuchelei".

Die Rechtsblätter konnten jetzt, Anfang Januar, nach Ablauf der zehntägigen Frist, mit Genugtuung darauf hinweisen, daß sie schon immer den Standpunkt vertreten hatten, die Entente werde nicht kommen. Ihren Lesern war damit die Enttäuschung erspart geblieben. Ihre Forderung, auf den Sonderfrieden mit Rußland hinzustreben, hatte sich als durchaus berechtigt erwiesen, da die Westmächte in dem Programm eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, wie die übrige Presse es vertrat, nur ein Bekenntnis der Schwäche sahen.

Anfang Januar trat dann ein Ereignis in den Vordergrund, das die Blicke der Presse bald wieder nach Osten wenden ließ. Die Bolschewisten machten den Vorschlag auf Verlegung der Konferenz nach Stockholm. Die liberalen Organe, die noch immer nicht die schweren Differenzen in Brest-Litowsk in der richtigen Weise würdigten und die wahren Absichten der Russen nicht erkannten, glaubten auch in diesem Falle, daß nicht diese, sondern die Entente-Staatsmänner die Urheber seien. So meinte die N. Fr. Pr. am 4. Januar (19170 A.): „Die Vermutung, daß bei dem russischen Vorschlage die Einflüsse der Entente wirksam gewesen sind, hat die allergrößte Wahrscheinlichkeit". Durch die Verlegung ins neutrale Ausland habe die Entente jederzeit die beste Gelegenheit, „fortwährend hinter den Stühlen der russischen Vertreter zu stehen und durch ihre Einflüsterungen die Lage zu verwirren". Das N. W. Tg. erklärte (4, 4. 1. A.), die Entente wolle auf diesem Wege, ohne offen hervorzutreten, Einfluß auf den Geist der Verhandlungen gewinnen und ohne Verantwortlichkeit ihre Pläne zu verwirklichen suchen. Die Zeitung sah den Zwischenfall nicht für so schwerwiegend an, daß durch ihn die Friedensarbeit empfindlich gestört werden könne. Ein so großes Werk

wie die Anbahnung des Friedens werde sich niemals ohne mehr oder weniger ernste Schwierigkeiten vollziehen. Auf störende und lähmende Einflüsse müsse man immer gefaßt sein.

In den linksliberalen Organen war ein gewisses Verständnis für die Bolschewisten zu finden. Zwar schrieb die „Zeit", die Ablehnung des russischen Vorschlages werde die Zustimmung der öffentlichen Meinung in Österreich-Ungarn finden, die Entente wolle die Verhandlungen stören, dann aber vertrat die Zeitung die Ansicht, daß auch die Bolschewisten selber wahrscheinlich Gründe hätten, die Verlegung zu wünschen. Diese lägen in den Meinungsverschiedenheiten mit den Mittelmächten. In den Territorialfragen sei keine Einigung erzielt worden (5489, 5. 1.). Das N. W. J. vermutete ebenfalls daß die Entente die Hand im Spiel habe. Der Vorschlag auf Verlegung der Konferenz könne nur dann diskutabel erscheinen, wenn es sich um Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden handeln würde (8686, 5. 1.).

Die A. Z. aber setzte sich für die Annahme des russischen Vorschlages ein und hielt seine Ablehnung durch die Mittelmächte für eine Gefährdung der Friedensverhandlungen (5, 5. 1.). „Sie (die russische Regierung) hofft offenbar, Friedensverhandlungen in einer neutralen Stadt, in der Angehörige beider Mächtegruppen zusammenkommen und von wo Zeitungen aller Länder direkte Berichte empfangen, würden auf die Völker der Ententeländer einen stärkeren Eindruck machen, die Friedensbewegung in diesen Ländern kräftigen und dadurch den allgemeinen Frieden näherbringen. Das ist ein Argument, das sorgfältiger Überlegung wohl würdig ist".

Die R. P. wandte sich gegen die Bolschewisten. Sie vermutete zwar eine Beeinflussung durch die Entente, doch schob sie der russischen Regierung die gleiche Schuld an der neuen Verwicklung zu (8, 5. 1.). Das Dt. V. B. sprach am 5. Januar (10420) sogar von einem Einvernehmen der Bolschewisten mit der Entente in der Frage der Verlegung der Konferenz. Noch schärfer nahm die O. R. am 6. Januar (5) Stellung zum russischen Vorschlag. Nach ihrer Ansicht waren die Bolschewisten die einzigen Urheber, sie vermied es aber Gründe anzugeben, welche diese veranlaßt haben könnten, den Vorschlag zu machen. Sie betitelte ihren Artikel: „Trotzki-Bronsteins Scherze". Trotzki habe bewiesen, daß er ein geriebener Hebräer sei, aber Hindenburg werde sich den Unfug nicht lange mit ansehen. Man werde den Herrschern an der Newa schnell lehren müssen, daß die Machthaber in Deutschland nicht für solche Scherze zu haben wären.

Aus diesen Auszügen läßt sich ersehen, daß mit Ausnahme der A. Z. die gesamte Presse den russischen Vorschlag ablehnte. Der mit ihm beabsichtigte Zweck, von Stockholm aus auf die Arbeiter der Welt einwirken zu können, ist nicht erkannt worden.

Die Einmütigkeit, mit der der russische Vorschlag von der Wiener Presse abgelehnt wurde, blieb eine Einzelerscheinung. Im Anschluß an die ersten Anfänge einer Kritik der Verhandlungen von Brest-Litowsk in den letzten Tagen des Jahres 1917 entwickelte sich in Deutschland gleich nach Neujahr eine heftige Pressepolemik über die Kriegsziele im Osten, die hervorgerufen wurde durch das Verhalten der Bolschewisten

einerseits, die ihre Propagandatätigkeit hauptsächlich gegen die Mittelmächte richteten, wie durch den Konflikt zwischen der O. H. L. und politischer Leitung andererseits, über den bald Nachrichten und Gerüchte auch in der Wiener Presse auftauchten. Jetzt trat die Frage der Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes in den Vordergrund. Für die O. H. L. war das Selbstbestimmungsrecht nur ein Mittel, um die Annexion weiter Gebiete im Osten zu ermöglichen. Da die Vorschläge der Mittelmächte ihr nicht die Gewähr für diese Annexion boten, protestierte sie, während ein großer Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland auf ihre Seite trat. Hertling und Kühlmann hatten es dagegen nicht leicht, ihre Politik in Brest-Litowsk zu verteidigen. Ihnen kam es darauf an, die Bolschewisten nicht als Nachbarn zu bekommen, die das Selbstbestimmungsrecht mit allen Mitteln des Terrors vergewaltigten, auch wollten sie nicht ein sicheres Friedenspfand aus der Hand geben, bevor man im Westen nicht zu Ende gekommen war. Einstweilen dachten sie nur an eine lockere Angliederung. Die Hauptsache war ihnen die Loslösung der Randgebiete von Rußland, die nach ihrer Ansicht bereits rechtskräftig erfolgt war. Für Czernin stand dagegen die zwingende Notwendigkeit, zum Frieden zu kommen, in den Vordergrund. Er war daher zu weitgehenden Konzessionen an die Bolschewisten bereit, selbst zur Aufgabe der Randgebiete. Nur eine sofortige Räumung lehnte er ab.

Ein Spiegelbild dieser verschiedenen Anschauungen war die Presse in Österreich. In den Wiener liberalen Organen waren die Meinungsverschiedenheiten mit den Bolschewisten bisher unterschätzt worden. Sie hatten geglaubt, daß man ohne große Schwierigkeiten zu einer Einigung gelangen werde, da beiden Parteien, wie die Protokolle der Weihnachtsverhandlungen auswiesen, anscheinend an einer gerechten Lösung gelegen war. Die Differenzen in der Räumungs- und Selbstbestimmungsfrage hielten sie nicht für schwerwiegend, Auch jetzt, als im Reich der Kampf um die Kriegsziele entbrannte und Anfang Januar die Bolschewisten den Vorschlag auf Verlegung der Konferenz machten, den sie hauptsächlich auf die Wühlarbeit der Entente zurückführten, wurde ihnen die ganze Bedeutung der aufgetauchten Hindernisse nicht klar, da sie noch annahmen, die Bolschewisten seien ehrlich bemüht, die Entscheidung über die Randstaaten in freundschaftlicher Weise mit den Mittelmächten und den betreffenden Völkern zu regeln. Sie lehnten alle eine Räumung der besetzten Gebiete ab, sprachen sich aber über die Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes verschieden aus. Während sich die N. Fr. Pr. hauptsächlich gegen die Bolschewisten wandte und die Interpretierung des Selbstbestimmungsrechtes, wie sie Kühlmann in Brest-Litowsk vertreten hatte, verteidigte, neigte die übrige liberale Presse dazu, in dieser Formulierung eine Konzession an die Anhänger des Siegfriedens zu sehen und bessere Bürgschaften für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes zu fordern, wie sie die Parteien der Reichstagsresolution im Reiche verlangten.

Die N. Fr. Pr. richtete ihre Argumentation ausschließlich gegen die Bolschewisten. Sie schrieb am 3. Januar (19169 A.), in der Räumungsfrage komme ein Nachgeben der Mittelmächte nicht in Frage. Selbst die Räumung der bei Rußland verbleibenden Gebiete könne nicht sofort

erfolgen. Gegenseitigkeit sei hier ausgeschlossen. In der Abstimmungsfrage sei der Antrag Deutschlands, gewisse Körperschaften als befugt anzusehen, das Selbstbestimmungsrecht auszuüben, als Präventivmaßnahme anzusehen (19170, 4. 1. M.). „Wie können die Mittelmächte, noch ehe der allgemeine Friede geschlossen ist und bevor Rußland selbst abgerüstet hat, auf die Ergebnisse des bisherigen Kampfes verzichten, die festen Plätze verlassen und die Sicherheit ihrer eigenen Grenzen dem guten Willen der Völkerschaften anvertrauen, die durch Abstimmung über ihre Zukunft entscheiden sollen"? Mit der Unsicherheit im Westen, den Osten sich selbst überlassen, könnte eine Gefahr für das eigene Land werden (19171, 5. 1. M.).

Hinter diesen Äußerungen traten jene ganz zurück, die sich mit dem Konflikt zwischen der politischen Leitung in Deutschland und der O. H. L. befaßten. Die Zeitung versuchte im Gegenteil ihren Lesern gegenüber die Meinungsverschiedenheiten zu verdecken. Sie schrieb am 8. Januar (19174 A.), die aufgetauchten Gerüchte, daß Hertling und Kühlmann von einer Krise bedroht seien, seien „unerträglich". Ein Zwiespalt in den Auffassungen zwischen ihnen und der O. H. L. sei nicht anzunehmen.

Das N. W. Tg. bemühte sich darum, eine Brücke zwischen den verschiedenen Anschauungen zu schlagen. Es sprach (6, 6. 1.) vom „Deutschen Reichstag" (nicht vom Deutschen Reich) und der österreichisch-ungarischen Monarchie, deren Friedensliebe und aufrichtige Bereitschaft zu einem für alle Teile ehrenvollen Frieden sich in der ganzen Welt wertvollen Kredit erworben habe. Die Bolschewisten sollten sich daher beruhigen. Die „Zeit" verwandte ihre Anstrengungen ebenfalls darauf, die Bolschewisten von der Friedensliebe der Völker der Mittelmächte zu überzeugen. Letztere wollten mit ihnen einen dauernden und ehrenhaften Frieden schließen. Im Anschluß daran sprach sich das Blatt in der Frage der Selbstbestimmung der russischen Randgebiete gegen die Politik der Mittelmächte aus: „Die Völker der Mittelmächte wünschen keinen Frieden, der nur dem augenblicklichen Friedensbedürfnis der Bolschewisten zu verdanken wäre". Die Unterhändler der Mittelmächte würden von dem Wunsche der Bevölkerung geleitet, daß sie den russischen Vertretern weitestes Entgegenkommen zeigen möchten (5488, 4. 1.). Am nächsten Tage trat sie noch offener für den bolschewistischen Standpunkt ein und meinte, diesem hätte wohl in Brest-Litowsk durch eine weniger verklausulierte, entgegenkommendere Fassung der Vorschläge der Mittelmächte Rechnung getragen werden können (5489, 5. 1.). Ähnliche Artikel waren im N. W. J. zu lesen. Diese Zeitung war ebenfalls nicht mit den Anschauungen zufrieden, wie sie im Reich vertreten wurden. Die Prinzipien des Selbstbestimmungsrechtes dürften nicht verfälscht werden, mahnte sie am 8. Januar (8689). „Das eine muß das deutsche Volk sehen, daß historische Akte, wie es der Friedensschluß ist, nicht auf Verlogenheiten und Unehrlichkeiten fußen dürfen, sonst tragen sie den Keim der Zersetzung schon beim Entstehen in sich".

In der Parteipresse nahm der Kampf zwischen den Anhängern des Verständigungsfriedens und des Siegfriedens besonders scharfe Formen an. Schon Ende Dezember hatte die A. Z. wiederholt auf die

grundlegenden Unterschiede in den Auffassungen hingewiesen und weitgehende Garantien für die loyale Ausführung des Selbstbestimmungsrechtes verlangt, worunter sie auch die Räumung der besetzten Gebiete verstand. Sie stellte sich damit ganz auf die Seite der Bolschewisten und zweifelte, ob es unter einem Regime der Besatzung durch die Truppen der Mittelmächte überhaupt zu einer unbeeinflußten Abstimmung kommen werde.

Die Zeitung richtete ihre Hauptangriffe gegen die Alldeutschen. „Es ist ganz unverkennbar, daß es in Berlin Leute gibt, deren Treiben dem Frieden sehr gefährlich sein könnte". Im alldeutschen Hauptquartier habe sofort ein „Höllenlärm" eingesetzt, als die Erklärung des 25. Dezember bekannt geworden sei. „Alle möglichen Tischgesellschaften, die sich natürlich als die berufenen Wortführer des deutschen Volkes gebärden, telegraphierten an Hindenburg und Ludendorff und forderten den Generalstab auf, sich den Plänen des Reichskanzlers zu widersetzen". „Nur wenn das deutsche Volk durchsetzt, daß sein Wille und nicht der Wille des alldeutschen Klüngels die Friedensvorschläge der Mittelmächte beeinflußt, nur dann werden wir zum Frieden kommen". Ebenso wie der Reichstag wünsche auch die Mehrheit des österreichischen Abgeordnetenhauses, daß der Wille des Volkes entscheidend sei (6, 6. 1.).

In diesen Tagen häuften sich derartige Artikel in der A. Z., die allesamt damit schlossen, daß der Friedenswille der Bolschewisten unbestreitbar sei. Am 5. Januar (5) drohte die Zeitung sogar mit Revolution, wenn es nicht zum Frieden komme. „Der Graf Czernin kennt Österreich. Er kann sich nicht darüber täuschen, in welcher Stimmung er empfangen werden würde, wenn er unverrichteter Dinge aus Brest-Litowsk zurückkehren würde", ebenso am 9. Januar (9): Komme es nicht zum Frieden, müßten die Völker zu der Überzeugung gelangen, daß ihre Regierungen unfähig seien, daß es also eines Systemwechsels bedürfe.

Die R. P. wünschte dagegen eine annexionistische Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes. „Irgendwie und irgendwo im Friedensvertrag muß es doch zum Ausdruck gelangen, daß nicht der Vierbund von den Armeen Rußlands, sondern Rußland von den Armeen der Vierbundmächte zum Frieden veranlaßt wurde" (8, 5. 1.). Es bedeute Anarchie, wenn jedes Volk „von Laune zu Laune" über seine staatliche Zugehörigkeit entscheiden dürfe. „Der ganze liberal-sozialistische Blätterwald zwischen der Nordsee und dem Mittelmeer wogt und rauscht andächtig vor dem Schlagwort und fühlt angesichts der Verhandlungen von Litauisch-Brest den Beruf, die Wünsche und Ansichten der russischen Unterhändler gegenüber jenen der Bevollmächtigten des Vierbundes zu vertreten" (13, 8. 1.).

Dieser Artikel war äußerst scharf, beleuchtete jedoch mit treffenden Worten die Stellung der liberalen Presse, die an der grundlegenden Frage vorbeiging, ob die Bolschewisten es überhaupt ehrlich meinten, indem sie diese Frage bedenkenlos bejahte und dem bolschewistischen Standpunkt damit eine große Unterstützung erwies. Die R. P. schrieb dagegen, es läge nahe, die Definition des Selbstbestimmungsrechtes aus der Praxis der russischen Revolutionäre selbst abzuleiten. Sie verwies auf die Wahlen zur Konstituante und die wenig dem Geiste der Demo-

kratie entsprechende Behandlung der Opposition in Rußland und schloß damit zu erklären, daß die Bevölkerung der Randgebiete zu 80% aus Analphabeten bestehe. „Dem Demagogentum der Spekulation auf den politischen Analphabetismus soll freier Raum gewährt werden, um das dreijährige Ringen der Mittelmächte zu betrügen und die althergebrachten Körperschaften zu majorisieren" (13, 8. 1.).

Aus diesen Auszügen ist die Rechtsschwenkung der R. P. ersichtlich, die sich für den Siegfrieden aussprach und dem Selbstbestimmungsrecht nur noch theoretischen Charakter zuerkannte. Auch das Dt. V. B. äußerte jetzt noch ernstere Bedenken, nachdem die Bolschewisten am 4. Januar den Vorschlag auf Verlegung der Konferenz gemacht hatten. Diese Sinnesänderung lasse mit der Möglichkeit rechnen, daß noch weitere solcher Art folgen würden. Darum müßten sich die Mittelmächte vor üblen Folgen schützen und Faustpfänder in der Hand behalten. Die russische Regierung spreche immer davon, daß die Abstimmung nicht unter dem Druck der Waffen erfolgen solle. Es sei jedoch noch niemals davon gesprochen worden, daß eine solche Beeinflussung der Abstimmung durch russische Agenten näher liege als durch die Truppen der Mittelmächte (10420, 5. 1.). Die O. R. schrieb am 1. Januar (1), in Deutschland wachse die Stimmung, die baltischen Ostseeprovinzen nicht mehr herauszugeben. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes denke noch nicht so europäisch wie Herr v. Kühlmann und die undeutsche Reichstagsmehrheit. „Es heißt doch wirklich den Krieg zum Possenspiel herabwürdigen, wenn der Sieger sich nicht mehr das heilige Recht erstreiten dürfte, durch die Tatsache seines Sieges eine Neuordnung der Dinge herbeizuführen". Am 4. Januar (3) bemerkte die Zeitung, so selbstbewußt auch die russischen Unterhändler auftreten, so müsse doch noch viel Wasser in ihren Wein gegossen werden. Die Unterhändler der Mittelmächte müßten sich immer vor Augen halten, wie dringend Rußland den Frieden brauche. „Die glänzende militärische Lage sollte es unseren Unterhändlern leicht machen, gute Bedingungen durchzudrücken".

Mit diesen Äußerungen stellte sich die Rechtspresse in Österreich ganz auf die Seite der Siegfriedensanhänger in Deutschland. Auch die R. P. hatte seit dem bolschewistischen Vorschlag auf Verlegung der Konferenz eine Wendung gemacht und sich den Rechtsblättern angeschlossen, die jetzt lebhafte Zweifel in die ehrlichen Absichten der Bolschewisten setzten, jedoch noch annahmen, daß die aufgetauchten Schwierigkeiten auf die Tatsache zurückzuführen seien, daß letztere nur die Rückgabe der ehemals russischen Gebiete verlangten. Die tieferen Hintergründe, die weltrevolutionären Absichten, waren selbst diesen Organen, von gelegentlichen Ausnahmen abgesehen, noch verborgen geblieben. Noch weniger hatte die liberale Presse die Fähigkeit gezeigt, die Hindernisse der Verhandlungen aufzudecken. Zwar war ihr anfänglicher Optimismus schon erheblich durch die letzten Vorfälle gedämpft, vorläufig aber glaubte sie noch an ein gutes Ende der Verhandlungen. Am klarsten von allen Organen sah die A. Z. die Lage, die, aus ihrer Einstellung heraus, den Bolschewisten jede Unterstützung angedeihen ließ und den Regierungen der Mittelmächte dauernd in den Rücken fiel, ja sogar offen mit Revolution drohte. Bei dem großen Einfluß, den die Zeitung unter

der Arbeiterschaft hatte, waren daher für die Zukunft ernste innere Konflikte wahrscheinlich, die dann auch bald im Zusammenhang mit den Brester Verhandlungen zum Ausbruch kamen.

5. Die Stellungnahme zum zweiten Abschnitt der Friedensverhandlungen.

Am 9. Januar nahmen die Verhandlungen in Brest-Litowsk ihren Fortgang. Neue Hoffnungen erfüllten die liberale Presse. Aus der friedlichen Antwort Trotzkis auf die Beschwerden Hoffmanns über die russische Propaganda und seinem Nachgeben in der Frage der Verlegung entnahm die N. F. Pr., daß nun eine Umkehr eingetreten sei. Man dürfe der russischen Regierung keine Unbeständigkeit vorwerfen, die aus einer zweifachen Furcht zu erklären sei, nämlich der, den Frieden nicht zu schließen, dann aber sei sie verloren, oder einen Frieden zu schließen, gegen den das Volksgefühl sich auflehnen könnte (19177, 11. 1. M.). In der Abendausgabe des 11. Januar erklärte die Zeitung, nun seien viele Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt, da die Russen jetzt die Möglichkeit eines Sonderfriedens zugegeben hätten (19177, 11. 1. A.). „Nach der allgemein herrschenden Ansicht werden die territorialen Fragen keineswegs ein unübersteigliches Hindernis des Friedens sein" (19178, 12. 1. A). Das N. W. Tg. nahm schon am 10. Januar (10 A.) Stellung zu den Friedensverhandlungen und schrieb, Kühlmann und Czernin hätten den russischen Delegierten „in entschiedener Weise und ohne alle Kunststücke" auseinandergesetzt, daß das Verhalten der russischen Regierung seit der Vertagung ein zwiespältiges gewesen sei. „Die Bolschewiken wissen nun, daß Bluff bei uns nicht verfängt". Am 11. Januar (11) behauptete das Blatt, die Russen hätten durch ihr Einlenken eine wesentliche Voraussetzung für die Weiterführung der Verhandlungen geschaffen. Dieser Einkehr dürfe man sich freuen. „Kaum dem Einfluß der Entente entzogen, wurde ihnen (den Bolschewisten) das Auge heller, der Verstand klarer, und die Stunden ruhiger Sammlung . . . . . mögen ihnen nicht wenig zu der Ansicht verholfen haben, daß die Weigerung der Zentralmächte nur zu begründet war, Friedensverhandlungen in einer Atmosphäre zu führen, die von dem verderblichen Hauch der Friedensfeinde erfüllt ist". Die kommenden Verhandlungen könnten noch Rückschläge bringen, aber der gute Wille werde den Weg weisen. Abends meinte das Blatt, der Wille, dem Krieg ein Ende zu bereiten, beherrsche die Erklärungen Trotzkis. „Die ernste Arbeit, den Frieden vorzubereiten, beginnt unter freundlicheren Aussichten, als es die jüngsten Zwischenfälle erwarten ließen" (11, 11. 1. A.). Ähnlich wie die rechtsliberalen Organe ließ auch die „Zeit" ihre Genugtuung über die Beilegung des Konfliktes erkennen. Sie glaubte am 11. Januar (5495), daß die Friedensarbeit über einen gefährlichen Punkt hinweggebracht worden sei.

So läßt sich feststellen, daß die liberale Presse in ihrer Mehrzahl, ermutigt durch den scheinbar glatten Verlauf der Verhandlungen, zwar ihre alte illusionistische Haltung nicht in demselben Umfang wie vorher wieder einnahm, daß sie jedoch auch für die Zukunft den Verhandlungen noch günstige Aussichten einräumte. Erst jetzt, n a ch Beilegung des Konfliktes bezüglich der russischen Forderung auf Verlegung der Konfe-

renz erkannten die Zeitungen den ganzen Ernst dieses „Zwischenfalles", um dann sogleich zu betonen, nun sei alle Gefahr entschwunden.

Nur das N. W. J. war nicht recht befriedigt. Es wandte sich jedoch nicht gegen die Bolschewisten, sondern gegen die Mittelmächte, indem es am 12. Januar (8693) schrieb, die offiziellen Veröffentlichungen aus Brest-Litowsk wiesen bedenkliche Unklarheiten auf. Es forderte dann, daß die Vertreter des Parlamentes mündliche und detaillierte Aufklärungen erhalten müßten, um ein Vertrauen zwischen Regierung und Bevölkerung herzustellen, und um der inneren Unruhe, die in der Tat in diesen Tagen schon bedenkliche Formen annahm, vorzubeugen.

Am 12. Januar tauchten neue Wolken auf. Die Gegensätze in den territorialen Fragen versteiften sich, General Hoffmann wandte sich in scharfen Worten gegen die Bolschewisten. Die Gefahr des Scheiterns der Verhandlungen entstand. Selbst Kühlmanns versöhnliche Haltung und Czernins Kompromißvorschläge konnten die Situation nicht besser gestalten. Die gesamte Presse bemühte sich nun, die Hindernisse, die dem normalen Ablauf der Verhandlungen entgegenstanden, aufzudecken. Dabei machten sich in der rechtsliberalen Presse die ersten Anzeichen einer richtigen Erkenntnis der bolschewistischen Ziele und Absichten bemerkbar, sie hielt die russische Delegation für die aufgetauchten Schwierigkeiten verantwortlich, nahm aber noch an, daß man zu einem erfolgreichen Abschluß gelangen werde. Die N. Fr. Pr. schrieb am 14. Januar (19180 N.), daß die Bolschewisten sich in Brest-Litowsk nicht nur als die Vertreter Rußlands fühlten. „Die Schwierigkeit der unbefangenen Prüfung wird durch den Umstand noch größer, daß die russischen Vertreter auch in den Friedensverhandlungen, auch in den Reden und Anträgen parteitaktische Zwecke verfolgen und zum Fenster hinaus sprechen". Am nächsten Tage bemerkte sie, zwei Dinge belasteten die Friedenskonferenz: 1. die Unbeständigkeit der Verhältnisse in Rußland und 2. der Versuch, aus dem Verhandlungssaale heraus, durch Anträge und Reden in den Ländern der Mittelmächte starke Volksbewegungen zu erzeugen. „Noch eine Sitzung wie die drei letzten, mit lauter Haarspaltereien, und die Gefahr rückt näher, daß die Krise ausbricht" (19181, 15. 1. A.). Auch das N. W. Tg. schlug schärfere Töne an. „Friedensverhandlungen werden durch solche Machenschaften (gemeint sind die bolschewistischen Reden und Anträge) sicherlich nicht gefördert und belasten die Maximalisten (das sind die Bolschewisten) mit dem Verdacht, daß sie den Frieden, den sie von den Mittelmächten haben wollten, mit dem Gegengeschenk der Revolution beantworten möchten" (13, 13. 1.). Am nächsten Tage schrieb das Blatt, unfruchtbare Theorie habe die Verhandlungen beherrscht. Es sei den russischen Delegierten allein darum zu tun, die von ihnen erträumte Weltreform als Grundlage der Konferenz anerkannt zu sehen (14, 14. 1.).

Trotz dieser Erkenntnis der bolschewistischen Methode in Brest-Litowsk waren die rechtsliberalen Organe nicht ganz mit der Rede des General Hoffmann einverstanden. Die N. Fr. Pr. glaubte diese aber mit dem Hinweis entschuldigen zu können, Hoffmann sei Militär und nicht so biegsam wie ein Diplomat (19181, 15. 1. M.), während das N. W. Tg. das Verhalten des Generals mißbilligte und meinte, es müsse abgewartet

werden, ob es den Absichten der verbündeten Regierungen entspräche (14, 14. 1.).

Die linksliberalen Organe zweifelten nicht an den ehrlichen Absichten der Bolschewisten, die nach ihrer Ansicht unbestreitbar waren. Sie verstiegen sich zu der Behauptung, daß General Hoffmann der Schuldige sei, wenn man in Brest-Litowsk nicht vom Fleck komme und die Völker jetzt aufbegehren würden. Die „Zeit" schrieb am 15. Januar (5499), das Auftreten des Generals Hoffmann habe lebhaftes Befremden erregt. Man sei nach Brest-Litowsk gegangen, um zu paktieren, nicht um zu diktieren. „Plötzlich aber steht hinter den Diplomaten ein General auf, schlägt mit der Faust auf den Tisch und erklärt, in die Angelegenheiten der besetzten Gebiete hätten die Russen überhaupt nichts dreinzureden". In Österreich-Ungarn mache man diese Politik der Gewalt nicht mit. Auch das N. W. J. gab seinen Gefühlen in ähnlicher Weise Ausdruck: „Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir nicht den Grafen Czernin . . . . . sondern vielmehr die militärischen Vertreter Deutschlands, die sich offensichtlich gewissen annexionistischen Bestrebungen eines kleinen, aber mächtigen Teiles der deutschen Bevölkerung nicht entziehen können, als mitbeteiligt (an den Verhandlungsschwierigkeiten) annehmen" (8698, 17. 1.).

Die A. Z. trat vollkommen hinter die Bolschewisten. Geschickt griff sie den Gedanken Trotzkis auf, die Mittelmächte durch den Mund ihrer Generäle das letzte entscheidende Wort sprechen zu lassen, um sie vor den Arbeitern zu kompromittieren. „Wozu überhaupt die politischen Unterhändler, da doch die Entscheidung der O. H. L. allein zustehen soll", fragte sie am 15. Januar (15). Das Hindernis für eine günstige Entwicklung der Verhandlungen waren für sie die deutschen Militärs. Ein anderer Artikel derselben Ausgabe machte dann allerdings schon die Diplomaten der Mittelmächte für die Schwierigkeiten verantwortlich, die die Randgebiete annektieren wollten. Die Bolschewisten und die Mittelmächte seien sich deshalb nicht einig, so schrieb die A. Z. (15, 15. 1.), weil russische Demokraten mit deutschen Aristokraten zusammengekommen seien. „Herrschte in Rußland noch der Zar, dann würde man sich in Brest vielleicht nicht so schwer verständigen. Dann wäre vom Selbstbestimmungsrecht der Völker gar keine Rede, russische Diplomaten würden mit den Diplomaten der Mittelmächte um die Länder schachern, wie man auf dem Roßmarkt um die Pferde zu schachern pflegt. . . . ."

Die christlich-soziale und die rechtsgerichtete Presse hatte seit Beginn des Jahres die praktischen Schwierigkeiten der Verhandlungen deutlich erkannt, ohne sich darüber klar werden zu können, welchen Motiven die Forderungen der Bolschewisten entsprangen. Sie warnte jetzt, als man wieder in Brest-Litowsk zusammenkam, große Hoffnungen auf eine günstige Entwicklung zu setzen und fand diese ihre Ansicht schon nach wenigen Tagen bestätigt. Jetzt wurden ihr auch die bolschewistischen Bestrebungen klar. So schrieb die R. P. am 11. Januar (19), die Erklärungen der Russen müsse man als Taktik werten, ihre Absichten seien mit den Händen zu greifen. Sie würfen allerlei welt- und völkerbeglückende Schlagworte in die Erörterungen in der Hoffnung,

dadurch vielleicht bei den Mittelmächten eine ähnliche Verwirrung anzurichten wie die, von der Rußland heimgesucht werde. Das Dt. V. B. bemerkte über das Verhalten Trotzkis, dieser spiele Parlament und rede zum Fenster hinaus. Das Vorgehen der russischen Regierung im Innern in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes nehme jede Beteuerung der Aufrichtigkeit ihren Wert. Darum entspräche die Rede Hoffmanns den Tatsachen (10430, 15. 1.). Ebenso stellte die O. R. fest, die Bolschewisten lebten in dem Wahne, die revolutionäre Stimmung bei den Mittelmächten werde sich durchsetzen (10, 12. 1.).

Die Situation wurde von diesen Organen noch nicht als gefährlich erkannt. Sie glaubten nicht an einen Erfolg der bolschewistischen Propaganda und waren der Ansicht, daß Trotzki schließlich doch einlenken müsse. Die O. R. stellte allerdings im Zusammenhang damit die Forderung auf, den Bolschewisten nicht entgegenzukommen und ihnen mehr als bisher die gepanzerte Faust zu zeigen. Sie äußerte mehrfach ihre Mißbilligung über Kühlmanns Verhalten, zeigte sich dann aber hochbefriedigt, als sich mit der Rede Hoffmanns erwies, daß die O. H. L. nicht tatenlos zusehen würde.

In der Presse hatten sich nach den ersten Verhandlungstagen zwei Fronten herausgebildet. Die rechtsliberalen Organe, ferner die R. P., das Dt. V. B. und die O. R., nahmen bei aller Verschiedenheit im einzelnen den Bolschewisten gegenüber nun eine feindliche oder doch wenigstens unfreundliche Haltung ein. Auf der andern Seite hatten die linksliberalen Organe diesen letzteren weites Entgegenkommen bewiesen und forderten darüber hinaus bei jeder Gelegenheit eine bessere Informierung der Bevölkerung und eine andere Führung der Verhandlungen seitens der Mittelmächte. Sie machten sich damit zum Fürsprecher der revolutionären Arbeiter.

Diese Tendenzen kamen ungleich schärfer in der A. Z. zum Ausdruck. Das Verhalten dieses Blattes war ohne Zweifel dazu angetan, den Ausbruch der inneren Krise zu beschleunigen, indem es den „imperialistischen" Zielen der Mittelmächte die „demokratischen" Absichten der Bolschewisten gegenüberstellte. Um aber die Arbeiter seinen umstürzlerischen Zwecken dienstbar machen zu können, bedurfte es vor allem der Hervorhebung und Betonung der schweren Lebensmittelnot, die besonders in Wien in katastrophaler Weise spürbar wurde. Sie wurde zum Hauptagitationsmittel, das dann auch bald seine ungeheure Werbekraft zeigte. Am 17. Januar trat der größte Teil der Arbeiterschaft Wiens und Niederösterreichs in den Ausstand,

Die rechtsliberale Presse versuchte noch am 16. und 17. Januar die Arbeiterschaft zur Nachgiebigkeit zu veranlassen, da die innere Kraft der Monarchie in diesem Augenblick nicht geschwächt werden dürfe (z. B. N. W. Tg. 16, 16. 1. A.), hatte aber mit diesen ihren Bemühungen keinen Erfolg, da den Streikenden auch noch von anderer Seite eine aktive Unterstützung kam, nämlich von den linksgerichteten liberalen Blättern. Ganz offen trat die A. Z. auf. Mit aller Deutlichkeit zeigte sich nun, daß die ursprünglich mehr in den Vordergrund geschobenen Ernährungsschwierigkeiten nichts anderes als ein Vorwand waren, um die Arbeiter für die Pläne der Bolschewisten in Brest-Litowsk und

ihrer Anhänger bei der A. Z. leichter gewinnen zu können. Jetzt, nachdem der Streik ausgebrochen war, traten die Hinweise auf die schlechte Lebensmittellage zurück, sie waren als Agitationsmittel nebensächlich geworden. „Nach 40 Monaten", so schrieb das Blatt, „hat uns endlich die Hoffnung auf den Frieden aufgeleuchtet! Und was bekommen wir zu hören? Die säbelrasselnde Rede des Generals Hoffmann"! (17, 17. 1.). Die Regierung müsse klare Zusicherungen in der Friedensfrage geben, daß sie keine Eroberungspläne habe, sonst ließen sich die Massen nicht mehr beruhigen. Am 18. Januar (18) erklärte es, die Arbeiter hätten sich erhoben und verlangten bindende Versprechungen, daß die Verhandlungen nicht an den österreichischen Forderungen scheitern würden. „Das Volk ist überzeugt, daß die Hindernisse des Friedens nicht in der bolschewistischen Regierung liegen". „Es (das Volk) begreift nicht, warum die Mittelmächte . . . . allerlei fragwürdige Diplomatenkunststücke aufführen, um von dem, dem sie im Grundsatze beigestimmt haben, in der Wirklichkeit so viel als möglich abzusplittern".

Am selben Tage dehnte sich der Streik weiter aus. Setzer und Buchdrucker schlossen sich an. Die Zeitungen mußten ihr Erscheinen mit Ausnahme der A. Z. einstellen, die imstande war, kleine Sonderausgaben zu veröffentlichen. Erst das Nachgeben der Regierung hatte eine Erklärung des Parteivorstandes in der A. Z. zur Folge, die zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderte, da die Regierung Auskunft gegeben habe, die er, der Parteivorstand, als genügend ansehe (19, 21. 1.). Jetzt war auch die übrige Presse in der Lage, ausführlich Stellung zum Ausstand zu nehmen. Die rechtsliberalen Blätter mißbilligten den Streik und kamen zu dem Schluß, daß seine Wirkung auf die Bolschewisten eine ungünstige sein werde. Das N. W. Tg. begrüßte zwar die Mitteilung der Regierung, die auch außerhalb des sozialdemokratischen Lagers befriedigen könne, doch meinte es, der Verlauf der letzten Tage hinterlasse einen bitteren Nachgeschmack. Die Erwägung lasse sich nicht zurückdrängen, daß der Massenausstand geeignet sei, die Stellung der Mittelmächte in Brest-Litowsk zu erschweren. Die Staatsgewalt hätte ohne zwingenden Grund manche Einbuße an Geltung und Ansehen erlitten (19, 21. 1.).

Die „Zeit" und das N. W. J. rechtfertigten dagegen das Verhalten der Arbeiter. Besonders charakteristisch für diese Organe war ein Artikel der „Zeit", der sich auch mit der Wirkung des Streiks auf die Entente befaßte. Die Zeitung begrüßte die Regierungserklärung, sie sei die beste Lösung, da die Staatsgewalt keine andere Wahl hatte: entweder die gewaltsame oder die gütliche Methode. Sie habe den letzteren Weg beschritten und habe sich nichts vergeben, daß sie mit der Arbeiterklasse in Berührung gekommen sei. Das sei der Geist des neuen Europa. Wenn die westlichen Demokratien davon Kunde erhielten, so könne das die allgemeinen Friedensaussichten nur verbessern (5504, 22. 1.). Wie sehr auch das N. W. J. in seiner Beurteilung des Streiks von ähnlichen Ansichten geleitet wurde, ging deutlich aus dem Leitartikel des Blattes am 21. Januar (8700) hervor. Der Streik sei ein großer und wünschenswerter Erfolg der Arbeiterschaft. Durch die Regierungserklärung sei man dem Frieden ein erhebliches Stück näher gekommen, den-

noch dränge sich die Frage auf, ob der Streik notwendig war. „Hätte nicht eine weitblickende Regierung gleich am ersten Streiktage den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft nachgeben können"?

Die christlich-soziale und die Rechtspresse erkannte sofort die wahren Hintergründe des Streiks, die Absicht der Sozialdemokraten, die Mittelmächte zum Nachgeben gegenüber den Bolschewisten zu veranlassen. Ihre Angriffe galten daneben der Regierung, die den Streikenden nicht energisch genug gegenüber getreten war. So schrieb die R. P. am 21. Januar (32), so sei noch niemand zum Narren gehalten worden, der eine Besserung der Ernährungsverhältnisse und der Verhandlungen erhofft habe. Ein Streik sei kein Mittel, den Frieden zu fördern, denn er stärke den Gegner. Das wüßten die Urheber auch sehr gut. Sie wollten aber der Bolschewistenherrschaft zum Siege verhelfen. Das Volk gehe mit leeren Händen aus. Die Regierung sei den Ereignissen „mit sanfter Ahnungslosigkeit" gegenübergetreten. Man habe den Eindruck, daß die Sicherheit des Staates gegen Anschläge in keiner festen Hand sei. Ähnlich urteilte die O. R. Der Ausstand habe die wirtschaftliche Notlage nur zum Anlaß genommen. Eine unfähige Regierung habe den Sozialdemokraten geholfen, denn mit dem Hinweis auf die anmaßende Haltung der Bolschewisten in Brest-Litowsk hätte man die Arbeiter nicht zum Streik bewegen können. Der Ausstand sei das wirksamste Mittel, den Krieg zu verlängern (16, 21. 1.).

Mit dem Januarstreik waren die letzten Hoffnungen, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk einen reibungslosen Verlauf nehmen würden, geschwunden. Deutlich genug hatten auch die letzten Verhandlungsberichte aus Brest-Litowsk gesprochen. Mehr und mehr verschärften sich nun die Gegensätze in der öffentlichen Meinung Österreich-Ungarns. Während auf der einen Seite die Bolschewistenfreunde die Rettung der russischen Demokratie vor der Willkür der herrschenden Militärs in Deutschland als Parole ausgaben, waren sich die Bolschewistengegner bei der Wiener Presse nicht einig in ihrer Stellung. Die rechtsliberalen Organe verhielten sich gemäßigt-zurückhaltend und wahrten im Tonfall noch immer die Form, obwohl auf der Gegenseite die Angriffe schon längst eine maßlose Übersteigerung erfahren hatten. Noch aber war der Friede ohne Annexionen und Kontributionen das Ziel, das man auch jetzt noch auf dem Verhandlungswege zu erreichen hoffte. Die bezeichneten Blätter gaben sich damit einer merkwürdigen Täuschung hin. Wie sehr ihnen am Zustandekommen des Friedens um jeden Preis gelegen war, erwies ihre Haltung im letzten Drittel des Januars. Sie zogen aus der Betrachtung der inneren Verhältnisse in Rußland keine Schlüsse für die Verhandlungen in Brest-Litowsk, um nicht die Bolschewisten als Verhandlungspartner zu verlieren und um ihre Gefühle zu schonen. So erklärte das N.W.Tg. am 22. Januar (20) die Auflösung der Konstituante in Rußland überrasche nicht, doch der Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse würde durch die Mittelmächte beachtet werden. Für diese sei es nur von Bedeutung, ob die Bolschewisten nach Brest-Litowsk zurückkehren würden.

Diese Rücksichtnahme auf die Bolschewisten wurde nicht von der Rechtspresse geteilt, zu der jetzt immer deutlicher die R. P. hinzutrat,

die als das Hauptorgan der Christlich-Sozialen das Schwergewicht der Partei mit in die Wagschale werfen konnte. Ihren Berichten über die Schreckensherrschaft der Bolschewisten in Rußland fügten diese Blätter regelmäßig die Aufforderung an die Mittelmächte bei, in Brest-Litowsk energischer als bisher aufzutreten, wenn es zum Frieden kommen solle. War es in der ersten Hälfte des Januars nur die O. R. gewesen, die nicht mit dem Verhalten der deutschen und österreichischen Unterhändler einverstanden gewesen war, so äußerten jetzt auch die R. P. und das Dt. V. B. Bedenken. Alle diese Blätter konnten die von ihnen erhobenen Forderungen mit dem Hinweis stützen, wie gerade Trotzki durch seine Absicht, eine sowjet-ukrainische Delegation in Brest-Litowsk einzuführen, das Selbstbestimmungsrecht mißachte. Die R. P. schrieb am 30. Januar (48): „Allgemein ist das Empfinden, daß nunmehr endlich Klarheit geschaffen werden muß, ob die Bolschewisten den Frieden mit uns wollen oder die Verhandlungen mit uns hinziehen, um Zeit zu gewinnen und in den kriegführenden Ländern Anhänger ihrer revolutionären Ideen zu werben". Auch das Dt. V. B. erklärte am 26. Januar (10439), mit Rücksicht auf das Verhalten der Bolschewisten in Brest-Litowsk und in Rußland selbst müßten die Vertreter der Mittelmächte ihre Methode erheblich ändern. Es müsse der russischen Delegation nahegelegt werden, daß die Mittelmächte aus der absichtlichen Verschleppung der Verhandlungen die Konsequenzen ziehen müßten, wie auch aus der Tatsache, daß die russische Regierung bemüht sei, die vollzogenen Akte der Selbstbestimmung umzustoßen. Die Frage des Friedensschlusses sei eine reine Machtfrage und müsse als solche behandelt werden. Die O. R. forderte am 31. Januar (25) (Artikel des Reichsratsabgeordneten Heinrich von Oberleithner) mit noch eindringlicheren Worten die Rückkehr zur Politik der O. H. L. angesichts der Verschleppungsmethoden der Bolschewisten in Brest-Litowsk und ihrer Terrorherrschaft in Rußland. „Man versuche es endlich einmal, mit der in diesem Falle einzig richtigen Taktik, unsere Stärke und unsere Kraft zu zeigen — und der Friede wird schneller da sein, als man glaubt".

Unzweifelhaft größte Beachtung verdienten in diesen Tagen die Leitartikel der linksliberalen Organe, deren ganzes Verhalten bisher äußerst bolschewistenfreundlich gewesen war. Sie hatten in den Bolschewisten die Träger und Verkünder reiner demokratischer Anschauungen erblickt. Nach den bisherigen Verlauf der Ereignisse wäre anzunehmen gewesen, daß sie ihren Irrtum bereits erkannt hätten, wenn sie es überhaupt ehrlich meinten und dahinter nicht, wie bei der A. Z., das Motiv stand, die Bolschewisten auf alle Fälle, auch durch Lügen und Entstellungen, zu unterstützen. Aber nicht einmal jetzt bemühten sie sich, aus der Betrachtung der innerrussischen Verhältnisse die wahren Absichten bolschewistischer Politik zu erkennen, sondern wandten ihre ganze Aufmerksamkeit den inneren deutschen Verhältnissen zu. Die „Zeit" führte am 31. Januar (5513) aus, die patriotische Entrüstung über die Streiks in Österreich und Deutschland stehe denen nicht zu, die sich nicht genug tun könnten an Scharfmacherei gegen die Arbeiterbewegung. Jeder nüchterne Beobachter werde zugeben, daß Streiks nicht das richtige Mittel seien, den Friedensschluß zu beschleunigen, aber man müsse doch

fragen, wer die tiefe Verstimmung, den Zweifel und das Mißtrauen wachgerufen habe. Das seien die „Junker, Gewaltpolitiker, Annexionsschwärmer und Hyper-Nationalisten" gewesen. Die Entstehungsursache des Streiks sei der „alldeutsche Unfug".

Die A. Z. setzte ebenfalls ihre Politik fort, die Stellung der Mittelmächte in Brest-Litowsk zu untergraben. „Seit dem beschämenden Schauspiel", so schrieb Max Adler im sozialdemokratischen Zentralorgan (30, 1. 2), „da sich in Brest-Litowsk ein General erheben durfte, um noch vor dem berufenen Vertreter der deutschen Reichsregierung sein säbelrasselndes Gewaltwort zu sprechen, weiß es jetzt auch der Naivste: der kategorische Imperativ als kategorisches Kommando des General Hoffmann, das ist der ebenso wahre wie traurige Sinn dieses elenden Geschwätzes von ‚deutscher Freiheit'". Dann meinte der Verfasser des Artikels, Verständigung bedeute Verzicht auf Gewalt. Es sei der starke und aufrichtige Wille zum gegenseitigen Verstehen.

Dieser Aufsatz, der in einem Augenblick erschien, wo die Bolschewisten in Petersburg mit dem Maschinengewehr ihre Herrschaft durchzusetzen bemüht waren, läßt erkennen, daß es der A. Z. ganz bewußt darum zu tun war, die Tatsachen umzudrehen und zu verschleiern und den Bolschewisten Hilfestellung zu leisten.

Starkem Interesse begegneten während dieser Tage die Antworten der Staatsmänner der Mittelmächte an Wilson und ihre Äußerungen über die Brest-Litowsker Verhandlungen. Czernins Rede fand bei fast allen Organen Beifall. Die A. Z. lehnte sie ab, und die O. R. schwieg. Hertlings Ausführungen erhielten dagegen nur die Billigung der rechtsliberalen und der Rechtspresse. Die A. Z., die „Zeit" und das N. W. J. äußerten starke Bedenken.

Am 30. Januar begannen in Brest-Litowsk die Verhandlungen wieder, und die Presse wandte ihnen ihre ganze Aufmerksamkeit zu. Auch in den rechtsliberalen Organen tauchten jetzt Zweifel auf, ob noch mit einem befriedigenden Ergebnis der Verhandlungen zu rechnen sei. So schrieb die N. Fr. Pr. am 31. Januar (19195 M.): „Die Frage ist, ob die Friedensverhandlungen von den russischen Vertretern noch mit Friedenswillen geführt werden". Trotzki gleiche den Kriegsverlängerern bei der Entente, die auch mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und der inneren Zwietracht der Mittelmächte rechneten. Das N.W.Tg. meinte, der Rada-Delegierte Lubinski habe den Bolschewisten Wahrheiten gesagt, „die das ganze System dieser revolutionären Partei bis auf die Knochen entblößten". „Das Hindernis für den Frieden liegt nur bei Rußland, nicht bei den Zentralmächten" (32, 4. 2.).

Bisher waren die rechtsliberalen Blätter der Ansicht gewesen, Trotzki werde schon einlenken, er habe keinen anderen Ausweg, jetzt sahen sie ein, daß er überhaupt nicht an den Frieden dachte. Mit Rücksicht auf den Westen aber konnten sie sich nicht dazu entschließen, ein schärferes Auftreten der Delegierten der Mittelmächte in Brest-Litowsk zu fordern. So blieb nichts anderes übrig, als für den raschen Friedensschluß mit der Ukraine einzutreten, der Trotzki vielleicht zur Annahme der Bedingungen zwingen konnte. „Ein Friedensschluß mit der Ukraine, das wäre ein Sieg, ebenso wichtig wie ein Erfolg auf den Schlacht-

feldern, ein unblutiger Sieg, die Vernichtung der Blockade" (N. Fr. Pr. 19200, 6. 2. M.).

Die linksliberalen Organe vollzogen in diesen Tagen eine deutliche Schwenkung. Die Erkenntnis kam allerdings reichlich spät. Die „Zeit" schrieb am 5. Februar (5517), es sei fraglich, ob die Fortsetzung der Verhandlungen überhaupt noch einen Erfolg verspreche. Am nächsten Tage (5518, 6. 2.) meinte das Blatt, Trotzki marschiere auf den Frieden los mit einem Schritt vorwärts und mit zwei Schritten rückwärts. Er wolle „anscheinend" warten, bis alle Welt bolschewistisch sei. „Vor lauter Sicherungen für den Frieden des Jahres 2000 kommt man mit ihm zu keinem Frieden für das Jahr 1918". Trotzki sei allmählich durch seine Prinzipienreiterei zum Friedenshindernis geworden. Die Friedensverhandlungen seien nichts anderes als ein „geistiger Schauringkampf". Sie empfahl ebenfalls den Abschluß mit der Ukraine.

Die A. Z. konnte einen derartigen Stellungswechsel naturgemäß nicht mitmachen. Sie sah sich immer mehr in die Defensive gedrängt und versuchte nachzuweisen, daß Trotzki den Frieden wolle. Fünf Gründe sprachen nach ihrer Ansicht dafür: 1. die neue Regierung habe sofort Friedensverhandlungen eingeleitet, 2. Trotzki habe in der Verlegungsfrage nachgegeben, 3. Rußland habe auf seine Randgebiete verzichtet, falls der Wille dieser Völker sich dahin ausspreche, von Rußland getrennt zu werden, 4. Trotzki brauche den Frieden, sonst verliere er die Macht im Innern, 5. Rußland habe keine kampffähige Armee mehr (37, 9. 2.). Sie sah auch weiterhin in den Mittelmächten das Friedenshindernis, da diese das Randstaatenproblem nicht so behandelten, wie sie es versprochen hätten. Besonders schwierig war es für sie, die Bemühungen der Mittelmächte, mit der Ukraine zum Abschluß zu kommen, zu hintertreiben. Stand einerseits ein Friede mit wenigstens einem der Gegner in Aussicht, wie die A. Z. ihn in dreieinhalb Kriegsjahren immer wieder gefordert hatte, so entsprach er andererseits doch nicht den Wünschen der A. Z., da durch ihn Trotzki eventuell zum Nachgeben gezwungen werden konnte. Diese Gefahr aber mußte beseitigt werden. Sie wandte sich daher mit aller Entschiedenheit gegen etwaige Versuche der Mittelmächte, sich in den inneren Kampf der Ukraine einzumischen. „Man bedenke nur, was es für die Zukunft für Folgen hätte, wenn die Trennung der Ukraine von Rußland nicht als selbständige Tat des ukrainischen Volkes, sondern als eine Folge unseres Eingreifens erschiene". Wenn schon der Friede mit der Ukraine geschlossen werde, so dürfe er niemals zum Abbruch der Verhandlungen mit Rußland führen (35, 7. 2.).

Die christlich-sozialen und die Rechtsblätter nahmen ähnlich wie die rechtsliberalen Organe den Gedanken eines ukrainischen Friedens freudig auf. Immer stärker wurden bei ihnen in diesen Tagen die Stimmen, die eine sofortige Beendigung der Verhandlungen forderten, wozu ihnen das Verhalten der Bolschewisten in Rußland die besten Argumente lieferte. „Das Selbstbestimmungsrecht, von dem die russischen Umsturzproklamationen voll sind, entpuppt sich in der bolschewistischen Wirklichkeit als das ‚Recht', daß die Herren Lenin-Zederblum und Trotzki-Braunstein über die Völker ‚selbst bestimmen'". „Die mit großem Tam-

tam ausgerufene Entlassung nichtrussischer Völker in die Freiheit der selbstherrlichen Verfügung machen sie auf höchst einfache Weise rückgängig, indem sie den neuen, unabhängigen Republiken den roten Hahn aufs Dach setzen und sich von den Brandstiftern Anhänglichkeit an Petersburg geloben lassen", schrieb die R. P. (50, 31. 1.). Einige Tage darauf (54, 4. 2.) meinte sie: „Es fragt sich heute fast schon, ob die Fortsetzung der Verhandlungen mit Herrn Trotzki nicht die Verhinderung des Friedens bedeutet, da der Schein, als der von den Mittelmächten anerkannte Unterhändler den Frieden zu erwirken, dem Bolschewikentum das Leben verlängert und es in den Stand setzt, Völker, die sich vom Kriege losgesagt haben, wie Finnland und die Ukraine, dem Frieden künstlich fernzuhalten". „Wollte man fortfahren, sich von Trotzki hinhalten zu lassen, so würde man sich dadurch den Weg zu einem sicheren Frieden mit einem großen Teile Rußlands verstellen". Ebenso verlangte das Dt. V. B. nach einer eingehenden Schilderung der Schreckensherrschaft der Bolschewisten in Finnland und der Ukraine, durch welche die bisherige Verhandlungsgrundlage zerstört sei, die Beendigung der Verhandlungen (10448, 5. 2.). Am 9. Februar (10452) bemerkte die Zeitung, der Friede mit der Ukraine müsse kommen. „Hoffentlich würde dann General Hoffmann sofort Fraktur mit diesen Herren (den Bolschewisten) sprechen, weil diese Tonart allein den verbohrten Doktrinären verständlich zu sein scheint".

Die Presse war noch vollkommen damit beschäftigt, Vorschläge und Gegenvorschläge bezüglich der Rußland und der Ukraine gegenüber zu verfolgenden Politik zu machen, als am 9. Februar ganz überraschend die Nachricht von der Unterzeichnung des ukrainischen Friedens nach Wien kam. Es ist nur zu natürlich, daß die Presse diesen ersten Friedensschluß des Weltkrieges begeistert begrüßte. Neue Perspektiven eröffneten sich, noch waren die günstigen Folgen kaum abzusehen. Allgemein war die Ansicht der liberalen Presse, der Versuch der Entente, die Mittelmächte durch den Hunger niederzuzwingen, sei nun gescheitert. Sie gelangte zu einer Überschätzung der aus der Ukraine zu erwartenden Getreidemengen und sah nicht die noch im Wege stehenden Schwierigkeiten. Die N. Fr. Pr. würdigte den Frieden dahingehend, daß sich nun der Ausblick auf die Sprengung der Blockade eröffne. Große Lebensmittelzufuhren seien zu erwarten (19203, 9. 2. A.). Die „Zeit" schrieb: „Der Friede mit ihr (der Ukraine) macht das Loch in der Aushungerungsfront unserer Gegner noch weiter als das in der militärischen Umklammerung" (5522, 10. 2.). Nur das N. W. J. hielt mit seinen Erwartungen zurück. Inwieweit sich die Hoffnung auf Erleichterung der Lebensmittellage erfüllen werde, lasse sich nicht beurteilen (8719, 10. 2.).

Im übrigen ist auch die allgemeine politische Bedeutung des Vertrages stark überschätzt worden. Weder wurde er, wie die „Zeit" und das N. W. J. hofften, zu einem ersten Schritt auf dem Wege zum Weltfrieden, noch war Rußland zum Nachgeben bereit. Es sollte sich im Gegenteil bald zeigen, wie die Bolschewisten den Schlag parierten. Nur bezüglich Rumäniens trafen die Vorraussagen ein. Es sah sich zum Frieden gezwungen. Recht bemerkenswert war, daß in keinem der liberalen Blätter der Gedanke aufkam, der Friede mit der Ukraine sei wertlos,

wenn die Mittelmächte nicht Maßnahmen zu seiner Sicherung ergreifen würden. Sie glaubten in seiner Unterzeichnung schon die Gewähr dafür zu besitzen, daß er gesichert sei und daß die Unterhändler der Mittelmächte schon wüßten, wie es mit der Macht der Rada stünde.

Auch die A. Z. konnte sich der allgemein herrschenden Freude über den Frieden mit der Ukraine nicht entziehen. Sie sah ebenfalls in dem Abschluß mit der Ukraine den Weg zum allgemeinen Frieden geebnet: „Und ist es auch nur einer aus der Reihe unserer Gegner, der den Krieg gegen uns beendet hat, so klammern sich doch Millionen gequälter Menschen an die Hoffnung, daß der erste Friedensschluß der Anfang vom Ende des blutigen Krieges sein werde" (38, 10. 2.). Sie stellte in Bezug auf die Getreideeinfuhr aus der Ukraine dieselbe Prognose wie der größte Teil der liberalen Presse auf. Auch Rumänien werde den Krieg nicht fortsetzen können. Die Gefahr, die für sie darin bestand, daß Trotzki Frieden schließen müßte, suchte sie abzuwenden. Sie lehnte jedes bewaffnete Eingreifen in der Ukraine ab. Ihr war es recht, wenn dieser Friede durch die Inaktivität der Mittelmächte seinen ganzen Wert wieder einbüßen würde, wenn nur den Bolschewisten nichts geschähe. Sie schrieb, eine ernste Sorge sei nur, ob die Rada sich halten werde. Sonst sei der Friede ein verlorenes Stück Papier. Die Mittelmächte hätten keine Veranlassung, sich in den russischen Bürgerkrieg einzumischen. Das würde dem Abschluß des Friedens mit Rußland nur im Wege stehen. „Wenn der Friedensschluß mit der Rada zum Hindernis würde, den Frieden mit anderen feindlichen Staaten zu schließen, würden die Völker den Staatsmännern, die den ersten Friedensvertrag unterzeichnet haben, keinen Dank wissen".

Nicht so zuversichtlich wie die liberale Presse äußerten sich die christlich-sozialen und die Rechtsblätter, obwohl auch sie ihre Freude über den Frieden erkennen ließen. Die moralische Wirkung auf die Völker der Mittelmächte werde groß sein, denn die Umklammerung sei nun gesprengt, meinte die R. P. (64, 9. 2.), während die O. R. schrieb (33, 10. 2.): „Wir freuen uns aufrichtig der Tatsache dieses bedeutsamen Friedensschlusses". Dennoch konnten sich die Blätter nicht dazu entschließen, die Wirkung des Friedens auf Trotzki als günstig zu beurteilen, und die O. R. hob hervor, die nächsten Tage würden erweisen, ob Trotzki nun einlenken oder sein listiges Doppelspiel fortsetzen werde. In der R. P. kamen sogar Bedenken ob der Friede ohne Sicherung nicht wertlos sei. „Es rechnen die Völker der Mittelmächte mit Zuversicht darauf, daß die Regierungen und deren Vertreter in Brest-Litowsk mit eiserner Entschiedenheit jeder gegen den Frieden gerichteten Machenschaft Trotzkis entgegentreten und daß die erste Friedensfront, die wir errungen haben, mit derselben Entschlossenheit gesichert werden wird wie die verschiedenen Kampffronten des Weltkrieges" (65, 10. 2.).

Die Ereignisse überstürzen sich indessen. Am 10. Februar veröffentlichte das k. k. Telegraphenbüro die Erklärung Trotzkis über die Beendigung des Kriegszustandes. In Schlagzeilen brachten die Blätter teils am 11., teils am 12. Februar die Nachricht hierüber und bezeichneten allgemein diese einseitige Erklärung als den Frieden mit Rußland. Die liberalen Blätter glaubten nun, in ihrer Voraussage recht gehabt zu

haben, daß die Bolschewisten Frieden schließen würden, und die Rechtspresse versuchte ihre bis dahin gehegten Zweifel als nicht geäußert zu betrachten. Das Ziel der Bolschewisten, durch die Erklärung Trotzkis die Mittelmächte zur Weiterführung des Krieges gegen Rußland zu veranlassen, die dann vielleicht durch die Arbeiter der Mittelmächte verhindert werden würde, blieb der Presse vorerst verborgen. Allgemein war der Eindruck, daß Rußland den Frieden haben müsse und dahinter jetzt nach den langen, ergebnislosen Verhandlungen jede andere Erwägung der Bolschewisten, wie die Entfesselung der Revolution bei den Mittelmächten, zurücktreten werde. Trotzki sei die Initiative aus der Hand geglitten. Diese irrtümliche Auffassung der liberalen und der Rechtspresse hatte ihre Wurzel in den amtlichen Erklärungen, die ebenfalls vom Frieden mit Rußland sprachen. Czernin glaubte ebenso wie Kühlmann an die Beendigung des Krieges im Osten. Die N. Fr. Pr. meinte am 11. Februar (19205 N.), der Friede von Brest-Litowsk sei die militärische und politische Flankenentlastung der Monarchie und des Deutschen Reiches. Man brauche sich die Genugtuung über den Ausgang des Krieges nicht durch die Form verkümmern lassen, die Rußland gewählt habe, wenn auch ein Friede ohne Friedensvertrag gewiß die kühnste Neuerung im Völkerrecht sei. Die Zeitung sah die Gründe für das Vorgehen Trotzkis darin, daß die Hoffnung, die die Bolschewisten auf die Massenstreiks bei den Mittelmächten gesetzt hätten, sich nicht erfüllt hätten. Ebenso sei der Feldzug gegen die Ukraine mißlungen. „Nach dem Frieden mit der Ukraine konnte Rußland nicht anders handeln". Lenin und Trotzki hätten nun die Politik der Schwärmerei beendet. Das N. W. Tg. schrieb: „Der Friede soll nicht an einem fehlenden Stück Papier scheitern". Die noch zu lösenden Fragen könnten ruhig den berufenen Stellen überlassen werden (40, 12. 2. A.). Auch die „Zeit" bemerkte, Trotzki habe aus den dialektischen Schlingen und Netzen, die er selbst aufgestellt habe, nach dem ukrainischen Frieden keinen anderen Ausweg gefunden. Die Mittelmächte würden nun keine Schwierigkeiten machen, sich anstatt eines großen Hauptvertrages mit ein paar Nebenverträgen zu begnügen. Vorsichtiges Abwarten sei jedoch geboten (5524, 12. 2.). Freudiger begrüßte das N. W. J. (8721, 12. 2.) die Erklärungen Trotzkis. „Mögen die Formalisten auch noch soviel Stoff zu Deutungen und Erklärungen darin finden, daß die Zentralmächte ohne Friedensvertrag vor der vollendeten Tatsache des Friedens stehen, das Volk selbst nimmt diese Tatsache zur Kenntnis".

Für die A. Z. war es recht schwierig, zu der bolschewistischen Erklärung vom 10. Februar Stellung zu nehmen. Eine ganz offene Darlegung der Trotzkischen Ziele war nicht möglich. Sie schrieb am 11. Februar (39), der Friede sei jetzt da. Er sei das Werk Trotzkis, der mit einem einzigen Hiebe das Gewebe der Schwierigkeiten durchschnitten habe. Am nächsten Tage (40, 12. 2.) meinte sie jedoch, es seien noch viele Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Trotzki habe nicht anders handeln können, da seine Gegner nicht zu einem Friedensvertrage bereit gewesen seien, der den bolschewistischen Grundsätzen entsprochen habe. Es habe ihm an Macht gefehlt, diese durchzusetzen. Nun sei es die Aufgabe der Demokratie in Deutschland und Österreich-Un-

garn, dem unverfälschten Selbstbestimmungsrecht in den Randgebieten zum Durchbruch zu verhelfen.

Die R. P. sah wie die liberale Presse in der Erklärung Trotzkis den Beweis, daß dieser habe nachgeben müssen. Seine Stellung sei unhaltbar geworden. „Was die Friedensverhandlungen zu leisten gehabt hätten, das wird jetzt außerhalb von Brest-Litowsk stückweise zu sammeln sein". Doch sei der Friede nun ziemlich sicher (66, 11. 2.). Im Dt. V. B. schrieb „ein österreichischer Diplomat" am 12. Februar (10455), selbst der Berufspessimist könne sich jetzt nicht dem Gefühl der Befriedigung entziehen. „Im großen Ganzen kann wohl gesagt werden, daß uns die neue Situation Rußland gegenüber nur Vorteile bringt und uns in der Hauptsache freie Hand läßt". Auch die O. R. meinte am 12. Februar (34), der Friede im Osten sei im wesentlichen hergestellt. „Nun haben sich die Bolschewisten der Kraft unserer Waffen beugen müssen". Damit sei ihnen selbst, die sie darauf verzichten müßten, die Revolution an die Spree und an die Donau zu tragen, wie auch der Entente ein schwerer Schlag versetzt worden.

6. Die Stellungnahme nach dem Abbruch der Friedensverhandlungen.

Die ersten Tage nach dem ukrainischen Frieden und der Erklärung Trotzkis über die Beendigung des Kriegszustandes standen in der Wiener Presse ganz im Zeichen der Freude über das erzielte Ergebnis. Sie sah der Weiterentwicklung mit Ruhe und Gelassenheit entgegen und glaubte, daß die Mittelmächte bald zu einem festen Übereinkommen mit Rußland gelangen würden. Besonders aber durch den Abschluß des Vertrages mit der Ukraine glaubte ein großer Teil der Presse, es sei nun die Gewähr gegeben für eine erhebliche Besserung der Lebensmittellage der Mittelmächte. Sie übersah dabei, daß die Macht der Rada fast gänzlich geschwunden war und daß demzufolge ein Eingreifen in der Ukraine notwendig sein werde, welches das Verhältnis zu Großrußland wieder verschlechtern konnte, selbst wenn es nicht zu einer Aktion gegen dieses kommen würde. Auch die territorialen Bestimmungen des ukrainischen Vertrages, insbesondere die Angliederung des Cholmer Landes an die Ukraine, fanden nicht die genügende Beachtung der Presse. (Die Bestimmungen über Ostgalizien blieben als Geheim-Annex der Presse selbstverständlich unbekannt). Erst als die Polen schärfstens gegen die Bestimmungen protestierten, nahm sie sich dieser Angelegenheit an und verurteilte ein solches Vorgehen. So erklärte die N. Fr. Pr. am 15. Februar (19209 M.): „Das polnische Volk hat durch die Blutopfer der verbündeten Armeen die Stunde der Erlösung gesehen. Nach solchen Begebenheiten wäre es nicht besonders anspruchsvoll zu verlangen, daß die Polen den österreichischen Staat wegen einer Frage, in der die Monarchie mit dem Willen aller Verbündeten zu rechnen hatte, nicht in krisenhafte Zustände drängen". Das N.W.Tg. schrieb am 20. Februar (48) über das Manifest des Polenklubs, gehässiger könne auch der Feind nicht sprechen. Scharf urteilte auch die „Zeit": „Nie ist eine politische Krise mutwilliger heraufbeschworen worden". Die österreichische Politik soll vergiftet, das österreichische Parlament soll erdrosselt werden, um einer

Sache willen, die allem österreichischen Denken und Empfinden vollständig fernliegt und fremd ist?" (5526, 14. 2.). Auch das N. W. J. warf den Polen vor, sie seien vollständig von der politischen Räson verlassen, und riefen durch ihr Verhalten Zweifel an ihrer politischen Urteilsfähigkeit hervor (8724, 15. 2.).

Dieser Verurteilung der polnischen Politik schloß sich auch die Rechtspresse an. Die R. P. bemerkte, den Polen sei niemals das Cholmer Gebiet zugesagt worden. Sie hätten nichts getan zum Aufbau einer polnischen Armee und eines polnischen Staates. Kein Mensch außer den Allpolen würde es verstehen, wenn wegen dieser Frage der Friede nicht zustande gekommen wäre (67, 12. 2.). Ähnlich schrieb das Dt. V. B. am 14. Februar (10457), es schiene beinahe so, als ob der Krieg um der polnischen Ansprüche willen fortgesetzt werden solle. „Man kann sich wohl kaum etwas Undankbareres vorstellen als das jetzige Verhalten der österreichischen Polen bezw. ihrer Vertreter im Reichsrat". Die O. R. meinte am 17. Februar (39): „Ein Unrecht ist den Polen nicht geschehen, es wurde lediglich den Ukrainern das von ihnen geforderte Recht gegeben".

Die A. Z. war das einzige Blatt, daß den Polen ein begrenztes Maß von Verständnis entgegenbrachte. Der Vertrag habe einen Fehler, so bemerkte sie am 14. Februar (42), und das sei die völlige Ausscheidung der Polen bei seinem Zustandekommen gewesen. Diese aber sollten sich beruhigen. Bei Österreich-Ungarn fänden sie den sichersten Schutz gegen den Imperialismus Deutschlands, der das Land annektieren wolle.

Das hauptsächlichste Interesse galt natürlich in diesen Tagen der weiteren Entwicklung des Verhältnisses der Mittelmächte zu Rußland und zur Ukraine. In einigen Blättern waren schon am 12. Februar Bedenken aufgestiegen, ob der durch Trotzki geschaffene Zustand tatsächlich den Frieden bedeute. Am folgenden Tage kamen dann Nachrichten von der Schreckensherrschaft der Bolschewisten in Rußland und in den von ihnen besetzten Randgebieten nach Wien. Es erwies sich, daß der Vertrag mit der Ukraine ein wertloses Stück Papier war, da die Rada jetzt ihre ganze Macht verloren hatte. Zugleich tauchten Meldungen auf, daß Deutschland der Entwicklung der Dinge nicht tatenlos zuschauen wolle. So kam es zu einer ernsteren Beurteilung der Lage in der gesamten Presse. Während die N. Fr. Pr. und das N. W. Tg. allerdings noch eine gewisse Zurückhaltung bewahrten, fand die R. P. gegenüber Trotzki die schärfsten Worte. Dieser wolle nur Unheil stiften, so schrieb sie, und aus dem jetzigen Zustand Nutzen ziehen. „Das entspringt . . . dem Wesen Trotzkis, das, vielleicht ein Familienerbstück, aus den Diplomatenkünsten eines jüdischen Pferdehändlers und eines zugleich in Hausse und Baisse spekulierender Börsenbesucher zusammengesetzt ist" (69, 13. 2.).

Die nächsten Tage brachten nur hinsichtlich der Stellung Deutschlands eine Klärung. Das Reich marschierte und war fest entschlossen, dem Bandenunwesen in den Randgebieten mit allen seinen furchtbaren Folgen für die Bevölkerung zu steuern, zugleich aber auch das Getreide aus der Ukraine vor der Vernichtung zu bewahren. Noch am 15. Februar (19209 A.) hoffte die N. Fr. Pr.: „Vermutlich werden auch Lenin und Trotzki einsehen, daß die Art, wie sie die Beendigung des Kriegs-

zustandes durchführen, dringend einer Änderung bedarf", dann aber gab sie am nächsten Tage die Hoffnung auf und meinte, Deutschland sei im Recht, wenn es gegen Trotzki marschiere (19210), und auch das N.W.Tg. bemerkte, es sei Trotzkis eigene Schuld, wenn Deutschland den Krieg wieder begänne (44, 16. 2.).

Noch größere Unterstützung fand die deutsche Politik in der Rechtspresse. Die R. P. gab zu, daß sie selber zunächst auch daran geglaubt habe, im Osten sei der Krieg beendet. Jetzt aber sei es deutlich geworden, daß Trotzki den vertragslosen Zustand nur geschaffen habe, um alle militärischen Kräfte umso besser gegen die Ukraine und die Randstaaten einsetzen zu können. Deutschlands neue Aktion sei berechtigt (75, 16. 2.). Ebenso verteidigte das Dt. V. B. das Vorgehen des Reiches, welches im Interesse der Menschlichkeit erwünscht sei (10459, 16. 2.). Die O. R. triumphierte, General Hoffmann habe gesiegt, die O. H. L. denke nicht kosmopolitisch, sondern deutsch (40, 19. 2.).

Der Kampf um die Beteiligung oder Nichtbeteiligung Österreich-Ungarns hob nun an. Die Regierung konnte sich vorerst aus scheinbar wichtigen innenpolitischen Gründen nicht für einen Einmarsch von k. u. k. Truppen in die Ukraine entschließen, hatte sich aber in ihren amtlichen Verlautbarungen die endgültige Entscheidung noch vorbehalten. Die Presse drang auf eine endgültige Regelung je nach der politischen Richtung für oder gegen den Einmarsch. R. P., Dt. V. B. und O. R. verlangten immer deutlicher daß Österreich-Ungarn marschiere, während die linksliberale Presse und die A. Z. diesem Plan schärfsten Widerstand entgegensetzten.

Die A. Z. schrieb: „Wenn sich Deutschland zu einem neuen Kriege entschließt, darf und wird Österreich dabei nicht mittun" (44, 16. 2.). Ein neuer Krieg führe nur zu neuer Feindschaft mit dem russischen Volk. Die Zeitung wandte sich im Anschluß daran in scharfer Form gegen Deutschland.

Auch die linksliberale Presse trat gegen den Plan, in die Ukraine einzumarschieren auf. „Die öffentliche Meinung, wenigstens in Österreich-Ungarn, würde in Ermangelung eines formalen Vertragszustandes auch mit einem bloß faktischen Friedenszustand vorlieb nehmen und fände dies um so weniger bedenklich, als ja gleichzeitig die Demobilisierung des russischen Kriegsheeres angeordnet wurde" („Zeit" 5528, 16. 2.).

Doch bald mußte auch die linksliberale Presse die Notwendigkeit einer Intervention in den Randgebieten anerkennen. Die Tatsachen sprachen eine zu deutliche Sprache. So entschloß sich das N. W. J. am 17. Februar (8726) zu der Erklärung, das Lenin und Trotzki selber Schuld seien, wenn Deutschland sich gezwungen sähe, den anarchischen Zuständen in den Randgebieten ein Ende zu bereiten. Sie sah sehr pessimistisch in die Zukunft: „Die Nachricht von der Beendigung des Waffenstillstandes wirft trübe Schatten auf den Horizont, der durch den Abschluß des Friedens mit der Ukraine sich so freundlich aufzuhellen schien".

Indessen hatte der deutsche Vormarsch am 18. Februar eingesetzt. Die Aufnahme in der Wiener Presse war durchwegs eine günstige. Da schon am 19. Februar die Bolschewisten die Bedingungen annahmen, schien der Friede sicher. Die N.Fr.Pr. berichtete am 20. Februar (19214 A.)

von der Annahme der Bedingungen durch die Bolschewisten und meinte, die russische Regierung habe sich nunmehr zu einer ruhigeren Auffassung entschlossen. Die Grundbedingungen könnten als gesichert angesehen werden, außerdem sei der Ukraine geholfen worden. Auch das N. W. Tg. glaubte am 20. Februar (48 A.), die Lage im Osten habe eine erfreuliche Wendung genommen. Die Bolschewisten hätten nun erkannt, daß es nützlich sei, Frieden zu schließen. „Wir freuen uns aufrichtig dieses raschen Erfolges einer Politik der Tat". Eine wesentliche Verschiebung der Gesamtgrundlage der Verhandlungen, so meinte die Zeitung am 21. Februar (49), werde nicht eintreten. Die Mittelmächte würden ihrem Programm vom 12. Dezember 1916 treu bleiben und einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen schließen.

Den linksliberalen Organen kam der Vormarsch sichtlich ungelegen. Sie konnten ihn aber nicht verhindern. Der Meinungsumschwung ging bei ihnen nur langsam vor sich. Die „Zeit" bemerkte, das Vorgehen der russischen Regierung zeuge weder von Klugheit, noch von Würde. Sie hätte besser getan, den ihr angebotenen Frieden rechtzeitig anzunehmen, als sich durch militärischen Druck zwingen zu lassen (5532, 20. 2.), und das N. W. J. meinte, der Rückzug lasse die Hoffnung aufkommen, daß bei den Bolschewisten die Vernunft gesiegt habe (8730, 21. 2.).

Die ganze liberale Presse aber glaubte nun, der deutsche Vormarsch sei beendet und werde nicht fortgesetzt werden. Die Grundlagen des Friedens würden keine Veränderung erfahren. Wenn sich schon eine friedliche Verständigung mit den Bolschewisten als unmöglich erwiesen hatte, so sollte doch wenigstens das Prinzip der Annexionslosigkeit gewahrt werden. Ein weiterer Vormarsch nach der Annahme der Bedingungen durch Rußland am 19. Februar aber würde zu einem Siegfrieden führen, den die liberale Presse nach ihrer ganzen bisherigen Haltung ablehnen mußte. Sie glaubte jetzt, am 20. und 21. Februar, den Frieden gesichert und die Ukraine vor den bolschewistischen Banden gerettet. Die Folge war, daß sie sich der Mühe enthoben sah, die ukrainische Angelegenheit weiter zu verfolgen, in der die Regierung eine Politik des Schwankens eingeschlagen hatte, die es der Presse schwer machte, eine klare Linie zu sehen.

Während die A. Z. sich in diesen ersten Tagen des deutschen Vormarsches nicht äußerte, nahm die christlich-soziale und die Rechtspresse um so eifriger zu den Ereignissen Stellung. Die R. P. schrieb, der deutsche Vormarsch sei das kürzeste Verfahren, um zum Frieden zu gelangen (82, 20. 2.). Jetzt könne man mit dem baldigen Abschluß rechnen. Das Dt. V. B. erklärte am 21. Februar (10464), der Friede sei nur eine Machtfrage und hätte gleich vom 10. Januar an als eine solche behandelt werden müssen. Er werde ausschließlich die Frucht der militärischen Siege sein. Die O. R. meinte am 22. Februar (43) über das Verhalten der Bolschewisten, diese hätten sich auf die bewährte Weisheit besonnen, daß Vorsicht der bessere Teil der Tapferkeit sei. Die Zeitung vertrat die Ansicht, daß der Vormarsch nicht eher zum Stillstand kommen dürfe, als nicht „Bronstein und Sobelsohn" (Trotzki und Radek) bewiesen hätten, daß sie tatsächlich friedensgeneigt seien. Neben den

bisherigen Bedingungen müsse die restlose Räumung Livlands, Estlands, Finnlands und der Ukraine verlangt werden.

Die O. R. behielt recht, die O. H. L. setzte den Vormarsch ungehindert fort und stellte schärfere Bedingungen, die am 27. Februar in Wien bekannt wurden. Sie entsprachen in keiner Weise den Forderungen der liberalen Presse, die nun die Prinzipien des annexionslosen Friedens vollkommen aufgab. Die N. Fr. Pr. schrieb am 27. Februar (19221 M.), jetzt sähe man den Schaden, den die russische Diplomatie Rußland zugefügt habe. Im Osten werde jetzt Raum geschaffen für den Überschuß des deutschen Volkes. „Ein Element ewiger Ruhelosigkeit ist ausgeschaltet, ein Alpdruck von uns genommen und eine Macht bis ins Innerste getroffen, die geradezu der Fluch Europas war und alle Schonung und alle Rücksicht in immer steigender Verwegenheit mißbrauchte". Auch die linksliberale Presse war eingeschwenkt in die Reihe derjenigen, welche die Politik der O. H. L. verteidigten. Das N. W. J. bemerkte (8736, 27. 2.), die Bedingungen seien die eines deutschen Friedens, aber auch zugleich die eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen. In ihnen sei alles enthalten, was die Interessen der Monarchie und ihrer Verbündeten erforderten. Bemerkenswert für den Stellungswechsel der linksliberalen Presse war die Bemerkung, der Verzicht auf die Agitation sei ein „Hieb, der die Bolschewiki ins Mark ihrer Bestrebungen" treffe.

Die Rechtspresse begrüßte das Ultimatum und zeigte ihre Genugtuung, daß die O. H. L. sich jetzt endlich durchgesetzt hatte. Die R. P. schrieb am 27. Februar (94), alle freiheitlich gesinnten Menschen müßten aufjubeln nach der endlichen Zerstörung des russischen Kolosses, und die O. R. bemerkte am 1. März (49), daß es zu einem Ultimatum gekommen sei, kennzeichne die eingetretene Verschiebung der Lage. Jetzt habe sich Trotzki durch seine eigene Schuld den Frieden vorschreiben lassen müssen. „Der Friede bringt die vollen Voraussetzungen für die Sicherung unserer und des Deutschen Reiches Grenzen im Osten. Jetzt kann der Friede, soweit der Osten in Betracht kommt, erst als dauernd erklärt werden".

Nur die A. Z. lehnte die deutschen Bedingungen schroff ab. Sie könne des Friedens mit Rußland nicht froh werden. Er sei kein Verständigungsfriede und erfülle das russische Volk mit allen Leidenschaften der Rachsucht. Sie malte die Zukunft in den düstersten Farben. „Der Wortlaut des Friedensultimatums wird nicht bald vergessen werden, denn jedes Wort dieses weltgeschichtlichen Dokumentes werden unsere Kinder und Enkel mit schweren Opfern an Gut und vielleicht an Blut bezahlen müssen" (55, 27. 2.).

Die rasche Annahme der Friedensbedingungen durch die Bolschewisten am 19. Februar, einen Tag nach Beginn des deutschen Vormarsches, hatte in der Presse zu der Ansicht geführt, daß nun die Ukraine gerettet sei. In den nächsten Tagen verstummte daher jede Debatte über ein eventuelles Eingreifen Österreich-Ungarns. Erst als die Deutschen ihren Vormarsch fortsetzten und sich zeigte, daß der Bandenkrieg in der Ukraine keineswegs ein baldiges Ende finden werde, wurden auch in der Presse wieder Stimmen laut, die sich mit der

ukrainischen Frage beschäftigten. Die Gefahr, von Deutschland bei der Verteilung der Getreidevorräte übergangen zu werden, wurde täglich größer. Die N. Fr. Pr. trat am 25. Februar (19219 N.) für ein Eingreifen ein und tadelte die bisherige Zurückhaltung der Regierung in dieser Angelegenheit. Für die Bevölkerung stünden die Nahrungsbedürfnisse im Vordergrund. „Die Tatsache, daß der Staat, der so viele Ursachen hat, die Lebensmittel rasch zu vermehren, die Unterstützung der Ukraine dem Staate überläßt, der diesen Zwang immerhin weniger empfindet, ist bisher durch die Mitteilungen innerhalb und außerhalb des Parlamentes nur unzureichend erklärt worden".

Die R. P. schrieb am 26. Februar (91), der Reichskanzler habe erklärt, daß Deutschland zur Sicherung der Getreidevorräte in der Ukraine einmarschiert sei. „Das ist ein Interesse, das auch uns unmittelbar angeht, oder wäre es für uns weniger gering, weil wir das Brot aus der Ukraine noch mehr brauchen als Deutschland?". Es sei nicht ersichtlich, warum von österreichisch-ungarischer Seite nichts geschehen sei. Ebenso trat das Dt. V. B. für eine Intervention in der Ukraine ein (10470, 27. 2.). „Bei uns wollen Dr. Adler und Genossen es unseren Truppen wehren, die Erfüllung des Vertrages mit der Ukraine, der ein Brotfriede ist, zu garantieren, und sie verweigern außerdem die für die Verteidigung des Vaterlandes notwendigen Kredite". In der O. R. polemisierte am 27. Februar (47) der Reichsratsabgeordnete Dr. Heinrich v. Oberleithner gegen die Nichtbeteiligung der Monarchie. Es sei das unmöglich Scheinende eingetreten, daß Österreich-Ungarn nicht mitmarschiere, während man sich in Deutschland von vornhinein darüber klar gewesen sei, daß man marschieren müsse, wenn der Friede gesichert werden solle. „Eine widerspruchsvolle, verblendete, sinnlose Parteipolitik hat gegen diese Aktion . . . . ihr Veto eingelegt, und eine allzu nachgiebige Regierung hat sich diesem Veto gefügt".

Widerspruch gegen die Beteiligung der Monarchie fand sich außer in der A. Z. nur noch in der „Zeit" (5536, 24. 2.). Sie gab ihrer Ablehnung eine merkwürdige Begründung. Deutschland, so meinte sie, könne das Getreide allein sichern, Österreich-Ungarns Beteiligung sei nicht notwendig.

Am 28. Februar erfolgte endlich nach langem Zögern der österreichisch-ungarische Einmarsch in die Ukraine. Die N. Fr. Pr. ließ nun ihre Genugtuung erkennen. Sie schrieb, der Einmarsch sei keine Kriegshandlung, sondern ein Gebot der Nächstenliebe. Darüber hinaus spreche aber auch der Verstand mit. „Sollen wir zulassen, daß die Getreidevorräte fast vor unseren Augen von der roten Garde vernichtet werden?" Niemand habe recht begriffen, warum die Monarchie nicht schon früher einmarschiert sei. Die Nahrungspolitik dürfe nicht unter den Rücksichten auf die Budgetpolitik leiden (19222, 28. 2.). Auch das N. W. Tg. meinte, der Einmarsch in die Ukraine werde von weiten Kreisen der Bevölkerung durchaus gebilligt (57, 1. 3. A.). Die „Zeit" dagegen konnte dem Entschluß nicht restlos zustimmen. Nur ein kleiner Teil der öffentlichen Meinung sei für den sofortigen Einmarsch gewesen und habe so getan, „als ob es dort um die schönsten Lorbeerreiser ginge". Es sei eine kindliche Vorstellung gewesen zu glauben, daß die Monarchie bei der Ge-

treideverteilung zu kurz kommen werde. Diese Aufteilung werde nicht durch ein Wettrennen entschieden, sondern nach einem festen planmäßigen Übereinkommen. Wenn es jetzt dennoch zum Einmarsch gekommen sei, so sei weniger heldenmäßige Begeisterung angebracht, als Beklemmung über diesen neuen Feldzug, der über die notwendige militärische Hilfe hinaus weiterführen könne (5541, 1. 3.).

Während die A. Z. sich nicht angesichts der bei ihr entstandenen Verbitterung über die Rußland gestellten Bedingungen äußerte, rief die R. P. am 1. März (97): „Endlich bekommt die Vernunft doch ihr Recht". Es sei ein schmerzlicher Zeitverlust, daß nun erst zur Ausführung eines Unternehmens geschritten werde, das vor acht Tagen schon genau so unerläßlich gewesen sei wie jetzt. Die Zeitung hob dann die peinliche Wirkung hervor, die das zögernde Handeln in den Meinungen des feindlichen und neutralen Auslandes hervorgerufen habe.

7. Die Stellungnahme zur Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Die gesamte Wiener Presse mit Ausnahme der A. Z. hat die Unterzeichnung des Friedensvertrages vom 3. März verständlicherweise mit einem freudigen Aufatmen begrüßt, und vor allem der allgemeinen politischen Bedeutung des Friedensvertrages ihre Aufmerksamkeit zugewandt. Die N. Fr. Pr. beschäftigte sich mit dem Zusammenbruch der historischen russischen Balkanpolitik, womit Österreich-Ungarn jetzt freie Hand im Südosten Europas habe, kam dann auf die Verdrängung Rußlands aus Polen und den baltischen Gebieten zu sprechen und faßte das Ergebnis des Friedensvertrages in folgende Worte zusammen: „Eine solche Zertrümmerung kennt die Weltgeschichte kaum" (19227, 5. 3. M.). Ähnlich äußerte sich das N. W. Tg.: „Die Macht Großrußlands ist auf jene Grenzen zurückgeworfen innerhalb der sie sich vor der großen Expansion nach Westen hielt und ist in Einklang gebracht mit den Lebensmöglichkeiten der Zentralmächte" (60, 4. 3.).

Die Größe des Sieges hat den Gedanken, daß Rußland seine weltrevolutionären Pläne nicht aufgeben werde in den rechtsliberalen Organen zurücktreten lassen. Diese Blätter waren doch zu sehr an den Imperialismus der Vorkriegszeit gewöhnt, als daß sie derartige Absichten, wie sie die Bolschewisten hatten, in ihrer ganzen Gefährlichkeit zu erkennen vermochten. Wenn Rußland sich erholt habe, so hoffte z. B. das N. W. Tg., werde es seinen Blick in südöstlicher Richtung, nach Indien zu lenken und sich mit seiner Expansionspolitik gegen England wenden.

Die linksliberalen Organe sahen sich vor die für sie schwierige Aufgabe gestellt, die O. H. L. und ihre Politik zu verteidigen und bemühten sich in krassem Gegensatz zu ihrer Haltung im Januar und auch noch teilweise im Februar, den Abschluß als einen Verständigungsfrieden darzustellen. Die „Zeit" meinte, es sei nicht wahr, daß ein Annexionsfriede geschlossen worden sei. Daß Deutschland überhaupt schärfere Bedingungen gestellt habe, sei die alleinige Schuld des „hypermodernen Doktrinärs" Trotzki. „Wenn Leute, die die einfachste Technik des Geschäftes nicht beherrschen, wenn Dilettanten und Pfuscher große Politik machen wollen, dann darf man sich nicht darüber wundern,

wenn die Ergebnisse danach ausfallen" (5547, 7. 3.). Die Zeitung nannte den Frieden am 10. März (5550) einen „praktischen Verständigungsfrieden". Das N. W. J. nahm auf ähnliche Weise Stellung gegen die Kritiker von links, die nicht nur im sozialdemokratischen Lager, sondern sicherlich ebensosehr unter seinen eigenen Lesern zu suchen waren.

Die christlich-soziale und die Rechtspresse glaubte nun am Ziel ihrer Wünsche zu sein. Der Friede, das Werk der O. H. L., brachte den gesamten westlichen Teil des europäischen Ostens unter dem Einfluß der Mittelmächte. Die R. P. ließ am 4. März (102) ihre Freude über ein derartiges Ergebnis erkennen, warnte jedoch als einziges Blatt vor übergroßem Optimismus in der Frage der bolschewistischen Agitation. Trotzki sei noch immer so doppelzüngig und zweideutig wie in Brest-Litowsk. Das Dt. V. B. würdigte hauptsächlich die Art des Zustandekommens des Friedens, der anstelle von Phrasen Realitäten gesetzt habe. Dieser Zeitung kam ähnlich wie den liberalen Blättern nicht der Gedanke, daß der bolschewistische Imperialismus ein ganz anderer sei als der des Kapitalismus, der auch durch einen Vertrag wie den von Brest-Litowsk niemals vernichtet werden konnte. Sie hielt die bolschewistischen Weltrevolutionspläne für erledigt (10476, 5. 3.) und meinte (10477, 6. 3.), der Protest Sokolnikovs gegen den Friedensvertrag sei in seinem Wesen nichts anderes als der Schwanengesang des Bolschewismus, die Bankerotterklärung der geträumten Weltrevolution. Dieser Täuschung über die Schwäche des Bolschewismus erlag auch die O. R., die am 5. März (52) schrieb: „Hindenburgs Schwert hat auch die Anarchisten an der Newa gebändigt und damit Europa vor der Revolution gerettet".

Damit endete im wesentlichen die Erörterung des Friedensvertrages in der Wiener Presse. Als am 16. März der Sowjet-Kongreß den Frieden ratifizierte, brachten alle Organe noch einmal in großer Aufmachung Betrachtungen über den Frieden, die mit Ausnahme der A. Z., die ihn scharf ablehnte, die Befriedigung über das erzielte Ergebnis ausdrückten. Am 21. März brach die deutsche Westoffensive los, die Ereignisse im Osten traten in den Hintergrund angesichts der bald in großer Zahl eintreffenden Nachrichten aus dem Westen. Dort hatte der Entscheidungskampf eingesetzt, die bolschewistische Revolutionsgefahr schien zunächst beseitigt. Die Ostpolitik der Mittelmächte aber entwickelte sich nun ziemlich unbeachtet von der öffentlichen Meinung im Sinne eines Siegfriedens.

8. Schlußbetrachtung.

Es bleibt zum Schluß der Untersuchung noch übrig, eine kurze Betrachtung hinzuzufügen, die die Ergebnisse zusammenfaßt und zu ihnen Stellung nimmt. Darüber besteht kein Zweifel, daß die Frage „Ist die Presse mitverantwortlich am Verlust des Krieges?", die zu Beginn der Arbeit gestellt wurde, hier nur an einem Beispiel beantwortet werden kann. Die abschließende Feststellung über die Tätigkeit der Presse während der Brest-Litowsker Verhandlungen aber darf darüber hinaus mit einiger Sicherheit den Anspruch erheben, unter vielfältigen Abwandlungen grundsätzlich auch für die übrige Kriegszeit zu gelten.

Überblicken wir die Stellungnahme der Wiener Presse zum Friedensproblem während der Brester Verhandlungen, so fällt die große Mannigfaltigkeit auf, in der uns die Meinungen entgegentreten. Die in dieser Arbeit behandelten Organe umfaßten alle Richtungen vom extremen Siegfrieden bis zum bedingungslosen Ausgleichsfrieden. Die wenig ausgesprochene Gliederung des österreichischen Parteiwesens führte dazu, daß innerhalb der einzelnen Parteien selber starke Unterschiede in der Auffassung einer Spezialfrage, wie das Friedensproblem es darstellte, bemerkbar waren, die auch in der Presse zum Ausdruck kamen. Noch mehr waren diese starken Unterschiede natürlich bei der nicht parteimäßig gebundenen liberalen Presse festzustellen.

Daher stößt eine Einteilung der Organe in verschiedene Gruppen entsprechend ihrer Stellungnahme zu den Problemen des Krieges und des Friedens auf Schwierigkeiten. Dennoch muß eine Gliederung versucht werden. Rathert unterscheidet in seiner Arbeit „Die deutsche Kriegsberichterstattung und Presse als Kampfmittel im Weltkrieg" (p. 47) drei Gruppen, in die sich die Presse während des Krieges einteilen läßt:

1. die pazifistische Presse,
2. die revolutionäre Presse,
3. die kämpfende Presse.

Folgen wir dieser Einteilung, so ergibt sich, daß unter den Wiener Zeitungen alle liberalen Organe der pazifistischen Presse zugehören. Diese Gruppe ist damit die umfangreichste und umfaßt die N. Fr. Pr., das N.W.Tg., die „Zeit" und das N.W.J. Das Ziel dieser Organe war der allgemeine Verständigungsfriede ohne Annexionen und Kontributionen. Ihre Anschauungen deckten sich daher mit denen des Grafen Czernin. Ein wesentlicher Unterschied zwischen ihnen sei jedoch hier festgestellt. Die rechtsliberalen Blätter (N. Fr. Pr. und N. W. Tg.) verfolgten eine weniger radikalpazifistische Politik als die linksliberalen Organe („Zeit" und N. W. J.), die ein entschiedeneres Vorgehen in der Friedensfrage verlangten, notfalls sogar die Trennung von Deutschland und den Abschluß eines Separatfriedens, während erstere wenigstens nach außen hin die Übereinstimmung der österreichischen und deutschen Friedenspolitik vertraten. Diese Friedenspolitik ist bald nach dem Zusammenbruch einer scharfen Kritik unterzogen worden. Nicht so sehr die Ansicht, daß ein Friede ohne Annexionen und Kontributionen verwerflich sei, hat im Mittelpunkt der Kritik gestanden, sondern die Art, wie dieser Friede der Weltöffentlichkeit und den Ententestaatsmännern gegenüber vertreten wurde. Es fehlte in der Tat an der richtigen psychologischen Erkenntnis des Feindes. Dieser Vorwurf trifft auch die pazifistische Presse ohne Ausnahme. Die dieser angehörenden Organe übersahen, daß die Entente von einem unbeugsamen Willen zum Siege beseelt war, der jede Schwäche überwand, daß ihr Vernichtungswille nur durch die militärische Niederlage gebrochen werden und nur ein starkes Auftreten in der Presse dazu beitragen konnte, sie zum Einlenken zu zwingen. Aus der Propaganda für den Verständigungsfrieden in der pazifistischen Presse entnahm die Entente immer wieder, daß die verzweifelte innere Lage diese zu einer solchen Haltung veranlasse, daß der Geist des Defaitismus weite Kreise der Bevölkerung der Mittel-

mächte ergriffen hatte und daß die Vertiefung und Ausbreitung dieses Geistes durch verstärkten militärischen Druck gefördert werden könne. Ihre Entschlossenheit zum Weiterkämpfen steigerte sich, sie verdoppelte ihre Anstrengungen und zog immer mehr der unerschöpflich scheinenden Hilfsquellen und Reserven heran. Im November und Dezember 1917 war es deutlich, daß sie allein durch das Ausscheiden Rußlands niemals zum Frieden bereit sein werde. Alle Versuche der pazifistischen Presse, durch verstärkte Betonung der Friedensbereitschaft auf der Grundlage der freiwilligen Übereinkunft ihr die Möglichkeit zu geben, an Verhandlungen teilzunehmen, waren daher nicht nur zwecklos, sondern auch schädlich.

Ebenso war der Gedanke, daß die Ententevölker eventuell den Frieden herbeiführen würden, unbegründet. Eine riesenhafte Propaganda hatte die Völker ganz in ihren Bann gegen die Mittelmächte gezogen, geneigt zu einem Frieden, wie ihn die Pazifisten bei den Mittelmächten ersehnten, waren nur einzelne wenige Männer, die sich kein Gehör verschaffen konnten.

Es muß hier allerdings hervorgehoben werden, daß die rechtsliberalen Blätter die geringen Aussichten eines allgemeinen Friedens erkannten, als die Entente offiziell abgelehnt hatte (Anfang Januar 1918), während die „Zeit" und die N. W. J. versuchten, auch noch im Laufe der sich bald entwickelnden Separatfriedensverhandlungen mit Rußland die Grundlagen für einen allgemeinen Frieden zu schaffen.

Die Friedenspropaganda der liberalen Organe wirkte auch nach innen zersetzend. Es verbreiteten sich Ansichten über die Möglichkeit eines Friedens, die vollkommen unbegründet und haltlos waren. Schließlich gab man der Regierung, die doch in Österreich-Ungarn nichts anderes als den Frieden wollte, die Schuld, daß er nicht zustande komme. So kamen neben Kleinmütigkeit und Verzagtheit scharfe Opposition und harter Trotz auf. Der Wille zum Sieg verschwand, und die Heimatfront der Mittelmächte wurde unterhöhlt. Die Unzufriedenheit aber steigerte sich noch weiter dadurch, daß die linksliberalen Organe („Zeit" und N. W. J.) mit der Friedensfrage innerpolitische Wünsche verknüpften und eine Demokratisierung des Staatslebens forderten, da diese nach ihrer Ansicht die Friedensaussichten verbessere.

Die Haltung der liberalen Organe gegenüber den Bolschewisten wurde durch dieselbe pazifistische Anschauung bestimmt. Sie waren bemüht, Eindruck im Sinne eines maßvollen Friedens auf die Entente zu machen und versuchten infolgedessen die Forderungen der Mittelmächte gegenüber Rußland auf ein Mindestmaß zu reduzieren, wobei wieder die Feststellung zu machen ist, daß die „Zeit" und das N. W. J. den Bolschewisten am weitesten entgegenkommen wollten. Schwerwiegender ist jedoch die Feststellung, daß in allen liberalen Blättern eine völlige Unkenntnis des bolschewistischen Programms zu bemerken war und sich daraus günstige Ansichten über Ziele und Pläne der Bolschewisten ableiteten, die sich verhängnisvoll auswirkten. Auch hier zeichneten sich besonders die linksliberalen Organe durch die dauernde Betonung der demokratischen Absichten der Bolschewisten vor den übrigen Blättern aus. Es wäre nicht richtig, diese Unkenntnis im November,

Dezember 1917 und Januar 1918 auf die vollkommen undurchsichtige innere Lage in Rußland zurückzuführen zu wollen, denn die bolschewistischen Ziele waren nicht erst im Jahre 1917 formuliert, sondern bildeten seit langem das Gedankengut von Millionen Arbeitern. Die Trennung von Menschewisten und Bolschewisten lange vor dem Kriege, ähnliche Vorgänge bei den Mittelmächten während des Krieges waren Ereignisse, die deutlich genug waren. Aber selbst wenn die bolschewistische Gefahr in der N. Fr. Pr. oder dem N. W. Tg. gelegentlich auch schon früher erkannt wurde, so glaubte man doch, die Bolschewisten würden nicht die Zeit und die Gelegenheit haben, Anhänger ihrer revolutionären Ideen in den Ländern der Kriegführenden zu sammeln. Rußland brauche so dringend den Frieden, daß es an nichts anderes denken könne.

Die N.Fr.Pr. und das N.W.Tg. erkannten dann Mitte Januar 1918, als die Gefahr infolge der Januarstreiks drohend wurde, endlich den Ernst der Lage, während die „Zeit" und das N. W. J. erst Anfang Februar zu der Anschauung kamen, daß die Bolschewisten den Verhandlungssaal in Brest-Litowsk nur als Plattform für die Verkündung ihrer revolutionären Ideen benutzten. Indessen hatte sich die angesammelte Erregung der Arbeitermassen schon im Arbeiterstreik entladen, den mit herbeigeführt zu haben, alle liberalen Organe verantwortlich waren.

Ebenso drang die Anschauung, daß ein Bruch mit den Bolschewisten unvermeidlich sei, erst sehr spät durch. Immer machte sich noch die Hoffnung geltend, durch den Abschluß mit der Ukraine Trotzki zum Frieden veranlassen zu können. Als dann am 10. Februar letzterer die Beendigung des Krieges im Osten von sich aus verkündete, glaubte die gesamte liberale Presse, er sei nun erreicht. Die These, daß Trotzki nicht ohne ihn leben könne, schien sich damit zu bestätigen. Doch die Ernüchterung folgte, als die O. H. L. wenig Verständnis für einen derartigen „Frieden" zeigte. Sie ließ marschieren, und die liberale Presse schwenkte bald ein. Die O. H. L. war bei seinem Zustandekommen am 3. März dem Gedanken gefolgt, daß er der Entente noch einmal die Stärke und die Kraft der Mittelmächte zum Bewußtsein bringen und den allgemeinen Frieden ermöglichen sollte, die liberale Presse aber hatte bisher den Standpunkt vertreten, daß gerade durch einen maßvollen Frieden mit Rußland auch der Friede mit dem Westen erreicht werden könne. Dann aber bezeichnete sie nach dem 3. März den Abschluß als einen Verständigungsfrieden und wies darauf hin, welche Anschauungen die Bolschewisten über die Demokratie hatten und wie die Entente über die bisherige Friedenspolitik der Mittelmächte geurteilt hatte.

Doch diese Einkehr kam zu spät, war überhaupt nur von kurzer Dauer und auf die allgemeine Stimmung zurückzuführen, die jetzt, kurz vor Beginn der Westoffensive, noch einmal den Sieg in greifbarer Nähe glaubte.

Wenn man im einzelnen manche Unterschiede innerhalb der pazifistischen Presse feststellen kann, so gilt doch für eine Gesamtbeurteiteilung, was Oberst Nicolai (Abteilungschef III B im Generalstab, Leiter des Presse- und Nachrichtendienstes der O.H.L.) mit folgenden Worten

über ihr Verhalten während des Krieges gesagt hat: „Sie vertrat mit wachsender Heftigkeit den Gedanken, daß der Krieg nicht militärisch entschieden werde. Sie schuf aber anstelle der militärischen keine anderen Waffen zum Kampfe, sondern rechnete mit derselben Charakterschwäche beim Feind, der ihr eigen war. Nicht der feindliche Vernichtungswille, sondern deutsche Eroberungspläne schienen ihr die treibenden Elemente des Krieges". (Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung, p. 172.).

Einen noch schärferen Maßstab der Kritik wird man allerdings an der Gruppe der revolutionären Presse anlegen müssen. Ihr gehört von den ihr behandelten Blättern die A. Z. an, der man zum Vorwurf machen kann, daß sie ganz systematisch den Umsturz und die Niederlage vorbereitet hat. Zunächst versuchte die A. Z. im November und Dezember 1917, als die Frage des allgemeinen Friedens erörtert wurde, sich in den Augen der Westmächte in ein günstiges Licht zu stellen. Das Lob der westlichen Demokratie, die dem gegenübergestellte vernichtende Kritik der eigenen inneren Verhältnisse waren zwei Merkmale der Friedenspropaganda der A.Z.. Auch das Verhalten der Mittelmächte den Bolschewisten gegenüber sah die Zeitung hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen Friedens. Selbst als die Ablehnung der Entente feststand und das Blatt sich gelegentlich zu Äußerungen über den westlichen Imperialismus herbeiließ, glaubte es den Kampf gegen die Annexionen der Randgebiete durch die Mittelmächte fortsetzen zu müssen, um der Entente noch ein Einlenken zu ermöglichen. Nach Ansicht der A. Z. war ein solches in den Ländern des Westens nicht ausgeschlossen, denn hier entschieden die Völker, die sich sofort den Friedensverhandlungen anschließen würden, wenn die Mittelmächte erst ihre imperialistische Politik aufzugeben und ein Programm auf der Basis „ohne Annexionen und Entschädigungen" durchzuführen bereit waren. Damit wurde die A. Z. wie alle anderen sozialdemokratischen Organe zu einem willkommenen Helfer der Entente, die seit Kriegsbeginn ganz planmäßig die Weltöffentlichkeit zu täuschen verstanden und das „Weltgewissen" durch einen Appell an das Empfinden für Recht und Wahrheit gegen die Mittelmächte einzusetzen gewußt hatte. Wenn jetzt letzteren habgieriger Landhunger und brutale Vergewaltigung des Volkswillens aus dem eigenen Lager vorgeworfen wurde, so war ihr damit ein wirksames Agitationsmittel für die eigenen und die neutralen Völker in die Hand gegeben. Ebenso wichtig aber war, daß die Propaganda der Westmächte die sozialdemokratische Presse zur Unterhöhlung der Heimatfront der Mittelmächte benutzen konnte, die dieselben Argumente gebrauchte, mit denen auch die übrige Welt gegen diese aufgeboten wurde.

Anfang Januar 1918 mußte sich die A. Z. mit dem Gedanken eines Separatfriedens vertraut machen. Jetzt trat das Bestreben dieses Blattes, die Bolschewisten zu unterstützen, ganz in den Vordergrund, deren Bemühungen, die Rolle von Märtyrern des Selbstbestimmungsrechtes zu spielen und die Deutschen als Vergewaltiger der kleinen Nationen zu brandmarken, von ihr aufgenommen und unterstützt wurden. Den Versuchen der Deutschen, die theoretische Diskussion so er-

habener Menschheitsideale, wie die Bolschewisten sie verkündeten, auf die Basis der machtpolitischen Entscheidung und damit in die lebensnahe Wirklichkeit zurückzuführen, stellte sie die edlen Absichten der Bolschewisten gegenüber und suchte die diplomatische Verteidigungsstellung, in welche die Mittelmächte gekommen waren, für die ihr notwendig dünkende soziale Reform auszunutzen und den Ausbruch einer Revolution durch die Mobilisierung des Gerechtigkeitsgefühles der breiten Massen zugunsten der Bolschewisten zu beschleunigen. Trotzki und die A. Z. arbeiteten so Hand in Hand. Eine Behandlung innerrussischer Fragen unterblieb unter diesen Umständen. Sie hätte das ganze heuchlerische und skrupellose Verhalten der Bolschewisten aufgedeckt.

Das Ergebnis einer solchen Haltung des sozialdemokratischen Organes während der Brester Verhandlungen waren nach innen zunächst die Januarstreiks. Führten sie auch nicht zur sofortigen Revolution, so zeigten sie den bolschewistischen Führern in Rußland und bei den Mittelmächten doch, auf welche Weise eine weitere Revolutionierung der Arbeitermassen zu betreiben war. Diese waren von einer tiefgreifenden Erregung ergriffen worden, die für die kommende Zeit nutzbar gemacht werden konnte und dann 3/4 Jahr später, im November 1918, zum Umsturz führen sollte.

Das nächste behandelte Organ, die christlich-soziale R. P., läßt sich nur mit gewissen Einschränkungen einer der drei Gruppen zuordnen. Ohne Zweifel stand es zu Beginn des Monats November ganz hinter der Regierung und muß der pazifistischen Presse zugerechnet werden. Ebenso wie diese griff es den Friedensgedanken, von den Bolschewisten erneut zur Erörterung gebracht, freudig auf und begünstigte die bald umsich greifende übertrieben-optimistische Anschauung über die Aussichten eines allgemeinen Friedens. Der einzige Unterschied gegenüber den liberalen Blättern war der, daß die Zeitung gelegentlich scharf gegen die Weltrevolutionspläne der Bolschewisten Stellung nahm. Als Anfang Januar 1918 in der Presse die Annexions-Polemik zu einer bis dahin noch nicht gekannten Schärfe entbrannte, trat das Blatt jedoch auf Seiten der Rechtspresse und bekannte sich zu einem Frieden, der dem entsprach, was die deutsche offizielle Politik als Ziel ansah. Dieser Auslegung des Verständigungsfriedens, die einem Siegfrieden ähnelte, folgte die Zeitung im Laufe des Januar immer mehr. Sie konnte diese mit den nun ganz offenen Absichten der Bolschewisten rechtfertigen. Als die Streiks ausbrachen, gab sie jede Zurückhaltung auf. Für die Zukunft unterschied sie sich in ihrer Stellungnahme nicht mehr von der Rechtspresse. Diese (Dt.V.B. und O.R.) bildete die Gruppe der kämpfenden Presse. Ihre Überzeugung war, daß der Krieg nur militärisch und nicht anders entschieden werde. Damit stellte sie sich ganz auf die Seite der O. H. L. und gegen die österreichisch-ungarische Regierung, die auf dem Verhandlungswege den allgemeinen Frieden erreichen wollte. Es war diesen Blättern zunächst nur der Separatfriede Rußlands erwünscht, weil er die Möglichkeit bot, im Westen stärker als bisher aufzutreten. Sie betrachteten daher alle Versuche der Russen und der Mittelmächte, eine Basis für den allgemeinen Frieden zu schaffen, mit Mißtrauen, und wandten sich vornehmlich gegen diejenigen Zeitungsorgane im Innern,

die jede, auch die geringste Aussicht auf diesen Frieden überall entdecken zu können glaubten. Diese kritische Einstellung fand dann Ende Dezember eine glänzende Rechtfertigung. Die Entente kam nicht. Was jedoch auch bei dieser Gruppe im November und Dezember 1917 auffällt, ist das vollkommene Fehlen der richtigen Erkenntnis über die Ziele der Bolschewisten. Auch in diesem Falle ließ die deutlich erkennbare Notwendigkeit Rußlands, zum Frieden zu kommen, in den Darstellungen der Rechtspresse alle anderen Bestrebungen der neuen russischen Bewegung in den Hintergrund treten. Erst die Januarverhandlungen verhalfen den Blättern zum richtigen Verständnis. Nun richteten sie ihre Angriffe mit ganzer Kraft gegen die Bolschewisten und steuerten auf den Siegfrieden zu. Dabei ist die schärfere Tonart der O. R. gegenüber der des Dt. V. B. beachtenswert. Ersteres Blatt versuchte immer wieder, sich gegen die Verständigungspolitik des Grafen Czernin aufzulehnen, wenn auch infolge der Zensur diese Stellungnahme doch recht vorsichtig sein mußte. Als im Laufe des Januars 1918 diese Politik mehr und mehr in den Hintergrund trat und die Forderungen der O. H. L. bald ganz im Mittelpunkt standen, erwiesen sich die Angriffe auch bald als überflüssig. Die Entwicklung ging den Weg, den die O. R. und das Dt. V. B. immer — die R. P. schloß sich, wie wir sahen, erst später an — gefordert hatten.

Die Frage, ob die Haltung der Rechtspresse vollkommen richtig war, ist zu verneinen. Besonders gilt das für die O. R., weniger für die R. P. und das Dt. V. B.. Ein starkes Auftreten gegenüber der Entente, die Vertretung eines Siegfriedens, war solange unbedingt notwendig, als diese letztere ihre Absicht, die Mittelmächte zu vernichten, nicht aufgegeben hatte. Psychologisch falsch im Hinblick auf die Stimmung im Innern war es aber, die Annexionen als selbstverständliche Frucht militärischer Siege zu fordern und den Machtgedanken zu stark durchscheinen zu lassen. Sollten die Massen der Mittelmächte zur letzten Hingabe und zum restlosen Einsatz veranlaßt werden, dann mußte immer wieder auf den Verteidigungscharakter des Krieges hingewiesen und gezeigt werden, daß es keinen anderen Weg gab als den Kampf bis zum Äußersten. Die Annexionen mußten eine sittliche Rechtfertigung erhalten, der Mann auf der Straße wollte in ihnen eine moralische Handlung sehen, ein Gebot der Selbstverteidigung, und nicht eine brutale und ungerechte Tat, in der er noch dazu aus eigenem Interesse heraus in Anbetracht der angewandten Mühen keinen entsprechenden Nutzen zu erblicken vermochte. Von der Ententepresse hätten die Rechtsblätter lernen können, welche Rolle der Begriff „Verteidigungskrieg" in der Propaganda spielte.

Trotzdem hat die Rechtspresse nicht geringe Verdienste, denn sie zeigte dem Feind ein Bild härtester Kampfentschlossenheit. Aber auf sich selbst gestellt, war es für sie schwierig, sich neben den übrigen Organen zu behaupten. Ihr fehlte der weitreichende Einfluß, den die liberale Presse durch die Beziehungen zur jüdischen Hochfinanz und zum Industriekapital hatte, ihr fehlte aber auch der gewaltige Resonanzboden, den sich die A. Z. in der Arbeiterschaft zu verschaffen wußte. Noch wichtiger war, daß die kämpfende Rechtspresse nicht die Unter-

stützung der Regierung genoß. Sie mußte sich im Gegenteil manche Eingriffe der Zensur gefallen lassen. Sie war einzig und allein auf ihre Anhängerschaft angewiesen.

Abschließend dürfen wir feststellen, daß die Presse in ihrer überwiegenden Mehrzahl keineswegs die Aufgabe erfüllte, die ihr zugedacht war, dem kämpfenden Heere eine Heimatfront zur Seite zu stellen, die entschlossen war, bis zu einem günstigen Ende des Krieges durchzuhalten. Während die Heere der Mittelmächte – von Ausnahmen abgesehen – zu Beginn der großen Westoffensive noch unberührt von der revolutionären Propaganda waren, hatten sich in der Heimat bereits starke Zerfallerscheinungen bemerkbar gemacht. Die Industriearbeiterschaft war vollkommen von revolutionären Ideen erfüllt. Im Sommer 1918, nach den ersten Rückschlägen im Westen, griff der Geist der Zersetzung auch auf die kämpfende Truppe über. Die Voraussetzungen für die Niederlage vor dem Feinde und für den Umsturz im Innern waren damit geschaffen. Sie mit herbeigeführt zu haben, hat vor allem die marxistische und unabhängig-liberale Presse geholfen.

Alliés, Les .... contre la Russie avant, pendant et après la Guerre mondiale. Faits et documents. Paris: André Delpeuch, 1926.

Almanach, Der politische .... (Pola), 1923.

Andrassy, Graf Julius: Diplomatie und Weltkrieg. Berlin und Wien: Ullstein, 1920.

Arz, Generaloberst: Zur Geschichte des großen Krieges 1914–1918. Wien, Leipzig, München: Rikola-Verlag, 1924.

Auffenberg-Komarow, M. v.: Aus Österreichs Höhe und Niedergang. Eine Lebensschilderung. München: Drei-Masken-Verlag, 1921.

Batthyany, Theodor Graf: Für Ungarn – gegen Hohenzollern. Zürich–Leipzig–Wien: Amalthea-Verlag, 1930.

Bauer, Ludwig: Der Kampf um den Frieden. Bern: Verlag der weißen Blätter, 1918.

Bauer, Max: Der große Krieg in Feld und Heimat. Erinnerungen und Betrachtungen. Tübingen: Osiander, 1922.

Bernhardi, Friedrich v.: Deutschlands Heldenkampf 1914–1918. München: Lehmann, 1922.

Bethmann-Hollweg, Theobald v.: Betrachtungen zum Weltkrieg. Berlin: Hobbing, 1919.

Bömer, Karl: Das internationale Zeitungswesen. Berlin–Leipzig: Walter de Gruyter, 1934.

Borschak, Elie: La Paix ukraïnienne de Brest–Litovsk (Le monde slave, I, II, 1929).

Bothmer, Karl Freiherr v.: Mit Graf Mirbach in Moskau. Tübingen: Osiander, 1922.

Brehm, Bruno: Das war das Ende. Von Brest-Litowsk bis Versailles. München: Piper & Co., 1933.

Brest. Berlin: Paß & Garleb, 1917.

Brest-Litowsk. Reden, Aufrufe und Manifeste der russischen Volkskommissare Trotzki, Lenin, Joffe, Radek u. a. m. Gesammelt und zusammengestellt von Ernst Drahn. Berlin: Malik-Verlag, 1920.

Broedrich, S.: Der Friede mit Rußland. Berlin: Sittenfeld, 1917.

Buchanan, Sir George: My mission to Russia and other diplomatic memories. London: Cassell, 1923.

Buchanan, Muriel: The dissolution of an empire. London: Murray, 1932.

Bülow, Bernhard v.: Denkwürdigkeiten. Hrsg. v. F. v. Stockhammern. Berlin: Ullstein, 1930/31.

Burian, Graf Stephan: Drei Jahre. Aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege. Berlin: Ullstein, 1923.

Busemann, M.: Der Friedensvertrag mit Rußland vom 3. März 1918, das deutsch-russische Wirtschaftsabkommen nebst dem Vertragszolltarif und dem deutsch-russischen Zusatzvertrag. Die amtliche Denkschrift. Berlin: Decker, 1918.

Busemann, M.: Der Friedensvertrag mit der Ukraine (9. Febr. 1918), der Zusatzvertrag und der deutsch-ukrainische Handelsvertrag nebst der amtlichen Denkschrift: Die wirtschaftliche Bedeutung der Ukraine. Berlin: Decker, 1918.

Churchill, Winston: The World Crisis, 1911–1918. London: Thornton Butterworth, 1923–1931.

Cramon, A. v.: Unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse im Weltkrieg. Berlin: Mittler, 1920.

Cramon, A. v.: Deutschlands Schicksalsbund mit Österreich-Ungarn. Von Conrad v. Hoetzendorff zu Kaiser Karl.
Von A. v. Cramon und Paul Fleck. Berlin: Verlag für Kulturpolitik, 1932.

Czernin, Ottokar: Die Politik während des Weltkrieges (Rede am 11. Dezember 1918). Wien: Perles, 1918.

Czernin, Ottokar: Im Weltkriege. (Mit einem Protokoll der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk). Berlin und Wien: Ullstein, 1919.

Delbrück, Hans: Krieg und Politik. III. Teil. Berlin: Stilke, 1918.

Deutschland und der Friede. Hrsg. v. Walter Goetz.
Prof. Dr. K. Stählin: Rußland.
Richard Pohle: Finnland.
Silvio Broedrich: Ostseeprovinzen und Litauen,
Leipzig und Berlin: Teubner, 1918.

Diez, Hermann: Das Zeitungswesen. Leipzig u. Berlin: Teubner, 1919.

Dopf, Karl: Zur Geschichte der katholischen Presse in Österreich. (Zeitungswissenschaft, 1929).

Dopf, Karl: Zur Geschichte der sozialdemokratischen Presse in Österreich. (Zeitungswissenschaft, 1929).

Egloff, Willy: Die bosnisch-herzogowinische Annexionskrisis 1908/09 in der schweizerischen Presse. Würzburg: Triltsch, 1934.

Erzberger, Matthias: Erlebnisse im Weltkrieg. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, 1920.

Europäische Gespräche. Geheimzusätze zum Brest-Litowsker Vertrag. Jg. IV, 3, 1926.

Fester, Richard: Die Politik Kaiser Karls und der Wendepunkt des Weltkrieges. München: Lehmann, 1925.

Freytag-Loringhoven, Freiherr Axel v.: Geschichte der russischen Revolution. München: Lehmann, 1919.

Friede im Osten. Denkschrift der Deutschen Friedensgesellschaft und anderer pazifistischer Organisationen an den Reichstag. Berlin, 15. Februar 1918.

Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits. Mit einem Begleitschreiben: Dr. Graf v. Hertling. Berlin, 1918.

Glaise-Horstenau, Edmund v.: Die Katastrophe. Die Zertrümmerung Österreich-Ungarns und das Werden der Nachfolgestaaten. Zürich–Leipzig–Wien: Amalthea-Verlag, 1928.

Goltz, Graf Rüdiger v.: Meine Sendung in Finnland und im Baltikum. Leipzig: Köhler, 1920.

Gossler v.: Der Friede mit Rußland und die baltischen Provinzen. Mitau, 4. März 1918.

Gratz, Gustav und Schüller, Richard: Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns (Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges: Österreichische und ungarische Serie). Wien: Hölder-Pichler-Tempsky, 1930.

Groth, Otto: Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde. Mannheim–Berlin–Leipzig: Bensheimer, 1930.

Grumbach, S.: Brest-Litowsk. Lausanne: Payot, 1918.
Handbuch der deutschsprachigen Presse des Auslandes. Hrsg. von Walter Heide. Berlin und Leipzig: Walter de Gruyter, 1935.
Hashagen, Justus: Über Probleme der politischen Geschichte des Weltkrieges. (Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik). Leipzig und Berlin: Teubner, 1918.
Hassell, Ulrich v.: Tirpitz. Stuttgart: Belser, 1920.
Hedenstroem, Alfred v.: Geschichte Rußlands 1878–1918. Stuttgart und Berlin: Deutsche Verlagsanstalt, 1922.
Helfferich, Karl: Die Friedensbemühungen im Weltkrieg. (Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft 1914 am 1. Sept. 1919). Berlin–Zehlendorf: Zeitfragen, 1919.
Helfferich, Karl: Der Weltkrieg. Berlin: Ullstein, 1919.
Hertling, K., Graf v.: Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters. Freiburg i. B.: Herder, 1919.
Hindenburg, Gert v.: Vom Kadetten zum Reichspräsidenten. Leipzig: Hesse & Becker, 1932.
Hindenburg, Paul v.: Aus meinem Leben. Leipzig: Hirzel, 1920.
Hitler, Adolf: Mein Kampf. München: Eher, 1925–1927.
Hoetzsch, Otto: Der Krieg und die große Politik. Leipzig: Hirzel, 1919.
Hoffmann, Max: Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann. Hrsg. v. F. Nowak. Berlin: Verlag für Kulturpolitik, 1929.
Hoffmann, Max: Der Krieg der versäumten Gelegenheiten. München: Verlag für Kulturpolitik, 1923.
Hohlfeld, Johannes: Der Kampf um den Frieden 1914–1919. Leipzig und Wien: Bibliographisches Institut, 1919.
Hurwicz, Elias: Geschichte der jüngsten russischen Revolution, Berlin: Der Firm, 1922.
Hurwicz, Elias: Geschichte des russischen Bürgerkrieges. Berlin: Laub, 1927.
Jagow, Kurt: Daten des Weltkrieges. Leipzig: Koehler, 1922.
Karolyi, Michael, Graf: Gegen eine ganze Welt. Mein Kampf um den Frieden. München: Verlag für Kulturpolitik, 1924.
Kanner, Heinrich: Kaiserliche Katastrophenpolitik. Leipzig–Wien–Zürich: Tal & Co., 1922.
Korostovec, V. K.: Lenin im Hause der Väter. Berlin: Verlag für Kulturpolitik, 1928.
Kraus, Herbert, und Rödiger, Gustav: Chronik der Friedensverhandlungen. Berlin: Vahlen & Engelmann, 1920.
Krauß, Alfred: Die Ursachen unserer Niederlage. Erinnerungen und Urteile aus dem Weltkrieg. München: Lehmann 1920.
Krieg, Europäischer, in aktenmäßiger Darstellung. Hrsg. v. Dr. F. Purlitz, Bds. 1917 und 1918. Leipzig: Meiner.
Landwehr, General: Hunger. Die Erschöpfungsjahre der Mittelmächte 1917/1918. Zürich–Leipzig–Wien: Amalthea-Verlag, 1931.
Langenbeck, W.: Presse und auswärtige Politik. (Archiv für Politik und Geschichte, 1926).
Leiter, Dr. Friedrich: Die Zeitung im Kriege und nach dem Kriege. Wien: Perles, 1915.

Lexikon der deutschen Verlage. Leipzig: Müller & Co., 1929.
Ludendorff, Erich: Kriegführung und Politik. Berlin: Mittler, 1922.
Ludendorff, Erich: Meine Kriegserinnerungen 1914–1918. Berlin: Mittler, 1919.
Ludendorff, Erich: Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916–1918. Berlin: Mittler, 1921.
Lwoff, Nicolaus v.: Sir George Buchanans „Politische Mission in Rußland". (Die Kriegschuldfrage / Berliner Monatshefte, Jg. IV, 1926).
Magnes, J. L.: Russia and Germany at Brest–Litovsk. A documentary history of the peace negotiations. New York: The Rand School of Social Science, 1919.
Masaryk, Thomas Garrigue: Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen 1914–1918. Berlin: Reiss, 1925.
Mataja, Dr. Heinrich: „Österreich" in „Die politischen Parteien des Erdballes". München: Regensberger, 1923.
Max v. Baden, Prinz: Erinnerungen und Dokomente. Stuttgart–Berlin–Leipzig: Deutsche Verlagsanstalt, 1927.
Meister, Alois: Die deutsche Presse im Kriege und später. Münster: Borgmeyer, 1916.
Michaelis, Georg: Für Staat und Volk. Eine Lebensgeschichte. Berlin: Furche-Verlag, 1922.
Mirkine-Guetzévitch: La Paix de Brest–Litovsk. (Revue d'histoire de la Guerre mondiale, I, 1929).
Mommsen, Wilhelm: Die Zeitung als historische Quelle. (Archiv für Politik und Geschichte, 1926).
Moser, Otto v.: Die obersten Gewalten im Weltkrieg. Stuttgart: Belser, 1931.
Nachschlagebuch für die Pressezensur. 1917.
Naumann, Victor: Dokumente und Argumente. Berlin: Rowohlt, 1928.
Nicolai, W.: Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg. Berlin: Mittler, 1920.
Niemann, Alfred: Revolution von oben – Umsturz von unten. Berlin: Verlag für Kulturpolitik, 1927.
Nowak, K. F.: Der Sturz der Mittelmächte. München: Callwey, 1921.
Nowak, K. F.: Der Weg zur Katastrophe. Quellenmäßig belegte Ausgabe. Berlin: Verlag für Kulturpolitik, 1926.
Payer, Friedrich v.: Von Bethmann-Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder. Frankfurt: Sozietäts-Druckerei, 1923.
Pierre, André: Dix ans après Brest – Litovsk (La Revue des Vivants, 1928).
Plener, Freiherr Ernst v.: Erinnerungen. Stuttgart und Leipzig: Deutsche Verlagsanstalt, 1921.
Polzer-Hoditz, Arthur, Graf; Kaiser Karl. Aus der Geheimmappe seines Kabinettchefs. Wien–Leipzig; Amalthea-Verlag, 1928.
Price, M. Ph.: Die russische Revolution. Erinnerungen aus den Jahren 1917–1919. Hamburg; Hoym, 1921.
Rathert, Helmut: Die deutsche Kriegsberichterstattung und Presse als Kampfmittel im Weltkriege. Großenhain in Sa.: 1934.
Revue d'histoire de la Guerre mondiale: Une annexe secrète au traité russo-allemand du 27 août 1918. (II. 1925).

Rohland, v.: Der Frieden mit Rußland. Friedensvorschläge I. Freiburg i. B.: Groß 1918.

Roth, Paul: Die politische Entwicklung in Kongreßpolen während der deutschen Okkupation. Leipzig: K. F. Koehler, 1919.

Roth, Paul: Die Entstehung des polnischen Staates. Berlin: Liebmann, 1926.

Rothe, Dr.: Die Zensur. Vortrag vor dem 3. Lehrgang des stellvertretenden Generalkommandos des IX. Armeekorps für vaterländischen Volksunterricht. Eisenach, 12. 2. 1918.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1917 und 1918. München: Beck.

Stegemann, Hermann: Geschichte des Krieges. Stuttgart und Berlin: Deutsche Verlagsanstalt, 1921.

Strobl, Karl Hans: K. P. Qu. Geschichten und Bilder aus dem österreichischen Kriegs-Presse-Quartier. 1928.

Tönnies, Ferdinand: Kritik der öffentlichen Meinung. Berlin: Springer, 1922.

Trotzki, Leo: Von der Oktober-Revolution bis zum Brester Friedensvertrag. Bern: Promachos-Verlag, 1918.

Trotzki, Leo: Mein Leben. Versuch einer Autobiographie. Berlin: S. Fischer, 1930.

Tschuppik, Karl: Ludendorff. Die Tragödie des Fachmannes. Wien und Leipzig: Epstein, 1931.

Volkmann, Erich Otto: Der große Krieg 1914 – 1918. Berlin: Hobbing, 1922.

War Aims of belligerents as elicited by Russia's attempts to secure a general peace. I. The Russian offer. II. Replies to the Russian offer. Boston (Mass.): World Peace Foundation, 1918. (A League of Nations Vol. 1. No. 3).

Das **Werk des Untersuchungsausschusses** der Verfassunggebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919–1928. 4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruches 1918.

1. Abteilung: Der militärische und außenpolitische Zusammenbruch.
   2. Band: Gutachten des Obersten a. D. Schwerdfeger: „Die politischen und militärischen Verantwortlichkeiten im Verlaufe der Offensive von 1918".
   3. Band: Gutachten des Sachverständigen General a. D. v. Kuhl: „Die Offensive 1918". Korreferat des Sachverständigen Prof. Delbrück.
2. Abteilung: Der innere Zusammenbruch.
   7. Band: Entschließung und Verhandlungsbericht „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". (1. und 2. Halbband).
   8. Band: Gutachten des Sachverständigen Prof. D. Dr. Dr. Bredt: „Der Deutsche Reichstag im Weltkriege".
   12. Band: Gutachten des Sachverständigen Volkmann: „Die Annexionsfragen im Weltkrieg". (1. Halbband).

Werkmann, Karl Freiherr v.: Deutschland als Verbündeter. Kaiser Karls Kampf um den Frieden. Vom letzten Sekretär des Kaisers. Berlin: Verlag für Kulturpolitik, 1931.

Windischgrätz, Prinz Ludwig: Vom roten zum schwarzen Prinzen. Mein Kampf gegen das k. und k. System. Berlin: Ullstein, 1920.

Wrisberg, Ernst v.: Der Weg zur Revolution 1914 – 1918. Leipzig: Köhler, 1921.

Zeitungsverzeichnis Mosse, 1916.

Zimmermann, Alfred: Was erwartet das deutsche Volk vom Frieden mit Rußland? (Der deutsche Friede, Heft 1). Halle: Mühlmann 1918.

Die Berliner Dissertation „Reichsleitung und Heeresleitung in der Periode des Friedens von Brest-Litowsk" von Erhard Walz (Verlag Nolte, Düsseldorf) konnte nicht mehr benutzt werden, da sie erst Ende 1936 erschienen ist. Eine nachträgliche Lektüre dieser ausgezeichneten Arbeit erwies, daß sich aus ihr für die vorliegende Dissertation keine Änderungen ergaben.

Die Wiener Presse.

Neue Freie Presse	Herausgeber: Dr. Moriz Benedikt. Schriftleiter: Andreas Hemberger und Dr. Julius Sternberg. Erscheinungsweise: 12 mal wöchentlich.
Neues Wiener Tagblatt	Demokratisches Organ. Herausgeber: Steyrermühl Papierfabriks- und Verlagsgesellschaft. Schriftleiter: Oskar Hirth. Abendsausgabe: Neues Wiener Abendblatt. Erscheinungsweise: 13 mal wöchentlich.
Die Zeit	Herausgeber: Prof. Dr. J. Singer und Dr. Heinrich Kanner. Schriftleiter: J. Hans Prosl. Erscheinungsweise: 12 mal wöchentlich.
Neues Wiener Journal	Unparteiisches Tagblatt. Herausgeber: J. Lippowitz. Schriftleiter: Willibald Riedl. Erscheinungsweise: 7 mal wöchentlich.
Arbeiterzeitung	Zentralorgan der Sozialdemokratie. Herausgeber: Dr. Viktor Adler. Schriftleiter: Friedrich Austerlitz. Erscheinungsweise: 7 mal wöchentlich.
Reichspost	Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk Österreich-Ungarns. Herausgeber: Dr. Funder. Schriftleiter: Heinrich Ambros. Erscheinungsweise: 12 mal wöchentlich.
Deutsches Volksblatt	Herausgeber: Oscar Loibl. Schriftleiter: Adolf Bannert. Erscheinungsweise: 12 mal wöchentlich.
Ostdeutsche Rundschau	Deutsches Tagblatt. Herausgeber: Karl Grube. Schriftleiter: Karl Grube u. Richard Wild. Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich.
Wiener Zeitung	Amtlich. Abendausgabe: Wiener Abendpost. Erscheinungsweise: 12 mal wöchentlich.
Fremdenblatt	Herausgeber: Elbemühl-Graphische Industrie A. G. Schriftleiter: Friedrich Eder. Erscheinungsweise: 13 mal wöchentlich.
Der Morgen	Wiener Montagsblatt. Herausgeber und Schriftleiter: Maximilian Schreier. Erscheinungsweise: 1 mal wöchentlich.

Wiener Sonn- und Montagszeitung	Herausgeber: Julius Scharf. Schriftleiter: Edmund Meyer. Erscheinungsweise: 1 mal wöchentlich.
Deutsche Arbeiterpresse	Organ der Deutschen Arbeiterpartei in Österreich. Herausgeber und Schriftleiter: O. Patzel. Erscheinungsweise: 1 mal wöchentlich.
Die Neue Zeitung	Illustriertes unabhängiges Tagblatt. Erscheinungsweise: 13 mal wöchentlich.
Illustrierte Kronenzeitung	Erscheinungsweise: 12 mal wöchentlich.

Lebenslauf

Ich, Heinrich Friedrich Karl Kock, wurde als Sohn des Betriebsleiters Heinrich Kock und seiner Ehefrau Emma, geb. Brink am 28. Mai 1913 zu Hamburg geboren. Meine Jugend verlebte ich in Bergedorf bei Hamburg, besuchte von 1919 - 1923 die Privatschule von Dr. Berkhan und trat Ostern 1923 in die Oberrealschulabteilung der Hansaschule in Bergedorf ein, an der ich im Jahre 1932 die Reifeprüfung ablegte. Vom Sommersemester 1932 an studierte ich an der Universität Hamburg Geschichte, Geographie und Anglistik. Während des Sommer-Semesters 1933 und des Winter-Semesters 1934/35 besuchte ich die Universität Wien. Ich hörte vornehmlich bei den Professoren und Dozenten Borries, Fehling, Hashagen, Kanter, Lütgens, Mecking, Noack, Passarge, Rein, Westphal, Wolff, Ziebarth in Hamburg, Bauer, Hassinger, Lichtenecker, Schlick, Srbik in Wien. Die Ferienmonate benutzte ich teilweise zu ausgedehnten Studienreisen in Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Belgien, Holland und England. Die Anregung zu vorliegender Arbeit erhielt ich in den Vorlesungen und Übungen meines verehrten Lehrers Prof. Hashagen, dem ich mich zu besonderem Dank verpflichtet fühle, ebenso wie dem Gutachter der Arbeit, Prof. Zechlin, und Dr. Eilers von der Weltkriegsbücherei für die Bereitstellung des umfangreichen Zeitungsmaterials während eines Studienaufenthaltes in Stuttgart im Februar, März und April 1936.